Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

25. Dezember 1978
Jg. 6 Nr. 52

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Arabische Landtransport-Union gegründet

z.brp. Bereits Mitte November haben Jordanien, Irak, Libanon, Tunesien und die Republik Jemen eine Landtransport-Union gegründet, die allen anderen arabischen Staaten offensteht. Anfang November haben Kuwait und Irak ein Abkommen über den Ausbau einer Eisenbahnverbindung zwischen beiden Ländern vereinbart, auf der ab 1983 in der 1. Phase 5 Mio. t jährlich transportiert werden sollen. Zwischen dem Irak und Jordanien wird die Autostraße zum jordanischen Hafen Aqaba ausgebaut, Irak erhält von Jordanien Transiterleichterungen für die in Aqaba ankommenden irakischen Waren. – Ebenfalls im November fand in Elfenbeinküste ein internationales Symposium über öffentlichen Transport und Verkehr statt. Ein Komitee für Afrika wurde eingerichtet, das sich mit Planung und Betrieb der Transportwege, Ausbildung, Instandhaltung und Entwicklung der Verkehrsmittel befaßt.

Westafrika: Eigene Milchverarbeitung, Vieh- und Saatzucht

z.brp. Die UN-Organisation FAO stellte auf ihrer im November durchgeführten Regionalkonferenz fest, daß die Nahrungsmittelproduktion in Afrika in den siebziger Jahren um 1,3% jährlich ausgeweitet wurde gegenüber 2,7% in den Jahren 1961 bis 1970. 94%ige Selbstversorgung sei bis 1985 möglich, wenn der Agrarwirtschaft höchste Priorität eingeräumt werde. – Auf der 17. Tagung des Ministerrates der „Communauté Economique du Bétail et de la Viande" Mitte Dezember in Elfenbeinküste gründeten sechs westafrikanische Staaten Zuchtstationen für Vieh- und Futtermittelsaatgut mit dem Ziel eines gemeinsamen Vieh- und Fleischmarktes. Obervolta, Mauretanien, Togo und Nigeria vereinbarten gleichzeitig den Aufbau von Milchverarbeitungsbetrieben.

Jamaika verstaatlicht US-Aluminiumkonzern

z.gab. Ende 1978 hat die Regierung Jamaikas das langfristige, internationale Investitionsabkommen mit der Revere Jamaika Alumnia Ltd. aufgekündigt und die Investitionen der Tochtergesellschaft des US-Konzerns Revere Copper and Brass in den Aluminiumoxidwerken und Bauxitgruben Jamaikas enteignet. Dies, nachdem die US-Imperialisten vergeblich versucht hatten, die Regierung Jamaikas mit Hilfe

UNO verurteilt BRD wegen fortgesetzter Unterstützung des rhodesischen Kolonialregimes

Imperialisten bereiten Gipfelkonferenz über die „Situation im südlichen Afrika" vor

z.lup. Wenn Genscher von „friedenserhaltenden Maßnahmen der UN-Streitkräfte in Krisengebieten" spricht, dann versichert er mit vor Gier leuchtenden Augen, daß die Bundesregierung nicht „Nein" sagen werde, wenn man sie um Teilnahme bittet. Das kann man ihm aufs Wort glauben. Die Frage ist bloß, ob sie eine Lage wird schaffen können, in der man sie „bittet".

Als die UNO-Generalversammlung in der vergangenen Woche eine Resolution verabschiedete, die die Mitgliedsländer auffordert, „verstärkt an den Kosten für den Einsatz von Friedenstruppen teilzunehmen und materielle und personelle Hilfe bereitzustellen", da hat er der imperialistischen Pressemeute sogleich enthusiastisch berichtet, dies sei „eine der herausragenden Entscheidungen der UNO-Generalversammlung". Ein Ruf, der es ihm erlaubt, im südlichen Afrika „friedenserhaltend" tätig zu sein, wäre das, was der BRD-Imperialismus jetzt brauchen könnte. Jedenfalls ist er sich mit den US-Imperialisten darin einig, daß anders die Bastionen der imperialistischen Kolonialherrschaft im südlichen Afrika gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf nicht zu halten sein werden. Aber die genannte UNO-Resolution ist tatsächlich „herausragend". Im wesentlichen hat die UNO-Generalversammlung die wachsende Einheit der 3. Welt gegenüber Imperialismus, Kolonialismus und vor allem den Hegemoniestreben der beiden Supermächte zum Ausdruck gebracht.

Am 13. Dezember hat die Generalversammlung zwei Resolutionen verabschiedet. Die erste Resolution „bekräftigt das unverletzliche Recht des Volkes von Zimbabwe auf Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit" und stellt fest, daß „keine Regelung über die Zukunft Zimbabwes Gültigkeit erlangen wird, die nicht mit den wirklichen Wünschen und Bestrebungen des Volkes von Zimbabwe übereinstimmt und unter vollständiger Beteiligung der Patriotischen Front zustandegekommen ist". Sie „bekräftigt die Rechtmäßigkeit des Kampfs des Volkes von Zimbabwe für seine Rechte mit allen Mitteln seiner Wahl", erklärt die interne Lösung für null und nichtig, jede von dem illegalen Regime herbeigeführte Regelung für illegal, und fordert alle Staaten auf, keinerlei Regelung dieser Art die Anerkennung zu gewähren.

Die zweite Resolution fordert die Regierung Großbritanniens auf, „entsprechend ihrer Verantwortung als Verwaltungsmacht alle Anstrengungen

Fortsetzung Seite 2

Schah kauft Benzin in London

5 Monate sei die Universität von Teheran geschlossen gewesen, jetzt werde sie wieder geöffnet, meldet das Fernsehen. Sie war offen für das Volk – geschlossen für die Imperialisten und ihre Knechte. Der Versuch des Schah, ein ehemaliges Mitglied der Regierung Mossadegh ins Regime zu nehmen und so die Massen zu spalten, ist im Ansatz zerschlagen; auch die Studenten werden sich durch Terror und Spaltung nicht vom Kampf des Volkes gegen den Imperialismus und seine Lakaien abtrennen lassen. Während der Schah jetzt Benzin an der Londoner Börse kauft, schreibt die Bourgeoispresse Bildberichte „Farahs letzte Tage auf dem Pfauenthron".

Je früher alle Stahlarbeiter streiken, je früher haben die Kapitalisten keinen Stahl

z.jük. „Mit der Urabstimmung haben wir uns eindeutig für den Kampf ausgesprochen. Nur durch den Kampf werden wir zu einem positiven Ergebnis kommen. Wir haben A gesagt und die Arbeitgeber werden B...ezahlen",

einzudecken. Der Grund ist: die internationale Solidarität mit dem Kampf der westdeutschen Stahlarbeiter wächst mit jedem Streiktag. Die Stahlarbeiter in den verschiedenen Ländern Westeuropas und den USA sind immer fester

streiken, je früher haben die Kapitalisten überhaupt keinen Stahl mehr. Erfolgreiche Kämpfe werden nachhaltige Wirkung auf die Kapitalisten haben. Der Beschluß der Tarifkommission hat den Verschlichter Farthmann schon

rung. Über Weihnachten und Neujahr wird der Streik voll weitergeführt. Danach soll bekanntgegeben werden, auf welche Betriebe der Streik ausgedehnt werden soll. Das ist spät und kostet die Stahlarbeiter einiges. Der beste

Westafrika: Eigene Milchverarbeitung, Vieh- und Saatzucht

z.brp. Die UN-Organisation FAO stellte auf ihrer im November durchgeführten Regionalkonferenz fest, daß die Nahrungsmittelproduktion in Afrika in den siebziger Jahren um 1,3% jährlich ausgeweitet wurde gegenüber 2,7% in den Jahren 1961 bis 1970. 94%ige Selbstversorgung sei bis 1985 möglich, wenn der Agrarwirtschaft höchste Priorität eingeräumt werde. – Auf der 17. Tagung des Ministerrates der „Communauté Economique du Bétail et de la Viande" Mitte Dezember in Elfenbeinküste gründeten sechs westafrikanische Staaten Zuchtstationen für Vieh- und Futtermittelsaatgut mit dem Ziel eines gemeinsamen Vieh- und Fleischmarktes. Obervolta, Mauretanien, Togo und Nigeria vereinbarten gleichzeitig den Aufbau von Milchverarbeitungsbetrieben.

Jamaika verstaatlicht US-Aluminiumkonzern

z.gab. Ende 1978 hat die Regierung Jamaikas das langfristige, internationale Investitionsabkommen mit der Revere Jamaika Alumnia Ltd. aufgekündigt und die Investitionen der Tochtergesellschaft des US-Konzerns Revere Copper and Brass in den Aluminiumoxidwerken und Bauxitgruben Jamaikas enteignet. Dies, nachdem die US-Imperialisten vergeblich versucht hatten, die Regierung Jamaikas mit Hilfe eines IWF-Kredits von 240 Mio. Dollar in die Knie zu zwingen. Lange Zeit über war die gesamte Bauxitgewinnung Jamaikas im alleinigen Besitz der sechs größten US-Aluminiumkonzerne, die den Bauxitreichtum des Landes plünderten. Bereits Anfang 1977 hat die Regierung Jamaikas mit 51% die Mehrheitsrechte über die Kaiser Bauxit Company erworben und die geplante Verstaatlichung des gesamten Mineralsektors angekündigt. In einem Volksfest feierten die Arbeiter der Bauxitgruben diesen Schlag gegen die US-Imperialisten.

Afrika bereitet den Profiteuren ein Ende

z.hef.London. Lonrho Ltd. gab bekannt, daß die Profite im Geschäftsjahr bis zum 30.9.1978 „mindestens genauso gut wie die im letzten Jahr erreichten" seien. Endgültige Zahlen und Dividende will Lonrho erst im Januar bekanntgeben. Die Börsenspekulanten waren nicht begeistert. Lonrho-Aktien stiegen nur kurzzeitig um 2 Pence. Tansania hat Lonrho im Verlauf dieses Geschäftsjahres hinausgeworfen, und der Befreiungskampf im südlichen Afrika schneidet die „London und Rhodesien Bergbau- und Land-Gesellschaft" von ihren dortigen Profitquellen ab. 73% aller Profite machte Lonrho 1977 laut Geschäftsbericht noch in Afrika. Die Gesamtprofite 1977, auf die sich die jetzige Ankündigung bezieht, waren erstmals für Lonrho *niedriger* als im Vorjahr, um 3,18 Mio. Pfund. Die Profite aus Afrika waren um 8,24 Mio. niedriger. Die Halbjahresprofite im Mai 1978 zeigten weiteren Fall der Profite aus Afrika.

Pressemeute sogleich enthusiastisch berichtet, dies sei „eine der herausragenden Entscheidungen der UNO-Generalversammlung". Ein Ruf, der es ihm erlaubt, im südlichen Afrika „friedenserhaltend" tätig zu sein, wäre das, was der BRD-Imperialismus jetzt brauchen könnte. Jedenfalls ist er sich mit den US-Imperialisten darin einig, daß anders die Bastionen der imperialistischen Kolonialherrschaft im südlichen Afrika gegenüber dem bewaffneten Befreiungskampf nicht zu halten sein werden. Aber die genannte UNO-Resolution ist tatsächlich „herausragend". Im wesentlichen hat die UNO-Generalversammlung die wachsende Einheit der 3. Welt gegenüber Imperialismus, Kolonialismus und vor allem den Hegemoniestreben der beiden Supermächte zum Ausdruck gebracht.

Am 13. Dezember hat die Generalversammlung zwei Resolutionen verabschiedet. Die erste Resolution „bekräftigt das unverletzliche Recht des Vol-

5 Monate sei die Universität von Teheran geschlossen gewesen, jetzt werde sie wieder geöffnet, meldet das Fernsehen. Sie war offen für das Volk – geschlossen für die Imperialisten und ihre Knechte. Der Versuch des Schah, ein ehemaliges Mitglied der Regierung Mossadegh ins Regime zu nehmen und so die Massen zu spalten, ist im Ansatz zerschlagen; auch die Studenten werden sich durch Terror und Spaltung nicht vom Kampf des Volkes gegen den Imperialismus und seine Lakaien abtrennen lassen. Während der Schah jetzt Benzin an der Londoner Börse kauft, schreibt die Bourgeoispresse Bildberichte „Farahs letzte Tage auf dem Pfauenthron".

Je früher alle Stahlarbeiter streiken, je früher haben die Kapitalisten keinen Stahl

z.jük. „Mit der Urabstimmung haben wir uns eindeutig für den Kampf ausgesprochen. Nur durch den Kampf werden wir zu einem positiven Ergebnis kommen. Wir haben A gesagt und die Arbeitgeber werden B...ezahlen", so lautet die Resolution einer Streikversammlung von 300 Stahlarbeitern der Thyssen AG Werke Hamborn vom 21.12. Der Beschluß der IGM-Streikleitung, den Streik auszudehnen, wird überall begrüßt, und alle Versuche der Stahlkapitalisten, die Streikfront mit einer Schlichtung zu brechen, sind fehlgeschlagen. 4% Lohnerhöhungen bei einer Laufzeit von 15 Monaten, 2 Tage Urlaub mehr, für Arbeiter im Dreischichtbetrieb und in Kontischicht 4 Freischichten ab 1979 plus 2,5 Freischichten ab 1980, hatten die Kapitalisten versucht durchzusetzen.

Die Stahlkapitalisten appellieren jetzt an das Klasseninteresse der ganzen Profitbande in Westdeutschland. Sie stehen schon unter dem Druck ihrer „Abnehmer". Die verkünden, daß sie ab Mitte Januar keinen Nachschub mehr haben und eigentlich nicht gewillt sind, sich ihre Geschäfte zunichtemachen zu lassen. Die Stahlmonopole sind doppelt unruhig. Zum einen gehen ihnen ihre Profite flöten, der Streik selber kann teuer für sie werden.

Zum anderen werden durch den Streik erheblich ihre Expansionspläne und „Vorwärtsstrategien" auf dem Weltstahlmarkt gestört. Schon lauert die internationale Konkurrenz, die nur zu gerne in die Bresche springen würde und einige „Abnehmer" der westdeutschen Stahlmonopole sind auch nicht abgeneigt. Gesamtmetall Hauptgeschäftsführer Kirchner sieht in diesem „Verhalten aus der Not heraus einen Bruch der Solidarität mit den deutschen Stahlunternehmen" (FAZ 18.12). Aber es klappt sowieso nicht so recht, sich mit Stahl aus dem Ausland einzudecken. Der Grund ist: die internationale Solidarität mit dem Kampf der westdeutschen Stahlarbeiter wächst mit jedem Streiktag. Die Stahlarbeiter in den verschiedenen Ländern Westeuropas und den USA sind immer fester entschlossen, keine Arbeiten auszuführen, die die Front der westdeutschen Stahlarbeiter schwächen könnte. (Vgl. S. 7 dieser Nummer). Es vergeht praktisch keine Versammlung von Stahlarbeitern, wo dies nicht erklärt wird.

Die Distriktorganisation (Local 1938) der Stahlarbeitergewerkschaft der USA Virginia, im Eisenerzrevier von Nord Minnesota, hat am 15. Dezember eine Solidaritätskundgebung mit den seit mehr als drei Monaten im Kampf stehenden Nickelgrubenarbeitern in Kanada, ebenfalls Mitglieder der dortigen Stahlarbeitergewerkschaft durchgeführt. 100 Arbeiter haben teilgenommen. 5000 Dollar wurden den kanadischen Arbeitern übergeben. Auf der Kundgebung hat der Präsident des Local 1938, Joe Samargia (vgl. Interview KVZ Nr. 50/78) über den Kampf der Stahlarbeiter in der BRD berichtet und die Unterstützung für ihre Forderungen erklärt. Das stärkt den Kampf im Tarifgebiet erheblich.

Mitte bis Ende Januar wird in den großen Automobilwerken Westdeutschlands der Nachschub knapp. Erste Stockungen gibt es jetzt schon. „Die Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahlindustrie (Düsseldorf) berichtet, daß zur Zeit für die KFZ-Zulieferungen wichtige Flachstahlproduktionen (Bleche) zu zwei Dritteln, die Profilstahlproduktion (Betonstahl Bauträger) zu einem Drittel und die Röhrenproduktion zur Hälfte lahmliegen." Verschiedene kleinere Betriebe im Streikgebiet haben Kurzarbeit angemeldet. Es kommt jetzt also auf jeden Tag an. Je früher alle Stahlarbeiter streiken, je früher haben die Kapitalisten überhaupt keinen Stahl mehr. Erfolgreiche Kämpfe werden nachhaltige Wirkung auf die Kapitalisten haben. Der Beschluß der Tarifkommission hat den Verschlichter Farthmann schon ziemlich lahmgelegt. Das wird innerhalb des Streikgebietes wie überhaupt durchaus begrüßt. Nun soll der Streikfront ein politischer Schlichter aufgedrückt werden, „von Format". So denken es jedenfalls die Stahlmonopole: „Jetzt wird, so bitter das für die Autonomie der Tarifpartner auch sein mag, eine politische Autorität von Rang eingreifen müssen. Eines wird dieser Vermittler freilich kalkulieren können: Dieser Streik hat in weiten Kreisen der Bevölkerung jeden Kredit verloren." (FAZ 19.12) Diese „weiten Kreise" kennt man, weit um die Gürtellinie, aber wenig zahlreich. Um so hergeholter sind die Versuche der Kapitalisten, objektive Interessen auf seiten der Massen gegen den Streik zu behaupten. Der Präsident des Wirtschaftsverbandes Stahlverformung in Hagen, Kirchhoff, versucht diese Spaltungslinie noch zu vertiefen und hat in der Presse erklären lassen: „Die Stahlverformung ist die größte Gruppe im Bereich des Arbeitsamtes Iserlohn. Da man auch Zulieferer für Küchengeräte sei, greife der Stahlstreik unmittelbar in die Versorgung der Bevölkerung mit unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen ein."

Das grenzt schon an Lächerlichkeit. Versammlungen der Stahlarbeiter wie auch Erklärungen aus anderen Industriebranchen begrüßen die Entscheidung der IGM-Tarifkommission, sich nicht von dem Schlichtungsangebot fangen zu lassen, womit die beabsichtigte Spaltung der Stahlarbeiter verhindert worden ist. Es ist klar, daß die Mehrheit der Stahlarbeiter einem solchen Abschluß nicht zustimmt. Die Urabstimmung bedeutet eine Sicherung. Über Weihnachten und Neujahr wird der Streik voll weitergeführt. Danach soll bekanntgegeben werden, auf welche Betriebe der Streik ausgedehnt werden soll. Das ist spät und kostet die Stahlarbeiter einiges. Der beste Zeitpunkt für die Ausdehnung des Streiks ist schon längst vergangen. Also kommt alles darauf an, daß Punkte gesetzt werden, unter denen nichts läuft:

„1. Die Laufzeit darf nicht verlängert werden. Jede Laufzeitverlängerung ist unter Bedingungen der Inflation glatter Betrug. 2. 4% sind auch für 12 Monate zu wenige. 5% = 120 Mark bleibt richtig. Auf jeden Fall hat der Abschluß für die Seehäfen eine Mindestmarke für die gegenwärtigen Tarifkämpfe gesetzt. 3. Die Urlaubsstaffelung muß gleich fallen. 4. Die Arbeitszeitverkürzung muß für alle gelten, sonst haben die Kapitalisten womöglich einen neuen Vorwand, die Nachtarbeit und Kontischicht auszudehnen. Sie darf sofort nicht weniger als zwei Stunden pro Woche ausmachen. Man sieht, daß es unter Punkt vier schwer ist, sich auf klare Bedingungen zu einigen. Diese Forderung nach der 35-Stundenwoche ist ohne Durchsetzung einer Normalarbeitszeit pro Tag (Verbot der Arbeit zwischen 20.00 und 6.00 Uhr) d.h. bei Hinnahme von Nacht- und Kontiarbeit sehr schwach. Durch Einstiegsgerede ist sie noch weiter abgeschwächt. Um so dringlicher muß man wenigstens das Minimum festlegen für einen Abschluß. „Bei einer Volksabstimmung würden die Streikziele der Stahlarbeiter abgelehnt werden", behauptet Sohl. Schaut, die Urabstimmung reicht ihm nicht. Aber den Volksmassen reicht sie. Ihre Unterstützung für die Stahlarbeiter steht fest. Jetzt muß man die Stahlkapitalisten im Griff behalten und zudrücken." (KVZ-Eilnachrichten 20.12.).

UNO verurteilt BRD wegen fortgesetzter Unterstützung des rhodesischen Kolonialregimes

Fortsetzung von Seite 1

zu unternehmen, die es dem Volk von Zimbabwe ermöglichen, die Unabhängigkeit gemäß seinen Wünschen zu erzielen und nicht unter Umständen, die dem illegalen Regime irgendwelche Macht oder Souveränitätstitel verleihen". Sie ,,verurteilt aufs schärfste Südafrika und einige westliche und andere Staaten", darunter namentlich die USA, England, die BRD und Israel, ,,die weiterhin direkt oder indirekt das rassistische Minderheitsregime unter Verletzung der Beschlüsse der Vereinten Nationen unterstützen".

Diese Resolutionen unterstützen den Standpunkt, den die ZANU als Bestandteil der Patriotischen Front gegenüber Gesprächen stets eingenommen hat: Daß der einzige Gegenstand solcher Verhandlungen die Modalitäten der Übergabe der Macht an das Volk von Zimbabwe sein können, und daß solche Verhandlungen bloß geführt werden können zwischen Großbritannien als der Kolonialmacht und der Patriotischen Front als der einzig rechtmäßigen Vertretung des Volkes von Zimbabwe.

Sie unterstützen dadurch das Prinzip der ZANU ,,Wir sind unsere eigenen Befreier" gegenüber allen Einmischungsversuchen der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte, die die Unabhängigkeit Zimbabwes in einen ,,internationalen Konflikt" verwandeln wollen, der es ihnen erlaubt, die Zukunft Zimbabwes mit Hilfe ihrer Söldner zu regeln. Die beiden Resolutionen durchkreuzen direkt die angloamerikanischen Manöver, die auf die Isolierung und Zerschlagung des bewaffneten Befreiungskampfes und die Sicherung der imperialistischen Kontrolle über Zimbabwe abzielen, und deren Kern jedesmal in der Legalisierung des Kolonialregimes, der Aufrechterhaltung des kolonialen Staatsapparats, der Garantie des imperialistischen Eigentums in Zimbabwe und der Entwaffnung der Befreiungskämpfer besteht. Die Siege im bewaffneten Befreiungskampf, der im Verlauf dieses Jahres bedeutende Teile des Landes befreit hat und die Stützpunkte der Kolonialherrschaft bereits einkreist, bilden die Grundlage dieses Erfolges an der diplomatischen Front.

11 Staaten, darunter die USA, Westdeutschland und Großbritannien, stellten sich direkt gegen beide Resolutionen. Man könne schwerlich erwarten, erklärte Ivor Richard, ,,daß sich Großbritannien neutral verhält gegenüber einer Resolution, die dem Volk von Zimbabwe die Patriotische Front als Führung vorschreibt und nicht nur die gegenwärtige, sondern jede innere Lösung verurteilt." Etwas anderes als eine ,,innere Lösung", die das Privateigentum der Imperialisten an dem Grund und Boden, den sie dem Volk Zimbabwes geraubt haben, und an den Fabriken, in denen sie die landlosen Bauernmassen schinden, sichert, hat die britische Regierung nie im Sinn gehabt.

Karl Flittner als Vertreter der BRD, die in diesem Jahr zum ersten Mal in einer Resolution der Generalversammlung ausdrücklich wegen Unterstützung des rhodesischen Kolonialregimes verurteilt wird, fügte hinzu: ,,Die Bundesregierung tritt entschieden für die Prinzipien der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts ein. Keine auswärtige Macht kann entscheiden, wer der Führer des Volkes von Zimbabwe sein solle oder könne." Kann man die Sache nicht vielleicht so drehen, daß die Patriotische Front ein aufgezwungenes Regime ist, vor dem das Volk von Zimbabwe geschützt werden muß – im Namen von Demokratie und Selbstbestimmung? Wild entschlossen, die imperialistische Kontrolle über Zimbabwe und seine Reichtümer mit allen Mitteln zu sichern, versucht sich die Bundesregierung sogleich in neuen Rechtfertigungen für eine imperialistische Intervention. ,,Die UNO sollte keine Resolutionen verabschieden, die zur Gewaltanwendung ermutigen", fügte Flittner hinzu. Unter der Flagge der ,,Gewaltlosigkeit" und der ,,friedlichen Lösungen" hat die BRD seit ihrer Gründung die gerechten Kriege bekämpft und die ungerechten geschürt.

Die US-Imperialisten untersuchen derweil die Entwicklung der Front.

Anfang Dezember haben sie den bereits einmal gescheiterten McGovern nach Rhodesien und Mozambique geschickt, um die Lage zu erkunden. Zurückgekehrt teilt er mit, daß die Chancen für die angloamerikanischen Manöver schlecht sind, ,,weniger als 50 zu 50". Ein paar Wochen später überfällt das Smith-Regime ein Ausbildungslager der Sambischen Streitkräfte nördlich von Lusaka. Kurz zuvor wird bekannt, daß die US-Imperialisten elf nagelneue Helikopter an das Kolonialregime gesandt haben und daß sie ein gemeinsames Treffen von Carter, Schmidt, Callaghan und Giscard d'Estaing vorbereiten, auf dem ,,die Situation im südlichen Afrika" verhandelt werden soll.

Die Musiktage, die die Soldaten- und Reservistenkomitees in dieser Woche durchführen, stehen unter der Losung ,,Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg". Sie dienen dem Ziel, die Mittel für die Ausrüstung einer Druckeinrichtung der ZANU zu sammeln. Es ist wichtig, durch Stärkung der Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe den Spielraum der Imperialisten für Interventionen weiter einzuengen.

z.frb. **Senkung der Gewerbesteuer.** Die Gewerbesteuer setzt sich zusammen aus der Lohnsummensteuer, der Gewerbeertrags- und der Gewerbekapitalsteuer. 1977 hat erstere 3,5 Mrd. DM eingebracht, die beiden anderen zusammen 23 Mrd. DM.

Lohnsummensteuer. Ab 1980 soll die Lohnsummensteuer ganz abgeschafft werden. Sie wurde bisher in 10% der etwa 8500 Gemeinden erhoben, vor allem in Großstädten und zu 56% in Nordrhein-Westfalen. Als Ausgleich erhalten alle Gemeinden einen höheren Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer und müssen einen geringeren Teil ihrer Gewerbesteuer an

Anteile der Steuerarten in %

	1960	1970	1977	60-77
Lohnsteuer	11,9	23,4	29,9	18,0
Mehrwertst.	23,1	23,8	20,0	– 3,1
Verbrauchssteuern	12,9	14,4	11,5	– 1,4
Dir. Steuern auf Einkommen, aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	15,9	13,1	13,6	– 2,3
Körperschaftsst.	9,4	5,8	6,3	– 3,1
Gewerbest.	10,6	7,6	8,5	– 2,1
sonst. St.	16,3	11,9	10,2	– 6,1

Mrd. DM
80
60
40
20
0
Lohnsteuer
Einkommen- u. Körperschaftsteuer
Gewerbesteuer
1970 71 72 73 74 75 76 77

Bund und Länder abführen. Dadurch kann auch in den Gemeinden, in denen es jetzt keine Lohnsummensteuer gibt, der andere Teil der Gewerbesteuer durch eine Senkung des Hebesatzes vermindert werden.
Gewerbeertrags- und -kapitalsteuer. Außerdem wird der Freibetrag der Gewerbeertragssteuer von 24000 auf 36000 DM erhöht und der Freibetrag der Gewerbekapitalsteuer ab 1981 auf 120000 DM verdoppelt. Weiterhin wird es 1981 einen Freibetrag für Dauerschulden bis 50000 DM geben. Das macht alles zusammen runde 4,5 Mrd. DM weniger an Gewerbesteuer pro Jahr. Mit den Freibeträgen wollen die Finanzbourgeoisie und ihre Politiker einen Teil der Kleinbourgeoisie ködern und für alle Kapitalisten die Gewerbesteuer um 15% senken. So werden die 1975 und zuletzt Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Erhöhungen der Freibeträge erweitert.
Degressive Abschreibung. Die im November 1977 beschlossene Erweiterung der degressiven Abschreibung wird sich 1979 mit etwa 3,3 Mrd. DM segensreich auf die Kapitalistensteuern
20
1970 71 72 73 74 75 76 77

Bund und Länder abführen. Dadurch kann auch in den Gemeinden, in denen es jetzt keine Lohnsummensteuer gibt, der andere Teil der Gewerbesteuer durch eine Senkung des Hebesatzes vermindert werden.

Gewerbeertrags- und -kapitalsteuer. Außerdem wird der Freibetrag der Gewerbeertragssteuer von 24000 auf 36000 DM erhöht und der Freibetrag der Gewerbekapitalsteuer ab 1981 auf 120000 DM verdoppelt. Weiterhin wird es 1981 einen Freibetrag für Dauerschulden bis 50000 DM geben. Das macht alles zusammen runde 4,5 Mrd. DM weniger an Gewerbesteuer pro Jahr. Mit den Freibeträgen wollen die Finanzbourgeoisie und ihre Politiker einen Teil der Kleinbourgeoisie ködern und für alle Kapitalisten die Gewerbesteuer um 15% senken. So werden die 1975 und zuletzt Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Erhöhungen der Freibeträge erweitert.

Degressive Abschreibung. Die im November 1977 beschlossene Erweiterung der degressiven Abschreibung wird sich 1979 mit etwa 3,3 Mrd. DM segensreich auf die Kapitalistensteuern auswirken, und die Reform der Körperschaftsteuer wird mit rund 2,5 Mrd. DM wirksam werden. – Hatte die Bourgeoisie einst im Kampf gegen den Feudalismus mit der Gewerbefreiheit die Besteuerung des Gewerbebetriebs eingeführt, so lastet sie im Imperialismus die Kosten ihres Staatsapparates immer vollständiger den Volksmassen auf. Die Gewerbesteuer steht der Gemeinde zu, auf deren Gebiet der Gewerbebetrieb liegt, und sie legt den Steuersatz fest. Dies fördert das herzliche Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Staatsbütteln am Ort. Aber nach und nach kann die imperialistische Bourgeoisie auch darauf verzichten.

Die arabischen Völker werden die besetzten Gebiete zurückerobern

Ägypten legt Wiederaufbauplan für Sinai vor

z.ere. In den dreißig Jahren seit 1948 hat das zionistische Regime etwa 320000 Morgen Land von den insgesamt 400000 Morgen, die der arabischen Bevölkerung von Palästina gehören, geraubt. Von den verbliebenen 80000 Morgen, die sich im Besitz der Palästinenser befinden, gelten nur 30000 als kultivierbar. Seit 1967 haben die Zionisten allein 80 neue Siedlungen gebaut. Die 25 Siedlungen, die entlang den Golanhöhen angelegt worden sind, und ebenso die 17 Siedlungen entlang des Jordantals sind wie auch die meisten der übrigen Siedlungsprojekte als Wehrdörfer ausgebaut, ,,denn das Militär kann nicht überall sein", erklärte Begin. Der Ausbau dieser paramilitärischen Stützpunkte untersteht der Armee. Besonders in Westjordanien treiben die Zionisten ihre Siedlungsprojekte mit äußerstem Tempo voran. Der Standort ist wichtig, da er sich im ,,to-

Dollar hat das Regime, unterstützt durch kräftige Finanzhilfe von den US-Imperialisten, in diese Projekte investiert. An der Strecke von Samaria über Nablus nach As Salt hat das Zionistenregime rund 560 feste Bauten errichten lassen, mit Stacheldraht umzäunt. In diesen Wehrdörfern werden in neu angelegten Kleinfabriken und Handwerksbetrieben Elektronikbauteile und Panzerplatten produziert, alles auf Rechnung des Kriegsministeriums.

Im Sinai existiert bis heute eine Siedlung bei Al Arish östlich von Port Said, und drei weitere befinden sich genau entlang dem Golf von Aqaba, südlich von Sharm-Al Sheikh. Verbindet man auf der Siedlerkarte die Punkte, die die Siedlungen darstellen, so ergeben sich die ,,neuen Grenzen" wie sie die Zionisten offensichtlich als ,,blei-

te, die die Unabhängigkeit Zimbabwes in einen ,,internationalen Konflikt" gentum der Imperialisten an dem Grund und Boden, den sie dem Volk rer Gründung die gerechten Kriege bekämpft und die ungerechten geschürt. raum der Imperialisten für Interventionen weiter einzuengen.

Die arabischen Völker werden die besetzten Gebiete zurückerobern

Ägypten legt Wiederaufbauplan für Sinai vor

z.ere. In den dreißig Jahren seit 1948 hat das zionistische Regime etwa 320000 Morgen Land von den insgesamt 400000 Morgen, die der arabischen Bevölkerung von Palästina gehören, geraubt. Von den verbliebenen 80000 Morgen, die sich im Besitz der Palästinenser befinden, gelten nur 30000 als kultivierbar. Seit 1967 haben die Zionisten allein 80 neue Siedlungen gebaut. Die 25 Siedlungen, die entlang den Golanhöhen angelegt worden sind, und ebenso die 17 Siedlungen entlang des Jordantals sind wie auch die meisten der übrigen Siedlungsprojekte als Wehrdörfer ausgebaut, ,,denn das Militär kann nicht überall sein", erklärte Begin. Der Ausbau dieser paramilitärischen Stützpunkte untersteht der Armee. Besonders in Westjordanien treiben die Zionisten ihre Siedlungsprojekte mit äußerstem Tempo voran. Der Standort ist wichtig, da er sich im ,,toten Zentrum" eines der letzten unbesiedelten Gebiete befindet, die noch für ,,territoriale Zugeständnisse in künftigen Verhandlungen in Frage kämen". Betrachtet man die Siedlungskarte, so wird deutlich, daß nur zwei derartige Gebiete übrig geblieben sind:

die Sinai-Halbinsel und der zentrale, stark bevölkerte Teil des Jordan-Westufers, wo die Mehrzahl der 700000 Araber und Palästinenser der besetzten Gebiete lebt. Einen aus Siedlungen bestehenden ,,Sicherheitsgürtel" von 8 bis 12 Meilen Breite entlang des Jordans verlangte der spätere Außenminister Ygal Allon nach dem Aggressionskrieg von 1967. Rund 500 Millionen Dollar hat das Regime, unterstützt durch kräftige Finanzhilfe von den US-Imperialisten, in diese Projekte investiert. An der Strecke von Samaria über Nablus nach As Salt hat das Zionistenregime rund 560 feste Bauten errichten lassen, mit Stacheldraht umzäunt. In diesen Wehrdörfern werden in neu angelegten Kleinfabriken und Handwerksbetrieben Elektronikbauteile und Panzerplatten produziert, alles auf Rechnung des Kriegsministeriums.

Im Sinai existiert bis heute eine Siedlung bei Al Arish östlich von Port Said, und drei weitere befinden sich genau entlang dem Golf von Aqaba, südlich von Sharm-Al Sheikh. Verbindet man auf der Siedlerkarte die Punkte, die die Siedlungen darstellen, so ergeben sich die ,,neuen Grenzen" wie sie die Zionisten offensichtlich als ,,bleibend nach dem Abschluß des Friedensvertrages" gerne hätten; denn, so der ,,International Herald Tribune", ,,die meisten, wenn nicht alle Siedlungen, sind dazu bestimmt, am jetzigen Standort zu verbleiben."

Entgegen den gerechten Interessen des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker versuchen die Zionisten wie auch die US-Imperialisten ,,gestützt auf Garantien", die sie den arabischen Völkern abpressen wollen, ihre räuberischen Pläne zur Aufrechterhaltung des imperialistischen Stützpunktes zu halten. In einem Brief an Carter forderte Präsident Sadat: ,,Alle israelischen Siedler müssen aus dem Sinai abgezogen werden. Sollte Israel es verabsäumen, dieser Verpflichtung nachzukommen, soll die Rahmenvereinbarung null und nichtig sein". Wie Präsident Sadat weiter bekannt gab, bereitet Ägypten die Wiederaufbauplanung für Sinai vor. Für 1979 ist die Eröffnung des ersten Suez-Tunnels geplant, ein weiterer bei Al Kontorah soll in Angriff genommen werden.

Wenn sich die Zionisten nicht aus allen besetzten arabischen Gebieten zurückziehen und wenn die grundlegenden Interessen des arabischen Volkes von Palästina unbeachtet bleiben, ,,wird und kann es keinen Frieden geben", erklärte erst kürzlich ein jugoslawischer Rundfunkkommentator. ,,Auf der Suche nach solchen Lösungen" dürften bestimmte Blöcke und die Supermächte keine ,,Privilegien haben, insbesondere keine militärischen und politischen."

Beirut
Golan höhen
Jericho
Jerusalem
Gaza
Al Arish
Gidi-Paß
Mitla-Paß
Sinai
Sharm el Sheikh

Zionistische Siedlungsvorhaben seit Sommer 1978

1) 20. Juli 1978
Beginn mit dem Bau von 3 Siedlungen in Galiläa: eine in Arava, eine in Samaria und eine im Jordan-Tal
2) 15. August 1978
Planung von fünf Siedlungen im Jordantal: drei im Gebiet um Jericho, zwei im Norden des Tals
3) 17. August 1978
Bau von zwei Siedlungen in Samaria: eine in Harn, eine in Tapuah
4) 28. August 1978
Auf den Golanhöhen wird das 28. Siedlungsprojekt seit 1967 begonnen
5) 8. September 1978
Bau einer Siedlung südlich von Nablus auf dem Rücken des Berges Shomron
6) 22. September 1978
Planung einer Siedlung um Hamam Al Tahuri, oberhalb von Hebron
7) 12. Oktober 1978
Gründung der Stadt Maale Haadumim, nordöstlich von Jerusalem
8) 6. November 1978
Planung von 20 Siedlungen im Arva-Gebiet
10) 15. November 1978
Planung eines städtischen Zentrums im Gaza-Streifen
11) 15. November 1978
Planung von Siedlungen in der Nähe von Rafah
12) 29. November 1978
Planung für den Ausbau von Siedlungen in Negev

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.52: 32000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen

Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 73, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen
Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land
Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)
Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken
Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft · Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Supermächte bekämpfen EG-„Protektionismus"

Carters „neue Exportförderung" / UdSSR-Auslandskapital

Carter: „Die durch andere Länder verhängten Außenhandelsrestriktionen beeinträchtigen unsere Exportfähigkeit. Zölle und insbesondere auch nicht-tarifäre Handelshindernisse engen unsere Fähigkeit ein, neue Auslandsmärkte zu erschließen und bestehende auszuweiten."

Manshulo (Stellvertr. Außenhandelsminister der Sowjetunion): „wies auf die besondere Gefährlichkeit des Protektionismus hin… Protektionistische Maßnahmen… berührten in bestimmtem Grade auch die Handels- und Wirtschaftsinteressen der Sowjetunion."

z.mif. Zwei Imperialistenseelen, ein Imperialistengedanke. Beide Supermächte haben im Jahre 1978 außerordentliche Anstrengungen unternommen, um sich den Zugriff auf die Länder der Europäischen Gemeinschaft zu sichern, den Waren- und Kapitalexport zu verstärken, sich Profite zu verschaffen aus der Ausbeutung der europäischen Arbeiter. Wer Europa hat, hat die Weltherrschaft, ist ihre Devise. Die europäischen Imperialisten ihrerseits nutzen diese Konkurrenz der Supermächte für ihre eigene Expansion.

Am 26.9. legte Carter „Amerikas neue Exportförderungspolitik" dar: „In den letzten beiden Jahren hat meine Administration die Ausleihermächtigung der Export-Import-Bank … auf 3,6 Milliarden 1979 verfünffacht." Carter ist gegen „innere Ausfuhrbehinderungen" wie das „Gesetz über korrupte Praktiken im Ausland", gegen „Antitrustgesetze" und für „Überprüfung der Umweltschutzerfordernisse". Unter dem Stichwort „Abbau ausländischer Handelshemmnisse und Exportbeihilfen" erklärt er: „Wir arbeiten gegenwärtig im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen in Genf am Abbau derartiger Handelshindernisse. – Die Exporttätigkeit der Vereinigten Staaten wird auch durch die großzügigen Kredite und Beihilfen negativ beeinträchtigt, die einige unserer Handelspartner ihren Exporteuren gewähren" (zit. nach Amerika-Dienst, 4.10.78).

In Genf finden die GATT-Verhandlungen statt (vgl. KVZ 51), und die EG ihrerseits erklärt, sie sei mit den Zollsenkungsangeboten noch unzufrieden, USA, Japan und die Dritte Welt müßten weitere Zugeständnisse machen. Die US-Imperialisten haben jetzt durchblicken lassen, sie würden die Strafzölle für exportsubventionierte Waren nicht eintreiben. „Möglicherweise ein Abschlußpaket über alle wesentlichen Sachfragen" hoffen die US-Imperialisten bis 5./6.1. zusammengepreßt zu haben; da trifft sich der „Vierer-Gipfel" in Guadeloupe. Die US-Imperialisten wollen gegenüber der EG vor allem den freien Agrarexport durchsetzen.

Die Sozialimperialisten haben am 1. März 1978 eine „neue Ordnung der Unterzeichnung von Außenhandelsverträgen sowie von Wechseln und anderen finanziellen Verbindlichkeiten" in Kraft gesetzt. Damit sind die Außenhandelsorganisationen der Sozialimperialisten selbständig und können sich voll der Schlacht um Höchstprofite widmen. Im Musterstatut der „Unionsvereinigung Strojmaterialintorg" (Baustoffhandel) heißt es:

„Die Unionsvereinigung Strojmaterialintorg ist eine selbständige Wirtschaftsorganisation, die juristische Person ist und mit wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeitet … (Sie) haftet für ihre Geschäfte und Verbindlichkeiten mit ihrem Vermögen … (Ihr) wird das Recht eingeräumt, a) sowohl in der UdSSR als auch im Ausland Verträge abzuschließen …, b) sowohl in der UdSSR als auch im Ausland die für ihre Tätigkeit benötigten Hilfsbetriebe einzurichten, zu erwerben, zu veräußern, zu mieten und zu vermieten … Das Grundkapital … wird in Höhe von fünf Millionen Rubel festgelegt."

Diese Maßnahme zur Expansion des Waren- und Kapitalexports ist gleichzeitig ein Hebel für die kapitalistische Rationalisierung und Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben der UdSSR. Der Wirtschaftswissenschaftler Kirillow schreibt unter der Überschrift „Eine aktuelle Aufgabe des sowjetischen Außenhandels", notwendig sei „die Orientierung auf die vorrangige Entwicklung der Exportproduktion und des Exports einer relativ beschränkten Nomenklatur von Erzeugnissen" und die „Konzentration der Produktion von Exportwaren auf eine relativ kleine Anzahl hochorganisierter Betriebe". Sie werden fest mit den Außenhandelsfirmen verbunden und sollen sowohl die Grundlage für den Kapitalexport wie auch die Instrumente der Profitmaximierung in allen sowjetischen Betrieben sein. Kirillow verspricht sich „feste Positionen auf dem Weltmarkt in einer Reihe neuer, progressiver Produktionsbereiche …, darunter bei Elektronik-, Atom-, Energie- und Schweißtechnik, Automatik, neuartigen Metallbearbeitungsmaschinen, Luftfahrt-und Raumfahrttechnik u.a." (Außenhandel UdSSR, Heft 8/78). Ein ehrgeiziges Programm des Strebens nach Weltmonopol und Weltherrschaft.

Die dazu benötigten Außenhandelsorganisationen haben sich die Sozialimperialisten in allen westeuropäischen Ländern geschaffen:

BRD: Machinoimport, Metallurgimport, Traktoroexport, Elektronorgtechnika, Mashpriborintorg, Technostroyexport.

Westberlin: Vneshposyltorg, Licensintorg, Metallurgimport, Novoexport, Prodintorg, Sojuzgazexport, Sojuzplodoimport, Sojuzchimexport, Techmashimport, Techmashexport, Technshabexport, Traktoroexport, Exportljon, Exportles, Elektronorgtechnika, Energomachexport.

Großbritannien: Zapchastexport, Metallurgimport, Almazjuvelirexport, Sudoimport.

Dänemark: Licensintorg, Elektronorgtechnika, Sudoimport.

Belgien, Luxemburg: Promsyrioimport, Avtoexport, Mezhdunarodnaya Kniga, Techmashexport, Exportles.

Niederlande: Raznoimport, Exportles.

Frankreich: Metallurgimport, Novoexport, Techmashexport, Elektronorgtechnika, Mashpriborintorg, Sudoimport.

Italien: Machinoimport, Promsyrioimport, Raznoexport, Sovexportfilm, Sojuzchimexport, Technshabexport, Vneshposyltorg, Sudoimport.

Spanien: Avtoexport. (Aufstellung nach: Außenhandel UdSSR 3,4/78)

Die Außenhandelsbank der UdSSR und mehrere spezielle Auslandsbanken wickeln die Kapitalbewegungen ab: innerhalb der EG sind tätig Auslandsbanken in London, Paris, Frankfurt und Luxemburg. Die Moscow Narodny Bank in London operierte 1977 mit einem Grundkapital von 36,5 Mio. Pfund Sterling und einer Bilanzsumme von 1,5 Milliarden Pfund (Außenhandel UdSSR 3/78).

Warenstrom der US-Imperialisten in die EG / **Warenstrom der Sozialimperialisten in die EG**

Warenströme der Supermächte in die EG: Im Volumen und in der Struktur haben die Sozialimperialisten aufzuholen: ihre Expansion beruht vor allem auf den Kompensationsgeschäften Rohstoffe gegen Maschinen. Innerhalb Gesamteuropa konzentrieren die US-Imperialisten ihre Warenströme zunehmend auf die Länder BRD, Großbritannien, Frankreich und Italien, wo sie 1976 47%, 1977 48,2%, April 1978 51,2% des Europa-Exports absetzten.

Laufende Kapitalinvestitionen der US-Imperialisten in der EG

„Kapitalaufwendungen mehrheitlich im Besitz von US-Firmen befindlicher ausländischer Tochtergesellschaften": 1974 entfielen davon auf die EG 35%, 1978 40,5%. Für Europa insgesamt geben die US-Imperialisten 1976 einen Bestand von 55,906 Mrd. Dollar Direktinvestitionen an, daraus einen Profit von 6,058 Mrd. Dollar. (Quelle: US Commerce Department, Survey of Current Business, Okt. 1978; Angaben für 1978 geschätzt)

Jährliche Industrieproduktion pro Arbeiter in der DDR (in Mark)

„Leistungsschau" der Schweißauspressung

Volkswirtschaftsplan der DDR verabschiedet / Massenentlassungen in Vorbereitung

der Vereinigten Staaten wird auch durch die großzügigen Kredite und Beihilfen negativ beeinträchtigt, die einige unserer Handelspartner ihren Exporteuren gewähren" (zit. nach Amerika-Dienst, 4.10.78).

In Genf finden die GATT-Verhandlungen statt (vgl. KVZ 51), und die EG ihrerseits erklärt, sie sei mit den Zollsenkungsangeboten noch unzufrieden, USA, Japan und die Dritte Welt müßten weitere Zugeständnisse machen. Die US-Imperialisten haben jetzt durchblicken lassen, sie würden die Strafzölle für exportsubventionierte Waren nicht eintreiben. „Möglicherweise ein Abschlußpaket über alle wesentlichen Sachfragen" hoffen die US-Imperialisten bis 5./6.1. zusammengepreßt zu haben; da trifft sich der „Vierer-Gipfel" in Guadeloupe. Die US-Imperialisten wollen gegenüber der EG vor allem den freien Agrarexport durchsetzen.

Rationalisierung und Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben der UdSSR. Der Wirtschaftswissenschaftler Kirillow schreibt unter der Überschrift „Eine aktuelle Aufgabe des sowjetischen Außenhandels", notwendig sei „die Orientierung auf die vorrangige Entwicklung der Exportproduktion und des Exports einer relativ beschränkten Nomenklatur von Erzeugnissen" und die „Konzentration der Produktion von Exportwaren auf eine relativ kleine Anzahl hochorganisierter Betriebe". Sie werden fest mit den Außenhandelsfirmen verbunden und sollen sowohl die Grundlage für den Kapitalexport wie auch die Instrumente der Profitmaximierung in allen sowjetischen Betrieben sein. Kirillow verspricht sich „feste Positionen auf dem Weltmarkt in einer Reihe neuer, progressiver Produktionsbereiche …, darunter bei Elektronik-, Atom-, Energie- und Schweißtechnik, Auto-

Kniga, Techmashexport, Exportles.

Niederlande: Raznoimport, Exportles.

Frankreich: Metallurgimport, Novoexport, Techmashexport, Elektronorgtechnika, Mashpriborintorg, Sudoimport.

Italien: Machinoimport, Promsyrioimport, Raznoexport, Sovexportfilm, Sojuzchimexport, Technshabexport, Vneshposyltorg, Sudoimport.

Spanien: Avtoexport. (Aufstellung nach: Außenhandel UdSSR 3,4/78)

Die Außenhandelsbank der UdSSR und mehrere spezielle Auslandsbanken wickeln die Kapitalbewegungen ab: innerhalb der EG sind tätig Auslandsbanken in London, Paris, Frankfurt und Luxemburg. Die Moscow Narodny Bank in London operierte 1977 mit einem Grundkapital von 36,5 Mio. Pfund Sterling und einer Bilanzsumme von 1,5 Milliarden Pfund (Außenhandel UdSSR 3/78).

„Kapitalaufwendungen mehrheitlich im Besitz von US-Firmen befindlicher ausländischer Tochtergesellschaften": 1974 entfielen davon auf die EG 35%, 1978 40,5%. Für Europa insgesamt geben die US-Imperialisten 1976 einen Bestand von 55,906 Mrd. Dollar Direktinvestitionen an, daraus einen Profit von 6,058 Mrd. Dollar. (Quelle: US Commerce Department, Survey of Current Business, Okt. 1978; Angaben für 1978 geschätzt)

Jährliche Industrieproduktion pro Arbeiter in der DDR (in Mark)

„Leistungsschau" der Schweißauspressung

Volkswirtschaftsplan der DDR verabschiedet / Massenentlassungen in Vorbereitung

z.rua. „Hageburg-Littwitz, heute nachmittag, 14 Uhr. Mit 14000 t Rohbraunkohle haben die jetzt abzulösenden 300 Kumpel der ersten Schicht eine bislang erst an wenigen Tagen erreichte Spitzenleistung vollbracht. – ‚Wir haben am heutigen Tage 14000 t gefahren, das ist eine sehr gute Vorgabe für die zweite und die Nachtschicht, das wird ebenfalls auch das Ziel sein, das wir uns stellen an den Feiertagen, um auch hier an diesen Tagen die Versorgungssicherheit zu bringen.' " Dieses Interview mit dem Betriebsleiter des Kohlebergwerkes Lauchhammer sendete die „Aktuelle Kamera" am *Sonntag*, den 17.12.

Vier Tage zuvor hatte die Volkskammer der DDR den Volkswirtschaftsplan für 1979 als Gesetz beschlossen. Die hochgesteckten Ziele des Volkswirtschaftsplans für 1978 wurden nicht erreicht. Das produzierte Nationaleinkommen wuchs statt der geplanten 5,2% nur um 3,7%, die Industrieproduktion liegt hinter den Planvorhaben, in der Landwirtschaft konnten *große* Planrückstände nur durch den Einsatz von 10000 Armeeangehörigen als „Erntehelfer" vermieden werden. Der Außenhandelsumsatz stieg statt der erwarteten 11% nur um 9,8%. Der Zuwachs im Einzelhandelsumsatz betrug statt 3,6 Mrd. Mark nur 3,2 Mrd. Mark. Davon fielen auf die neu errichteten Exquisit- und Delikatläden 1,48 Mrd. Mark, in den Intershops wurden Waren im Wert von 700 Mio. D-Mark umgesetzt.

Die Versorgung der Volksmassen mit notwendigen Reproduktionsmitteln ist kärglich. Das, was taugt, wird entweder für Devisen oder als Kompensation in die westlichen imperialistischen Staaten exportiert oder muß als Tributleistung an die sozialimperialistische UdSSR abgeführt werden. Die UdSSR verlangt immer höhere Tribute für ihren „brüderlichen Beistand" und für die Fesselung der DDR an ihre Energie- und Rohstoffzufuhr. Beides ist durch den Vertrag über „Freundschaft und Beistand" geregelt, der 1975 erneuert wurde. Für 1979 ist die Steigerung der Exporte der DDR in die UdSSR um 15,9% vorgesehen.

Der Volkswirtschaftsplan 1979 ist gegenüber den Zuwachsraten des Plan 1978 zwar um durchschnittlich 1% reduziert, bedeutet jedoch eine weitere Verschärfung der Ausbeutung. Mit chauvinistischer Demagogie rufen die neuen Bourgeois die Arbeiter zur „Leistungsschau sozialistischer Rationalisierung anläßlich des 30. Jahrestags der DDR" auf. „Initiativschichten" und „freiwillige Arbeitseinsätze" – wie am 28. Oktober erprobt – an Sonn- und Feiertagen sollen zur Regel werden.

Mehr Kohle wird nicht gefördert, damit die Arbeiter es wärmer haben. Die neue Bourgeoisie will den Energiebedarf ihrer Industrie verstärkt aus den eigenen Ressourcen decken, um die sozialimperialistische Plünderung zu dämpfen. Gleichzeitig soll schwergewichtig die Produktion hochwertiger Maschinen und Industrieausrüstungen gesteigert werden, die in die imperialistischen Länder exportiert werden. „Orientierung am Weltmarkt" ist die Devise. Im Carl-Zeiss-Werk in Jena z.B. soll die Produktion um 7,9% gesteigert werden, der Export in die imperialistischen Länder um 28%.

Hauptgewicht des Volkswirtschaftsplans 1979 liegt auf der „umfassenden sozialistischen Rationalisierung". 80% der Rationalisierungsvorhaben wurden in Zusammenarbeit mit der UdSSR entwickelt. Durch Verschärfung der Antreibungssysteme und die Einführung moderner Technologie sollen „Millionen Arbeitsstunden eingespart" werden – also Massenentlassungen und damit Lohnsenkungen in großem Maßstab durchgesetzt werden.

Von wegen „Recht auf Arbeit". Im 1977 neu verabschiedeten Arbeitsgesetzbuch der DDR ist ausdrücklich festgehalten, daß jeder Arbeiter „infolge Änderung der Produktion, der Struktur oder des Stellen- bzw. Arbeitskräfteplanes" gekündigt werden kann, wenn er „die Übernahme einer zumutbaren anderen Arbeit", die verbunden ist mit Lohnsenkung, ablehnt.

Um die umfassende „sozialistische Rationalisierung" durchzusetzen, wurden erstmalig die Industriebetriebe direkt der Kontrolle durch die zuständigen Ministerien unterstellt. Von den Betriebsleitungen müssen „Pflichtenhefte" über den jeweiligen Fortschritt in den Rationalisierungsmaßnahmen geführt werden.

Die neue Bourgeoisie der DDR rechnet mit dem Erstarken des Kampfes der Arbeiter. Im Bericht des Politbüros der SED heißt es: „Der Schutz des sozialistischen Eigentums insbesondere vor Havarien und Bränden erfordert größere Aufmerksamkeit … Überall brauchen wir eine Atmosphäre der Unduldsamkeit gegenüber jeglichem gesellschaftswidrigen Verhalten." Die Arbeiter werden aufgefordert, die militärischen Organe bei ihrem „verantwortungsvollen Dienst" der eigenen Niederhaltung zu unterstützen.

Seit 1960 stieg die Zahl der Industriearbeiter um 150000 auf 3,3 Mio. Die Industrieproduktion wurde seither fast verdreifacht. Die Zahl der Arbeitsunfälle nimmt zu. 1978 gingen in Dresden 4 Mio. Arbeitsstunden durch Krankheit „verloren".

Schichtanteil der Produktionsarbeiter in der Industrie der DDR

Die Durchsetzung des 3-Schicht-Betriebs geht den neuen Bourgeois noch viel zu langsam. In ihren Statistischen Jahrbüchern stellen sie besorgt fest, daß am jeweiligen Stichtag in der 3. Schicht durchschnittlich nur die Hälfte der Arbeiter anwesend war.

(Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR, 1969 – 1977)

z.uwh. **Den Untergang der München nutzen die BRD-Kapitalisten zum Natomanöver bei den Azoren.** Als erstes deutsches Schiff für schwimmbare Container (Leichter) wurde die München zusammen mit dem Schwesterschiff Bilderdyk in Belgien 1972 gebaut. Die Ladekapazität dieses Typs ersetzte 5 bis 6 herkömmliche Stückgutschiffe. Die Besatzung wurde auf 29 Mann reduziert. Das Fassungsvermögen beträgt 83 Leichter à 374 t.

– Kriegsmanöver mit den NATO-Verbündeten in strategisch bedeutsa-

Laderäume Kran Leichter Brücke

mem Gebiet und dann noch „spontan" – so ohne große Umschweife – das ist der Zweck der gigantischen „Suchaktion". Mit fünf Breguet Atlantic U-Boot Fernaufklärern sind die BRD-Imperialisten im Manöver. Aber die Royal Navy und US-Air Force sind mit von der Partie. Mit modernstem Kriegsmaterial versteht sich, (Nimrod-Aufklärern). Das ganze Gebiet ist x-mal mit modernsten Ortungsgeräten durchwühlt worden. Über die Ladung der München schweigt sich die Presse aus. 80 der 83 Leichter sollen mit Stahl beladen gewesen sein. Aber was für Stahl? Und *für* was? Es ist jedenfalls für die Bourgeoisjournaille unüblich, trotz aller Pietät kein Wort des Bedauerns über verlorengegangene wertvolle Ladung zu verlieren. Wichtig scheint sie nur zu finden, daß die „Deutschen die meisten Flugzeuge stellen", man die Nato-Partner übertölpelt hat durch die Errichtung einer eigenen Einsatzzentrale und die diversen militärischen Übungen. Und jeden Tag gibt es neue Gründe, die „Suche" fortzusetzen. Die Bilderdyk bekam schon 1972 einen Riss in der Bordwand und ein Experte von Blohm und Voss weiß: „Ein Riß in der Bordwand kommt hin und wieder mal vor, wenn beim Schweißen Fehler gemacht werden." Die Arbeiter sollen die Schuld kriegen, aber jeder weiß, daß auf den Werften im Akkord geschweißt wird. Schuld für den Untergang der München ist die Bourgeoisie, und um ihren eigenen Untergang hinauszuzögern nutzen sie die Gelegenheit zur Kriegsübung.

z.obj. **Die Seehafenarbeiter haben einen Abschluß gegen die dauernden Lohnsenkungen durchgesetzt.** In den ganz kurzen Verhandlungen war den Seehafenkapitalisten bereits aufgegangen, daß sie sich durch niedrige Angebote oder Verzögerungstaktik nur einen erneuten Streik der Seehafenarbeiter einhandeln können. Zum Stahlarbeiterstreik ein Hafenarbeiterstreik – von diesem Alptraum haben sich die Hafenkapitalisten erst einmal freigekauft. 4,8%, jedoch mindestens 100 DM, sowie Festlegung der Schichtzuschläge auf 14% bzw. 25,6% der Lohngruppe 3 für die II. bzw. III. Schicht. Beim Mindestbetrag ließ sich die ÖTV-Bundestarifkommission nichts abhandeln . – Die Kapitalisten haben jetzt aber keinesfalls Ruhe. Die Unterstützung der Stahlarbeiter, denen dieser Abschluß mit verdankt ist, wird fortgesetzt und am 18.12. wurde in Hamburg auf der Funktionärsversammlung die sofortige Vorbereitung der Rahmentarifverhandlungen gefordert. Arbeitszeitverkürzung, Abschaffung der Nachtschicht und der Lohngruppe 2 stehen vor allem an. Auf der Betriebsversammlung des Hamburger Gesamthafenbetriebs am 20.12. wurde folglich von einem Kollegen darauf hingewiesen, daß sich die Seehafenarbeiter auf härtere Auseinandersetzungen im nächsten Jahr einstellen müssen, wenn neben dem Lohntarif auch der Rahmentarif, der Eingruppierungsvertrag und die Sonderbestimmungen neu abgeschlossen werden. Der Redner, der auch nochmal die Unterstützung des Streiks der Stahlarbeiter hervorhob, erhielt großen Beifall.

z.dis. **Die Gewerkschaft Leder hat am 7.12. in Hessen Lohnerhöhungen zwischen 35 und 39 Pfennig für die rund 10000 Beschäftigten abgeschlossen.** Der Abschluß ist gestaffelt für die Arbeiter und Angestellten in den unteren Lohngruppen höher als in den oberen Lohngrupppen. Die 39 Pfennig in der höchsten Lohngruppe(1) entsprechen 5,1%, die 35 Pfennig in der untersten Lohngruppe(6) 5,5%. Mit dem Inkrafttreten der neuen Lohngruppeneinstufung am 1. November fällt gleichzeitig die bisher unterste Lohngruppe(7) weg. Für die Angestellten beträgt der Abschluß 5%, mindestens aber 90 DM. Der Abschluß liegt deutlich über den von der Regierung angestrebten 2% und die höhere Anhebung der unteren Lohngruppen arbeitet den Spaltungsabsichten der Kapitalisten entgegen. Die Löhne in der Lederindustrie sind aber absolut so niedrig, daß dem Streben der Kapitalisten nach maßloser Ausbeutung der Lederarbeiter noch kein wirksamer Riegel vorgeschoben ist. Der Ecklohn in der Lederindustrie Hessen liegt um rund 2 DM niedriger als in der Metallindustrie. Im neuen Tarifvertrag liegt der niedrigste Tariflohn in Lohngruppe 6 bei 6,73 DM, der höchste in Lohngruppe 1 bei 7,93 DM für Arbeiter über 21 Jahre. Diese Elendslöhne verbunden mit dem Ausbau von Akkord- und Prämienarbeit sind die Ursache der sprunghaft angestiegenen Unfälle im letzten Jahr.

Angezeigte Unfälle und Berufskrankheiten in der Lederindustrie

Unfälle	1970	1974	1975	1977
absolut	12182	11740	10468	12465
je 1000 Vollarbeiter	86	90	86	101

z.kaq. **Die Tarifkomission der IG-Bau-Steine-Erden hat die Lohntarife für das Bauhauptgewerbe zum 30. April gekündigt.** Die Forderung soll, so ließ die Gewerkschaft verlauten, Ende Januar aufgestellt werden.

– Die Bauarbeiter müssen in diesem Winter erhebliche Lohnverluste hinnehmen, die sich auf das ganze Jahr auswirken. Vom 1. November bis 31. März wird für Ausfalltage Schlechtwettergeld gezahlt. Mit dem Wintergeld in Höhe von 2 DM pro gearbeiteter Stunde wird Spaltung betrieben.

– Wir haben den Lohnverlust durch das Schlechtwettergeld und den möglichen Mehrverdienst durch das Wintergeld einmal ausgerechnet. Wird den ganzen Winter über gearbeitet, so fallen 547 Arbeitsstunden in den Bereich des Wintergeldes, was ein Mehrverdienst von 1094 DM bedeutet.

– Lassen die Witterungsbedingungen keine Arbeit im Winter zu, so fallen 807 Arbeitsstunden unter das Schlechtwettergeld, was dann eine Gesamtlohnminderung von 1920 DM bedeutet. Angenommen ist hierbei eine monatliche Stundenzahl von 173, der Lohn in Tarifhöhe des Ecklohns von 11,30 DM, sowie die Steuerklasse I und IV ohne Kinder.

– Für einen durchschnittlichen Winter haben wir angenommen: Schlechtwettertage: Im November 2 Tage, Dezember 10 Tage, Januar 15 Tage, Februar 10 Tage, März 5 Tage. Bei den gleichen Lohnbedingungen wie oben kommt dabei eine Wintergeldzahlung von 504 DM und Schlechtwetterlohnverlust von 828,24 DM heraus, im Saldo also ein Minus von 324,24 DM. Verteilt auf die fünf Wintermonate also ein Verlust von monatlich 64,84 DM netto, was im Jahr eine Lohnverminderung gegenüber dem Tariflohn von 2,46% bedeutet. Unbedingt werden die Bauarbeiter dies bei der Aufstellung ihrer Forderung berücksichtigen.

z.urw. **Der AEG-Konzern beabsichtigt, das Bruchsaler Großküchenwerk Neff schon im April zu schließen (ursprünglich Dez. 79).** Für die 300 im Werk tätigen Arbeiter und Angestellten bedeutet das, daß, wenn sie entlassen werden, enorme Lohneinbußen hinnehmen müssen. Denn sie sind auf AEG-Großküchenherstellung spezialisiert. Als Wirtschaftsminister Eberle in Bruchsal unter Ausschluß der Öffentlichkeit zusammen mit der „konzertierten Aktion zur Rettung von Neff" (zusammengesetzt aus bürgerlichen Parteien, Vertretern der Stadt, der Kirche und der IG Metall) tagte, zogen die Neff-Arbeiter in einem Demonstrationszug während der Arbeitszeit vor den „Ratskeller" und zwangen Eberle zu einer Stellungnahme. Dieser stellte

GEMEINSAM ERRE

den Kapitalisten „Erhaltungssubventionen" in Aussicht und forderte dazu auch die Bundesregierung auf. – Auf einer von der IG Metall öffentlich durchgeführten Vertrauensleutekonferenz trugen Vertrauensleute aus anderen Betrieben Solidaritätsadressen vor. Auf der Veranstaltung wurden für die Stahlarbeiter 1400 DM gesammelt

z.vwh. **Messerschmidt-Bölkow-Blohm bietet sich an, vietnamesische Flüchtlinge in der westdeutschen Kriegsproduktion zu beschäftigen.** MBB ist der wichtigste Kriegsproduzent für die westdeutschen Kapitalisten. Nach umfangreichen Rationalisierungen in den letzten drei Jahren will MBB nun seine Produktion ausweiten. Gelegen – und weihnachtlich als Akt der Barmherzigkeit getarnt – kommt ihnen da die Zuführung vietnamesischer Arbeitskräfte durch den Christdemokraten aus Niedersachsen, Albrecht. An die hundert will MBB beschäftigen. Das Arbeitsamt preist sie als „arbeitsam und umgänglich". Da meist große materielle Not sie aus ihrer Heimat vertrieben hat – durch lange Kolonialherrschaft an Entbehrungen zwangsgewöhnt, soll den vietnamesischen Flüchtlingen die Arbeit hier zu Hungerlohn als Paradies erscheinen.

z.brp. **Am 20.12.78 hat die Bundesregierung eine Erklärung zur Werfthilfe beschlossen.** Am 21.12.78 hat der niedersächsische Ministerpräsident – nach geziertem Zaudern – nach Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein seine Zustimmung zum 660-Mio.-DM-Werfthilfeprogramm gegeben. Damit kann die Subventionierung der Werftkapitalisten rückwirkend ab 1. Dezember 1978 in Kraft treten. Ab 1983 bis spätestens 1988 sollen die Werfkapitalisten dann aus ihren Profiten – soweit sie sie in der Bilanz ausweisen – die Zuschüsse zurückzahlen. Sie brauchen sie auch dann nicht zurückzahlen, „soweit die Werft nicht bis 1988 in anrechnungsfähigem Umfang Investitionen tätigt." (Handelsblatt 22.12.78) – Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Werfthilfe-Programms hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff eine Studie in Auftrag gegeben, die am 31. März 1979 vorgelegt werden soll. Untersucht soll werden: Wie der anstehende „Anpassungsprozeß" – sprich Rationalisierung auf den Werften, verbunden mit Entlassungen – zu „mildern" sei durch Förderung der „Mobilität der Arbeiter". „Es sollten die Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes ausgeschöpft und voll angewendet werden". (Handelsblatt, 22.12.78)

z.ham. **Neue „Ausnahmen" vom Jugendarbeitsschutzgesetz sind in Vorbereitung.** Die „Deutsche Krankenhausgesellschaft" hat einen Antrag an das Ehrenberg-Ministerium gestellt: Arbeitsbeginn für Krankenpflegeschüler morgens um 6 Uhr und 6-Tagewoche „als Ausnahme von Schutzvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes". (Bundestagsplenar-Protokoll 1/121, 1.12.78) Laut Arbeitsschutzgesetz ist der Arbeitsbeginn ab 7 Uhr morgens an fünf Arbeitstagen. – Neben diesem Angriff führt der öffentliche Dienstherr mit der Bezahlung der Kranken-

Siemens: „Vorstoß in die englisch-amerikanische Signaltechnik"

r.hah. Von 1976 auf 77 hat der Siemens-Konzern allein sein Kapital in Form von Wertpapieren und flüssigen Mitteln von 4,7 auf 8,8 Milliarden verdoppelt. Allein dieser riesige Schatz beruhigt die Kapitalisten keinesfalls, denn sie wissen, daß nur durch den Ankauf von Arbeitskraft und ihrer Anwendung in der Produktion ihrem Kapital ein Profit entspringt, brachliegendes Kapital, das keine lohnende Anlage findet, macht sie wild: ein „Vorstoß in die englisch-amerikanische Signaltechnik ist durch den Ankauf einer amerikanischen Relaisfirma gelungen", verkündete der Leiter des Bereichs Eisenbahnsignaltechnik auf der letzten Betriebsversammlung im Braunschweiger Siemenswerk. In einem Vorstoß auf den Weltelektromarkt sollen die 8,8 Milliarden ihre profitträchtige Anlage finden.

Grundlage dieser Expansion soll eine große Rationalisierungswelle, auf Basis der Mikroelektronik, verbunden mit einer Umwälzung des Eisenbahntransportes bei der Bundesbahn sein.

Was die Kapitalisten vom Staatsmonopol Bundesbahn erwarten, sprach der bayrische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Jaumann, anläßlich der Messe „transport 78" aus, er forderte einen neuen Rangierbahnhof für München, denn „der DB entstünden täglich 100000 DM Unkosten durch das Fehlen zeitgemäßer Anlagen, noch größere Kosten jedoch müsse die Wirtschaft in Kauf nehmen, weil ihre Güter als „totes Kapital" länger unterwegs seien, als dies erforderlich sei".

Erreicht werden soll dies durch größere Dichte der Züge auf der Strecke und beschleunigtes rangieren auf den Bahnhöfen. Größere Dichte, das erfordert zentrale Stellwerke die große Teile des Eisenbahnnetzes kontrollieren und wissen wo welcher Zug sich it welcher Geschwindigkeit bewegt und entsprechende Fahrbefehle erteilen können. Dazu hat der Siemenskonzern die Linienzugbeeinflussung (LZB) entwickeln lassen, die Züge weitgehend vollautomatisch bis 300 km/h steuern kann, jedoch mit „vertretbaren Kosten" für größere Teile des Gleisnetzes der Bundesbahn erst durch den Einsatz von Microcomputern eingeführt werden kann. Diese gewaltigen technischen Fortschritte sollen mit der Beschleunigung des Transportes zugleich die Ausbeutng der Eisenbahnarbeiter verschärfen. Bis 1982 soll die DB-Belegschaft von 400000 auf 300000 gesenkt werden.

Die Rationalisierung der Zugsteuerung soll ihre Ergänzung finden in der Rationalisierung der Produktion dieser Steuerungen. Die für die Erfordernisse der neuen zentralen Stellwerke entwickelte Spurplandrucktastenstellwerkstechnik (SpDrS 600) wird durch Spritzgußgehäuse große Teile der Blechschlosserarbeit sowie Stanzarbeitsgänge wegfallen lassen, die neuen Relais sind komplizierter im Aufbau und es werden weniger benötigt, so daß eine höhere Intensität der Arbeit erzwungen werden kann.

Auf Grundlage der Verschärfung der Ausbeutung wollen die Siemenskapitalisten mit Kapitalexport direkt den imperialistischen Konkurrenten auf den Pelz rücken, sowie im Export von Eisenbahnsignalanlagen in Länder der Dritten Welt die Konkurrenten überflügeln.

Die Länder der Dritten Welt unternehmen große Anstrengungen, um ihr Transportwesen zu entwickeln, die Entwicklung der nationalen Wirtschaft so zu befördern, um aus der neokolonialen Ausplünderung durch die Imperialisten herauszukommen. Müssen diese Länder z.B. Eisenbahnanlagen bei den Imperialisten kaufen, so versuchen diese, die Länder in neue Abhängigkeiten zu bringen, indem sie ihr Monopol in diesem Bereich durchsetzen. So hat es Siemens vor einigen Jahren im Telephonwesen von Argentinien versucht und ist dabei nur knapp der Enteignung der argentinischen Siemenswerke entgangen. Schon auf einer der vergangenen Betriebsversammlungen berichtete die Betriebsführung von Schwierigkeiten im Nigeria-Geschäft, weil die dortige Regierung kein Verständnis habe für das Engagement des Hauses in Südafrika. Diesmal wurde berichtet, daß ein Vertrag über den Bau von Eisenbahnsignalanlagen in Nigeria schon so gut wie unter Dach und Fach war, doch dann wurde das Management ausgewechselt und seitdem gibt es Schwierigkeiten.

Wahrlich schlechte Zeiten für die Imperialisten, der Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegen die Imperialisten unterstützt sich gegenseitig immer mehr.

VW Produktionsverlagerung in die DDR: „Die weißen Flecken sollen ausgefüllt werden"

r.pee. „Im Osten gibt es noch genügend weiße Flecken auf der Landkarte", hat VW Vorstandsvorsitzender T. Schmücker als Kommentar zum Golfgeschäft mit der DDR 1977/78 verkündet. Vereinbart wurde zwischen dem VW Kapital und dem Außenhandelsministerium der DDR ein Vertrag über die Lieferung von 10000 „Golf L" Fahrzeugen. Als Bezahlung wurden teilweise Devisen vereinbart, sowie Lieferungen an Maschinen, Reifen, Schrauben und Kleinteilen sollen als Bezahlung dienen. Kaum war dieses Geschäft bekannt, ließ VW vermelden, daß 16 Kundendienstwerkstätten in Verbindung mit Ersatzteillagern in der DDR eingerichtet werden sollen.

Mrd. DM
Anlagevermögen:
Vorräte:
Geld- und Finanzanlagen:
1974 1975 1976 1977 1978

r.gör. Das Schaubild zeigt Zahlen aus den Bilanzen des VW-Weltkonzerns. Das Anlagevermögen (Maschinen, Gebäude), also das *produktive* Kapital, geht zurück, ähnlich die Vorräte. Hingegen schwellen die Geldmittel und Finanzanlagen (Bankguthaben, Wechsel, ausgeliehenes Geld, Wertpapiere usw. – ohne Beteiligungen) enorm an. Der Konzern schwimmt im Geld. In der Krise bildet sich dies überschüssige Geldkapital, das nach profitabler Anlage drängt. Der in Europa angelegte Teil des VW-Kapitals ist bereits von 75,3% Anfang 1974 auf 66,3% Anfang 1978 zurückgegangen. Die VW-Kapitalisten sind Vorreiter der imperialistischen Expansion.

Jetzt will VW in der DDR Kunststoffteile produzieren lassen, wobei sie „nur" die Werkzeuge für Teile liefern, aber keine Maschinen. Auch sollen diese Kunststoffteile laut dem VW Pressesprecher nur für Läger und das Ausland, nicht aber für die laufende Produktion verwandt werden. Wirklich vorsichtig verhalten sich die VW Kapitalisten da in dieser Meldung. Wohl berechnend, daß die Kunde von Produktionsverlagerung in die DDR für die Produktion hier als Schuß nach hinten losgehen kann, zumal die Lohnkämpfe bei VW anfangen, und eine solche Aussage genügend zusätzlichen Treibstoff für die Arbeiter ergeben kann. Nun, wer's glaubt wird selig. Die Schraubenlieferungen als Teilbezahlung für die Golf haben schon gebracht, daß die Maschine in der Kaltstauchanlage im Werk Wolfsburg, die solche Schrauben hergestellt hat, abgebaut wurde. Die Schrauben aus der DDR kommen jetzt ohne Gewinde und werden in der BRD fertiggestellt.

Auf der Betriebsversammlung im Werk Braunschweig bezeichnete Oberbürgermeister Glogowski (MdL) Braunschweig und seine Region mit seinen Industrien als Brückenkopf gen Osten. „Von hier aus ließe sich gut das *Hinterland* erschliessen." Den gutgemeinten Rat des Sozialdemokraten Glogowski versuchen die VW Kapitalisten schon lange in die Tat umzusetzen.

Noch auf der vorletzten Betriebsversammlung in Wolfsburg hat Schmücker erklärt, „daß die traditionellen Automobilmärkte überfüllt sind". „Es müssen neue Märkte erschlossen werden". Was liegt da näher als der „Osten"? Lohnende Ausbeutungsbedingungen finden die VW Kapitalisten z.B. in der DDR vor. Eine Arbeiterklasse, die hoch ausgebildet ist, einen Lohnstandard, der niedrig genug ist. Niedrig genug, Druck auf die westdeutschen VW Arbeiter auswirken zu können. Laut Statistisches Jahrbuch DDR 1978 ist der Durchschnitt des Monatseinkommens im Maschinen-Fahrzeugbau bei Arbeitern und Angestellten 991 Mark, bei vollbeschäftigten Produktionsarbeitern 988 Mark, was noch überhaupt nicht den tatsächlichen Verdienst der Arbeiter im Fahrzeugbau ausweist. Von 1960 bis 1976 ist der Anteil von Prämien von 2,8% auf 7,1% gestiegen.

2500 DM netto soll das durchschnittliche Arbeitnehmereinkommen in der BRD sein. Fiat, Peugeot und Renault nutzen schon lange die Ausbeutungsbedingungen in Polen und der Sowjetunion. Schmücker will hinterher, als Voraustrupp der westdeutschen Imperialisten. Der Lohnkampf wird zeigen, ob er es so kann, wie er will.

VW Produktionsverlagerung in die DDR: „Die weißen Flecken sollen ausgefüllt werden"
r.pee. „Im Osten gibt es noch genügend weiße Flecken auf der Landkarte", hat VW Vorstandsvorsitzender T. Schmücker als Kommentar zum Golfgeschäft mit der DDR 1977/78 verkündet. Vereinbart wurde zwischen dem VW Kapital und dem Außenhandelsministerium der DDR ein Vertrag über die Lieferung von 10000 „Golf L" Fahrzeugen. Als Bezahlung wurden teilweise Devisen vereinbart, sowie Lieferungen an Maschinen, Reifen, Schrauben und Kleinteilen sollen als Bezahlung dienen. Kaum war dieses Geschäft bekannt, ließ VW vermelden, daß 16 Kundendienstwerkstätten in Verbindung mit Ersatzteillagern in der DDR eingerichtet werden sollen.
Jetzt will VW in der DDR Kunststoffteile produzieren lassen, wobei sie „nur" die Werkzeuge für Teile liefern, aber keine Maschinen. Auch sollen diese Kunststoffteile laut dem VW Pressesprecher nur für Läger und das Ausland, nicht aber für die laufende Produktion verwandt werden. Wirk-
werden in der BRD fertiggestellt.
Auf der Betriebsversammlung im Werk Braunschweig bezeichnete Oberbürgermeister Glogowski (MdL) Braunschweig und seine Region mit seinen Industrien als Brückenkopf gen
genug ist. Niedrig genug, Druck auf die westdeutschen VW Arbeiter auswirken zu können. Laut Statistisches Jahrbuch DDR 1978 ist der Durchschnitt des Monatseinkommens im Maschinen-Fahrzeugbau bei Arbeitern und Angestellten 991 Mark, bei vollbe-
Ladung zu verlieren. Wichtig scheint sie nur zu finden, daß die „Deutschen die meisten Flugzeuge stellen", man die Nato-Partner übertölpelt hat durch die Errichtung einer eigenen Einsatzzentrale und die diversen militärischen Übungen. Und jeden Tag gibt es neue Gründe, die „Suche" fortzusetzen. Die Bilderdyk bekam schon 1972 einen Riss in der Bordwand und ein Experte von Blohm und Voss weiß: „Ein Riß in der Bordwand kommt hin und wieder mal vor, wenn beim Schweißen Fehler gemacht werden." Die Arbeiter sollen die Schuld kriegen, aber jeder weiß, daß auf den Werften im Akkord geschweißt wird. Schuld für den Untergang der München ist die Bourgeoisie, und um ihren eigenen Untergang hinauszuzögern nutzen sie die Gelegenheit zur Kriegsübung.
z.obj. Die Seehafenarbeiter haben einen Abschluß gegen die dauernden Lohnsenkungen durchgesetzt. In den ganz kurzen Verhandlungen war den Seehafenkapitalisten bereits aufgegangen, daß sie sich durch niedrige Angebote oder Verzögerungstaktik nur einen erneuten Streik der Seehafenarbeiter einhandeln können. Zum Stahlarbeiterstreik ein Hafenarbeiterstreik – von diesem Alptraum haben sich die Hafenkapitalisten erst einmal freigekauft. 4,8%, jedoch mindestens 100 DM, sowie Festlegung der Schichtzuschläge auf 14% bzw. 25,6% der
wettergeld gezahlt. Mit dem Wintergeld in Höhe von 2 DM pro gearbeiteter Stunde wird Spaltung betrieben.
– Wir haben den Lohnverlust durch das Schlechtwettergeld und den möglichen Mehrverdienst durch das Wintergeld einmal ausgerechnet. Wird den ganzen Winter über gearbeitet, so fallen 547 Arbeitsstunden in den Bereich des Wintergeldes, was ein Mehrverdienst von 1094 DM bedeutet.
– Lassen die Witterungsbedingungen keine Arbeit im Winter zu, so fallen 807 Arbeitsstunden unter das Schlechtwettergeld, was dann eine Gesamtlohnminderung von 1920 DM bedeutet. Angenommen ist hierbei eine monatliche Stundenzahl von 173, der Lohn in Tarifhöhe des Ecklohns von 11,30 DM, sowie die Steuerklasse I und IV ohne Kinder.
– Für einen durchschnittlichen Winter haben wir angenommen: Schlechtwettertage: Im November 2 Tage, Dezember 10 Tage, Januar 15 Tage, Februar 10 Tage, März 5 Tage. Bei den gleichen Lohnbedingungen wie oben kommt dabei eine Wintergeldzahlung von 504 DM und Schlechtwetterlohnverlust von 828,24 DM heraus, im Saldo also ein Minus von 324,24 DM. Verteilt auf die fünf Wintermonate also ein Verlust von monatlich 64,84 DM netto, was im Jahr eine Lohnverminderung gegenüber dem Tariflohn von 2,46% bedeutet. Unbedingt werden die Bauarbeiter dies bei der Aufstellung ihrer Forderung berücksichtigen.
len zeitgemäßer Anlagen, noch größere Kosten jedoch müsse die Wirtschaft in Kauf nehmen, weil ihre Güter als „totes Kapital" länger unterwegs seien, als dies erforderlich sei".
Aufbau und es werden weniger benötigt, so daß eine höhere Intensität der Arbeit erzwungen werden kann.
Auf Grundlage der Verschärfung der Ausbeutung wollen die Siemenska-
Wahrlich schlechte Zeiten für die Imperialisten, der Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegen die Imperialisten unterstützt sich gegenseitig immer mehr.

27853 DM zahlen sie für die Verschrottung eines Schiffes

Maßlose Ausdehnung des Arbeitstages der kleinen Schiffseigner und der Matrosen

r.ank. Meppen. 123 Schiffe mußten die Schiffseigner in Haren/Ems (Nähe Meppen) seit 1969 abwracken lassen. 1969 leitete der bürgerliche Staat die Abwrackaktion ein „mit dem Ziel des Abbaues der strukturellen Überkapazität“, im Klartext: Vernichtung der kleinen Schiffseigentümer, sofern nicht schon durch die Bundesbahn niederkonkurriert, und Ausbau einer modernen Flotte unter dem Kommando großer Reeder für die Expansion der westdeutschen Kapitalisten.

Nach Auskunft des Gewerbeamtes gibt es heute noch 78 See- und 97 Binnenschiffahrtsbetriebe mit ca. 180 Schiffen in Haren. Seit Mitte des 12. Jahrhunderts üben die Schiffer in Haren ihr Handwerk aus, das jedoch erst mit der entstehenden kapitalistischen Produktionsweise zur Blüte gelangte. Hauptsächlich wurden und werden Massengüter wie Getreide, Erz, Eisen, Kohle und Erdöl transportiert. 1850 zählt man schon 80 Schiffe in Haren. 1899 wird der Dortmund-Ems-Kanal eröffnet. Die Zielsetzung des Baus drückt Regierungskommissar Ministerialdirektor Schultz 1882 vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus wie folgt aus: „... Es ist ja richtig, daß der gegenwärtige Kanal von Dortmund nach den Emshäfen in erster Linie bestimmt ist, den Zwecken der nieder rheinisch-westfälichen Montan- und Hüttenindustrie, für welche bei der in dem letzten Dezennium in höchst erfreulicher Weise eingetretenen ... Steigerung der Produktion die Gewinnung neuer und erweiterter Absatzgebiete und die Eröffnung eines regelmäßigen Exports eine Lebensfrage ist, zu dienen.“ (zit. aus: Binnenschiffahrt 77/78, Bundesverband der deutschen Binnenschiffahrt e.V.)

Der Schiffsbestand in Haren stieg von 1926 98, 1935 205, 1967 342 Einheiten. 3542 Güterschiffe und 357 Schlepper wurden in der BRD von 1969 bis zum 31.12.77 abgewrackt, 1209 Schiffseigner wurden so gelegt. Dabei zahlt der Staat keinen Pfennig, denn der Abwrackfonds muß über Beiträge von den Schiffern selbst aufgebracht werden. 108.6 Mio. DM wurden für die 3899 Schiffe gezahlt, macht 27853 DM pro Schiff. Ein neues Schiff kostet dagegen 4 bis 6 Mio. DM. Der Abwrackfonds bedeutet die planmäßige Ruinierung der kleinen Schiffseigner.

Ihnen bleibt nur die maßlose Ausdehnung des Arbeitstages und Intensivierung der Arbeit, um den sicheren Konkurs eine Zeitlang zu umgehen. Über die Küstenschiffahrt in Nord- und Ostsee berichtet die „Meppener Tagespost“ vom 20.10., daß der Ladungszuwachs in diesem Herbst ausgeblieben ist, die Tarife daher gedrückt werden können, „allerdings mit dem für die Eigner nachteiligen Unterschied, daß die Kosten für Betrieb, Hafen und Reise um fünf bis zehn Prozent gestiegen sind ...“ Es spricht alles dafür, daß die Einheiten, die traditionell kleinste Häfen anliefen und kleinste und kleine Ladungen fuhren, bald aus dem Markt verschwinden werden – gebaut werden sie seit langem nicht mehr. „An Bord werden weit über alle Normen der Arbeitszeit täglich ca. 16 Stunden gearbeitet“, berichteten Schiffseigner auf einer Konferenz vor einem Monat in Haren. Binnenschiffer erzählten uns, daß dies oft noch nicht einmal ausreicht, um beim Transport pünktlich zu sein. 16 Stunden, das ist die Öffnungszeit der Schleusen auf dem Mittellandkanal, von 5 Uhr bis 21 Uhr. Passiert dann das Schiff vor 21 Uhr die Schleuse, sind sie oft gezwungen, noch Stunden bis zur nächsten Schleuse weiterzufahren. Verspätet sich nämlich der Schiffer, ganz gleich aus welchem Grund, muß er dem Kapitalisten, der die Fracht löschen läßt, Ausfallgeld bezahlen. Die Schiffsmaschine muß alle zwei Stunden abgeschmiert werden. Nach dem 16-stündigen Arbeitstag muß dann der Matrose alle zwei Stunden aufstehen. „So geht es jedenfalls nicht weiter, wir rackern uns ab und das Geschäft machen Verlader, Reedereien, usw ... Manchmal hätten wir schon streiken sollen, um unsere berechtigten Forderungen durchzusetzten,“ muß die bürgerliche Presse über die Konferenz berichten. Es zeigt, daß die kleinen Schiffer hartnäckig gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten kämpfen.

Der Regierung geht es mit der Ruinierung der kleinen Schiffseigner nicht schnell genug, und sie plant seit 1973 im Bundesverkehrswegeplan die „verstärkte Heranziehung der Binnenschiffahrt zu den Wegekosten“ der Wasserstraßen und will einen größeren Teil dieses Güterverkehrs auf die Bundesbahn legen.

Deutsche Bundesbahn erhöht die Preise

z.gih. Ab 1. April 1979 erhöht die Deutsche Bundesbahn erneut innerhalb von 13 Monaten ihre Preise für den Personenverkehr. Die Fahrten bis 10 Kilometer sollen nicht erhöht werden, die einfache Fahrt zwischen 11 und 50 Kilometer soll um 10% (von 2 DM auf 2,20 DM) erhöht werden, die Wochenkarten sollen um 3,2% (von 15,50 DM auf 16 DM) erhöht werden, Monatskarten um 1,8% von 55 auf 56 DM), Schülerwochenkarten um 9,1% (von 11 DM auf 12 DM) und Schülermonatskarten um 7,7% von 39 auf 42 DM). Für den Fernverkehr macht die Erhöhung nur 1 DM bzw. 2 DM aus. Einbringen soll das der Bundesbahn 110 Mio. DM. – Im Zeitraum von 1970 auf 1978 hat die Bundesbahn die Zahl der Beschäftigten um rund 55000 verringert. Aber immer noch seien die Personalkosten zu hoch und außerdem hat sie „Großes“ vor. Sie will die Transportkosten der Kapitalisten senken. Ein neues Streckennetz soll gebaut werden, das die Fahrtzeiten bis zu 30% verkürzt und vor allem die Ver- Bayern mit der Kernstrecke zwischen Hannover und Würzburg, sowie die Linie (Rotterdam) – Ruhrgebiet – Rhein-Main-Neckar – Stuttgart – München umfaßt. – Dieser Plan kostet mit Preisstand 1975 knapp 12 Mrd. DM. Um diese Summe aus den Volksmassen herauszuholen, müssen sie sich noch einiges einfallen lassen.

Streiks und Streikvorbereitungen im öffentlichen Dienst
Besatzerarmee in Westdeutschland wird auf Streikbruch gegen britische Gemeindebeschäftigte gedrillt
z.hef.London. Die britische Regierung kündigte Donnerstag letzter Woche an, daß sie bis zu 15000 Soldaten als Streikbrecher gegen den geplanten Streik der Tankwagenfahrer einsetzen will. Am Vortag war bekannt geworden, daß die britische Besatzungsarmee in Westdeutschland den Streikbruch gegen die 1,5 Millionen Arbeiter der Stadt- und Gemeindeverwaltungen probt. Bedienung der Wasser- und Gaswerke, Einsatzplanung für die Müllabfuhr und ähnliches stehen auf dem Programm. Die Regierung läßt die Armee drillen, damit das Söldnerheer sich nicht wie im letzten Jahr während des Feuerwehrleutestreiks als so offensichtlich unfähig erweist, die Arbeiter zu ersetzen.
Die 1,5 Millionen Arbeiter der lokalen Behörden wollen am 22. Januar einen Warnstreik durchführen. Die Gewerkschaften NUPE, GMWU, TGWU und CHSE haben einen gemeinsamen Kampffonds gebildet und gemeinsam die Forderung aufgestellt: 60 Pfund Grundlohn und die 35-Stundenwoche.
rheinisch-westfälichen Montan- und Hüttenindustrie, für welche bei der in dem letzten Dezennium in höchst er-
zersplittert. Trotz dieser Zersplitterung zeigen sie große Kampfentschlossenheit. Über 2000 Sozialarbeiter beteiligen sich an dem Streik, der seit dem 14. August dauert. 13700 Beschäftigte der BBC bestreikten die Fernsehkanäle drei Tage und den Rundfunk für einen Tag und setzten eine Lohnerhöhung von 12,5% durch. In den Krankenhäusern finden seit Monaten einzelne Streiks statt. Diese Kämpfe richten sich alle direkt oder indirekt gegen die 5%-Lohnleitlinie der Regierung und das Mehrarbeitsprogramm, das die Callaghan-Regierung vor allem gegen die Beschäftigten im Gesundheitswesen forciert.
Der Ford-Streik hat die Lohnleitlinienpolitik knapp vor ihr Scheitern gebracht. Callaghan hat zwei Abstimmungen zur Unterstützung seiner Lohnpolitik im Parlament verloren. Ein Streik der Arbeiter der Lokalbehörden – oder auch der Postbeschäftigten, die eine 24,5%-Forderung aufgestellt haben – würde die britischen Imperialisten und ihre Lohnsenkungs-
werden können, „allerdings mit dem für die Eigner nachteiligen Unterschied, daß die Kosten für Betrieb, Ha-
den Verhandlungskomissionen erlaubt sein soll, „nach draußen zu schauen und zu sagen: Was sind faire Löhne draußen und wie erreichen wir diese im öffentlichen Dienst.“ So TUC-Generalsekretär Murray nach den Verhandlungen. Und: „Die Regierung hat keinerlei Zusagen gegeben, außer zu sagen, daß dieser Weg ... erforscht werden kann.“
Also verschiedene Erhöhungen für Hausmeister, Gasarbeiter, Techniker ... und kaum eine Lohnerhöhung für die Mehrzahl der 1,5 Millionen, die nämlich Teilzeitarbeiterinnen sind, als Putzfrauen oder in den Schulküchen, und deren Löhne „draußen“ oft noch niedriger sind. Damit genug Zeit
bleibt, diesen Spaltungsweg zu „erforschen“, hat die TUC-Führung dafür gesorgt, daß der Warnstreik erst am 22.1. stattfindet.
Natürlich kann die Armee 1,5 Millionen Arbeiter nicht ersetzen. Es geht auch vor allem darum, durch Streikbruch die Arbeiter zu demütigen und Vorwände zum Zusammenknüppeln zu schaffen. „Beamte teilen mit, daß das Spezialtraining in Deutschland stattfindet, um Publizität zu vermeiden, die die Gewerkschaften in Britannien provozieren könnte“, schreibt der „Guardian“ am 21.12. Die westdeutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften können das nicht durchgehen lassen.
Normen der Arbeitszeit täglich ca. 16 Stunden gearbeitet“, berichteten Schiffseigner auf einer Konferenz vor
straßen und will einen größeren Teil dieses Güterverkehrs auf die Bundesbahn legen.

Riesenprofite bei der Post
z.diz. 2,1 Mrd. DM Gewinn weist Gscheidle für das Jahr 1978 freiwillig aus, Berechnungen der Deutschen Postgewerkschaft kommen auf weitere 4,4 Mrd. DM Profit, die er als Sonderabschreibungen usw. versteckt hat. 1,1 Mrd. DM davon soll die Post in die Kriegskasse der Finanzbourgeoisie, den Bundeshaushalt zahlen, das hat der Haushaltsausschuß des Bundestages gegen nur verhaltenen Widerstand des Postverwaltungsrates beschlossen. Die Bourgeoisie reibt sich die Hände; ihre Rechnung: Gebührenausplünderung der Volksmassen zur Finanzierung der Postleistungen für die Kapitalisten und Rationalisierungen auf den Knochen der Postarbeiter ist aufgegangen. Gierig holen sie zum nächsten Schlag aus: 210 Mio. DM wollen sie im nächsten Jahr zusätzlich in die Taschen der Kapitalisten lenken, indem sie ihnen die Gebühren für Auslandsferngespräche und für die Telex- und Datexdienste senken. Die Briefgebühren für die Volksmassen hingegen sollen von 50 auf 60 Pf. für den Standardbrief erhöht werden. Um 13,9% sollen dadurch die Umsatzerlöse im Postdienst, um 5,9% im Fernmeldedienst steigen, womit – wie sie grinsend versichern – „das bekannte Ungleichgewicht der beiden Unternehmensbereiche zwar

Streiks und Streikvorbereitungen im öffentlichen Dienst

Besatzerarmee in Westdeutschland wird auf Streikbruch gegen britische Gemeindebeschäftigte gedrillt

z.hef.London. Die britische Regierung kündigte Donnerstag letzter Woche an, daß sie bis zu 15000 Soldaten als Streikbrecher gegen den geplanten Streik der Tankwagenfahrer einsetzen will. Am Vortag war bekannt geworden, daß die britische Besatzungsarmee in Westdeutschland den Streikbruch gegen die 1,5 Millionen Arbeiter der Stadt- und Gemeindeverwaltungen probt. Bedienung der Wasser- und Gaswerke, Einsatzplanung für die Müllabfuhr und ähnliches stehen auf dem Programm. Die Regierung läßt die Armee drillen, damit das Söldnerheer sich nicht wie im letzten Jahr während des Feuerwehrleutestreiks als so *offensichtlich* unfähig erweist, die Arbeiter zu ersetzen.

Die 1,5 Millionen Arbeiter der lokalen Behörden wollen am 22. Januar einen Warnstreik durchführen. Die Gewerkschaften NUPE, GMWU, TGWU und CHSE haben einen gemeinsamen Kampffonds gebildet und gemeinsam die Forderung aufgestellt: 60 Pfund Grundlohn und die 35-Stundenwoche. Der niedrigste Grundlohn beträgt im Moment 42,50 Pfund wöchentlich. Die Dienstherren hatten 5% geboten, was eine Erhöhung des Grundlohns auf 47,50 Pfund bedeutet hätte. Schon jetzt streiken einzelne Gruppen, wie die Arbeiter an den Liverpooler Schulen.

Die Streikvorbereitung dieses geschlossenen Blocks der Beschäftigten ist von großer Bedeutung für den ganzen öffentlichen Dienst. Denn die Arbeiter und Angestellten dort sind in unzählige voneinander getrennt verhandelnde und oft in verschiedenen Gewerkschaften organisierte Gruppen zersplittert. Trotz dieser Zersplitterung zeigen sie große Kampfentschlossenheit. Über 2000 Sozialarbeiter beteiligen sich an dem Streik, der seit dem *14. August* dauert. 13700 Beschäftigte der BBC bestreikten die Fernsehkanäle drei Tage und den Rundfunk für einen Tag und setzten eine Lohnerhöhung von 12,5% durch. In den Krankenhäusern finden seit Monaten einzelne Streiks statt. Diese Kämpfe richten sich alle direkt oder indirekt gegen die 5%-Lohnleitlinie der Regierung und das Mehrarbeitsprogramm, das die Callaghan-Regierung vor allem gegen die Beschäftigten im Gesundheitswesen forciert.

Der Ford-Streik hat die Lohnleitlinienpolitik knapp vor ihr Scheitern gebracht. Callaghan hat zwei Abstimmungen zur Unterstützung seiner Lohnpolitik im Parlament verloren. Ein Streik der Arbeiter der Lokalbehörden – oder auch der Postbeschäftigten, die eine 24,5%-Forderung aufgestellt haben – würde die britischen Imperialisten und ihre Lohnsenkungspläne emfindlich treffen. Neben der Vorbereitung der Armee wurde deshalb erneut mit dem TUC verhandelt. Schatzkanzler Healey gab danach bekannt: „Ich meine, wir werden immer noch einen harten Kampf haben, die Abschlüsse in einer Höhe zu bekommen, in der wir sie haben wollen, und der TUC ist nicht bereit, der 5%-Linie zuzustimmen. Aber sie wollen keine Konfrontation mit der Regierung. Ich würde eher sagen, sie sind sehr besorgt darum, diese Regierung an der Macht zu halten.“ Wir haben sie am Haken, ruft Healey der Finanzbourgeoisie zu. Der „Kompromiß“ für den öffentlichen Dienst soll so aussehen, daß es den Verhandlungskomissionen erlaubt sein soll, „nach draußen zu schauen und zu sagen: Was sind faire Löhne draußen und wie erreichen wir diese im öffentlichen Dienst.“ So TUC-Generalsekretär Murray nach den Verhandlungen. Und: „Die Regierung hat keinerlei Zusagen gegeben, außer zu sagen, daß dieser Weg ... erforscht werden kann.“

Also verschiedene Erhöhungen für Hausmeister, Gasarbeiter, Techniker ... und kaum eine Lohnerhöhung für die Mehrzahl der 1,5 Millionen, die nämlich Teilzeitarbeiterinnen sind, als Putzfrauen oder in den Schulküchen, und deren Löhne „draußen“ oft noch niedriger sind. Damit genug Zeit bleibt, diesen Spaltungsweg zu „erforschen“, hat die TUC-Führung dafür gesorgt, daß der Warnstreik erst am 22.1. stattfindet.

Natürlich kann die Armee 1,5 Millionen Arbeiter nicht ersetzen. Es geht auch vor allem darum, durch Streikbruch die Arbeiter zu demütigen und Vorwände zum Zusammenknüppeln zu schaffen. „Beamte teilen mit, daß das Spezialtraining in Deutschland stattfindet, um Publizität zu vermeiden, die die Gewerkschaften in Britannien provozieren könnte“, schreibt der „Guardian“ am 21.12. Die westdeutschen Arbeiter und ihre Gewerkschaften können das nicht durchgehen lassen.

Krankenhausarbeiter des Hammersmith Hospital in London streiken seit dem 15.12. gegen die Entlassung dreier ihrer Kollegen, die Leichen transportieren sollten und sich weigerten. Für diese Arbeit war bis vor 6 Wochen eine besondere Planstelle da, die nicht wieder besetzt wurde.

Riesenprofite bei der Post

z.diz. 2,1 Mrd. DM Gewinn weist Gscheidle für das Jahr 1978 freiwillig aus, Berechnungen der Deutschen Postgewerkschaft kommen auf weitere 4,4 Mrd. DM Profit, die er als Sonderabschreibungen usw. versteckt hat. 1,1 Mrd. DM davon soll die Post in die Kriegskasse der Finanzbourgeoisie, den Bundeshaushalt zahlen, das hat der Haushaltsausschuß des Bundestages gegen nur verhaltenen Widerstand des Postverwaltungsrates beschlossen. Die Bourgeoisie reibt sich die Hände; ihre Rechnung: Gebührenausplünderung der Volksmassen zur Finanzierung der Postleistungen für die Kapitalisten und Rationalisierungen auf den Knochen der Postarbeiter ist aufgegangen. Gierig holen sie zum nächsten Schlag aus: 210 Mio. DM wollen sie im nächsten Jahr zusätzlich in die Taschen der Kapitalisten lenken, indem sie ihnen die Gebühren für Auslandsferngespräche und für die Telex- und Datexdienste senken. Die Briefgebühren für die Volksmassen hingegen sollen von 50 auf 60 Pf. für den Standardbrief erhöht werden. Um 13,9% sollen dadurch die Umsatzerlöse im Postdienst, um 5,9% im Fernmeldedienst steigen, womit – wie sie grinsend versichern – „das bekannte Ungleichgewicht der beiden Unternehmensbereiche zwar nicht beseitigt, wohl aber stabilisiert werden kann.“ Bei manchem Seiltänzer hat Ungleichgewicht anders geendet ...

Bummelstreik dänischer Fluglotsen

z.bag. Am Freitag, 15.12., erschienen von der 20-köpfigen Besatzung des Kontrollturms des Kopenhagener Flughafens Kastrup nur 9. Der Rest meldete sich krank. Alle Versuche der Flughafenleitung, beurlaubte Kollegen zum Einspringen zu bewegen, schlugen fehl. Überstunden lehnten die neun erschienenen Lotsen geschlossen ab. Inlandsflüge mußten fast ausnahmslos abgesagt werden, Auslandsflüge fielen ebenfalls aus oder starteten stark verspätet. Am Sonntag kamen nur noch sieben Flugzeuge los. Erst am Montag gelang es der Flugleitung, die Lage zu normalisieren, indem sie die Teilnehmer eines Fortbildungskurses zum Einspringen zwang. Die Fluggesellschaft SAS arbeitete für die Feiertage jedoch einen Notplan aus mit Ausweichhafen Malmö. Sie tat dies in der berechtigten Befürchtung, daß die Lotsen von Kastrup den Verkehr jederzeit lahmlegen können. Denn die „Krankheit“ ist nur der Auftakt für die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaft und Finanzministerium am 22. und 28.12. Die Fluglotsen fordern außer Lohnerhöhung Verbot der Überstunden und Herabsetzung des Pensionsalters, begründet mit dem verschärften Verschleiß der Arbeitskraft durch die Expansion auf dem Flugmarkt. Allein die SAS steigerte ihre Flüge gegenüber dem Vorjahr um 12%.

---

pflegeschüler nach BAFöG einen Angriff auf das Lohnniveau der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Für die Krankenpflegeschüler bedeutet der BAFöG-Plan, daß ihr Lohn von jetzt 600 DM/Monat auf 350 DM gesenkt würde. – Morgens 6 Uhr Arbeitsanfang, da ist der Nachtdienst gerade zu Ende, die Krankenpflegeschüler sollen also als volle Ersatzschwestern auf Planstellen eingesetzt werden. – Unter der Fahne „qualifizierte Berufsausbildung“ will Ehrenberg mehr in der Richtung tun: §21 des Jugendarbeitsschutzgesetzes: „... weitere Ausnahmen von Beschäftigungsverboten (sind) zuzulassen, soweit dies zur Erreichung des Ausbildungsziels der Jugendlichen erforderlich ist ...“

z.gro. **Am Mittwoch, den 20.12. demonstrierten in Bremen etwa 1200 Menschen gegen die geplante Ausweisung des iranischen Studenten A. Tavakkoli.** Die „liberale“ SPD-Landesregierung hatte als erste in der BRD die sofortige Ausweisung wegen der Frankfurter Anti-Schah-Demonstration im November verfügt. Durch eine breite Aktionseinheit, darunter die Nationale Front des Iran, 28 Betriebsräte, Juso-Landesvorstand und -Hochschulgruppe, MSB-Spartakus, CISNU, KB, KPD/ML, KBW, gelang es, eine vorläufige Aufhebung der Ausweisungsverfügung zu erreichen. Am Donnerstag beschloß das Verwaltungsgericht, daß die Ausweisung grundsätzlich rechtens sei, aber in diesem Fall die genaue gerichtliche Überprüfung der Vorwürfe gegen Tavakkoli vorzunehmen sei.

z.rua. **Elf Jahre wurde sie gebaut, für 205 Mio. DM.** Jetzt ist sie in Betrieb – mitten im ehemaligen Regierungsviertel der alten Reichshauptstadt gülden über die Mauer glänzend. *Vorläufiger* Höhepunkt des von Innenminister Baum beschwärmten „Kulturforums nahe dem Potsdamer Platz“ – die am 16.12. feierlich eröffnete Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz – „Preußische Staatsbibliothek“, wie sie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ liebevoll nennt. 2,9 Mio. Bücher sind hier gehortet. Schätze – für die Bourgeoisie unverzichtbare Kleinode ihrer Raubzüge, für die Massen aufgrund der Preußischen Bibliotheksordnung kaum erschließbar. 1,7 Mio. Bücher entstammen der 1661 gegründeten „Churfürstlichen Bibliothek“, die 1918 in „Preußische Staatsbibliothek“ umbenannt wurde. Ihr Sitz war in der Straße Unter den Linden auf dem heutigen Territorium der DDR. Während des 2. Weltkrieges wurden die Bücher in Schlösser und Bergwerke in Polen, der heutigen DDR und Süddeutschland umgelagert. Kurz vor der Befreiung durch die Rote Armee raubte die deutsche Bourgeoisie große Teile der in den Ostgebieten gelagerten Bücher und ließ sie nach Marburg schaffen. Die Preußische Staatsbibliothek hatte aber Bestände von *3* Mio. Bücher – 1,3 Mio., die heute noch in der DDR lagern und die die westdeutsche Bourgeoisie – als Erbe Preußens – ebenfalls beansprucht. Die Forderung der DDR nach Rückführung der geraubten Bücher weist sie schnöde zurück. 1962 wurde die Stiftung Preußischer Kulturbesitz gegründet. Lübke formulierte ihre Aufgabe, daß sie „die ihr anvertrauten Werte bis zum Tage der Wiedervereinigung Deutschlands treuhänderisch pflegen und hüten will“. Die Staatsbibliothek ist „ein Stück deutscher Hoffnung“, seufzte sein Nachfolger Scheel in der Eröffnungsrede im *Ost*foyer der Bibliothek, keinen Steinwurf von der ehemaligen Bibliothek entfernt.

Joseph Kardinal Frings – Die Bourgeoisie trauert

z.bil. Gott hat ihn zu sich genommen, 91 Jahre alt ist der Fabrikbesitzersohn Frings geworden. Die Arbeiterklasse erreicht dieses Alter so gut wie nie, weil sie tagtäglich Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse zu gewärtigen hat. „Ein priesterliches Leben, wie es gleichsam im Buch der Vorbilder steht", lobt die Bourgeoispresse. Die Trauer ist echt. Die Verdienste des Kardinals für die Wiederingangsetzung der kapitalistischen Produktionsanlagen nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg sind groß. Unter dem Stichwort „Fringsen" soll das Industrieproletariat im Ruhrgebiet voller Dankbarkeit die Tatsache aufgenommen haben, daß der Pfaffe es von der Kanzel nicht verdammt hat, daß die Arbeiter sich die Kohle 1945 geholt haben und nicht freiwillig mit ihren Familien erfroren sind. Geschickt verknüpft die bürgerliche Presse damit auch, daß er für „seine Arbeiter gegen die Demontage der Industrieanlagen den Kampf geführt hat". Freut sich die Tageszeitung „Die Welt": „Stets ging er mit seiner Meinung zu Markte: Er war gegen die Einheitsgewerkschaft und für die Bekenntnisschule". (Welt, 18.12.1978) Das ist wirklich traurig, diesen offenen Kämpfer ins Reich Gottes abgeben zu müssen. Die Zersetzung des Klassenbewußtseins der Arbeiterbewegung gottgefällig verkaufen, dazu muß ein Bourgeois, wenn es Wirkung zeigen soll, schon ein guter Tribun sein. Entscheidende Verdienste auch gegen die Völker der Welt. „Zu uns komme Dein Reich" heißt die jährlich im Advent durchgeführte Sammelaktion für die „südamerikanische Entwicklungshilfe", die „ureigenste Erfindung" des Kardinals. Diese Linie, daß die Reichtümer der Länder der Dritten Welt zu „uns", den BRD-Imperialisten kommen sollen, verfolgen die BRD-Imperialisten bekanntlich. „Misereor" ist die zweite Einrichtung, die Frings mitgegründet hat. „Mich erbarmt es" heißt das auf Deutsch, und hat dazu geführt, daß die Katholische Kirche im Auftrage des westdeutschen Imperialismus mit 6404 „Entwicklungshilfeprojekten" in 90 Ländern Raub der Reichtümer und ideologische Zersetzung betreibt. Fringsen! Er hatte ein Herz für die Bourgeoisie.

Heilsarmee – weltweite imperialistische Stütze

z.chs. „Frieden wird in erster Linie dadurch geschaffen, daß man dem anderen in Liebe dient," so die Weihnachtskunde der Heilsarmee; sie strengt sich an, im Trüben zu fischen. „Wie kann Bedürftigen auch im perfekten Wohlstandsstaat geholfen werden?" Ohne „Bedürftige" kein „Wohlfahrtsstaat" – klare Sache für die Heilsarmee. „30 Territorialleiter und Chefsekretäre aus 16 Ländern" (ZDF) haben auf ihrem Europatag in Westberlin Ende November diesbezüglich Pläne geschmiedet. „,Den Leib als einen Tempel des Heiligen Geistes (achtend)', veranlassen die Heilssoldaten, auf Alkohol, Tabak und alle schädlichen Gewohnheiten zu verzichten." So werben die Soldaten Gottes heute, stets treue Diener ihrer imperialistischen Herren, mit denen sie empor gekommen sind und deren Grundsätze die ihren sind – Verzicht für die Massen und Zwangsarbeit: „Es gibt kaum eine pathetischere Figur als die des kräftigen, geschickten Arbeiters, der inmitten unserer Paläste und Kirchen nicht um Wohltätigkeit bettelt, sondern um Arbeit; der nur um die Erlaubnis bettelt, das Privileg zu bekommen, ununterbrochen harte Arbeit zu haben und genug Verdienst, um seinen leeren Magen zu füllen und das Hungergeschrei seiner Kinder zu beruhigen." (Booth) Daß Arbeitskraft unausgebeutet brach liegt, bewog Booth, Gründer der Heilsarmee, Arbeitsvermittlungsbörsen einzurichten. Per Fragebogen ließ er feststellen, wer von den Arbeitslosen bereit ist, jede Arbeit anzunehmen, wenn er nur Essen, Unterkunft und Kleidung bekäme. Dieses Arbeitsheer pries Booth den Kapitalisten zu kolonialen Diensten an: „Es ist beabsichtigt, in einem Land, das unseren Zwecken entspricht, einen großen Landstrich zu sichern. Wir haben daran gedacht, mit Südafrika zu beginnen... Afrika nämlich präsentiert uns ausgezeichnete Aussichten" (Booth). 90 Jahre lang haben sie Zimbabwe missioniert. Mittlerweile hat der Befreiungskampf ihnen die Luft abgeschnürt. Sie sind aus dem Weltkirchenrat ausgetreten, weil dieser die Patriotische Front unterstützt; ihre Schule in Zimbabwe ist „aus Sicherheitsgründen" geschlossen.

Auftakt zum „Jahr des Kindes": Mehr staatliche Einmischung

Übersicht und Stand der Gesetzgebung

z.bil. Der Bundesrat hat vergangene Woche den Referentenentwurf zum Jugendhilfegesetz hitzig debattiert. Auftakt zum Jahr des Kindes 1979? Die Bundesregierung erklärt, sie sehe in der Jugend- und Familienpolitik – mit der Neuregelung der elterlichen Sorge und des Jugendhilferechts den „Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit im nächsten Jahr". Sie kommen damit auch nicht so recht voran. Seit 8 Jahren fummeln sie an einem neuen Jugendhilferecht herum. Der Gesetzentwurf zur „Neuregelung der elterlichen Sorge" liegt seit Februar 1977. Mühsam ist das neue Adoptionsgesetz am 1. Januar 1977 in Kraft gesetzt worden. Die „Reformdebatte", die seit den sechziger Jahren läuft, verkündet das „Recht des Kindes". Immer mehr Massen von Arbeiterfrauen und Jugendlichen zieht die kapitalistische Produktion in die Fabrik. Die Zahl der Frauen, die auf Grundlage niedrigen Lohns mitarbeiten, hat sich seit 1950 fast verdoppelt. Die Brutalität dieses Vorgangs unter kapitalistischer Ausbeutung zwingt die Arbeiterfamilie in die „Hilfen" des imperialistischen Staats. Gesetzlicher Zwang, die Einmischung auszuweiten, sind die „Schwerpunkte", die die Regierung des Finanzkapitals durchsetzen will.

Das Adoptionsgesetz – ein blühender Handel

„Die Adoption eines Kindes ist namentlich für wohlhabende, edeldenkende Personen, welche in kinderloser Ehe leben, ein erwünschtes Mittel, diesen Mangel zu ersetzen. Sie bietet Gelegenheit, mittellosen Kindern eine Wohltat in materieller wie in geistiger Beziehung zu erweisen...", leitet ein gängiger Kommentator des Bürgerlichen Rechts die Auffrischung der Bourgeois mit den Kindern der Arbeiterklasse ein. Das neue Adoptionsgesetz verschafft diesem „Recht" der Bourgeois gewaltsam Genugtuung. Die Adoption gegen den Willen der Eltern geht, wenn „... der Elternteil durch sein Verhalten gezeigt hat, daß ihm das Kind gleichgültig ist, der Elternteil seine Elternpflichten gegenüber dem Kind anhaltend gröblich vernachlässigt und das Kind voraussichtlich dauernd nicht mehr in die Obhut dieses Elternteiles gegeben werden kann" (§ 1748 BGB). Leicht ersichtlich, daß der normale Zwang des Lohnarbeiterdaseins die „Vernachlässigung" zur Folge hat. Ziel dieses neuen Gesetzes ist „mehr Kinder früher und besser zur Adoption zu vermitteln", dazu gibt es das neue Adoptionsvermittlungsgesetz. Die eigens eingerichteten Adoptionsvermittlungsstellen haben die Aufgabe, „sofort bei Bekanntwerden der Möglichkeit einer Adoption unverzüglich Ermittlungen bei Kind, Eltern und Adoptionsbewerbern anzustellen".

Verdoppelung der Schwangerschaftsabbrüche/ Zwei Drittel soziale Indikation

Tausend
18
17
16
15
14
13
12
11
10
Gemeldete Schwangerschaftsabbrüche im Vierteljahr
4/76 1 2 3 4/77 1 2 3/78

Prozent
65
60
55
50
Prozentanteil „soziale Indikation" an allen Indikationen
4/76 1 2 3 4/77 1 2 3/78

z.alb. Steil ist die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche seit Inkrafttreten des verschärften § 218 gestiegen. Im Anstieg untrennbar vermischt ist die in Gang kommende Anwendung des festgelegten Spitzel- und Erfassungssystems in den Beratungsstellen und Kliniken und die engere Einschnürung der Reproduktionsbedingungen des Volkes. Letzteres bricht in der Kurve durch im jeweils höheren Zuwachs der legalen Abtreibungen kurz vor den neuen Tarifabschlüssen und zeigt sich noch deutlicher im Hochschnellen des Anteils der sozialen Indikation. Über Daten, warum sich immer mehr Frauen der Tortur des Ganges durch die geschaffenen Unterdrückungsinstanzen unterwerfen – das Einkommen der Familie und die Bedingungen, unter denen es verdient wird, die vorhandene Zahl der Kinder und die Aufzuchtbedingungen – schweigt die amtliche Vierteljahresstatistik natürlich.

Im zweiten Quartal 1978 ist die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche abgesunken – und gleichzeitig der Anteil genehmigter sozialer Indikationen. Das ist interessant. In diese Zeit fällt die Auszahlung der neuen Tarifabschlüsse für einen großen Teil der Familien. Vor allem aber ist es die Zeit in Aussicht gestellter, heftig propagierter „neuer Familienhilfen": Familiengründungsdarlehen, mehr Kindergeld, Tagesmütter, Mutterschaftsgeld... Etwa nicht Grund genug, eine Abtreibung aus sozialer Indikation nicht zu genehmigen? Weder die Lohnerhöhung hat lang gehalten noch die Seifenblasen staatlicher Hilfe. Im dritten Quartal liegen die Zahlen höher als zu Beginn des Jahres 1978.

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der elterlichen Sorge

Die Sozialdemokratie, die den Entwurf mitverfaßt hat, beglückwünscht sich zu einem besonders gelungenen Manöver, die Kinder der Arbeiterklasse gegen ihre Eltern aufzuhetzen. Als gehe es darum, „Kindesrecht" durchzusetzen. Die „Elterngewalt" bleibt unangetastet; die Staatsmaschinerie gestattet sich den ungezügelten Eingriff. „Zum Wohl des Kindes", ist die Bestimmung des Aufenthaltsrechts durch Vormundschaftsgericht und Jugendamt, die Ausübung der Personensorge und der vollständige Entzug der Personensorge" gesetzlich vorgesehen. Durch das neue Ehe- und Familiengesetz seit Juni 1977 ist die Einmischung in die Regelung, wer das Kind zu sich nimmt, im Fall der Scheidung festgelegt. Ein Bericht des Jugendamtes wird angefordert, das zuvor eine Anhörung und möglicherweise Beschauung durchführt. 1917 hat das Kammergericht Berlin das Wesen deutscher Erziehung definiert. Es hat die Unterbringung des Kindes für Fürsorgeerziehung angeordnet, „wenn sich herausstellt, daß der Minderjährige bei dem gegenwärtigen Stand seiner Erziehung dem Vaterland entfremdet wird, an politischen Versammlungen teilnimmt und dem Vater ein Verschulden an dem Ergebnisse der bisherigen Erziehung nachgewiesen werden kann" (Juristische Wochenschrift 1917, S. 738). Der neue Gesetzentwurf legalisiert das.

Jugendhilferecht – Gewöhnung an Kinderarbeit

„Kann das neue Jugendhilferecht die Erziehungskraft der Familie stärken?" Rhetorische Frage der Zeitung „Die Welt". 140000 Kinder sind schon jetzt in die Heimerziehung gezwängt. Das „Recht auf Erziehung", das sich für die Arbeiterkinder als Zwang zur Unterdrückung und Ausbeutung in „Jugendwohnheimen, Werkstätten und Labors" nach dem Referentenentwurf gestaltet, versucht das neue Jugendhilferecht den Massen schmackhaft zu machen. Wer fällt schon darauf rein, wenn es durch staatliche „Übungs- und Erfahrungskurse, Erziehungsbeistandschaft" (§ 25 RefE) durchgesetzt wird.

„Gegen den Willen des Jugendlichen kann das Vormundschaftsgericht die Unterbringung des Jugendlichen zur Durchführung der Untersuchung anordnen ... Das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Unterbringungsort nicht mitgeteilt wird, wenn durch die Mitteilung Ziel und Zweck der Hilfe ernsthaft gefährdet sind" (§§ 7,8 RefE).

Die Gerichte haben schon längst die Marschrichtung in Urteilen gewiesen: „Er ist noch nicht zur Pünktlichkeit und zum Ertragen körperjichen Unbillens erzogen worden" (OLG Köln zur Frage „Arbeitsunwilligkeit als Kennzeichen der Verwahrlosung"). "Ferdinand hat durch eine Reihe, wenn auch geringer Straftaten gezeigt, daß er nicht bereit ist, das Eigentum anderer zu achten, sondern meint, damit nach seinem Belieben verfügen zu können ... Es kommt daher nicht entscheidend darauf an, den Kindern Lesen und Schreiben zu lernen, sondern ihren Charakter zu bessern" (Riedel, Kommentar zum Jugendwohlfahrtsgesetz, S. 570). Der Referentenentwurf regelt die Abbhilfe. „Bei Gefahr im Verzuge kann der öffentliche Träger der Jugendhilfe die Entfernung des Kindes oder Jugendlichen aus der Familie herbeiführen... Hält sich das Kind in einer Wohnung oder Einrichtung (z.B. Jugendclub) auf, können Beamte die Wohnung oder Einrichtung zum Zwecke der Inobhutnahme während der Tageszeit, bei Gefahr im Verzug auch während der Nachtzeit betreten" (§§67, 32 RefE).

Dritte Teilgenehmigung für den Bau des SNR 300 in Kalkar erteilt

RWE bereits übermütig: 1200-1300 Megawatt Folgereaktor geplant

z.klr. Am vorletzten Samstag, einen Tag nach dem Beschluß des Bundestages für den Weiterbau des Schnellen Brüters (SNR 300) in Kalkar hat der Sprecher der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE), Dr. Eitz, der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingebleut: „Wenn wir jetzt davon ausgehen können, daß die Teilerrichtungsgenehmigungen termingerecht kommen, dann sehen wir heute eine Übernahme bis 1984 vor." Die Landesregierung reagiert prompt. Am 20.12. lag die 3. Teilgenehmigung unterschrieben auf dem Tisch. Und FDP-Riemer brauchte sich nicht mal dabei die Finger schmutzig machen; er ließ einen Beamten unterzeichnen und bleibt somit weiter als „Plutoniumvernichter" einsetzbar zur Spaltung der Bewegung gegen das imperialistische Energieprgramm. Wiederum einen Tag später hatte auch die niedersächsische Landesregierung für 200 Millionen DM keine Bedenken mehr für die Bohrgenehmigung in Gorleben.

Der imperialistische Staatsapparat versucht, den erneuten Vorstoß mit den „überhöhten Preisanhebungen der OPEC-Staaten" zu rechtfertigen, was den Aufbau einer Energiewirtschaft basierend auf den eigenen Energiequellen erfordere. Die Volksmassen sollen den Imperialisten den Strom für die Verschärfung der Ausbeutung und für ihre Raubzüge zur Erforschung und Inbesitznahme neuer Ölquellen zahlen. Wirtschaftsminister Lambsdorff hat vor der Presse erklärt, „die Energiesparpolitik konsequent fortzusetzen und die Bemühungen um die Entwicklung alternativer Energiequellen zu verstärken. Die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl werde dadurch zwar nicht beseitigt, aber auf längere Frist doch gemildert werden können."

Das IFO-Institut für Wirtschaftsforschung hat denn auch gleich eine Untersuchung veröffentlicht, die ergab, daß die Haushalte eine Erhöhung der Strompreise um 33% zwischen Ende 77 und Ende 79 durchaus verkraften könnten. Nach Erhöhung des Kohlepfennigs um 5,6% sollen im neuen Jahr „konsequent" die Stromtarife kräftig angehoben werden. Die Bundesregierung plant dabei, den niedrigen Grundtarif II zu beseitigen, weil das vom Standpunkt der „Energieeinsparung" völlig irrwitzig sei, und die Stromtarife als „wirksames Instrument der Energiesparpolitik" (IFO-Studie) einzusetzen.(vgl. KVZ 46/78).

Die RWE hatte für den 1.1.78 bereits eine Strompreiserhöhung um 7,2% für Tarifabnehmer beschlossen. Mit der Erhöhung der Abgabepreise an kommunale Elektrizitätsversorgungsunternehmen von 7,5% wird ihnen das im laufenden Jahr runde 765 Mio. DM zusätzlicher Tributzahlungen von den Volksmassen eingebracht haben. Tributzahlungen für die Lieferung billigen Stroms an die Kapitalisten und dafür, daß sich das im Aufbau von Kernkraftwerken eingesetzte Kapital wegen der Kämpfe der Volksmassen nicht ausreichend verwertet.

Guido Brunner, westdeutscher Kommissar in der Europäischen Kommission, hat letzte Woche von einem „Investitionsstau" von 15 Mrd. DM im Bereich der Kernenergie in Europa gesprochen, der nach Profit verlangt. Ohne die Milliarden ausgeplünderter Steuern, die der imperialistische Staatsapparat zur Finanzierung des Baus von Kernkraftwerken den stromproduzierenden Monopolen zuschießt, wäre das Programm zur Schaffung einer eigenen Energiebasis für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt bereits durch sinkende Profitrate stark angeschlagen.

„Unabhängiger vom Öl machen" (Lambsdorff), „nationale Energiequellen mobilisieren"(Hauff) und „es hängt viel davon ab, ob der Iran, von dem die EG 17% ihrer Erdölimporte bezieht, schnell wieder normal liefert"(Handelsblatt, 19.12.), unter diesen Losungen versuchen die westdeutschen Imperialisten erneut einen Vorstoß zur Durchsetzung ihres Energieprogramms, insbesondere des Kernenergieprogramms. Dr. Eitz von der RWE wird bereits übermütig: „Wir bauen ja bereits einen 1200 Megawatt Brüter in Frankreich (SuperPhénix), wir sind daran beteiligt, gemeinsam mit unseren holländischen und belgischen Partnern, mit denen wir den SNR 300 (in Kalkar) bauen. Als Folgetyp haben wir auch in der Planung eine 1200 - 1300 Megawattanlage ... Zweckmäßigerweise würde sie natürlich in Kalkar stehen."

---

z.gör. Am 21.12.1978 haben Bauern mit über 50 Treckern und Mähdreschern in Lüchow-Dannenberg eine Demonstration gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Gorleben durchgeführt. 200 Mio. DM und weitere 15 Mio. DM „Genehmigungsgebühren" hat die Bundesregierung an diesem Tag dafür bewilligt; die Bourgeoisie ist längst entschlossen, den Bau durchzusetzen. Ministerpräsident Albrecht läßt allein für 30 Mio. DM Kasernen bei Gorleben bauen, der Einsatz des Bundesgrenzschutzes wurde abgesprochen, eine profitable Show mit 25 „international anerkannten Wissenschaftlern" hat er in Auftrag gegeben. – „Hat Albrecht uns gefragt, bevor er heut getagt?" war auf einem Transparent der Bauern zu lesen. Auf einem anderen: „Die Fische in der Elbe sind kaum zu genießen. Sollen wir auch noch die Milch weggiessen?" Die Treckerdemonstration hatte das Kreishaus zum Ziel. Dem sprachlosen Oberkreisdirektor Poggendorf übergaben die Bauern eine Resolution, in der sie den Stop des Atomenergieprogramms fordern, weil es ihre Existenz ruiniert. In der Resolution heißt es: „Bauernland in Bauernhand!"

zeigen soll, schon ein guter Tribun sein. Entscheidende Verdienste auch gegen die Völker der Welt. „Zu uns komme Dein Reich" heißt die jährlich im Advent durchgeführte Sammelaktion für die „südamerikanische Entwicklungshilfe", die „ureigenste Erfindung" des Kardinals. Diese Linie, daß die Reichtümer der Länder der Dritten Welt zu „uns", den BRD-Imperialisten kommen sollen, verfolgen die BRD-Imperialisten bekanntlich. „Misereor" ist die zweite Einrichtung, die Frings mitgegründet hat. „Mich erbarmt es" heißt das auf Deutsch, und hat dazu geführt, daß die Katholische Kirche im Auftrage des westdeutschen Imperialismus mit 6404 „Entwicklungshilfeprojekten" in 90 Ländern Raub der Reichtümer und ideologische Zersetzung betreibt. Fringsen! Er hatte ein Herz für die Bourgeoisie.

Heilsarmee – weltweite imperialistische Stütze

z.chs. „Frieden wird in erster Linie dadurch geschaffen, daß man dem anderen in Liebe dient," so die Weihnachtskunde der Heilsarmee; sie strengt sich an, im Trüben zu fischen. „Wie kann Bedürftigen auch im perfekten Wohlstandsstaat geholfen werden?" Ohne „Bedürftige" kein „Wohlfahrtsstaat" – klare Sache für die Heilsarmee. „30 Territorialleiter und Chefsekretäre aus 16 Ländern" (ZDF) haben auf ihrem Europatag in Westberlin Ende November diesbezüg-

14
13
12
11
10
4/76 1 2 3 4/77 1 2 3/78
55
50
4/76 1 2 3 4/77 1 2 3/78

z.alb. Steil ist die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche seit Inkrafttreten des verschärften § 218 gestiegen. Im Anstieg untrennbar vermischt ist die in Gang kommende Anwendung des festgelegten Spitzel- und Erfassungssystems in den Beratungsstellen und Kliniken und die engere Einschnürung der Reproduktionsbedingungen des Volkes. Letzteres bricht in der Kurve durch im jeweils höheren Zuwachs der legalen Abtreibungen kurz vor den neuen Tarifabschlüssen und zeigt sich noch deutlicher im Hochschnellen des Anteils der sozialen Indikation. Über Daten, warum sich immer mehr Frauen der Tortur des Ganges durch die geschaffenen Unterdrückungsinstanzen unterwerfen – das Einkommen der Familie und die Bedingungen, unter denen es verdient wird, die vorhandene Zahl der Kinder und die Aufzuchtbedingungen – schweigt die amtliche Vierteljahresstatistik natürlich.

Im zweiten Quartal 1978 ist die Zahl der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche abgesunken – und gleichzeitig der Anteil genehmigter sozialer Indikationen. Das ist interessant. In diese Zeit fällt die Auszahlung der neuen Tarifabschlüsse für einen großen Teil der Familien. Vor allem aber ist es die Zeit in Aussicht gestellter, heftig propagierter „neuer Familienhilfen": Familiengründungsdarlehen, mehr Kindergeld, Tagesmütter, Mutterschaftsgeld... Etwa nicht Grund genug, eine Abtreibung aus sozialer Indikation nicht zu genehmigen? Weder die Lohnerhöhung hat lang gehalten noch die Seifenblasen staatlicher Hilfe. Im dritten Quartal liegen die Zahlen höher als zu Beginn des Jahres 1978.

Die Sozialdemokratie, die den Entwurf mitverfaßt hat, beglückwünscht sich zu einem besonders gelungenen Manöver, die Kinder der Arbeiterklasse gegen ihre Eltern aufzuhetzen. Als gehe es darum, „Kindesrecht" durchzusetzen. Die „Elterngewalt" bleibt unangetastet; die Staatsmaschinerie gestattet sich den ungezügelten Eingriff. „Zum Wohl des Kindes", ist die Bestimmung des Aufenthaltsrechts durch Vormundschaftsgericht und Jugendamt, die Ausübung der Personensorge und der vollständige Entzug der Personensorge" gesetzlich vorgesehen. Durch das neue Ehe- und Familiengesetz seit Juni 1977 ist die Einmischung in die Regelung, wer das Kind zu sich nimmt, im Fall der Scheidung festgelegt. Ein Bericht des Jugendamtes wird angefordert, das zuvor eine Anhörung und möglicherweise Beschauung durchführt. 1917 hat das Kammergericht Berlin das Wesen deutscher Erziehung definiert. Es hat die Unterbringung des Kindes für Fürsorgeerziehung angeordnet, „wenn sich herausstellt, daß der Minderjährige bei dem gegenwärtigen Stand seiner Erziehung dem Vaterland entfremdet wird, an politischen Versammlungen teilnimmt und dem Vater ein Verschulden an dem Ergeb-

Zweck der Hilfe ernsthaft gefährdet sind" (§§ 7,8 RefE).

Die Gerichte haben schon längst die Marschrichtung in Urteilen gewiesen: „Er ist noch nicht zur Pünktlichkeit und zum Ertragen körperjichen Unbillens erzogen worden" (OLG Köln zur Frage „Arbeitsunwilligkeit als Kennzeichen der Verwahrlosung"). "Ferdinand hat durch eine Reihe, wenn auch geringer Straftaten gezeigt, daß er nicht bereit ist, das Eigentum anderer zu achten, sondern meint, damit nach seinem Belieben verfügen zu können ... Es kommt daher nicht entscheidend darauf an, den Kindern Lesen und Schreiben zu lernen, sondern ihren Charakter zu bessern" (Riedel, Kommentar zum Jugendwohlfahrtsgesetz, S. 570). Der Referentenentwurf regelt die Abbhilfe. „Bei Gefahr im Verzuge kann der öffentliche Träger der Jugendhilfe die Entfernung des Kindes oder Jugendlichen aus der Familie herbeiführen... Hält sich das Kind in einer Wohnung oder Einrichtung (z.B. Jugendclub) auf, können Beamte die Wohnung oder Einrichtung zum Zwecke der Inobhutnahme während der Tageszeit, bei Gefahr im Verzug auch während der Nachtzeit betreten" (§§67, 32 RefE).

Dritte Teilgenehmigung für den Bau des SNR 300 in Kalkar erteilt

RWE bereits übermütig: 1200-1300 Megawatt Folgereaktor geplant

Interview mit britischen Stahlarbeitern

Vertrauensleute J. Jappy (Iron and Steel Trades Confederation) und E. Murray (Amalgamated Union of Engineering Workers)

Die Vertrauensmänner arbeiten im Werk Corby der British Steel Corporation. In der ISTC sind ca. 6000 der 12000 Stahlarbeiter organisiert, in der AUEW 2000 technische Facharbeiter.

In Westdeutschland kämpfen die Stahlarbeiter für 5% Lohnerhöhung und für die 35-Stundenwoche. So weit ich weiß, ist die Forderung nach der 35-Stundenwoche auch Teil eurer Forderungen, der zentralen Forderungen der ISTC.

Das ist richtig.

Ist es auch Bestandteil der Forderungen der AUEW?

Ja, des NCCC, des National Crafts Coordinating Commitee (Nationales Facharbeiter-Koordinierungs-Komitee). Das ist Teil der gesamten Facharbeiterforderung.

Welche Bedeutung hat diese Forderung in der gegenwärtigen Situation von Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit für eure Mitglieder und für euch?

(Jappy) Nun, es ist wirklich sehr schwer zu sagen. Denn wir haben das gleiche Problem, das ihr, wie ich glaube, auch in Deutschland habt. Wir haben vorhin darüber gesprochen. Und das ist: Die 35-Stunden-Woche ist zwar beschlossen – natürlich wollen wir sie, wir wollen sie, weil sie vielleicht unsere Belegschaftsstärken erhöht, wobei ich bestimmte Zweifel daran habe – aber ich glaube, sie wird von der Betriebsleitung als Begründung für eine Erhöhung der bereits beträchtlichen Überstunden, die wir jetzt machen, benutzt werden. Leute, die im Moment 40 Stunden arbeiten, haben so und so viel Stunden, in denen sie Überstunden machen können. Wenn man die Arbeitswoche auf 35 Stunden in der Woche verringert, werden sie die zusätzlichen 5 Stunden nutzen, um 5 zusätzliche Überstunden zu machen. Aber es gibt Leute in der Gemeinschaft, die die 35-Stunden-Woche begrüßen würden, weil sie eventuell Leute vom Arbeitslosenregister fernhält. Und natürlich gibt es eine Menge Leute, die Überstunden arbeiten wollen, und die würden natürlich dabei gewinnen. Ich glaube, so weit vielleicht erst mal dazu.

(Murray) Im Bezug auf die 35-Stunden-Woche fällt mir folgendes auf: ein bedeutender Bestandteil unserer Löhne, ein beträchtlicher Prozentsatz, geht in ein großes Renten-System. Ich finde es schlimm, daß meiner Ansicht nach nicht so viele Leute, die ihr Leben in einem Stahlwerk zugebracht haben, sehr lange Rente beanspruchen. Ich glaube nicht, daß viele von ihnen bleiben, um eine Rente zu beanspruchen. Die Witwen, die beanspruchen sie vielleicht ein paar Jahre. Die 35-Stunden-Woche würde da eine ziemlich bedeutende Veränderung ausmachen. Natürlich meine ich eine 35-Stunden-Woche mit früherer Verrentung, einem früheren

bestimmte Zweifel daran habe – aber ich glaube, sie wird von der Betriebsleitung als Begründung für eine Erhöhung der bereits beträchtlichen Überstunden, die wir jetzt machen, benutzt werden. Leute, die im Moment 40 Stunden arbeiten, haben so und so viel Stunden, in denen sie Überstunden machen können. Wenn man die Arbeitswoche auf 35 Stunden in der Woche verringert, werden sie die zusätzlichen 5 Stunden nutzen, um 5 zusätzliche Überstunden zu machen. Aber es gibt Leute in der Gemeinschaft, die die 35-Stunden-Woche begrüßen würden, weil sie eventuell Leute vom Arbeitslosenregister fernhält. Und natürlich gibt es eine Menge Leute, die Überstunden arbeiten wollen, und die würden natürlich dabei gewinnen. Ich glaube, so weit vielleicht erst mal dazu.
(Murray) Im Bezug auf die 35-Stunden-Woche fällt mir folgendes auf: ein bedeutender Bestandteil unserer Löhne, ein beträchtlicher Prozentsatz, geht in ein großes Renten-System. Ich finde es schlimm, daß meiner Ansicht nach nicht so viele Leute, die ihr Leben in einem Stahlwerk zugebracht haben, sehr lange Rente beanspruchen. Ich glaube nicht, daß viele von ihnen bleiben, um eine Rente zu beanspruchen. Die Witwen, die beanspruchen sie vielleicht ein paar Jahre. Die 35-Stunden-Woche würde da eine ziemlich bedeutende Veränderung ausmachen. Natürlich meine ich eine 35-Stunden-Woche mit früherer Verrentung, einem früheren

Rentenalter. Ich bin der Ansicht, daß dies ein großer Beitrag zum Leben wäre. Die Leute würden länger leben. Sie würden ihre Zeit als Rentner genießen, sie wären fit, um ihre Zeit als Rentner zu genießen. Und sie würden Nutzen von der Rente haben, für die sie jahrelang gezahlt haben.

Seid ihr der Auffassung, daß die Entwicklung in der Stahlindustrie in bezug auf die Intensivierung der Arbeit und die Rationalisierung es nötig macht, die Arbeitszeit zu verkürzen?

Ja, ich bin dieser Auffassung, ich meine, daß die Maschinerie und die Veränderung in der Industrie schließlich dahin führen sollten.

Ich meine, daß ein Arbeiter heute in der gleichen Zeit mehr arbeitet als er, sagen wir, vor 20 Jahren tat. Ist das so?

(Murray) Ich glaube, daß die meisten Leute in Corby mehr Stunden arbeiten als mein Großvater arbeiten mußte. Ich glaube das.

Wie viele Stunden arbeiten eure Mitglieder im Moment normalerweise?

(Murray) Wenn die British Steel Corporation in Corby einen bestimmten Auftrag für eine bestimmte Tonnage an Röhren oder Stahl hat, dann arbeiten die Leute in den Abteilungen, die das produzieren, unbegrenzt 12-Stunden-Schicht, anstelle des normalen 8-Stunden-Arbeitstages. Das ist die Wahrheit.

Für wie lange?

Bis dieser bestimmte Auftrag fertig ist.

Welchen Zeitraum umfaßt das?

(Murray) Es hängt von dem Auftrag, von der Tonnage des Auftrags ab.

Kannst du ein Beispiel nennen?

(Murray) Ich arbeite in dem Teil des Werks, wo Röhren produziert werden. Der einzige vorhandene Markt im Moment ist für eine Röhre, die Vierkantrohr genannt wird, eine rechteckige Hohlraumröhre. Die Schmelzer, die die produzieren, sind seit vielen Monaten auf der 12-Stunden-Schicht. Ich glaube, dies Werk arbeitet tatsächlich mit einer Schichtbesatzung zu wenig, mit einer vollen Schichtbesatzung, so daß sie zwei 12-Stunden-Schichten fahren. Bei Plugmill, wo die Solid-Droin-Röhren, meistens für Nordsee-Öl produziert werden, sind sie jetzt Gott weiß wie lange auf 12-Stunden-Schicht. Das passiert, und um ein Beispiel zu geben: Der Betriebsrat befragte das Management in meinem Betrieb zu einer bestimmten Frage. Wenn ein Mann mehr als zehn Stunden arbeitet, dann ist er berechtigt, einen Gutschein für eine freie Mahlzeit zu erhalten, bei mehr als zehn Stunden. Die letzte aktuelle Zahl, die ich bekommen habe, ist für Mai. Und da waren mehr als 5000 kostenlose Essensgutscheine an Arbeiter ausgegeben worden. Und das heißt, daß sie über 10 Stunden hinaus gearbeitet haben, und die Wochenendarbeit ist nicht enthalten, weil sie am Wochenende normalerweise nur 8 Stunden arbeiten.

(Jappy) Bei der British Steel Corporation wurde 1977 für 96 Millionen Pfund in Lohn Überstunden gearbeitet, 96 Millionen Pfund. Das würde eine ganze Menge Leute vom Arbeitslosenverzeichnis wegbringen, und dazu: Es kommt nicht darauf an, ob es die British Steel Corporation zahlt oder die Regierung, sie sind ein und dasselbe, der Unterschied ist, daß es einem Mann die Würde gibt, Arbeit zu haben.

Stellen eure Gewerkschaften Forderungen gegen diese Art von Super-Ausbeutung durch Überstunden auf?

(Murray) Auf nationaler Ebene, ja. Ich glaube, sie machen national etwas. Örtlich, glaube ich, gibt es eine bestimmte Demoralisierung in Corby. Denn die Leute glauben, daß die Stahlproduktion in Corby beendet wird. Die Leute glauben, daß geschlossen wird. Niemand wird es bestätigen, aber auch niemand bestreiten. Die Regierung, die British Steel Corporation, sie werden es nicht bestreiten. Aber im nationalen Rahmen wird das verstärkt.

Was tun eure Gewerkschaften genau gegen die Überstundenarbeit?

(Jappy) Es ist sehr schwierig, weil die Betriebsleitung von British Steel die Löhne auf einer so künstlich niedrigen Stufe hält, daß man, um in einer solchen Hohe-Preise-Gesellschaft zu

de normalerweise nur 8 Stunden arbeiten.
(Jappy) Bei der British Steel Corporation wurde 1977 für 96 Millionen Pfund in Lohn Überstunden gearbeitet, 96 Millionen Pfund. Das würde eine ganze Menge Leute vom Arbeitslosenverzeichnis wegbringen, und dazu: Es kommt nicht darauf an, ob es die British Steel Corporation zahlt oder die Regierung, sie sind ein und dasselbe, der Unterschied ist, daß es einem Mann die Würde gibt, Arbeit zu haben.
Stellen eure Gewerkschaften Forderungen gegen diese Art von Super-Ausbeutung durch Überstunden auf?
(Murray) Auf nationaler Ebene, ja. Ich glaube, sie machen national etwas. Örtlich, glaube ich, gibt es eine bestimmte Demoralisierung in Corby. Denn die Leute glauben, daß die Stahlproduktion in Corby beendet wird. Die Leute glauben, daß geschlossen wird. Niemand wird es bestätigen, aber auch niemand bestreiten. Die Regierung, die British Steel Corporation, sie werden es nicht bestreiten. Aber im nationalen Rahmen wird das verstärkt.
Was tun eure Gewerkschaften genau gegen die Überstundenarbeit?
(Jappy) Es ist sehr schwierig, weil die Betriebsleitung von British Steel die Löhne auf einer so künstlich niedrigen Stufe hält, daß man, um in einer solchen Hohe-Preise-Gesellschaft zu

überleben, Überstunden machen muß. Nun: Man kann der Belegschaft sagen, seht her, wenn wir keine Überstunden arbeiten, dann folgt daraus, daß wir für mehr Geld eintreten müssen. Dann werden sie dir antworten: Richtig, wir stimmen dem zu, besorgt uns mehr Geld, und wir hören auf mit der Überstundenarbeit. Und mehr Geld zu bekommen, dauert Monate, vielleicht Jahre von Verhandlungen. Sie sind nicht bereit, so lange zu warten. Nehmen wir meine Abteilung: An einem Sonntag kann mein Mann auf eine Überstundenschicht kommen und über 30 Pfund verdienen, nur für Sonntag. Also muß ich für ihn eine Erhöhung von 30 Pfund erreichen, mindestens, bevor er auch nur daran denkt, keine Überstunden mehr zu arbeiten.

Ist es nicht richtig, für ein gesetzliches Verbot der Überstunden einzutreten?

Das ist es, was ich sage, unbedingt. Die 35-Stunden-Woche auf nationaler Ebene vorzuschlagen, bedeutet für unsere Gewerkschaft wirklich, daß sie ohne Kontakt zum einfachen Arbeiter ist. Unser Exekutivrat mag aus sehr guten Gründen die 35-Stunden-Woche wollen, aber das muß mit einem Verbot der Überstunden verbunden sein. In anderen Worten: Laßt uns die 35-Stunden-Woche einführen, und die Überstunden beenden. Laßt uns dann einige Leute aus den Arbeitslosenschlangen nehmen, und laßt uns für höhere Löhne kämpfen.

(Murray) Wir haben da etwas in diesem Land, das ich fürchterlich finde, das ist bekannt als das Redundancy-Gesetz (Redundancy = Massenentlassung bzw. Entlassung wegen Rationalisierung oder Betriebssschließung, d.Üb.) Danach erhält ein Mann, wenn er seine Arbeit verliert, weil der Arbeitsplatz zu Ende geht, viel Geld, um seinen Arbeitsplatz zu verlassen. Ich hatte immer ziemliche Vorbehalte gegenüber dem Redundancy-Gesetz, ich glaube, es hält Männer davon ab, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Wenn der Arbeitsplatz gefährdet ist, kämpfen sie nicht dagegen. Du hast gehört, wie John Cowling vorhin sagte, daß wir ein Gesetz zum Schutz der Beschäftigung haben. Ich persönlich habe eine unberechtigte Entlassung bekämpft und den Fall gewonnen. Ein Unternehmer entließ mich, und ich habe dagegen gekämpft, und er mußte mich wiedereinstellen, als Shop Steward.

(Jappy) Natürlich sind diese Gesetze, das Redundancy-Gesetz und das Gesetz zum Schutz der Beschäftigung, sehr gute Gesetze. Sie schützen uns, sie geben dem Mann, der seinen Arbeitsplatz unwiderruflich verliert, wie sehr er auch dagegen kämpft, sie geben ihm etwas, wovon er leben kann, bis er eine andere Arbeit findet. Das ist in Ordnung, vorausgesetzt, die Wirtschaft ist in Ordnung. Aber natürlich ist die Wirtschaft im Moment in einer Krise, und wenn wir eine Entlassungs-Zahlung haben, es nützt dir nichts, weil es keine andere Arbeit gibt, zu der du kommen kannst. Du bist in einer kapitalistischen Falle gefangen, in einer Mausefalle. Ich stimme unseren deutschen Genossen zu, kämpft für eure 35-Stunden-Woche, brecht natürlich die von der Regierung aufgestellten 5%...

Nein, es gibt ein Angebot der Kapitalisten von 2,1%...

(Jappy) Okay, aber ihnen wird doch nur 5% erlaubt, oder nicht?

Nein, sie wollen 5%.

Nun, ich glaube, sie sollten das brechen, einfach deshalb weil ich nicht glaube, daß Löhne selbst Inflation verursachen. Deshalb, dieser Mythos muß zerschlagen werden, ein für alle mal. Und wenn sie das Argument gegen unsere deutschen Genossen verwenden, daß die britischen Genossen die Arbeit machen, wenn sie sie nicht machen, sie benutzen genau das Argument auch gegen uns, daß, wenn die britischen Genossen sie nicht machen, die deutschen Genossen sie machen. Wir wissen, daß wir uns innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit unseren anderen Gewerkschaftlern zusammenschließen müssen und dies bekämpfen müssen.

Ihr erwähntet vorhin, daß viele Arbeiter durch die unglaublich niedrigen Löhne zu Überstunden gezwungen werden. Wie hoch ist der Grundlohn bei British Steel in der Woche, mit und ohne Überstunden?

(Jappy) Ich würde sagen, daß der

talistischen Falle gefangen, in einer Mausefalle. Ich stimme unseren deutschen Genossen zu, kämpft für eure 35-Stunden-Woche, brecht natürlich die von der Regierung aufgestellten 5%...
Nein, es gibt ein Angebot der Kapitalisten von 2,1%...
(Jappy) Okay, aber ihnen wird doch nur 5% erlaubt, oder nicht?
Nein, sie wollen 5%.
Nun, ich glaube, sie sollten das brechen, einfach deshalb weil ich nicht glaube, daß Löhne selbst Inflation verursachen. Deshalb, dieser Mythos muß zerschlagen werden, ein für alle mal. Und wenn sie das Argument gegen unsere deutschen Genossen verwenden, daß die britischen Genossen die Arbeit machen, wenn sie sie nicht machen, sie benutzen genau das Argument auch gegen uns, daß, wenn die britischen Genossen sie nicht machen, die deutschen Genossen sie machen. Wir wissen, daß wir uns innerhalb der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit unseren anderen Gewerkschaftlern zusammenschließen müssen und dies bekämpfen müssen.
Ihr erwähntet vorhin, daß viele Arbeiter durch die unglaublich niedrigen Löhne zu Überstunden gezwungen werden. Wie hoch ist der Grundlohn bei British Steel in der Woche, mit und ohne Überstunden?

(Jappy) Ich würde sagen, daß der Durchschnitt, der reine Durchschnitt in der Stahlindustrie bei 52 Pfund liegt.

Brutto oder Netto?

Brutto. Und ich würde sagen, daß die durchschnittlichen Einnahmen aus Überstunden ungefähr in der Gegend von 60 Stunden liegen.

60 Stunden zusammen?

Nein, nein, 60 Überstunden.

Also 100 Arbeitsstunden pro Woche?

60 Überstunden, das kommt in den Bereich von 100 Stunden.

(Murray) Du mußt dabei verstehen: 8 Stunden am Sonntag sind 16 Stunden, 8 Stunden am Samstag sind 12 Stunden.

Wieviele Überstunden werden also gearbeitet?

(Jappy) Ich würde sagen, 40 Stunden normal, 40 Stunden Überstunden.

(Murray) Ich glaube, etwas weniger, nicht viel weniger.

Wieviel bekommt ein Walzwerkarbeiter in Corby, als Grundlohn?

Nun, daß hängt davon ab. Wenn er Walzer ist, um die 90 Pfund in der Woche, ohne Überstunden. Das ist der Spitzenmann im Walzwerk.

Und der durchschnittliche Arbeiter im Walzwerk?

Der durchschnittliche Arbeiter hat, würde ich sagen, ohne Überstunden um die 70 Pfund in der Woche.

(Murray) Das ist die Spitze.

(Jappy) Die Spitze des Durchschnitts.

Soweit ich das jetzt verstehe, gibt es also eine ziemliche Lücke zwischen den Spitzenlöhnen und dem Durchschnitt. Wo ist diese Lücke?

(Murray) In den verschiedenen Lohnstufen und den verschiedenen Schichtsystemen. Ich arbeite in einem Schichtsystem. Da sind die Überstunden eingebaut. Es wird Tages-Rotations-System genannt. Ich arbeite sieben Tage, habe zwei Tage frei, deswegen sind es immer zwei verschiedene Wochentage. In der einen Woche Montag/Dienstag, in der zweiten Woche Mittwoch/Donnerstag, in der nächsten Woche Freitag, Samstag, Sonntag. Dann sieben Tage ohne einen Tag frei. Das bindet mich an ein zwangsweises Wochenende. Uns wird Prämienzeit gezahlt, doppelte Zeit für sonntags, plus vier Stunden. Ich arbeite im Durchschnitt 42 Stunden in der Woche über einen Zeitraum von 4 Wochen. 42 Stunden pro Woche, aber garantiert 51 Stunden gezahlt. So ist es auf diese Weise. Ein Facharbeiter, der einen normalen Achtstundentag hat, hat 9 Stunden weniger als ich mit einem Durchschnitt von 1,50 Pfund pro Stunde.

Welche Arbeit machst du?

(Murray) Ich bin Einrichter.

(Jappy) Ich weiß nicht, ob ihr das in Deutschland habt: Die Tag-Beschäftigten, die nur am Tag arbeiten, von halb neun morgens bis halb fünf abends, können einen höheren Grundlohn als die Leute, die Schicht arbeiten, haben. Aber die Schichtarbeiter erhalten als Ausgleich, oder in anderen Worten, als Zahlung dafür, daß sie Schicht arbeiten, erhalten 30% zusätzlich zu ihrem Lohn. Wenn also ein Mann Tagschicht arbeitet und 100 Pfund in der Woche bekommt, bekommt der Schichtarbeiter dafür, daß er Schicht arbeitet 30 Pfund zusätzlich. Das sind 30%. Meine Meinung ist, daß der Mann, der Schicht arbeitet, nicht 30% mehr gezahlt bekommen sollte, sondern 30% weniger arbeiten sollte.

Ihr spracht über die niedrigen Löhne. Wie haben sich die Löhne in den letzten Jahren entwickelt?

Im letzten Jahr 10%, die Regierung erließ 10%-Lohnleitlinien im letzten Jahr. Obwohl bei vielen Firmen, Privatfirmen, die 10% zerstört wurden, sie bekamen 14%, 18%, 20%. Aber die Stahlarbeiter schlossen mit 10% ab. In diesem Jahr war ich auf der nationalen Konferenz. Die Regierung hat angekündigt, daß sie nicht über 5% gehen würden. Also haben wir sehr zum Erschrecken der Corby-Vertretung auf der nationalen Konferenz dafür gestimmt, das zu zerschlagen. Denn wir haben erkannt, daß es eine vom kapitalistischen System lügenhaft gegen uns aufgestellte Grenze ist. Sie benutzen das Argument, daß die Inflation ungeheuer steigen würde, wenn man die Löhne nicht unten hielte, und unser Generalsekretär stimmte dem Argument zu, sehr zu unserer Bestürzung. Aber wir hören jetzt, daß unser Gene-

Aber die Schichtarbeiter erhalten als Ausgleich, oder in anderen Worten, als Zahlung dafür, daß sie Schicht arbeiten, erhalten 30% zusätzlich zu ihrem Lohn. Wenn also ein Mann Tagschicht arbeitet und 100 Pfund in der Woche bekommt, bekommt der Schichtarbeiter dafür, daß er Schicht arbeitet 30 Pfund zusätzlich. Das sind 30%. Meine Meinung ist, daß der Mann, der Schicht arbeitet, nicht 30% mehr gezahlt bekommen sollte, sondern 30% weniger arbeiten sollte.
Ihr spracht über die niedrigen Löhne. Wie haben sich die Löhne in den letzten Jahren entwickelt?
Im letzten Jahr 10%, die Regierung erließ 10%-Lohnleitlinien im letzten Jahr. Obwohl bei vielen Firmen, Privatfirmen, die 10% zerstört wurden, sie bekamen 14%, 18%, 20%. Aber die Stahlarbeiter schlossen mit 10% ab. In diesem Jahr war ich auf der nationalen Konferenz. Die Regierung hat angekündigt, daß sie nicht über 5% gehen würden. Also haben wir sehr zum Erschrecken der Corby-Vertretung auf der nationalen Konferenz dafür gestimmt, das zu zerschlagen. Denn wir haben erkannt, daß es eine vom kapitalistischen System lügenhaft gegen uns aufgestellte Grenze ist. Sie benutzen das Argument, daß die Inflation ungeheuer steigen würde, wenn man die Löhne nicht unten hielte, und unser Generalsekretär stimmte dem Argument zu, sehr zu unserer Bestürzung. Aber wir hören jetzt, daß unser Gene-

ralsekretär sich das noch einmal überlegt hat. Ich glaube, die neuen Überlegungen hat er nicht angestellt wegen dem, was wir auf der Konferenz gesagt haben, sondern wegen der Entwicklung, die in diesem Land stattgefunden hat, wo bei Ford die 5%-Lohnleitlinie zerstört wurde, wie bei mehreren anderen Firmen. Tatsächlich gibt es sie nicht mehr. Sie ist verschwunden. Diese 5% sind eine Schande. Ich glaube, bei der Stahlindustrie geht es jetzt in Richtung 8% und 35-Stundenwoche. Ich würde gern auch für die 35-Stundenwoche sein, ich bin für – vielleicht ist es zu fortschrittlich für diesen Zeitpunkt in der Geschichte – ich bin für eine 35-Stundenwoche mit einem Verbot der Überstunden, für Rentenalter mit 60, verbunden mit ⅔ von deinem Lohn als Rente, weil es nicht gut ist, jemanden aufzufordern, mit 60 in Rente zu gehen, wenn er gerade 10 Pfund in der Woche als Rente kriegt. Das ist es, was ich gerne hätte.

Könnt ihr mir sagen, ob eurer Ansicht nach die Löhne in den letzten 6 bis 7 Jahren grundsätzlich gesunken sind?

(Murray) Ja. (Jappy) Ich glaube, daß wir, seit wir das System von Regierungslohnleitlinien haben, weiter zurückgefallen sind. Die Löhne in diesem Land sind immer den Preisen gefolgt, das muß klargestellt werden, und die Preise sind nie den Löhnen gefolgt, wenn sie also sagen, wir bekommen 10 Pfund in der Woche Erhöhung, deswegen erhöhen wir die Preise: Preise waren immer höher als die Lohnleitlinien. Ich glaube, daß die von der Regierung aufgestellten Lohnleitlinien uns weiter nach hinten gedrückt haben. Meiner Ansicht nach ist in diesem Jahr unsere Ausgabefähigkeit, oder unsere Kauffähigkeit, niedriger als 1970. In anderen Worten: Ich verdiene über 100 Pfund in der Woche, für 40 Stunden, ich mache keine Überstunden. Ich glaube, daß ich mir für meine 100 Pfund jetzt nicht soviel kaufen kann wie für 70 Pfund 1970.

(Murray) Ich meine, daß der britische Arbeiter überhaupt, nicht nur die Stahlarbeiter, sondern der britische Arbeiter überhaupt in diesem Jahr überzeugt ist, daß die Löhne nicht die Inflation erhöhen. Sie sind seit kurzem davon überzeugt. Sie haben es drei Jahre geglaubt. Aber sie werden es kein weiteres Jahr schlucken. Und deshalb gibt es eine große Forderung nach den Mindestlöhnen.

(Jappy) Ich würde dem mit bestimmten Einschränkungen zustimmen. Denn meiner Meinung nach versuchten die Gewerkschaften in diesem Land, versuchte der TUC mit der Regierung zusammen zu gehen. Ich glaube, der TUC wollte die 5%-Lohnleitlinie. Ich glaube, die Regierung wollte sie. Ich glaube, daß es ein heimliches Abkommen gab, daß aber die Masse der einfachen Arbeiter in diesem Land die Meinung der Gewerkschaftsführer änderte, und sie wußten, sie konnten nicht mit der Regierung gehen, nicht, weil sie nicht mit der Regierung gehen wollten, sondern weil ihre Auffassung durch die einfachen Mitglieder geändert wurde.

(Murray) Ich stimme John da zu, das ist richtig.

Könnt ihr uns die Lage der Arbeiterbewegung in der britischen Stahlindustrie beschreiben? Gab es große Kämpfe in den letzten Jahren?

Zur Situation in meiner eigenen Gewerkschaft, der ISTC. Ich will nicht illoyal sein, aber ich muß dies sehen: Unsere Führung sagt, wir sind in einer Krise der westlichen Welt, und um aus dieser Krise herauszukommen, müssen wir entlassen, das sagt unsere Führung im TUC und in unserer eigenen Gewerkschaft. Sie sehen nicht, daß ihre Auffassung identisch ist mit der der British Steel Corporation. Sie haben keine alternative Politik, und sie wollen auch gar nicht zuhören zu einer alternativen Politik. Es ist Tatsache: Wenn du die British Steel Corporation fragst, welche Politik habt ihr, um die British Steel Corporation auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wenn du die ISTC fragst: du wirst finden, daß die Antworten identisch sind.

(Murray) Ich gehöre nicht zur selben politischen Partei wie John, aber ich stimme ihm vollständig zu.

Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei?

(Murray) Ja. Ich bin Mitglied der Labour-Partei.

Welche Entwicklung hat es in der Arbeiterbewegung selbst im letzten Jahr gegeben?

(Jappy) Die Arbeiterbewegung braucht offensichtlich jemanden, der sie führt. Wir haben keine Führer.

Seid ihr der Ansicht, daß der deut-

strie beschreiben? Gab es große Kämpfe in den letzten Jahren?
Zur Situation in meiner eigenen Gewerkschaft, der ISTC. Ich will nicht illoyal sein, aber ich muß dies sehen: Unsere Führung sagt, wir sind in einer Krise der westlichen Welt, und um aus dieser Krise herauszukommen, müssen wir entlassen, das sagt unsere Führung im TUC und in unserer eigenen Gewerkschaft. Sie sehen nicht, daß ihre Auffassung identisch ist mit der der British Steel Corporation. Sie haben keine alternative Politik, und sie wollen auch gar nicht zuhören zu einer alternativen Politik. Es ist Tatsache: Wenn du die British Steel Corporation fragst, welche Politik habt ihr, um die British Steel Corporation auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wenn du die ISTC fragst: du wirst finden, daß die Antworten identisch sind.
(Murray) Ich gehöre nicht zur selben politischen Partei wie John, aber ich stimme ihm vollständig zu.
Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei?
(Murray) Ja. Ich bin Mitglied der Labour-Partei.
Welche Entwicklung hat es in der Arbeiterbewegung selbst im letzten Jahr gegeben?
(Jappy) Die Arbeiterbewegung braucht offensichtlich jemanden, der sie führt. Wir haben keine Führer.

Seid ihr der Ansicht, daß der deutsche Streik Auswirkungen auf eure Lage als Arbeiterbewegung in der Stahlindustrie hat?

(Jappy) Ich glaube, sie kämpfen dieselbe Schlacht, die wir kämpfen. Ich meine, sie bekämpfen eine Lohnpolitik, ich meine, sie kämpfen dafür, daß die Maschinen und die Modernisierung der Industrie automatisch zu einer leichteren Arbeitswoche für sie führen sollte, ich meine, dafür kämpfen sie, und das ist wichtig, und ich unterstütze sie.

(Murray) Ich stehe zu den deutschen Arbeitern.

Hat es Auswirkungen auf die Lage hier?

(Murray) Britannien wird von der nationalen Presse regiert. Und die nationale Presse berichtet nicht viel über den deutschen Streik. Der Morning Star ist die einzige Zeitung, die kommunistische Parteizeitung ist die einzige Zeitung, die den deutschen Streik verfolgt.

(Jappy) Ich meine, daß, obwohl 30000 Leute in Westdeutschland die Arbeit hingeworfen haben und eine bestimmte Zahl von Leuten ausgesperrt ist, dies keinen Einfluß auf die Produktion der British Steel Corporation hat. Das muß unseren deutschen Genossen klar gemacht werden, daß, wenn sie nicht produzieren, dies nicht notwendigerweise bedeutet, daß wir irgendwie mehr produzieren.

(Murray) Ich hoffe, das wird so sein, ich hoffe, das wird so sein.

(Jappy) Ich bin sicher, daß alle Anforderungen, die die deutschen Arbeiter an die britischen Arbeiter machen, gerne erfüllt und verstanden werden.

„Zukunft Europa“ – Pläne der BRD-Imperialisten ungeschminkt

Helmut Schmidt (Bulletin 4.8.78, Vorwort zum Jahresbericht 1977 d. Bundesreg.):

„Die Europäische Gemeinschaft hat sich trotz krisenhafter Entwicklungen bewährt. Sie hat Entscheidungen für ihren weiteren Ausbau getroffen und den Rückfall der Mitgliedstaaten in Eigensüchtelei, Protektionismus und Autarkiestreben weitgehend verhindert. Die Gemeinschaft kann auf uns zählen, und wir zählen auf sie.“

Hans Dietrich Genscher (Rede vor der Industrie- und Handelskammer Berlin, 13.9.78):

„Wenn wir als überzeugte Europäer unsere Zukunft in der Europäischen Gemeinschaft suchen, dann dürfen wir der Entwicklung dieser Gemeinschaft, ihrer Dynamik, keine Grenzen setzen, sondern wir müssen ihre Zukunft aktiv mitgestalten... Aus dem Europa der Sechs ist inzwischen das Europa der Neun geworden... Ihr Beitritt hat die Gemeinschaft, in einem ganz immateriellen Sinne verstanden, reicher gemacht... Die Beitrittsverhandlungen müssen die Stunde der Europäer – und nicht der europäischen Buchhalter sein. Leistungen, die wir für diese Länder erbringen, dienen der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen... Deshalb sind Leistungen, die wir im Zusammenhang mit den drei neuen Beitritten erbringen, eben keine neuen Opfer auf dem Altar Europas, sondern Investitionen in die eigene Zukunft.“

Helmut Schmidt, Ansprache auf dem Deutschen Katholikentag in Freiburg, 16.9.78):

„Europäische Politik muß offen bleiben... Wir können Europa nicht als politischen oder als geschichtlich-geistigen Begriff auf Westeuropa einschrumpfen lassen. Wer aus der Geschichte lernen will, der weiß: das geschichtliche Europa umfaßt Rom und Byzanz, Oxford und Sargorsk, es umfaßt Aachen und Prag, Krakau und Paris.“

Helmut Schmidt, Ansprache beim Abendessen mit Giscard d'Estaing, 15.9.78 in Aachen):

„Natürlich kann auch bei guter persönlicher Freundschaft der französische Präsident nicht Interessen seines Volkes anders behandeln, und natürlich kann der Kanzler die Interessen seines Staates nicht anders behandeln bei guter Freundschaft zwischen diesen beiden, aber die Freundschaft führt dazu, daß man einander noch mehr vertraut, als es sonst im politischen internationalen wie nationalen Leben üblich ist, und daß man sich gegenseitig seine geheimen Gedanken weiter öffnet, als es sonst üblich ist.“

Helmut Schmidt in der „Europäischen Zeitung“ vom Oktober 78:

eben keine neuen Opfer auf dem Altar Europas, sondern Investitionen in die eigene Zukunft.“

Helmut Schmidt, Ansprache auf dem Deutschen Katholikentag in Freiburg, 16.9.78):

„Europäische Politik muß offen bleiben... Wir können Europa nicht als politischen oder als geschichtlich-geistigen Begriff auf Westeuropa einschrumpfen lassen. Wer aus der Geschichte lernen will, der weiß: das geschichtliche Europa umfaßt Rom und Byzanz, Oxford und Sargorsk, es umfaßt Aachen und Prag, Krakau und Paris.“

Helmut Schmidt, Ansprache beim Abendessen mit Giscard d'Estaing, 15.9.78 in Aachen):

„Natürlich kann auch bei guter persönlicher Freundschaft der französische Präsident nicht Interessen seines Volkes anders behandeln, und natürlich kann der Kanzler die Interessen seines Staates nicht anders behandeln bei guter Freundschaft zwischen diesen beiden, aber die Freundschaft führt dazu, daß man einander noch mehr vertraut, als es sonst im politischen internationalen wie nationalen Leben üblich ist, und daß man sich gegenseitig seine geheimen Gedanken weiter öffnet, als es sonst üblich ist.“

Helmut Schmidt in der „Europäischen Zeitung“ vom Oktober 78:

„Die außenpolitische Zusammenarbeit unter den Neun ist zunehmend zu einem dynamischen und fruchtbaren Feld europäischer Aktivitäten geworden und hat die Neun in weltpolitischen Fragen zu einem gewichtigen Gesprächspartner gemacht. Europa kann aber seine Stellung in der Welt nur behaupten, wenn es resolut auf eine Politik ängstlicher Bewahrung partikularer Interessen verzichtet.“

Helmut Schmidt (Ansprache auf dem 32. Historikertag, 4.10.78):

„Wir, die Russen, die Tschechen, die Ungarn, die Italiener, die Holländer, die Skandinavier, die Engländer, wir römische Katholiken, griechische Orthodoxe, wir Lutheraner und Calvinisten, Juden und Freidenker und Dissidenten, wir haben dies alles, was wir besitzen, ja nicht jeder allein erworben, sondern wir haben uns gegenseitig befruchtet. Und so sind wir zu dem gelangt, was wir heute besitzen.“

Helmut Schmidt, Ansprache vor dem Verband öffentlicher Banken, 27.10.78):

„Sie müssen die Schaffung des Europäischen Währungssystems auch unter deutschen außenpolitischen und unter europäischen politischen, europa-politischen Gesichtspunkten sehen. Das wird eine neue Chance für Europa... Ich muß darauf hinweisen, daß die Außenpolitik unseres Landes... die über jeden Zweifel erhabene Funktionstüchtigkeit des gemeinsamen Marktes und der Europäischen Gemeinschaft zur Voraussetzung hat.“

EG-Agrarminister: Neuer Krach um Europäisches Währungssystem

Keine Einigung über Währungsausgleichsbeträge / Erzeugerpreissenkungen geplant

z.scc.Brüssel. Die EG-Agrarminister gingen Mitte vergangener Woche auseinander, zerstritten wie nie. Nachdem Italien und Irland nachträglich dem Europäischen Währungssystem (EWS) beigetreten waren, hatten die westdeutschen Finanzbourgeois fest darauf gesetzt, den ECU, die neue Währungseinheit, in die EG-Agrarpolitik einführen und damit die ersten Zinsen von Schmidts „DM-Reich“ einstreichen zu können.

Gleiches mit entgegengesetzten Mitteln hatten sich die französischen Imperialisten vorgenommen und präsentierten ihre Forderungen: Abbau der sogenannten Währungsausgleichsbeträge innerhalb des ersten Jahres des EWS, Abwertung des „grünen Franken“ um 3,6% sofort. Ohne dies kein EWS, zumindest nicht im Bereich der „gemeinsamen Agrarpolitik“. So ultimativ-drohend der französische Landwirtschaftsminister Méhaignerie diese Forderungen stellte, so rigoros blockte Ertl, sein westdeutscher Kollege, ab. Italien, Belgien, Dänemark und Irland schlugen sich aus wohlerwogenem Interesse auf die Seite der französischen, die Niederlande und Großbritannien – hämisch und voll Schadenfreude, versteht sich – auf die der westdeutschen Imperialisten. Die Entscheidung wurde vorerst auf den 15. Januar vertagt. Die Basis für „Kompromisse“ ist angesichts der heftigen Widersprüche um die Farben der „gemeinsamen Agrarpolitik“ – schwarz-rot-gold oder blau-weiß-rot? – äußerst eng.

Die „gemeinsame Agrarpolitik“ wurde 1962 mit der Festsetzung der Agrarpreise durch die EG-Landwirtschaftsminister aus der Taufe gehoben. Seither werden die Preise als „gemeinsame Preise“ mangels einer einheitlichen Währung in Rechnungseinheiten (RE) festgelegt, zu denen die nationalen Währungen in festem Verhältnis standen: 1 RE betrug damals 4 DM oder 4,94 FF usw. Von Beginn an erwies sich die EG-Agrarpreispolitik, die gewaltsame relative und absolute Senkung der Erzeugerpreise, als eines der wichtigsten Instrumente bei der Ruinierung Hunderttausender Bauern in Westeuropa. Von Beginn an war sie zugleich ein Feld heftigster Konkurrenz unter den EG-Imperialisten.

So, als die Abwertung des französischen Francs 1969 und später die Aufwertung der DM das „gemeinsame Preisgefüge“ durcheinanderbrachten. Die beiden alternativen Konsequenzen stießen auf Widerstand der entgegengesetzt interessierten Imperialisten: Eine Veränderung der RE-Paritäten wollten v.a. die westdeutschen Großagrarier verhindern, die eine Flut von französischen Agrarexporten fürchteten. Umgekehrt: Um die Paritäten, das Verhältnis der DM, des Francs usw., zur RE zu halten, hätten die abwertenden Länder, neben Frankreich, Italien und Großbritannien, ihre Agrarpreise

angesichts der heftigen Widersprüche um die Farben der „gemeinsamen Agrarpolitik“ – schwarz-rot-gold oder blau-weiß-rot? – äußerst eng.

Die „gemeinsame Agrarpolitik“ wurde 1962 mit der Festsetzung der Agrarpreise durch die EG-Landwirtschaftsminister aus der Taufe gehoben. Seither werden die Preise als „gemeinsame Preise“ mangels einer einheitlichen Währung in Rechnungseinheiten (RE) festgelegt, zu denen die nationalen Währungen in festem Verhältnis standen: 1 RE betrug damals 4 DM oder 4,94 FF usw. Von Beginn an erwies sich die EG-Agrarpreispolitik, die gewaltsame relative und absolute Senkung der Erzeugerpreise, als eines der wichtigsten Instrumente bei der Ruinierung Hunderttausender Bauern in Westeuropa. Von Beginn an war sie zugleich ein Feld heftigster Konkurrenz unter den EG-Imperialisten.

So, als die Abwertung des französischen Francs 1969 und später die Aufwertung der DM das „gemeinsame Preisgefüge“ durcheinanderbrachten. Die beiden alternativen Konsequenzen stießen auf Widerstand der entgegengesetzt interessierten Imperialisten: Eine Veränderung der RE-Paritäten wollten v.a. die westdeutschen Großagrarier verhindern, die eine Flut von französischen Agrarexporten fürchteten. Umgekehrt: Um die Paritäten, das Verhältnis der DM, des Francs usw., zur RE zu halten, hätten die abwertenden Länder, neben Frankreich, Italien und Großbritannien, ihre Agrarpreise

entsprechend steigern müssen, was diese wiederum vor allem wegen der Wirkung auf die Lebensmittelpreise, damit auf den Lohnkampf der Arbeiterklasse, damit auf ihre allgemeine Konkurrenzfähigkeit verhindern mußten. Man einigte sich auf einen „Kompromiß“: Die alten Wechselkurse wurden, von zeitweiligen Anpassungen abgesehen, beibehalten und existieren als „grüne Währungen“ fort. Dadurch liegen die Agrarpreise in Frankreich, Italien und später Großbritannien niedriger, in Westdeutschland, den Niederlanden und Belgien höher, als es dem tatsächlichen Wert der nationalen Währungen entspricht. Konkurrenzvorteile für die „Abwertungsländer“ wurden ab 1971 durch besagte Währungsausgleichsbeträge ausgeglichen: Die „teuren“ Agrarexporte der „Aufwertungsländer“ werden durch Subventionen aus dem EG-Landwirtschaftsfonds gefördert, die „billigen“ der „Abwertungsländer“ mit einer Quasi-Exportsteuer belegt. Umgekehrt bei den Agrarimporten: Hier zahlen die „Aufwertungsländer“ und kassieren die „Abwertungsländer“. Die Höhe der Währungsausgleichsbeträge richtet sich nach dem Auseinanderklaffen der Werte der „grünen“ und der Devisenkurse: Für die BRD-Imperialisten, die Hauptprofiteure, machen sie inzwischen 10,8% aus.

Ihre Exporte in die EG haben sich, solchermaßen gegen Konkurrenznachteile gefeit, allein von 1973 auf '76 um knapp 60% gesteigert. Die niederländischen Bourgeois, vor Frankreich der EG größte Agrarexporteure, fechten eisern an der Seite von Ertl und Heereman für die Aufrechterhaltung der Währungsausgleichsbeträge. Zu den beiden „Aufwertungsländern“ gesellt sich Großbritannien, dessen Agrarimporte seine -exporte um 100% übersteigen und das deshalb die Beträge auf Importe ebenfalls nicht missen will.

Auf der anderen Seite Frankreich, das den „Kompromiß“ schon lange verwünscht, weil er den Expansionsdrang der französischen Großagrarier empfindlich hemmt: Sie konnten ihre Agrarexporte in die EG zwischen '73 und '76 „nur“ um 23% steigern und sind besonders erbost, daß die westdeutschen „Freunde“ ihnen jetzt nicht einmal die Abwertung des „grünen Franken“ zugestehen wollen, mit der sie ihre Agrarpreise steigern und folglich die Exportabgaben verringern könnten. Eine Abwertung der „grünen Lira“ verlangen, wenn auch vorsichtiger – „Frankreich kann auch das Gesicht verlieren. Wir müssen im Ausland etwas aufpassen“ (Landwirtschaftsminister Marcora) – die italienischen Bourgeois. Wachsende Agrarexporte vor allem aus Westdeutschland überfluten zunehmend die italienischen Märkte, während umgekehrt die italienischen Exporte nicht zuletzt durch die Währungsausgleichsbeträge stark behindert werden.

solchermaßen gegen Konkurrenznachteile gefeit, allein von 1973 auf '76 um knapp 60% gesteigert. Die niederländischen Bourgeois, vor Frankreich der EG größte Agrarexporteure, fechten eisern an der Seite von Ertl und Heereman für die Aufrechterhaltung der Währungsausgleichsbeträge. Zu den beiden „Aufwertungsländern“ gesellt sich Großbritannien, dessen Agrarimporte seine -exporte um 100% übersteigen und das deshalb die Beträge auf Importe ebenfalls nicht missen will.

Auf der anderen Seite Frankreich, das den „Kompromiß“ schon lange verwünscht, weil er den Expansionsdrang der französischen Großagrarier empfindlich hemmt: Sie konnten ihre Agrarexporte in die EG zwischen '73 und '76 „nur“ um 23% steigern und sind besonders erbost, daß die westdeutschen „Freunde“ ihnen jetzt nicht einmal die Abwertung des „grünen Franken“ zugestehen wollen, mit der sie ihre Agrarpreise steigern und folglich die Exportabgaben verringern könnten. Eine Abwertung der „grünen Lira“ verlangen, wenn auch vorsichtiger – „Frankreich kann auch das Gesicht verlieren. Wir müssen im Ausland etwas aufpassen“ (Landwirtschaftsminister Marcora) – die italienischen Bourgeois. Wachsende Agrarexporte vor allem aus Westdeutschland überfluten zunehmend die italienischen Märkte, während umgekehrt die italienischen Exporte nicht zuletzt durch die Währungsausgleichsbeträge stark behindert werden.

Die Anwendung des Europäischen Währungssystems auf den Bereich der Agrarpolitik treibt die Widersprüche auf die Spitze. Die Umrechnung der Preise in ECU, die neue Währungseinheit, hätte ein Anschnellen der Währungsausgleichsbeträge für westdeutsche Agrarexporteure von 10,8 auf 25,7% zur Folge – oder, bei Wegfallen der Währungsausgleichsbeträge, ein entsprechendes Sinken der Agrarpreise in Westdeutschland, ein Ansteigen in Frankreich. Die westdeutschen Großagrarier und ihr Ertl sind bereit, den Kampf für die verhältnismäßig höheren Preise *und* die Exportsubventionen, die Währungsausgleichsbeträge, durchzufechten; die französischen Konkurrenten drohen ihrerseits an, ihre Grenzen für EG-Agrarexporte, vor allem Schweinefleisch, zu schließen und das EWS zu boykottieren.

Nur über eines sind sie sich alle einig: die Markt-, Grund-, Richt- und Interventionspreise für das nächste Wirtschaftsjahr nicht oder nur teilweise und minimal anzuheben. Die Landwirtschaftskapitalisten, gleich welchen Landes, machen dabei allemal ihren Schnitt. Erst kürzlich veröffentlichte ein Ausschuß des Europäischen Parlaments, daß sich „der Arbeitsaufwand für einen Hektar Getreide... von 100 Arbeitsstunden auf 10 reduziert“ habe in den letzten 30 Jahren – für die Masse der kleinen und mittleren Bauern, die sich die immer aufwendigere Maschinerie nicht leisten, die verbesserten Bewässerungs- oder Düngetechniken nicht zahlen können, gewiß nicht. Der individuelle Wert ihrer Produkte liegt weit über dem gesellschaftlichen. Ein „Einfrieren der Erzeugerpreise“, gleichbedeutend mit einer weiteren Senkung, schnürt vielen von ihnen den Hals endgültig zu. Womit, wie immer die Entscheidung am 15. Januar fällt, der „Auftrag der Römischen Verträge“ um ein weiteres Stück erfüllt wäre.

Norwegen lehnt Beitritt zum Europäischen Währungssystem (EWS) ab

z.bag. Kanzler Schmidt hat bei der Begründung seines D-Mark-Reiches eine weitere Schlappe erlitten: der norwegische Regierungschef Nordli, den er für die EWS gewonnen und damit auch Norwegen in die Tasche des westdeutschen Finanzkapitals gesteckt zu haben glaubte, wurde in Oslo zurückgepfiffen: Norwegen wird die „Währungsschlange“ verlassen und der EWS vorläufig nicht beitreten. Das Interesse des norwegischen Finanzkapitals am EWS und an der EG insgesamt ist gespalten. Einerseits will es günstige Exportbedingungen auf dem europäischen Markt. Andererseits will es eine eigenständige Finanzpolitik betreiben, zumal die größten Geschäfte mit Nicht-EWS-Mitgliedern, Großbritannien und Schweden, gemacht werden. Den Ausschlag für das Nein des norwegischen

z.bag. Kanzler Schmidt hat bei der Begründung seines D-Mark-Reiches eine weitere Schlappe erlitten: der norwegische Regierungschef Nordli, den er für die EWS gewonnen und damit auch Norwegen in die Tasche des westdeutschen Finanzkapitals gesteckt zu haben glaubte, wurde in Oslo zurückgepfiffen: Norwegen wird die „Währungsschlange“ verlassen und der EWS vorläufig nicht beitreten. Das Interesse des norwegischen Finanzkapitals am EWS und an der EG insgesamt ist gespalten. Einerseits will es günstige Exportbedingungen auf dem europäischen Markt. Andererseits will es eine eigenständige Finanzpolitik betreiben, zumal die größten Geschäfte mit Nicht-EWS-Mitgliedern, Großbritannien und Schweden, gemacht werden. Den Ausschlag für das Nein des norwegischen
Parlaments zum EWS gab jedoch die „Volksbewegung gegen die EG“, die die Debatte um das EWS zur Mobilisierung gegen die EG nutzte.

Irland im EWS – statt mit Pfund Sterling soll Irland mit Hilfe der D-Mark ausgeplündert werden

z.hef.London. Irlands Premierminister Lynch gab am 15.12. bekannt, daß Irland dem Europäischen Währungssystem EWS beitreten wird, daß damit die Währungsparität mit dem britischen Pfund bricht und Währungskontrollen auch gegenüber Britannien eingeführt werden. Bis jetzt war das britische Pfund die in Irland gültige Währung. 1826 hatte die Kolonialmacht die damalige Sonderwährung der Kolonie abgeschafft, seitdem herrscht Pfund Sterling in Irland. Nach der Unabhängigkeit eines Teils des Landes im Jahr 1921 kontrollierten die britischen Imperialisten nach wie vor die Wirtschaft. Die Währung war ein entscheidendes Werkzeug ihrer Einmischung und Ausplünderung. Kapital konnte ohne Kontrolle ins Land geschafft, Profite ebenso herausgeholt werden. Die Zinsrate für Irland wurde effektiv in London festgelegt, was seinen Teil zum Bauernlegen in Irland beigetragen hat.

Versuche Irlands, eine eigene Währung zu entwickeln, erstickten die Briten mit der Drohung der Schließung des britischen Exportmarkts. Erst 1971 löste Irland das Punt juristisch vom britischen Pfund. Die jetzt vollzogene faktische Abschaffung der Währungseinheit ist ein Schritt gegen die Abhängigkeit von Britannien. Aber es ist kein Schritt zu größerer Unabhängigkeit. Denn die irische Regierung hat ihn mit der verstärkten Auslieferung des Landes an den westdeutschen und an den französischen Imperialismus verbunden.

Beide treibt die Gier, an Stelle Britanniens Irland auszuplünderun und irische Arbeiter auszubeuten. Ihre Anstrengungen zeigen sich in der Außenhandelsstatistik. In den ersten 10 Monaten 1977 z.B. waren die Lieferungen aus Irland nach Westdeutschland um 38% höher als in den zehn Monaten des Vorjahrs, nach Frankreich wurden sie fast verdoppelt. Aber noch stehen das westdeutsche Finanzkapital mit 8,5% der Importe und das französische mit 7,2% weit im Schatten der Briten, die sich 48,2% aller irischen Außenhandelswaren liefern ließen. Bei den Lieferungen nach Irland liegen auch die US-Imperialisten noch vor Westdeutschen und Franzosen, ein Anzeichen ihrer starken Präsenz bei der Ausbeutung irischer Arbeiter. Denn ein Großteil dieser Lieferungen besteht aus Komponenten für in Irland montierte Produkte. Mit dem EWS wollen die westdeutschen und französischen Imperialisten diese Lage schnell und gründlich ändern. Dementsprechend sind die Bedingungen:

Irland hatte 650 Millionen Pfund als nicht rückzahlbare Hilfe gefordert. Denn die Lösung des Punts vom Pfund wird sehr wahrscheinlich zu einer Verteuerung irischer Waren auf dem britischen Markt führen. Von dem Geld sollten u.a. Ausgleichzahlungen an die Bauern geleistet werden. Damit haben die Imperialisten nichts im Sinn. Angeboten wurde den Iren: ein Kredit über 1,125 Milliarden Pfund zu 9% Zinsen, ausgezahlt in 5 Jahresraten bis zu 225 Millionen, sowie eine nicht rückzahlbare Zinshilfe von 225 Millionen, ebenfalls zahlbar in 5 Raten, so daß der effektive Zins bei 6% liegt. Bei den Sonderverhandlungen zwischen der Bundesregierung und der irischen Regierung wurde die Barhilfe um 50 Millionen Pfund erhöht.

Die „Hilfe“ besteht also in einem Staatskredit in fremder Währung. Irlands Auslandsverschuldung wird dadurch nahezu verdoppelt. Irland kann keineswegs frei über das Geld verfügen, sondern muß für die Verwendung konkrete Projekte angeben, deren Tauglichkeit dann von der EG-Kommission untersucht wird. Der Zinssatz von 9% kann sich durch Veränderungen der Wechselkurse noch entscheidend verschlechtern. Auf jeden Fall muß Irland von 1984 bis 1997 jährlich bis zu 193 Millionen Punt zurückzahlen.

Die Imperialisten haben der irischen Regierung schon jetzt zu verstehen gegeben, was sie erwarten. Die Irish Times berichtet am 8.12., daß Premierminister Lynch im Parlament „vernünftige Einkommenspolitik und Erhöhung der Produktivität“ als Mittel zur Überwindung der „Schwierigkeiten in Bezug auf das System“ nannte. Die irischen Arbeiter sind zur Zeit in einer Reihe von Streikkämpfen gegen „vernünftige Einkommenspolitik“ und „Erhöhung der Produktivittät.“ Die Zentralbankangestellten verweigerten die wegen des EWS dazu kommenden Arbeit, wenn nicht Sonderzahlungen dafür gemacht würden. Sie setzten sich durch.

Mehr Umsatz bei weniger Investitionen, plant Oetker

Geschäftsleitung: ,,Das wird anstrengend für die Beschäftigten"

z.mas./gör. Das Schaubild 1 deutet die Geschäftsstrategie des Oetker-Konzerns im Nahrungsmittelbereich an. Eine enorme Ausweitung der Umsätze (13% nach einer Phase der Stagnation) soll bei sinkenden Investitionen erzielt werden. Das kann nur durch eine scharfe Intensivierung der Arbeit gelingen. So läßt sich die freche Ankündigung der Geschäftsleitung auf der Belegschaftsversammlung im Bielefelder Oetker-Werk verstehen: ,,Das wird anstrengend für die Beschäftigten." Zugleich hieß es dort, daß ,,man" die geplante Umsatzsteigerung von 13% nur durch ,,die Verdrängung der Konkurrenz erreichen könne". Der Konkurrenzkampf wird auf den Markt für Frischmixgetränke konzentriert. Der Großteil der geplanten Investitionen wird in diesen Produktionsbereich fließen.

Am Beispiel der Produktion von ,,Quarkfein Erdbeer" soll der Ausbeutungsprozeß näher beschrieben werden. Eine abgrenzbare Produktionseinheit (eine Mischung) besteht in diesem Fall aus 1600 Päckchen dieser Chemikalie. Deren Gesamtwert, bei 80 Pfennig pro Päckchen, beträgt 1280 DM. Schaubild 2 zeigt, wie sich dieser Gesamtwert zusammensetzt. Den größten Anteil bilden die Rohmaterialien; und das entspricht auch dem Durchschnitt in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Den Wert dieser Rohmaterialien übertragen die Arbeiter auf das fertige Produkt. Von den verbleibenden 480 DM besteht ein Teil aus dem Verschleiß der eingesetzten Maschinerie. Aus dem vergleichsweise geringen Kapitaleinsatz pro Arbeiter ergibt sich bei Annahme einer 10jährigen Vernutzungsdauer der Maschinerie, daß pro Arbeitsstunde etwa 2,15 DM Wert der Maschinerie auf das Produkt übertragen wird. Bei der Gesamtarbeitszeit von 5,7 Arbeitsstunden für die 1600 Päckchen macht das rund 13 DM. Der von den Arbeitern neugeschaffene Wert beträgt also 467 DM. Dieser Wert wird in etwa 5,7 Arbeitsstunden geschaffen. Nämlich: 1 Arbeiter 30 Minuten an der Siebmaschine (aber er bedient gleichzeitig zwei Maschinen); 1 Arbeiter 15 Minuten an einer Mischmaschine (er bedient gleichzeitg drei Maschinen); 1 Arbeiter zweieinhalb Stunden am Bunker (für Rohmaterialien); 2 Frauen je zweieinhalb Stunden an der Verpackungsmaschine. Rechnet man die Löhne (einschließlich eines Durschnittswertes an allen Sozialleistungen) zusammen, so ergibt das 57,50 DM (netto etwa die Hälfte).

An unbezahlter Arbeit eignen sich die Oetker-Kapitalisten also 409,50 DM an. Darin mag noch ein kleiner Teil an Kosten für Transport und andere in diesem Zusammenhang zu verrichtende Arbeit stecken. Der enorme Ausbeutungsgrad ist aber offenkundig.

Die Jagd nach Höchstprofit treibt die Oetker-Kapitalisten, alles für die *weitere* Steigerung der Ausbeutung zu unternehmen. Mit einer Ausweitung der Schichtarbeit versuchen sie, die Kosten der Maschinerie weiter zu senken. (Bei der obigen Rechnung wurde die bereits eingeführte Schichtarbeit noch nicht berücksichtigt.) Zugleich versuchen sie, den Arbeitstag weiter zu verdichten, z.B. durch Streichung der von den Arbeitern wegen des hohen Staubgehaltes erkämpften Viertelstunde für vorzeitiges Umziehen. Aber auf der Betriebsversammlung am 6. Dezember konnte bereits erreicht werden, daß der Betriebsrat sich gegen die Schichtarbeit erklärt hat.

Aus der beschriebenen Struktur des Ausbeutungsprozesses ergibt sich indessen als ein entscheidendes Mittel der Profitsteigerung die Senkung der Kosten der eingesetzten Rohmaterialien. Sie bilden immerhin 62,5% des Gesamtwertes der produzierten Waren. Das betrifft Chemikalien (Oetker besitzt ein eigenes Chemie-Unternehmen: Chemische Fabrik, Budenheim) und hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte. Aus den Verflechtungsbilanzen der bürgerlichen Ökonomie läßt sich entnehmen, daß chemische und landwirtschaftliche Produkte in der Nahrungs- und Genußmittelproduktion etwa im Verhältnis 1:6 eingesetzt werden. Milch und Zucker spielen bei den von den Oetker-Kapitalisten organisierten Produktionsprozessen eine besondere Rolle. Hier die Abgabepreise der Bauern zu senken, haben sie ein besonders ausgeprägtes Interesse. Z.B. haben die Oetker-Kapitalisten mit den Milchwerken in Herford einen Kooperationsvertrag abgeschlossen, um durch ,,Absatzgarantie" einen Preisvorteil herauszuschlagen. Das werden wiederum die Bauern spüren.

Umsatz
+ 14,2%
1056 Mio
1206 Mio
Investitionen
- 18,5%
13,5 Mio
11,0 Mio
1977
1979

Produktion von 1600 Päckchen "Quarkfein Erdbeer"

Gesamtwert = 1 280 DM
Rohmaterial = 800 DM
Verschleiß d. Maschinerie = 13 DM
Löhne (einschl. Sozialabgaben) = 57,50 DM
Mehrwert = 409,50 DM

Baumwolle: US-Brachlandprogramm – Exportstopp in Pakistan

z.hev. Die internationalen Baumwollspekulanten wälzen z.Zt. schwerwiegende Probleme. Wird der Preis für die Sojabohne so weit steigen, daß die Baumwollfarmer in den USA den Anbau für Baumwolle drastisch einschränken und stattdessen die Sojabohne anbauen? Wird das Brachlandprogramm des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, nach dem staatliche Prämien für die Einschränkung der Anbaufläche für Baumwolle um 15% auf der Basis der Anbaufläche von 1977 vorgesehen sind, dazu führen, daß in den USA weniger Baumwolle produziert wird? Und was passiert dann mit dem Preis? Die USA, die rund ein Drittel ihrer Ernte exportieren, tragen mit ihrer Politik der wechselweisen Kontraktion und Ausdehnung der Baumwollproduktion (1976: 10,3 Mio. Ballen, 1977: 14,4 Mio. Ballen, 1978: 10,8 Mio. Ballen) große Unruhe in die Baumwollpreise. Pakistan mußte jetzt wegen der Baumwollverknappung auf dem Weltmarkt und dem daraus resultierenden Preisanstieg auf dem Inlandsmarkt einen Exportstopp für Baumwolle verfügen, um eine Ruinierung der noch jungen Textilindustrie zu verhindern. Und in den USA werden mit Sicherheit einige der kleinen Baumwollfarmer auf der Strecke bleiben, die sich den Anbauwechsel wegen mangelnder Maschinen nicht leisten können.

,,Gefahr für Europas Zuckerrübenbauern..."

z.brp. Weiter schreiben ,,Brüsseler Beobachter" im ,,Blick durch die Wirtschaft", die Zuckerrübenbauern müßten sich auf schlechte Zeiten mit Preis- und Abnahmesenkungen einstellen. Der Grund sei das Abkommen von Lomé, mit dem die afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten den EG-Imperialisten eine Abnahmegarantie von 1,3 Mio. t Zucker pro Jahr zu einem jährlich neu festzusetzenden Preis – dieses Jahr plus 2% – aufgezwungen haben. – Die Zuckerrübenanbaufläche in der EG ist im Wirtschaftsjahr 1977/78 seit 1968 erstmals um 5%, das sind 100000 ha, zurückgegangen. Die Mengen-Höchstquote für Zuckerrüben wurde Anfang des Jahres auf 120% runtergesetzt, gegenüber 130% im Wirtschaftjahr 1976/77. Der Mindestpreis für eine Tonne Zuckerrüben ist in den letzten Jahren kaum gestiegen: 1976/77 24,57 RE und 1978/79 25,73 RE. Die europäischen Zucker-Kapitalisten fürchten um ihre Profite: 2,5 Mio. t Zucker,,überschuß" könne auf dem Weltmarkt nur durch hohe Subventionen abgesetzt werden, und auch diese Möglichkeit wird immer schlechter, weil die AKP-Staaten ihre Produktion und Weiterverarbeitung ausweiten. Diese Bauernleger drohen nach beiden Seiten: ,,Die Gemeinschaft könne früher oder später gezwungen sein, wie schon bei Textilien, noch protektionistischer zu verfahren". (Blick durch die Wirtschaft, 27.11.78)

Weizenkrieg der US- und EG-Imperialisten

Vaterländisches von Heeremann und Klinker: ,,Berufsständische Geschlossenheit" gegen die ,,Angriffe von außen"

z.ham. Auf dem Weizenmarkt sind die Imperialisten heftig aneinandergeraten. Die Welternte an Weizen beträgt 400 Mio. Tonnen. Weizen ist für Brot und Mehlspeisen, aber auch als hochwertiges Viehfutter zu verwenden. 10-12% der Weltgetreideernte werden auf den Weltmärkten gehandelt, beim Weizen liegt der Anteil deutlich höher, 70 Mio. t werden wahrscheinlich 1978/79 gehandelt werden, das sind 18%.

Die US-Imperialisten sind die größten Weizenexporteure, mit 31 Mio. t jährlich, aber sie sind nicht mehr Inhaber des Weltmonopols. Ihre Weizensilos haben sie sich zwar vollfahren lassen, aber ihre ,,Handelsfreiheit", ihre Erpressermethoden stoßen auf Schranken. Im September 1978 ist ihr Versuch, mit Australien (8,5 Mio. t) und Kanada (15,5 Mio. t Export) ein Kartell zu bilden, gescheitert. Die Länder der 3. Welt fordern in der UNO-Welthandelskonferenz UNCTAD ein Weltweizenabkommen, mit garantierten Preisen und einem Ausgleichslager, also einer Getreidereserve, als Schutz gegen die Spekulation. Bisher haben die US-Imperialisten dies Abkommen verhindern können, aber am 22. Januar tritt die Konferenz erneut zusammen.

Die EG-Länder exportieren jährlich 6,5 Mio. t, fast die gleiche Menge – 6,7 Mio. t – werden importiert, vor allem aus den USA. Die US-Imperialisten exportieren damit Weizen, der auf dem Weltmarkt wieder als ihre eigene Konkurrenz auftaucht. Das Welthandelsvolumen bei Weizen ist rückläufig, hat der IWF im Herbst 1977 festgestellt, ,,und zwar als Folge der besseren Versorgung in den traditionellen Importländern. Dazu zählt auch die Dritte Welt". Die USA wollen jetzt ihr Weltweizenkartell erneut zusammenzimmern, sie seien der Brotkorb der Welt, und gleichen sollte ihr Kartell der OPEC (nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.12.78). Die Konkurrenten hetzen und wollen sich selber laben.

,,Mag auch mancher in der westlichen Welt davon träumen, daß ein Weizenkartell einen solchen Druck (auf die OPEC-Staaten) auszuüben vermöchte, in Wirklichkeit braucht den Arabern nicht bange zu sein. An den Weizenüberschüssen der Europäischen Gemeinschaft könnten sie sich bestimmt laben..." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.78).

In der BRD ist die Erzeugung von Weizen seit 1950 fast verdoppelt worden auf 7 Mio t., in die EG-Länder hat das westdeutsche Finanzkapital jährlich um 200000 t abgesetzt, außerhalb der EG um 1 Mio. t. Der Hauptkonkurrent des BRD-Imperialismus in der EG um die Vorherrschaft in Europa, Frankreich, ist ihm noch weit voraus: 1975 exportierte er 7,56 Mio. t. Die Produktion in Frankreich ist hoch konzentriert: 40% der landwirtschaftlichen Betriebe erzeugen Getreide, aber allein 3% dieser Betriebe liefern die Hälfte der Getreide-Marktanlieferung.

Jetzt wollen die BRD-Imperialisten einen Satz nach vorn machen. Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 22. Dezember meldet: ,,Bevor sich der große alte Mann im internationalen Getreidehandel, Alfred C. Toepfer (Hamburg), mit 85 Jahren aus dem aktiven Geschäft zurückzieht, überrascht er mit einer schwerwiegenden Entscheidung: ... (er) will eine Gruppe amerikanischer und europäischer Genossenschaften ,beteiligen'. Das zeigt den Willen zum expansiven Mithalten mit der großen amerikanischen Konkurrenz", stellt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" zufrieden hoffnungsvoll fest. Toepfer ist Dr. ehrenhalber einiger europäischer Universitäten, auf ihn gehen die EG-Getreidemarktordnungen zurück. In der Tat ein bedeutender Schritt: ,,Für Toepfer geht es vor allem um einen seit Jahren gesuchten direkten Zugang zur Getreideerfassung und zu den Silos in Amerika, ohne die zum Beispiel keine Beteiligung am großen Ost-West-Geschäft möglich ist." (22.12.78)

Für die westdeutschen Bauern stagnieren die Erzeugerpreise bei Backweizen seit 1976 um 46 DM je Doppelzentner trockenes Produkt, Weizen, der als Futterweizen abgerechnet wird, liegt um 2 bis 5 DM niedriger. Die landwirtschaftlichen Betriebsmittel sind laut Ertl-Ministerium im Durchschnitt von 1976 auf 1977 um 2,8% gestiegen, die Neuanschaffungspreise für größere Maschinen z.B. von März 1977 auf März 1978 um 2,9%, bei Betriebsgebäuden um 5,7% im gleichen Zeitraum. Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich die Nachteile, die kleinere Betriebe im Handel mit den Mühlen haben. Und beispielsweise höhere Trocknungskosten, weil der Lohnunternehmer zu spät zum Dreschen gekommen ist, werden bei Herrn Ertl nicht geführt. Zum Teil ist es zu Totalverlusten durch Auswuchs gekommen.

Im ,,Bauernblatt", dem Zentralorgan des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes und der Landwirtschaftskammer, ist jetzt vom ,,Weizenkrieg" die Rede: ,,US-Bauern wollen ,Weizenkrieg' mit der EG", ist ein Artikel überschrieben. Gemeint ist vorläufig Handelskrieg, den wollen die US-Imperialisten, und Heereman und der schleswig-holsteinische DBV-Präsident Klinker, CDU-MdB und Kandidat fürs Europaparlament, wollen ihre imperialistische Politik dahinter verbergen. Die Überschrift ist kalkuliert, Klinker sagt in seinem Rechenschaftsbericht über die letzten 5 Jahre, der in der gleichen Nummer in großen Teilen abgedruckt ist: ,,Wir haben für Europa Opfer gebracht. Heute jedoch identifizieren wir uns mit diesem Agrarsystem... Heute haben wir allen Anlaß, es gegen die ständigen Angriffe von außen zu verteidigen..." Der Konkurrenzkampf der Imperialisten um die Weltmärkte ist für Klinker der Anlaß, den Bauern vorzuschlagen, sich mit den BRD-Imperialisten gemeinsam gegen die ,,ausländische Konkurrenz" zusammenzutun.

Die vaterländische Knüpfweise des Fangnetzes, das Klinker zur Fesselung der Kämpfe der Bauern auswirft, ist auch mit Europagesäusel nicht zu verdecken, es ist ein Teil davon. Grob umrissen, ist es so aufgebaut: Aus der Tatsache und der bitteren Erfahrung der Bauern, daß ihre Produktionsweise durch das private Eigentum an den Produktionsmitteln gefesselt ist und bei den kleinen Bauern weitgehend auf noch handwerklicher Basis stattfindet, weswegen die Produktion der kapitalistischen Industrie unterlegen ist, andrerseits es dem Finanzkapital nicht gelungen ist, alle Bauern zu enteignen, haben Klinker und Co. das falsche Bild vom ,,Kuchen", den die SPD gegen den Lohnkampf der Arbeiter parat hält, auch für die Bauern hervorgeholt. Der ,,Kuchen" ist begrenzt, also müssen die Esser miteinander – und da gehören allemal die Bourgeois dazu – einen Kompromiß eingehen, Opfer bringen, zurückstecken. Ertl bei der Vorlage des ,,Agrarberichtes 78" im Bonner Parlament: ,,... das gilt vor allem angesichts der Tatsachen, daß bei zurückgehenden außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten das landwirtschaftliche Einkommen zwangsläufig auf mehr Menschen verteilt werden muß, als dies bei den bisher gewohnten Abwanderungsraten der Fall gewesen wäre..." Der Kampf der Bauern um ihre Existenz wird damit zur Ursache ihrer Schuldknechtschaft.

Für Klinker ist die Bedeutung der Landwirtschaft: ,,Daß die Nahrungsmittel zu einer Waffe im Nord-Süd-konflikt werden könnten". Nicht, daß die Bauern neben den Arbeitern, die produzierende Klasse sind, zählt. Mit Chauvinismus soll diese Einheit der arbeitenden Klassen verhindert werden: ,,Wir sollten uns immer wieder bemühen, das Eigeninteresse nicht über die berufsständische Geschlossenheit zu stellen." ,,Berufsständische Geschlossenheit" aber heißt, Isolierung von der Arbeiterklasse und dem Volk – es ist die Auslieferung der Bauern an das Finanzkapital. – In Osnabrück haben Bauern den Stahlarbeiterstreik durch eine Solidaritätsadresse unterstützt und erklärt, daß die 35-Stundenwoche auch für sie eine Existenzfrage ist. Sie haben sechs Zentner Kartoffeln ins Streiklokal gebracht.

USA, Herbst 1977. In Alma, Georgia demonstrieren Farmer gegen die Regierungspolitik – für Erhöhung der Erzeugerpreise

Pakistan senkt die Preise für Düngemittel

z.dab. Mit diesem Schritt reagierte die pakistanische Regierung auf die Ernteschäden, die während der Monsunmonate (Juli – September) durch wolkenbruchartige Regenfälle und Dammbrüche verursacht wurden. 10 – 15% weniger Weizen in der Provinz Sind war die Bilanz. Mit der Verbilligung unterstützt die Regierung die Bauern, um mit mehr Düngung den Ernteertrag pro ha. zu erhöhen. (Pakistan Times, 29.9.78) Für die nächste Ernte hat die Regierung das Ziel von 9 Mio. t Weizen gesetzt. Zu diesem Zweck hat sie mit Indien und Mexiko Verträge über die Lieferung von insgesamt 15270 t Weizensaat abgeschlossen. 10 verschiedene Arten werden geliefert, von denen 6 – 7 in Pakistan angebaut werden sollen. Die anderen dienen agrarwissenschaftlichen Versuchen. Mit der Herstellung eigener Radioisotope hat Pakistan einen großen Schritt voran zur Veredlung von Saatgut getan. Pakistans Ziel ist die Selbstversorgungswirtschaft, deren Grundlage die landwirtschaftliche Produktion ist. Damit tritt es den imperialistischen Einmischungsbestrebungen entgegen. Vier Düngemittelfabriken wurden erstellt, drei von ihnen sollen bis Ende 1978 in Produktion gehen. 810 Mio. t Stickstoffdünger und 240 Mio. t Phosphatdünger sollen 1979/80 produziert werden. 1976/77 waren es noch 79 Mio. t.

Unentgeltlicher Italienisch-Unterricht!

z.evm.Freiburg. 40 italienische Eltern und Lehrer, die in Südbaden unterrichten, haben am Montag, 11. Dezember, für acht Stunden das italienische Konsulat in Freiburg besetzt. Sie fordern obligatorischen und unentgeltlichen

Besetzung des italienischen Konsulats

Unterricht in italienischer Sprache für die italienischen Schüler. Bislang gibt es nur Sprachkurse, die nicht obligatorisch sind und die von den Schülern ausserhalb der Unterrichtszeit zusätzlich nachmittags besucht werden sollen. Weiter wandten sie sich dagegen, daß sie ab dem 1. Januar 79 in Italien versichert sein sollen und damit, da dort andere Bestimmungen gelten, gezwungen wären, in der BRD Zusatzversicherungen zu bezahlen.

Die Forderungen richten sich gegen doppelte Ausplünderung durch den westdeutschen und den italienischen Staat über die Versicherungskassen sowie gegen die Spaltung zwischen italienischen und deutschen Schülern, die die Bourgeoisie nutzen will, um in den Schulen verstärkte Unterdrückung und Abrichtung durchzusetzen. Über 8% aller italienischen Schüler in Baden-Württemberg, nämlich 580 von insgesamt ca. 7000, sind in die Sonderschulen gepreßt worden.

Um die Kampfkraft der Arbeiterklasse wie auch der Schüler zu erhöhen und den Spaltungsversuchen entgegenzuwirken, ist es richtig, die völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben, durchzusetzen. Notwendig dazu ist sowohl das Recht auf Ausbildung der Kinder in der Heimatsprache wie auch kostenlose und obligatorische Sprachkurse in Deutsch. Die Kurse müssen auf Staatskosten durchgeführt werden.

Österreich: „Wer die Jugend hat ...“ giert nach Profit

z.anb. Wien. Für 2800 Schilling kann ein Abiturient an der Wiener Wirtschaftsuniversität einen Kurzlehrgang in Export„wissenschaft“ absolvieren und schon nach zwei Semestern seine Arbeitskraft als „Exportkaufmann“ den Kapitalisten feilbieten, eine äusserst günstige Kosten-Nutzen-Rechnung für die neuerliche Exportoffensive, nach der die österreichische Kapitalistenklasse zur Zeit schreit.

Eine „Untersuchung“ der Bourgeoispolitiker hat ergeben, daß über ein Drittel der Schüler an den Höheren Schulen erstens selbstverfaßte Entschuldigungen zu ständigem Schwänzen mißbrauche und zweitens die Zahl der Sitzenbleiber sich verdoppelt hat. Wozu dann noch die lange Schulzeit!

Was an den Höheren Schulen noch im argen liegt, ist in den unteren Rängen des österreichischen Schulwesens bereits in großem Ausmaß durchgesetzt: die Durchlöcherung der allgemeinen Schulpflicht über die Beseitigung der betrieblichen Ausbildung. Gegenwärtig gibt es auf einen Lohnabhängigen in der Industrie nur noch 0,06 Lehrlinge, im Handwerk immerhin noch 0,23, im Handel 0,18. Für jeden „Ausbildungsplatz“ gibt es vom Staat aus Lohngeldern 2000 Schilling im Monat über die Arbeitsverwaltung, mehr als der Lehrlings„lohn“ ausmacht.

In der Industrie hat bereits ein Drit-

„Schulungen im Produktionsprozeß“, auf die Profitschlacht abgerichtet worden, in der Chemieindustrie sind es sogar 40%, bei Textil gar 60%. Was das für brutale Auswirkungen auf den Lohnstandard hat, kann man sich vorstellen. Erreicht hat die österreichische Finanzbourgeoisie das vor allem durch massive Lohnsenkungen und ihr Bauernlegeprogramm, die den ökonomischen Zwang vor allem in den Familien der kleinen Bauern und Nebenerwerbslandwirte zum entscheidenden Faktor haben werden lassen, der über die vorzeitige Beendigung der Schulzeit nach der Grundschule entscheidet. Da dem halt schon so ist, denken die Bourgeois, wird es höchste Zeit, diesem Tatbestand in der „Schulorganisationsnovelle“ Rechnung zu tragen.

Über letztere ist zwischen den „Sozialisten“ der SPÖ und der christlichen Reaktion der ÖVP ein „schwerer Konflikt“ im Parlament entbrannt, wie immer, wenn die Reaktion sich formiert. Die ÖVP übernimmt die Forderung nach zuchthausmäßiger Überwachung und Unterdrückung gegen die „marxistische Unterwanderung“ der SPÖ, diese wiederum „verteidigt“ ihre bisherige „Reformpolitik“ für die Kapitalistenklasse mit dem Schlachtruf, entscheidend sei die „Mobilität des Ausgebildeten“, also die Heranzüchtung einer ständig umwälzbaren Arbeiterarmee mit breitem „Grund“wissen.

in Export„wissenschaft“ absolvieren und schon nach zwei Semestern seine Arbeitskraft als „Exportkaufmann“ den Kapitalisten feilbieten, eine äusserst günstige Kosten-Nutzen-Rechnung für die neuerliche Exportoffensive, nach der die österreichische Kapitalistenklasse zur Zeit schreit.

Eine „Untersuchung“ der Bourgeoispolitiker hat ergeben, daß über ein Drittel der Schüler an den Höheren Schulen erstens selbstverfaßte Entschuldigungen zu ständigem Schwänzen mißbrauche und zweitens die Zahl der Sitzenbleiber sich verdoppelt hat. Wozu dann noch die lange Schulzeit!

Was an den Höheren Schulen noch im argen liegt, ist in den unteren Rängen des österreichischen Schulwesens bereits in großem Ausmaß durchgesetzt: die Durchlöcherung der allgemeinen Schulpflicht über die Beseitigung der betrieblichen Ausbildung. Gegenwärtig gibt es auf einen Lohnabhängigen in der Industrie nur noch 0,06 Lehrlinge, im Handwerk immerhin noch 0,23, im Handel 0,18. Für jeden „Ausbildungsplatz“ gibt es vom Staat aus Lohngeldern 2000 Schilling im Monat über die Arbeitsverwaltung, mehr als der Lehrlings„lohn“ ausmacht.

In der Industrie hat bereits ein Drit-tel der Facharbeiter keine abgeschlossene Berufsausbildung mehr, sondern ist über Kurzlehrgänge, sogenannte

gar 40%, bei Textil gar 60%. Was das für brutale Auswirkungen auf den Lohnstandard hat, kann man sich vorstellen. Erreicht hat die österreichische Finanzbourgeoisie das vor allem durch massive Lohnsenkungen und ihr Bauernlegeprogramm, die den ökonomischen Zwang vor allem in den Familien der kleinen Bauern und Nebenerwerbslandwirte zum entscheidenden Faktor haben werden lassen, der über die vorzeitige Beendigung der Schulzeit nach der Grundschule entscheidet. Da dem halt schon so ist, denken die Bourgeois, wird es höchste Zeit, diesem Tatbestand in der „Schulorganisationsnovelle“ Rechnung zu tragen.

Über letztere ist zwischen den „Sozialisten“ der SPÖ und der christlichen Reaktion der ÖVP ein „schwerer Konflikt“ im Parlament entbrannt, wie immer, wenn die Reaktion sich formiert. Die ÖVP übernimmt die Forderung nach zuchthausmäßiger Überwachung und Unterdrückung gegen die „marxistische Unterwanderung“ der SPÖ, diese wiederum „verteidigt“ ihre bisherige „Reformpolitik“ für die Kapitalistenklasse mit dem Schlachtruf, entscheidend sei die „Mobilität des Ausgebildeten“, also die Heranzüchtung einer ständig umwälzbaren Arbeiterarmee mit breitem „Grund“wissen.
Dann fehlt nur noch die „Legalisierung“ der Stufenausbildung und des Berufsgrundbildungsjahres.

NUS plant zentrale Studentendemonstration in London

z.hef.London. Die britische Studentengewerkschaft National Union of Students organisiert für März 1979 eine zentrale Demonstration unter Forderungen zu den Grants. Grants sind dem BAFöG vergleichbare staatliche Zahlungen an die Studenten. Im Moment zahlt der bürgerliche Staat 32,96 Pfund pro Woche im Höchstfall. Wieviel ein Student bekommt, hängt von dem Ergebnis einer Überprüfung des Lohns bzw. des Einkommens und Vermögens der Eltern ab, dem sogenannten Means-Test. Die Grants werden nur für 30 Semesterwochen gezahlt. Für den Rest der Zeit beantragen die Studenten Sozialhilfe (was nicht bedeutet, daß sie sie bekommen) oder stellen Antrag auf Arbeitslosengeld, wenn sie vor dem Studium gearbeitet haben.

Unter den besitzlosen Studenten herrscht große Verbitterung über das Grants-System und die Grants-Höhe. Die Sozialdemokraten und Revisionisten, die sich in der NUS „Breite Linke“ nennen, versuchen seit Jahren, den Kampf um die Zahlung der studentischen Arbeitskraft als untergeordnet dem „allgemeinen Kampf gegen Kürzungen im Bildungswesen“ hinzustellen. Große Demonstrationen gegen diese Kürzungen wurden veranstaltet. Erst im letzten Monat organisierte der NUS-Exekutivrat einen Aktionstag zu den Grants. Die Aktionen waren vom Typ „happening“, ohne daß sich sehr viele Studenten beteiligten: Öffentliches Schauessen, Liedersingen unter Leitung des NUS-Präsidenten vor dem Erziehungsministerium usw. Wegen dieser Schauaktionen, die die tatsächliche Mobilisierung der Studentenmassen verhinderten, wurde der NUS-Exekutivrat auf der NUS-Konferenz in Blackpool vom 8.12. bis zum 11.12. scharf angegriffen. Ein Antrag der Universität Manchester und anderer forderte „eine nationale Kampagne für die unmittelbare Erhöhung der Grants, einschließlich Mietstreik, Boykotts, Besetzungen und nationaler Demonstration.“ In dem Antrag wurde eine Erhöhung der Grants auf 45 Pfund in 40 Wochen gefordert. Der Antrag wurde abgelehnt.

Angenommen wurde ein Antrag des nationalen Exekutivrats, der keinerlei Aktionen vorsieht. Trotzdem mußte am Ende der Debatte der Exekutivrat die zentrale Demonstration im März ankündigen. Die genaue Grants-Forderung steht noch nicht fest – der Exekutivrat hatte die Forderung nach 27% Erhöhung vorgeschlagen. Auf jeden Fall werden die Forderungen nach voller Zahlung an alle 16 bis 19 Jahre alten Schüler und Studenten (die jetzt nur in ausgewählten Gebieten Grants bekommen, und dort auch nur 7 bis 8 Pfund) und nach Abschaffung des „Means-Test“ und der Elternbeteiligung erhoben.

Die Schulreform zu verteidigen lohnt nicht

Schülerstreik gegen Verschärfung der Oberstufenausbildung

z.svr. Am 14.12.78 streikten in Bremen etwa 4500 Schüler aus der Mittel- und Oberstufe gegen das Tossenspapier. Dieses Papier ist auf einer Tagung von Schuldirektoren und Schulaufsichtsbeamten in Tossens ausgearbeitet und von der Deputation für Bildung des Senats als „Weiterentwicklung“ der neugestalteten gymnasialen Oberstufe (NgO) für tauglich befunden worden. Deutlich ist jedoch, daß das Tossenspapier in der Tat eine Weiterentwicklung der Unterdrückung und Spaltung mittels der NgO ist. Das folgende Interview mit einem Delegierten der Gesamtschülervertretung (GSV) in Bremen zeigt, in welche Richtung sich der Kampf bewegt.

Am 14.12. haben etwa 4500 Schüler gegen das Tossenspapier gestreikt. Was ist der Grund dafür?

Die Schüler haben gegen eine erneute Verschärfung der neugestalteten gymnasialen Oberstufe protestiert, die das Tossenspapier nach unserer Meinung darstellt.

Was beinhaltet das Tossenspapier konkret?

Der Hauptpunkt des Tossenspapiers ist, daß die Einführungsphase, die jetzt ein halbes Jahr dauert und in der die Noten noch nicht für das Abitur zählen, auf ein Jahr verlängert wird. Da die Hauptphase 2 Jahre lang ist, wird auch im 2. Halbjahr der 13. Klasse voller Unterricht mit Notengebung stattfinden. Das bedeutet eine starke Belastung für die Schüler, da sie in diesem Halbjahr neben dem normalen Leistungsdruck sich auch noch auf das Abitur vorbereiten müssen, was heißt, daß sie den Stoff von 2 Jahren wiederholen müssen.

Was meinst Du zur Verlängerung der Einführungsphase?

Nach Darstellung der Behörde dient die verlängerte Einführungsphase dazu, die unterschiedlichen Kenntnisse der Schüler auf einen einheitlichen Stand zu bringen. In der heutigen Einführungsphase herrscht genauso starker Notendruck wie in der Hauptphase, mit dem Zweck, daß die Schüler die nicht einen bestimmten Notendurchschnitt erreichen, nicht oder nur „probeweise“ in die Hauptphase übernommen werden. Die Einführungsphase ist nichts als Auslese, aber nicht Angleichung der Kenntnisse oder sowas. Durch die Verlängerung der Einführungsphase hat man nur ein halbes Jahr mehr Zeit, sich auslesen zu lassen. Die meisten Schüler werden im Laufe der NgO sowieso schlechter, so daß wahrscheinlich noch mehr Schüler nicht in die Hauptphase übernommen würden.

Was denkst Du, welche Ziele der Senat mit diesen Plänen verfolgt?

Ich nehm an, die Zahl der Abiturienten zu verringern.

Die GSV-Führung hat in ihren Stellungnahmen viel geredet von „Sequentialität“ der Kurse. Was hat es damit auf sich?

Soweit ich weiß, heißt Sequentialität Aufeinanderfolge. Damit ist gemeint, daß in bestimmten Fächern die Kurse noch wählbar sind, weil in jedem Halbjahr ein neues Thema angefangen wird. Im Tossenspapier steht nun, daß die Kurse mehr aufeinanderfolgen müssen. Dadurch wird es erstens den Schülern unmöglich gemacht, Kurse zu wechseln, sodaß sie z.B. in Geschichte und Gemeinschaftskunde ihre Unterrichtsthemen noch wählen könnten, zweitens wird den Lehrern in den Kursleisten das Unterrichtsthema vorgeschrieben, und weil die „Aufeinanderfolge“ gewährleistet sein muß, ist es für sie mit einem viel zu großen Arbeitsaufwand verbunden, eigene Kursthemen auszuarbeiten, d.h. Themen, die die Schüler interessieren und in ihrem Interesse sind.

Was denkst Du, unter welcher Stoßrichtung der Kampf zu führen ist?

Das Ziel ist nach meiner Meinung, Ablehnung jeder weiteren Verschärfung der NgO, die für die meisten Schüler schon scharf genug ist.

Es gibt in der Bewegung gegen das Tossenspapier keine Einheit um die Frage, ob man für oder gegen die NgO ist, ob man sie verteidigen soll gegen das Tossenspapier, oder ob man beide bekämpfen soll. Wie stehst Du dazu?

Da ich die alte Oberstufe, wie sie vor einigen Jahren noch war, nicht kenne, kann ich nicht wissen, ob sie besser war, als die NgO. Die NgO an sich hat aber sehr viele schlechte Punkte, als da wären eine „verfeinerte“ Notengebung, daß nämlich plus und minus auch noch im Zeugnis erscheint, ausserdem herrscht in den Leistungsfächern ein so starker Leistungsdruck, daß ich kaum glaube, daß mit der NgO eine Verbesserung geschaffen worden ist. Man hat jetzt vielleicht nicht so viele Fächer wie vorher, muß aber in diesen Fächern so tierisch viel lernen, daß sich das so gleichbleibt.

Wie sollte man nach Deiner Meinung den Kampf jetzt weiterführen, was ist geplant?

Als erstes muß man mal sehen, daß die Informationsbasis größer ist. Dann machen wir in unserer Schule in der nächsten Zeit eine Vollversammlung für alle Schüler, außerdem eine Podiumsdiskussion wo dann Vertreter der Behörde, der GSV und ähnlichem ihre Vorträge halten und dann eine Diskussion über das Tossenspapier stattfinden soll. Dabei muß man natürlich sehen, daß wir die richtigen Sachen vertreten, daß nämlich das Tossenspapier eine Verschärfung der NgO ist.

Sollte man nicht auch weitergehende Forderungen vertreten?

In der GSV wird im Moment eine Stellungnahme zur NgO überhaupt erarbeitet. Ich nehme an, daß dabei herauskommt, daß das Tossenspapier wirklich eine „Weiterentwicklung“ der NgO ist. Sie ist dazu da, „Fachkräfte für die Wirtschaft“ heranzubilden. Dafür werden erstens nicht mehr so viele gebraucht und zweitens dafür immer bessere. Das heißt also, daß eine Elite herausgebildet werden soll.

Was meinst Du mit besser?

Besser einmal, daß sie qualifizierter sind, außerdem, daß sie ohne aufzumucken den Interessen der Kapitalisten dienen. Eine hochqualifizierte Kraft, die ihr Wissen gegen die Unternehmer benutzt, ist für sie nicht wertvoll, sondern schädlich. Das sollte man beim Kampf berücksichtigen.

Zunder für Schmude

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausg. vom Kommunistischen Studentenbund Aachen/Grenzland

ewe. Eine „grundlegende Neuorientierung der Aachener Studentenpolitik“ kündigte in der letzten Woche RCDS-Chef Henke in Aachen an. Er verspricht dafür zu sorgen, daß „ein ständiger Dialog zwichen Studenten, Bürgern und Politikern“ stattfindet. Die Frage ist, welche Art von Neuorientie-

schiedenen Leistungsschwerpunkten in der Sek.stufe II.“ Mathematische Vorsemester, der Nachweis von Lateinkenntnissen, der an vielen Hochschulen mit semesterlangem Pauken und Klausuren verbunden ist, all das, damit die Studenten auf „gleichen wissenschaftlichen Stand“ gebracht werden.

als Exporte für die jeweilige Region der Erde beruflich tätig zu werden.“ Dezent wird auf die bereits stattfindende Verwendung von Historikern im „Diplomatischen Dienst“ hingewiesen. Die Exportoffensive des westdeutschen Finanzkapitals stellt koloniale Aufgaben für die Fußtruppe und Heimatreserve des deutschen Imperialismus, zu denen die westdeutschen Studenten erzogen werden sollen. Locken wollen diese Reaktionäre dabei mit ein paar Jobs in fremden Ländern, die sie in

Halbjahr neben dem normalen Leistungsdruck sich auch noch auf das Abitur vorbereiten müssen, was heißt, daß sie den Stoff von 2 Jahren wiederholen müssen.

Was meinst Du zur Verlängerung der Einführungsphase?

Nach Darstellung der Behörde dient die verlängerte Einführungsphase dazu, die unterschiedlichen Kenntnisse der Schüler auf einen einheitlichen Stand zu bringen. In der heutigen Einführungsphase herrscht genauso starker Notendruck wie in der Hauptphase, mit dem Zweck, daß die Schüler die nicht einen bestimmten Notendurch-

beitsaufwand verbunden, eigene Kursthemen auszuarbeiten, d.h. Themen, die die Schüler interessieren und in ihrem Interesse sind.

Was denkst Du, unter welcher Stoßrichtung der Kampf zu führen ist?

Das Ziel ist nach meiner Meinung, Ablehnung jeder weiteren Verschärfung der NgO, die für die meisten Schüler schon scharf genug ist.

Es gibt in der Bewegung gegen das Tossenspapier keine Einheit um die Frage, ob man für oder gegen die NgO ist, ob man sie verteidigen soll gegen das Tossenspapier, oder ob man beide bekämpfen soll. Wie stehst Du dazu?

wirklich eine „Weiterentwicklung“ der NgO ist. Sie ist dazu da, „Fachkräfte für die Wirtschaft“ heranzubilden. Dafür werden erstens nicht mehr so viele gebraucht und zweitens dafür immer bessere. Das heißt also, daß eine Elite herausgebildet werden soll.

Was meinst Du mit besser?

Besser einmal, daß sie qualifizierter sind, außerdem, daß sie ohne aufzumucken den Interessen der Kapitalisten dienen. Eine hochqualifizierte Kraft, die ihr Wissen gegen die Unternehmer benutzt, ist für sie nicht wertvoll, sondern schädlich. Das sollte man beim Kampf berücksichtigen.

Zunder für Schmude

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausg. vom Kommunistischen Studentenbund Aachen/Grenzland

ewe. Eine „grundlegende Neuorientierung der Aachener Studentenpolitik“ kündigte in der letzten Woche RCDS-Chef Henke in Aachen an. Er verspricht dafür zu sorgen, daß „ein ständiger Dialog zwichen Studenten, Bürgern und Politikern“ stattfindet. Die Frage ist, welche Art von Neuorientie-rung Henke meint, die Frage ist, was diese Neuorientierung den Studenten bringen wird.

Grundlage für die Politik des RCDS ist das „strategische Konzept“ des „demokratischen Dialogs“. „Dialog in der Demokratie bedeutet Darstellung und Austausch von Informationen und politischen Positionen mit der Bereitschaft, zu einem konstruktiven Interessenausgleich zu gelangen.“ (29. ord. BDV des RCDS) Der RCDS rühmt sich großer Erfolge, dank seiner Kompromißbereitschaft hat er mit dafür gesorgt, daß die Studenten an den Hochschulen jetzt so gründlich durch die 22 Orientierungspunkte des Herrn Schmude ausgerichtet werden sollen. Er schmückt sich nicht unberechtigt mit diesen Federn: Schon im Januar 1975, bei seinem ersten bundesweiten Studienreformkongreß in Münster, verfaßte der Bundesvorstand eine Rohfassung dieser 22 Orientierungspunkte. Ein Beispiel: „Chancengleichheit darf nicht durch Leugnung der Verschiedenheit der Menschen und durch Aufgabe des Leistungskriteriums Uniformität anstreben. Sie soll vielmehr denjenigen, die unverschuldet in ihrer Leistungsfähigkeit benachteiligt sind, durch geeignete Maßnahmen gleiche Startchancen für die Teilnahme am Leistungswettbewerb sehaffen.“ Schmude hat nach dem konstruktiven Dialog mit dem RCDS folgendes festgelegt: „Ein differenzierter Studiengang muß ferner Vorkehrungen treffen, zum Ausgleich unterschiedlicher Vorbildung der Studenten, z.B. durch Brückenkurse für Absolventen der Fachoberschule, die ihr Studium gemeinsam mit den Abiturienten beginnen, sowie für Abiturienten mit ver-

schiedenen Leistungsschwerpunkten in der Sek.stufe II.“ Mathematische Vorsemester, der Nachweis von Lateinkenntnissen, der an vielen Hochschulen mit semesterlangem Pauken und Klausuren verbunden ist, all das, damit die Studenten auf „gleichen wissenschaftlichen Stand“ gebracht werden.

Doch damit nicht genug. Auch 1978 ist der RCDS den Maßnahmen der Bundesregierung einen Schritt voraus und gibt der Koalition von SPD/FDP Zunder: „Im ersten Studienabschnitt Veranstaltungen, ... die mögliche Defizite abbauen können und somit zum erfolgreichen Studienverlauf und -abschluß beitragen.“ Eine Rahmenstudienordnung auf Länderebene sollte diesen Anforderungen entsprechen, so schlägt die BDV im März vor. Allerdings, gegen übereilte Reform ist der RCDS – weil sie nicht gründlich genug ist! Die Bundesregierung greift er an wegen der sogenannten „kleinen Studienreform“, in der KMK und WRK die Studien- und Prüfungsordnungen und über Kopf an „die Anforderungen des HRG und die heutigen fachlichen Anforderungen und Gegebenheiten“ anpassen. Die „grundlegende Neuorientierung“ geht gründlich mit dem „demokratischen Dialog“ über die Beteiligung der Studenten an den Studienreformkommissionen, bei denen Staat, Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten im Verhältnis 9:4:2:2 beteiligt sind. Auf diese Aufgabe will der RCDS sich im Januar 1979 bei seinem 2. Studienreformkongreß vorbereiten.

„Es sollten Grundsätze erarbeitet werden. Hierzu gehört beispielsweise die Frage der für bestimmte Studiengänge notwendigen Fremdsprachenkenntnisse“. Das wird Herrn Schmude gefallen, der seit Juli „die Bereitschaft der Studenten, Sprachfertigkeiten und Auslandskenntnisse zu erwerben, ... nachdrücklich gefördert“ sehen will. So empfiehlt der Wissenschaftsrat die Perspektive für die Historiker, „...

als Exporte für die jeweilige Region der Erde beruflich tätig zu werden.“ Dezent wird auf die bereits stattfindende Verwendung von Historikern im „Diplomatischen Dienst“ hingewiesen. Die Exportoffensive des westdeutschen Finanzkapitals stellt koloniale Aufgaben für die Fußtruppe und Heimatreserve des deutschen Imperialismus, zu denen die westdeutschen Studenten erzogen werden sollen. Locken wollen diese Reaktionäre dabei mit ein paar Jobs in fremden Ländern, die sie in
Wirklichkeit nur einem kleinen Stamm von Kadern, am liebsten ihren eigenen Sprößlingen warm halten. Dafür sollen die Studenten dann mit Gelassenheit die schärfere Prüfungsunterdrückung und Schikane während des Studiums hinnehmen. Dazu sollen sie noch gewonnen werden, sollen sich stark machen für den „demokratischen Dialog“ mit Helmut Kohl, Minister Schmude, KMK-Vorsitzendem Prof. W. Braun, sollen dabei vertrauen auf die ach so guten (wer bezweifelt das?) Beziehungen des RCDS zur Regierung, sollen ihr den kleinen Finger reichen, hoffen, daß durch Reformen vielleicht doch alles nicht ganz so schlimm wird, damit sie so auf die Seite der Regierung und der Bourgeoisie gezogen werden können, der Kampf gegen die Maßnahmen der Regierung aufgegeben wird, und die Studenten sich kein Bewußtsein schaffen über die gegensätzlichen Interessen zum Staat.

„Der Graben zwischen Hochschule und Gesellschaft muß abgebaut und gegenseitige Vorurteile und Mißverständnisse ausgeräumt werden.“ So tönen Kohl und der RCDS. Sie setzen dabei an an den Interessen der Studenten, sich mit der Arbeiterklasse zu verbinden, sich gegenseitig zu unterstützen. Nicht das Feiern des BAFöG-Angebots der Regierung als Erfolg, sondern der Kampf für die Bezahlung der Arbeitskraft der besitzlosen Studenten durch den Staat gegen die Plünderung der Elterneinkommen durch die BAFöG-Erhöhungen sind die richtige Antwort.

226,50 DM Spende des Gesamtparlaments zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks sprechen eine klare Sprache.

„In 1 ½ Stunden Abflug in den Iran“

z.bef. Am Freitag, den 7.12.78 bekamen die in Lebach/Saarland stationierten Fallschirmjägereinheiten die Anweisung, daß sie in etwa 1 ½ Stunden in den Iran zum Einsatz fliegen würden, um „Deutsche zu evakuieren“. Nach 1 ½ Stunden wird die Alarmbereitschaft aufgehoben. Die in Acher/Baden-Württemberg stationierte „Nah-Ost erprobte“ Transportkompanie, die bereits „Hilfsgüter“ für das Zionistenregime nach Tel Aviv transportiert hat, wird zur zusätzlichen Bereitschaft verpflichtet. Begründung: die politische Lage im Iran erfordert dies. Im von Lebach 30 km entfernten Merzig/Saarland werden die dort stationierten Fallschirmjäger ebenfalls am Freitag in Alarmbereitschaft versetzt. Um 16.00 Uhr, 1 Stunde nach dem Freitagdienstschluß, wird der Befehl von der Militärführung bekanntgegeben. Die Soldaten befinden sich bereits auf der Heimfahrt. Zu Hause angekommen, was bei einigen von ihnen Flensburg ist, wartet für sie bereits ein Telegramm. „Sofortige Rückmeldung bei der Einheit“. Das bedeutet postwendend wieder in den Zug steigen und zurück in die Kaserne. Am Samstag mittag treffen die letzten wieder in der Merziger Kaserne ein.

Folgender Einsatzbefehl wurde den Fallschirmjägern der Kaserne „Ell“ in Merzig mitgeteilt: Die Fallschirmjäger sollten ein Lager mit Zelten auf Zypern errichten, wo die Bundeswehrflugzeuge mit ca. 10000-15000 „Deutschen“ landen und die Flugzeuge neu aufgetankt werden sollten. Die Evakuierten sollten von den Bundeswehreinheiten betreut werden, in der Hauptsache die 5-6000 Frauen und Kinder. Begründung der Evakuierungsmaßnahme: Die deutschen Familien im Iran hätten Drohbriefe gekriegt, in denen stand, daß sie innerhalb von vier Wochen das Land zu verlassen haben.

Nach vier Tagen Alarmbereitschaft wird der Evakuierungseinsatz am Montag abgesetzt. Der deutsche Botschafter im Iran hat das Zeichen zur Evakuierung nicht gegeben, weil die Demonstrationen am Sonntag/Montag ruhig verlaufen sind, heißt es in der Begründung. Die „Deutschen“ könnten vorläufig im Iran bleiben.

Wir haben mit den Stallhunden der westdeutschen Monopolkapitalisten vom Auswärtigen Amt der Bundesregierung gesprochen.

Wie sieht das aus mit dem Schutz von westdeutschen Bürgern im Iran?

Altenburg, Auswärtiges Amt: Im Augenblick ist mir nichts davon bekannt, daß die Sicherheit dieser Leute dort gefährdet wäre!

Und westdeutsche Firmenvertretungen?

Altenburg: ...Äääh, wenn das 'ne größere... Augenblick... es hat vor einigen Wochen in der Tat mal bei Demonstrationen Schäden gegeben bei deutschen Firmenvertretungen, es hat da insbesondere zwei Firmenvertretungen gegeben... aber bei einer größeren Demonstration da kann dann halt keiner mehr gut rein oder raus, das liegt auf der Hand.

Was für Maßnahmen könnten Sie denn überhaupt für den Schutz dieser großen Menschenmenge ergreifen? Wird daran denn nicht gedacht?

Altenburg: Äääh, ich meine das Besondere an einer Krisenplanung ist, daß man verschiedene Möglichkeiten einbezieht...

Wie will man denn in relativ kurzer Zeit überhaupt diese Menschen ins Ausland bzw. in Sicherheit bringen?

Altenburg: Es ist sicherlich so, daß unter anderem eine der Möglichkeiten bei der Bewältigung von Krisen – und ich sage dies also ganz abstrakt – auch eine Evakuierung sein kann. Bisher hat keine westliche Macht, überhaupt keine Macht, seine Staatbürger evakuiert.

Und wenn es so weit käme, wie wird das aussehen?

Altenburg: Einzelheiten der Krisenplanung, die in der Tat auch für den Iran besteht und, äääh, und natürlich angesichts der Unruhen im Iran auch aktualisiert worden ist, kann ich im Detail nicht darlegen. Aber unsere Leute würden ihr Geld nicht wert sein, wenn sie nicht denken würden, um das mal ein bißchen locker zu formulieren.

Vorbereitungen sind aber getroffen?

Altenburg: Ja!

Ein zweiter, mit Namen Linden, hat uns sozusagen versichert: „Sie können davon ausgehen, daß wenn irgend etwas passiert, wir sofort am Ball, emmh, äääh, *bleiben*.“

Die Interventionsvorbereitungen des BRD-Imperialismus laufen auf Hochtouren. In den Kasernen Merzig und Lebach gibt es dazu die entsprechende Begleitmusik. „Die religiösen Fanatiker aber wollen wieder zurück, z.B. wollen sie die Frauen zurückstufen und als Arbeitstiere behandeln. Politisch muß man sehen, was die Russen machen, denn sie sind nicht so loyal, um dort nicht einzugreifen. Die Bundeswehr wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einmischen. Sie hat nur den Auftrag, den Deutschen zu helfen“. So wird es den Soldaten im Politischen Unterricht von den Ausbildern

schen Firmenvertretungen, es hat da insbesondere zwei Firmenvertretungen gegeben... aber bei einer größeren Demonstration da kann dann halt keiner mehr gut rein oder raus, das liegt auf der Hand.

Was für Maßnahmen könnten Sie denn überhaupt für den Schutz dieser großen Menschenmenge ergreifen? Wird daran denn nicht gedacht?

Altenburg: Äääh, ich meine das Besondere an einer Krisenplanung ist, daß man verschiedene Möglichkeiten einbezieht...

Wie will man denn in relativ kurzer Zeit überhaupt diese Menschen ins Ausland bzw. in Sicherheit bringen?

Altenburg: Es ist sicherlich so, daß unter anderem eine der Möglichkeiten bei der Bewältigung von Krisen – und ich sage dies also ganz abstrakt – auch eine Evakuierung sein kann. Bisher hat keine westliche Macht, überhaupt keine Macht, seine Staatbürger evakuiert.

Und wenn es so weit käme, wie wird das aussehen?

Altenburg: Einzelheiten der Krisenplanung, die in der Tat auch für den Iran besteht und, äääh, und natürlich angesichts der Unruhen im Iran auch aktualisiert worden ist, kann ich im Detail nicht darlegen. Aber unsere Leute würden ihr Geld nicht wert sein, wenn sie nicht denken würden, um das mal ein bißchen locker zu formulieren.

Vorbereitungen sind aber getroffen?

Altenburg: Ja!

Ein zweiter, mit Namen Linden, hat uns sozusagen versichert: „Sie können davon ausgehen, daß wenn irgend etwas passiert, wir sofort am Ball, emmh, äääh, *bleiben*.“

Die Interventionsvorbereitungen des BRD-Imperialismus laufen auf Hochtouren. In den Kasernen Merzig und Lebach gibt es dazu die entsprechende Begleitmusik. „Die religiösen Fanatiker aber wollen wieder zurück, z.B. wollen sie die Frauen zurückstufen und als Arbeitstiere behandeln. Politisch muß man sehen, was die Russen machen, denn sie sind nicht so loyal, um dort nicht einzugreifen. Die Bundeswehr wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einmischen. Sie hat nur den Auftrag, den Deutschen zu helfen“. So wird es den Soldaten im Politischen Unterricht von den Ausbildern eingetrichtert.

Gesteigerte Polizeipräsenz auf den Straßen durch Rationalisierung, Abgruppierung und Lohnsenkung

z.maw. Westberlin. Das oberste Ziel der Polizeireform – heißt es in der jüngsten diesbezüglichen Vorlage an das Westberliner Abgeordnetenhaus vom 10.4.1978 – bleibt, „mehr Beamte der Schutzpolizei auf den Straßen der Stadt präsent zu machen, die das Risiko potentieller Straftäter spürbar erhöhen“. Zu diesem Programm der gesteigerten Polizeipräsenz gehört als Herzstück die Einführung der Kontaktbereichsbeamten, die am 1. November vier Jahre zurückliegt, und deren Zahl inzwischen auf 760 angewachsen ist. Die von Innensenator und Polizeipräsident für die KOBs vorausgesagte größere „Bürgernähe“ der Polizei stellte sich in diesem Zeitraum jedoch nur sehr einseitig her, indem sich die KOBs direkt den Leuten aufdrängelten. Ein anderer Ausdruck der gestiegenen Polizeipräsenz in Form von Straßenkontrollen und der „Verkehrsüberwachung“ findet sich im Anschwellen der Verwarnungs- und Bußgelder. Erstgenannte stiegen im Zeitraum 1974/76 um 75%, letztere um 12%. Entgegen dem naheliegenden Schluß, daß die gestiegene Polizeipräsenz auf den Straßen mit einer Ausweitung des Stellenplans der Polizei verbunden ist, weist der obengenannte Bericht über fünf Jahre eine fast konstante Zahl der Polizeistellen aus. Gleichzeitig wurde die Gesamtlohnsumme aller Westberliner Polizeibeamten trotz Besoldungserhöhung durch Abgruppierungen um 3,5 Mio. DM gesenkt. Folgende Tabelle zeigt die Abgruppierungen bei der Krimininalpolizei:

Besold.-gruppe	Anzahl der Stellen		Betrag in DM	
	1973	1978	1973	1978
A 11	456	455	18112320	18072600
A 10	807	562	29568480	20591680
A 9	62	302	2065840	10062640
	1590	1582	62134660	60993240

Die Entwicklung bei der Schutzpolizei und dem Gewerbeaußendienst ist ähnlich. Massive Lohnsenkungen bei fast konstanten Stellenzahlen. Erreichen konnte der Innensenator dieses durch eine gewaltige Zentralisierung der technischen Mittel, die Zusammenlegung der Sachbearbeitertätigkeiten, den Einsatz der automatischen Datenverarbeitung im Einwohnerwesen, im Kraftfahrzeugzulassungswesen und bei der Bearbeitung der Bußgeldverfahren sowie durch die Inbetriebnahme einer elektronischen Fernschreibspeichervermittlung. Auf dieser Grundlage wurde ein Rationalisierungsplan durchgesetzt, durch den insgesamt 1135 Beamte von ihrer bisherigen Tätigkeit freigesetzt und zusätzlich auf die Straße geschickt wurden, um dort die vom bürgerlichen Staat gewünschte Polizeipräsenz zu steigern. Vorher waren diese Polizisten zu einem Teil zur Bewachung von Gebäuden eingesetzt, an ihre Stelle traten Wachpolizisten im Angestelltenverhältnis. Ein anderer Teil hatte Verwaltungsaufgaben oder war mit der Beaufsichtigung von Festgenommenen oder der Passkontrolle beschäftigt – alle diese Funktionen wurden durch Verwaltungskräfte übernommen. Der Reformbericht 1973 sah für die Erhöhung der Polizeipräsenz noch die Neueinstellung von 995 Polizeibeamten mit einer Ausgabe von 30,6 Mio. DM vor. In der Fortschreibung des Berichts 1978 wurden durch die Rationalisierung 1135 Beamte für den Vollzugsdienst freigesetzt, während deren ehemalige Tätigkeiten von nur 811 neueingestellten Verwaltungskräften übernommen wurde für einen Betrag von 23,9 Mio. DM.

FDJ-Ordnungstruppen gegen den Klassenkampf

z.dab. Um 34 hat sich die Zahl der FDJ-Ordnungstruppen 1978 erhöht, als Beitrag zum „30. Jahrestag der DDR“. (Junge Welt, 16.10.78) Weitere Gründungen sind bis zum „Nationalen Jugendfestival der DDR“ Pfingsten 1979 geplant. Als „bewährte Verbündete der Volkspolizei“ werden sie dort eingesetzt, wo sich die Jugend der DDR versammelt, „auf Schuldiscos, Beatkonzerten, bei Fußballspielen, Tanzveranstaltungen und bei Streifengängen mit Genossen der Volkspolizei“. (Junge Welt, 9.11.) In jeder Schule kontrollieren sie die Schüler in den Pausen, überwachen das Rauchverbot, die Essensausgabe und die Hausaufgaben. Von der Kinderkrippe über die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ (6 – 14 Jahre) bis zur FDJ mit ihren Untergruppen für Betriebe, Freizeit und Militär, die Gesellschaft für Sport und Technik zur vormilitärischen Ausbildung der Jugend und den zweijährigen „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee“ ist die Jugend dem staatlichen Unterdrückungsapparat unterworfen. Nicht eine Freizeitmöglichkeit, die nicht von der FDJ und ihren Unterorganisationen kontrolliert wird. Mit mangelnden attraktiven Freizeitangeboten umschreibt eine Psychologin die Tatsache,

Zwangsfreizeiten wie „Singe-, Kultur- und Theaterklubs“ pressen zu lassen.

Allen diesen Organisationen ist der Drill zur Zwangsarbeit gemeinsam. Ferien der Pioniere mit Arbeitseinsätzen zur „Verschönerung und Instandhaltung von Klassenräumen, Schulen und örtlichen Gemeinschaftseinrichtungen“ sind die Regel. Rebellische Kinder kommen in „Spezialkindergärten“, und wenn sie dann noch nicht spuren, werden sie ab 14 in den Jugendwerkhof eingewiesen. „Freiwillige Einsätze“ in der Lehre folgen. Über Jugendbrigaden nimmt die FDJ direkten Einfluß auf die Lehrlinge. 10 – 15 Lehrlingen wird unter Leitung der FDJ ein Jugendprojekt zugewiesen. Für diese Arbeit, die sich nicht von „anderen industriellen Vorhaben unterscheidet“, werden sie nach Lehrlingslohn bezahlt. (Arbeitsgesetzbuch der DDR) Im Juni stellt der Zentralrat der FDJ fest, daß die FDJ-ler seit dem 9. Parteitag der SED u.a. 15000 Wohnungen um- oder ausgebaut und 113 Mio. Arbeitsstunden eingespart haben.

Der Widerstand dagegen wächst. Die neue Bourgeoisie meldet, daß die „Jugendkriminalität“ steigt, insbesondere der „Diebstahl von persönlichem und gesellschaftlichem Eigentum“.

Jahrbuch der DDR der Begriff „Rowdytum“ auf, unter den 1977 1500 Jugendliche fielen. Zu acht bzw. sechs Monaten wurden zwei Jugendliche verurteilt, weil sie „mehrere Bürger, die sich für Ordnung und Sicherheit einsetzten, in der Öffentlichkeit in rowdyhafter Weise belästigt und beschimpft“ hätten. Jetzt sollen sich die Arbeitskollegen und Vorgesetzten in den Betrieben der DDR in stärkerem Maße als bisher in Erziehungsfragen einmischen, „da sich familiäre Schwierigkeiten auch auf die Leistungen am

z.dab. Um 34 hat sich die Zahl der FDJ-Ordnungstruppen 1978 erhöht, als Beitrag zum „30. Jahrestag der DDR“. (Junge Welt, 16.10.78) Weitere Gründungen sind bis zum „Nationalen Jugendfestival der DDR“ Pfingsten 1979 geplant. Als „bewährte Verbündete der Volkspolizei“ werden sie dort eingesetzt, wo sich die Jugend der DDR versammelt, „auf Schuldiscos, Beatkonzerten, bei Fußballspielen, Tanzveranstaltungen und bei Streifengängen mit Genossen der Volkspolizei“. (Junge Welt, 9.11.) In jeder Schule kontrollieren sie die Schüler in den Pausen, überwachen das Rauchverbot, die Essensausgabe und die Hausaufgaben. Von der Kinderkrippe über die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ (6 – 14 Jahre) bis zur FDJ mit ihren Untergruppen für Betriebe, Freizeit und Militär, die Gesellschaft für Sport und Technik zur vormilitärischen Ausbildung der Jugend und den zweijährigen „Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee“ ist die Jugend dem staatlichen Unterdrückungsapparat unterworfen. Nicht eine Freizeitmöglichkeit, die nicht von der FDJ und ihren Unterorganisationen kontrolliert wird. Mit mangelnden attraktiven Freizeitangeboten umschreibt eine Psychologin die Tatsache, daß sich die Jugend weigert, in diese Zwangsfreizeiten wie „Singe-, Kultur- und Theaterklubs“ pressen zu lassen.

Allen diesen Organisationen ist der Drill zur Zwangsarbeit gemeinsam. Ferien der Pioniere mit Arbeitseinsätzen zur „Verschönerung und Instandhaltung von Klassenräumen, Schulen und örtlichen Gemeinschaftseinrichtungen“ sind die Regel. Rebellische Kinder kommen in „Spezialkindergärten“, und wenn sie dann noch nicht spuren, werden sie ab 14 in den Jugendwerkhof eingewiesen. „Freiwillige Einsätze“ in der Lehre folgen. Über Jugendbrigaden nimmt die FDJ direkten Einfluß auf die Lehrlinge. 10 – 15 Lehrlingen wird unter Leitung der FDJ ein Jugendprojekt zugewiesen. Für diese Arbeit, die sich nicht von „anderen industriellen Vorhaben unterscheidet“, werden sie nach Lehrlingslohn bezahlt. (Arbeitsgesetzbuch der DDR) Im Juni stellt der Zentralrat der FDJ fest, daß die FDJ-ler seit dem 9. Parteitag der SED u.a. 15000 Wohnungen um- oder ausgebaut und 113 Mio. Arbeitsstunden eingespart haben.

Der Widerstand dagegen wächst. Die neue Bourgeoisie meldet, daß die „Jugendkriminalität“ steigt, insbesondere der „Diebstahl von persönlichem und gesellschaftlichem Eigentum“. Erstmals 1978 taucht im Statistischen Jahrbuch der DDR der Begriff „Rowdytum“ auf, unter den 1977 1500 Jugendliche fielen. Zu acht bzw. sechs Monaten wurden zwei Jugendliche verurteilt, weil sie „mehrere Bürger, die sich für Ordnung und Sicherheit einsetzten, in der Öffentlichkeit in rowdyhafter Weise belästigt und beschimpft“ hätten. Jetzt sollen sich die Arbeitskollegen und Vorgesetzten in den Betrieben der DDR in stärkerem Maße als bisher in Erziehungsfragen einmischen, „da sich familiäre Schwierigkeiten auch auf die Leistungen am Arbeitsplatz auswirken“.

MBFR – Gong frei zur 17. Runde

z.mih. Seit über fünf Jahren laufen unter Führung der beiden Supermächte in Wien die Verhandlungen über einen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR). Es wird offenkundig, daß es dieser Sorte „Friedensstifter“ noch schwerfällt, sich auf einen Vertrag zu einigen, der einerseits halbwegs glaubwürdig ihren „festen Willen nach Entspannung und Frieden“ mit einem geringfügigen Truppenabbau vortäuscht und andererseits ihre zielstrebig wachsenden Kriegsvorbereitungen nicht behindert. So war die 16. Verhandlungsrunde wieder eine „Runde der Ernüchterung“. Um aber endlich mit so einem Wisch aufwarten zu können, will die NATO in der nächsten MBFR-Runde am 29. Januar mit einer neuen Verhandlungstaktik, auf einzelne Sektoren konzentriert, operieren, denn „es gebe eine Reihe von Punkten, in denen der Westen keine Konzessionen machen könne“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.)

Für die USA und die UdSSR ist jeweils von entscheidender Bedeutung, wenn sie sich in ihrer Schlacht um Europa auch den Sieg sichern wollen, die schnelle und reibungslose Heranführung ihrer Armeen in den Krieg und zum „Blitzvorstoß ins Feindesland“ und zur Sicherung ihrer Nachschublinien zu gewährleisten und ihre Besatzertruppen zu konzentrieren. Dann fällt auch ein kurzfristiger Truppenabbau nicht ins Gewicht.

Zu diesem Zweck werden die USA auf Weisung Carters bis 1983 eine „mobile Eingreiftruppe“ mit 100000 Mann aufstellen, und haben sie ihre Besatzertruppen in Westdeutschland um 9000 Mann verstärkt. So zogen am 17. Oktober 4000 GIs der „vorwärtsverlegten“ 2. US-Panzerdivision in eine neue Truppenunterkunft (Kosten: 340 Mio. DM aus Steuergeldern) zur Stärkung der NATO-Armeegruppe Nord ein. Die Marine, nicht im Verhandlungsbereich der MBFR, wird weiter ausgebaut und konzentriert.

Gleichzeitig werden die Bestände radikal modernisiert und rationalisiert, um die Truppentransportkapazitäten und die Schlagkraft zu erhöhen. Zwei neue nukleargetriebene Flugzeugträger, einer für den Atlantik, sind seit fünf Jahren vom Stapel gelaufen. Drei Flugzeugträger der „Hancock-Klasse“ und einer der „Midway-Klasse“ sind in die Reserve eingegliedert worden. 13 Kreuzer mit Boden-Luft-Raketen (SAM), 36 Fregatten mit SAM und 9 Atom-U-Boote sind in derselben Zeit in Dienst gestellt worden, 7 Diesel-U-Boote in der Reserve gelandet. Die Armee wird den gleichen Maßnahmen unterzogen. Eine Panzer-, fünf Panzergrenadier- und zwei Infanteriedivisionen, eine Panzer- und zwei motorisierte Brigaden sind neu formiert worden, eine gepanzerte Kavalleriedivision ausrangiert worden. Über 1000 Kampfpanzer mit verbesserter Technologie und Reichweite mit „Shillelagh“-

Truppenab-, -auf- und -umbau

Panzerabwehrlenkwaffen gingen vom Band. In Westdeutschland sind 900 mittlere Panzer, eine Panzer- und zwei motorisierte Brigaden stationiert worden. Von 17500 taktischen Raketen und 20600 Luftabwehrraketen ist der größte Teil in Europa und davon mehr als die Hälfte in Westdeutschland installiert.

Die UdSSR steht dem nicht nach. Mit jährlichen Erhöhungen ihres Kriegshaushaltes zwischen drei und fünf Prozent haben die neuen Zaren die Zahl ihrer Panzer um 40% erhöht und ihre Truppen um 100000 Mann verstärkt. Drei Panzer-, fünf Artillerie- und eine Luftlandedivision, 10000 mittlere und schwere Panzer, unter anderem der neue „T 80“, vergleichbar mit dem westdeutschen „Leopard“, 20000 Panzerspähwagen, 13800 Geschütze mit unterschiedlicher Reichweite und Sprengkopfgröße, Panzerabwehr-, Luftabwehr- und 300 Boden-Boden-Raketen wurden, neu in Dienst, entlang der Aufmarschlinien in Front gebracht. Die neuen Zaren sind so höchstens 600 km vom „Zentrum“ entfernt, und haben die „Bruderländer“ gleich mit dem Rücken an der Wand. Die Sozialimperialisten schlachten die „Grauzonen“ der MBFR voll aus. Beispiele dafür sind neue taktische Flugzeuge, konventionell und nuklear nutzbar, mit Schwenkflügeln, die taktischen Raketen, vor allem aber der „Backfire-Bomber“ und die „SS 20“ mit Mehrfachsprengköpfen.

In Manövern haben die beiden Supermächte mit ihren Verbündeten oder allein „Blitzvorstöße“ und Anlandungen trainiert. Im NATO-Herbstmanöver *Autumn Forge* 1978: Probeangriff auf die Ostseeküste der DDR, gedrillt auf Fehmarn. *Kaukasus I und II:* Manöver der UdSSR zur Luftlandeoperation gegen die Türkei und den Iran.

Aber auch der Ausbau der paramilitärischen Verbände bis hinein in die Länder der Verbündeten wird notwendig, um das Hinterland im Kriegsfall sicher zu haben. In den Warschauer Pakt Staaten sind das die Betriebskampfgruppen in der Industrie und Landwirtschaft und die Polizei. In Westdeutschland ist es das Technische Hilfswerk, das Rote Kreuz, Feuerwehr und Polizei. In Westberlin ist es die Polizei und die Freiwillige Polizeireserve. Die westdeutschen Imperialisten haben sich bis in die höchsten Ränge der NATO eingekauft und pochen auf ihr Recht. So konnte sich auch Kanzler Schmidt juniorpartnerschaftlich als Vorschlagsformulierer der NATO für die MBFR-Verhandlungen hervortun.

US-Panzer auf dem Weg nach Garlstedt

Griechenland: EG-Beitritt 1981 ? – Große Streikkämpfe

z.hev. Die griechische Regierung unter Karamanlis hat sich dem imperialistischen Kapital gebeugt. Letzte Woche stimmte sie dem EG-Beitritt für 1981 zu. Stufenweise war der Druck auf Griechenland erhöht worden. Anfang 1978 hatte die Weltbank „Zurückhaltung bei den Lohnerhöhungen" gefordert, im August folgte der OECD-Bericht über „zu hohe Arbeitskosten", am 11. Dezember beschloß das griechische Kabinett eine Lohnleitlinie von 10% für 1979 und die „Bekämpfung der Streiks mit politischem Charakter".

Die Lohnforderungen der Belegschaften von rund 20 Betrieben des öffentlichen Dienstes und der Banken, die derzeit im Streik stehen, liegen aber bei 20% und darüber. Viele dieser Streiks, wie der der 75000 Bankangestellten im ganzen Land, sind zunächst auf 2-3 Tage befristet, eine Vorwarnung an die Kapitalisten und eine Sammlung der Kräfte für langandauernde Streiks. So kämpfen die Arbeiter der staatlichen Münze seit 3 Monaten für die 5-Tage-Woche, Steuersenkungen, Verbesserungen der Leistungen der Sozialversicherungen, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gegen die Gesetze 3239 und 330, die den Schlichtungszwang und eine „Abkühlungsperiode" vorsehen. Der Streik begann nach einem schweren Unfall eines Arbeiters an der Notenpresse mit der Forderung nach einem ständig anwesenden Betriebsarzt, Lärmschutzmaßnahmen und Entlüftungsanlagen.

ΟΧΙ ΣΤΟΥΣ ΑΝΤΕΡΓΑΤΙΚΟ ΝΟΜΟΥΣ 3239 & 330

Ähnliche Forderungen erheben die streikenden Belegschaften der Sprengstoffabrik Pyrkal, der Karosseriewerke Sarakalis, Biamax und DAF, der Molkerei Evga, der Asbestfabrik Amiantit, der Grundig-Werke, des Textilbetriebes Akropol, von Goodyear Thessaloniki, Esso-Pappas, der Düngemittelfabrik Sing, von Olympic Airways und der griechischen Stahlwerke. Nahezu der gesamte öffentliche Dienst einschließlich der Volks- und Gymnasiallehrer, der Postangestellten und der Eisenbahner haben vor Weihnachten 1- bis 2tägige Warnstreiks durchgeführt.

Da auch die Bauern der Regierung gegen ihre Vertreibung und Ruinierung große Kämpfe liefern, ist sicher, daß Griechenland für die EG-Imperialisten ein schwer verdaulicher Brocken wird.

Portugal: Die IWF-Regierung am Werk

z.rua. Er wolle Schluß machen mit der Schlaffheit und Unentschlossenheit der Regierung Soares, hatte Ministerpräsident Mota Pinto bei seinem Amtsantritt erklärt. Er wolle dem Land eine „homogene und wirksame Regierung geben, die fähig ist, die Erosion der Demokratie in Portugal zu stoppen". (El Moudjahid, 19.11.) Erosion der Demokratie – damit meint er den erstarkenden Kampf der portugiesischen Volksmassen gegen die verschärfte Ausbeutung und Verelendung. Mota Pinto hat seine Regierungsmafia zur Zeit großer Streikkämpfe der Arbeiter vor einem Monat gebildet: Ein Mann vom IWF als Wirtschafts- und Finanzminister, ein Mann von der NATO als Außenminister, der ehemalige Polizeichef unter Caetano als Informationsminister, und so weiter. „Diese Regierungsmannschaft verdient das Vertrauen des Volkes aufgrund ihrer großen politischen und technischen Qualitäten", hatte Mota Pinto empfohlen.

Das Vertrauen der Massen hat er nicht. Wohl aber das der bürgerlichen Parteien. In der Nacht zum 13.12. wurden Regierungsprogramm und -mannschaft mit dem Mandat des Parlaments ausgestattet. Wäre diese Regierung – die 10. seit 1974 – abgelehnt worden, müßten Neuwahlen einberufen werden. Eine Maßnahme, die die Bourgeoisparteien angesichts der verschärften Klassenwidersprüche nur ungern in Kauf nehmen.

Mota Pintos Regierungsprogramm ist kurz: Strikte Durchführung der vom IWF und den EG-Imperialisten geforderten „Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft". Der IWF-Mann Nunes kündigte den Volksmassen erneut die weitere Senkung ihrer Reproduktionsbasis an. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr nicht wie erwartet auf 22%, sondern auf 26% steigen. Die Löhne stiegen um durchschnittlich 15%. Gleichzeitig versprach Nunes den imperialistischen Kredithaien die beschleunigte Zahlung der aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 200 Mio. $. Die Zinsdienste für die Auslandsverschuldung sind seit 1973 (1,2 Mrd. Escudos) auf 22,3 Mrd. Esc. gestiegen. Portugals Goldreserven belaufen sich derzeit noch auf 687,7 t, davon ist ein Drittel als Kreditgarantie verpfändet. Die EG-Imperialisten haben jetzt die Ausräumung einiger „Schwierigkeiten für die EG" verlangt. Sie meinen vor allem die Rücknahme der 1974 erfolgten Verstaatlichung der Banken, die die „private Initiative" hemme. Mota Pinto hat Abhilfe versprochen – spätestens bis 1980, wenn die in den Volkskämpfen entstandene Verfassung revidiert werden soll.

Griechenland für die EG-Imperialisten ein schwer verdaulicher Brocken wird.

Portugal: Die IWF-Regierung am Werk

z.rua. Er wolle Schluß machen mit der Schlaffheit und Unentschlossenheit der Regierung Soares, hatte Ministerpräsident Mota Pinto bei seinem Amtsantritt erklärt. Er wolle dem Land eine „homogene und wirksame Regierung geben, die fähig ist, die Erosion der Demokratie in Portugal zu stoppen". (El Moudjahid, 19.11.) Erosion der Demokratie – damit meint er den erstarkenden Kampf der portugiesischen Volksmassen gegen die verschärfte Ausbeutung und Verelendung. Mota Pinto hat seine Regierungsmafia zur Zeit großer Streikkämpfe der Arbeiter vor einem Monat gebildet: Ein Mann vom IWF als Wirtschafts- und Finanzminister, ein Mann von der NATO als Außenminister, der ehemalige Polizeichef unter Caetano als Informationsminister, und so weiter. „Diese Regierungsmannschaft verdient das Vertrauen des Volkes aufgrund ihrer großen politischen und technischen Qualitäten", hatte Mota Pinto empfohlen.

Das Vertrauen der Massen hat er nicht. Wohl aber das der bürgerlichen Parteien. In der Nacht zum 13.12. wurden Regierungsprogramm und -mannschaft mit dem Mandat des Parlaments ausgestattet. Wäre diese Regierung – die 10. seit 1974 – abgelehnt worden, müßten Neuwahlen einberufen werden. Eine Maßnahme, die die Bourgeoisparteien angesichts der verschärften Klassenwidersprüche nur ungern in Kauf nehmen.

Mota Pintos Regierungsprogramm ist kurz: Strikte Durchführung der vom IWF und den EG-Imperialisten geforderten „Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft". Der IWF-Mann Nunes kündigte den Volksmassen erneut die weitere Senkung ihrer Reproduktionsbasis an. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr nicht wie erwartet auf 22%, sondern auf 26% steigen. Die Löhne stiegen um durchschnittlich 15%. Gleichzeitig versprach Nunes den imperialistischen Kredithaien die beschleunigte Zahlung der aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 200 Mio. $. Die Zinsdienste für die Auslandsverschuldung sind seit 1973 (1,2 Mrd. Escudos) auf 22,3 Mrd. Esc. gestiegen. Portugals Goldreserven belaufen sich derzeit noch auf 687,7 t, davon ist ein Drittel als Kreditgarantie verpfändet. Die EG-Imperialisten haben jetzt die Ausräumung einiger „Schwierigkeiten für die EG" verlangt. Sie meinen vor allem die Rücknahme der 1974 erfolgten Verstaatlichung der Banken, die die „private Initiative" hemme. Mota Pinto hat Abhilfe versprochen – spätestens bis 1980, wenn die in den Volkskämpfen entstandene Verfassung revidiert

Staatlich verordnete Lohnsenkung in Ungarn ab 1.1.1979

z.krk. Eine allgemeine Lohnsenkung hat die ungarische Bourgeoisie für 1979 verordnet. Ihre Presse berichtet über eine voraussichtliche Inflationsrate von 4,5-5%. Lohnerhöhungen soll es jedoch nur geben, wenn der Betrieb eine Gewinnsteigerung erzielt hat, je 1% Gewinnsteigerung 0,4% Lohnerhöhung. Selbst bei einer 10%-igen Gewinnsteigerung ergibt das eine Lohnerhöhung, die sogar unter der staatlich angegebenen, gezinkten Inflationsrate liegt.

1 Monatslohn = 3450 Ft = 197,3 Std.
1 Stundenlohn = 17,45 Ft
1 kg. Tomaten | 1 St. Hähnchen, ohne Kopf u. Füße mit Innereien | 1 Paar Damenschuhe | 1 Herrenhose

Ein Lohnkonto des ungarischen Arbeiters, das die Entwicklung der letzten Jahre wiedergeben könnte, war nicht möglich zusammenzustellen, da das Ungarische Statistische Jahrbuch so ziemlich eine einzige Fälschung ist. Unsere Preisangaben beruhen auf eigenen Untersuchungen, der Durchschnittslohn des Industriearbeiters für 1977 stammt aus Népszabadság vom 22.11.78.

Wir gingen von einer 44-Stundenwoche aus, obwohl in einigen Teilen der Industrie 42 Stunden gearbeitet wird. Die Regelung ist jedoch keineswegs allgemein, und nimmt man die zahllosen Überstunden und Sonderschichten dazu, so sind 44 Stunden eher unter- als übertrieben. An dem logarithmischen Schaubild ist nun ablesbar, wieviel Stunden heute ein ungarischer Industriearbeiter für bestimmte Produkte arbeiten muß, und zwar gespalten nach Qualitätsunterschieden. Der untere Teil des Sockels stellt jeweils die billige „Normalware" dar. Bei Tomaten unten: vom Feld in den drei Sommermonaten; oben: aus dem Treibhaus. Bei Hähnchen unten: aus der staatlichen Fleischerei, mit Fischgeschmack aus der Hühnerfabrik; oben: vom Privathof des kleinen Bauern. Bei Damenschuhen unten: mit Plastiksohle und Obermaterial; oben: ausländische Importware, beides in Kaufhäusern erhältlich. Bei den Herrenhosen: ganz unten aus Kunstfaser oder gemischt, in der Mitte Jeans aus ungarischer Produktion und ganz oben Lewis Jeans (übrigens ebenfalls in Ungarn hergestellt). Die Spaltung des Warenmarktes entspricht der Klassenspaltung: kein Gemüse im Winter für die Arbeiterklasse, die sich auch sonst mit dem letzten Schrott begnügen soll.

Philippinen: Fortschritte im bewaffneten Befreiungskampf

Sozialimperialisten wollen den US-Imperialisten die Vorherrschaft streitig machen

z.wom. Der Stabschef der Regierungstruppen der Philippinen, General Espino, wies vor kurzem „alle Kommandeure und Offiziere bis hinunter auf die untersten Ebenen an, ständig die Disziplinprobleme in ihren jeweiligen Kommandobereichen zu untersuchen und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um den rapiden Anstieg der Disziplinarfälle aufzuhalten." Gleichzeitig leitete das Marcos-Regime als Statthalter der US-Monopole auf den Philippinen eine Image-Kampagne ein, um das Bild der Streitkräfte aufzupolieren; nach dem Vorbild der chinesischen Volksbefreiungsarmee „wolle man jetzt Streitkräfte des Volkes schaffen und die Regierungstruppen entsprechend umgestalten".

In den Truppen des Marcos-Regimes gärt es. Seit 1972 hat das Marcos-Regime im Auftrag des US-Imperialismus das Kriegsrecht über die Philippinen verhängt, um damit die Kämpfe der Volksmassen für die Befreiung des Landes vom Joch des Imperialismus zu ersticken und ihre Führung, die Kommunistische Partei der Philippinen (ML) und die Neue Volksarmee als deren bewaffneten Arm zu zerschlagen. Gleichzeitig wollte das Regime damit des bewaffneten Kampfes des Moro-Volkes, das im Süden der Philippinen lebt und für seine nationalen Rechte kämpft, Herr werden. Für diese Bürgerkriegsaufgaben wurden die Truppen verstärkt und vom Regime umhätschelt: Seit 1972 wurde die Truppenstärke verdreifacht, und zwar auf 250000 Mann. Das Militärbudget wuchs sogar um 800%, und die US-Imperialisten lieferten moderne Bürgerkriegswaffen und in der Konterrevolution erfahrene Berater. Die Soldaten bekamen erhebliche Soldaufbesserungen, Pensionsanspruch bei Verwundungen im Bürgerkrieg und Sonderzulagen für den Kampf gegen die Neue Volksarmee und das Moro-Volk. Aber wie Stabschef Espino jetzt zugeben mußte, stieg im ersten Halbjahr dieses Jahres die Desertionsrate aus der Armee erheblich an, trotz Massenarbeitslosigkeit. Bewaffnete Auseinandersetzungen in der Armee und zwischen Armee und Polizei sind gang und gäbe, und die Disziplin der Soldaten ist, nach den Klagen der Generalität zu urteilen, äußerst niedrig.

Unter dem Druck der Massenbewegung und der Erfolge des bewaffneten Befreiungskampfes auf den Philippinen macht sich Zersetzung in den Regimetruppen breit: im Oktober mußten die Regierungstruppen in Gefechten mit den Kämpfern des Moro-Volkes und der Moro-Befreiungsfront MNLF 13 tote und 37 verwundete Soldaten melden. Anfang November griffen Kämpfer der MNLF Kraftwerksanlagen auf der Insel Jolo an, töteten zahlreiche Regierungssoldaten und jagten Überlandleitungen in die Luft. Inzwischen hat die Moro-Befreiungsfront, die bislang hauptsächlich auf den südlichen Inseln der Philippinen operierte, den bewaffneten Kampf auch auf die westphilippinische Insel Palawan getragen; das ist für das Marcos-Regime und die US-Imperialisten besonders unerfreulich, weil in der Nähe dieser Insel ergiebige Offshore-Ölbohrungen niedergebracht wurden, deren Ausbeutung jetzt gefährdet ist. Das Marcos-Regime hatte ursprünglich 1976 dem Moro-Volk, das im Gegensatz zur überwiegend katholischen Mehrheit der Bevölkerung islamisch ist, in einem Abkommen weitgehende Autonomie zugestehen müssen. Später trat das Regime dieses Abkommen mit Füßen, worauf das Moro-Volk den bewaffneten Kampf wiederaufnahm und heute etwa 20000 Kämpfer in den Reihen der Moro-Befreiungsfront kämpfen.

Im Norden der Philippinen – hauptsächlich auf den großen bevölkerungsreichen Inseln Luzon und Mindanao – operiert die Neue Volksarmee, der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei der Philippinen (ML). In den letzten Wochen mußte das Marcos-Regime verstärkte Gefechte zwischen der Neuen Volksarmee und Regierungstruppen nördlich der Hauptstadt Manila auf der Insel Luzon melden. Ein geplanter riesiger Staudamm in diesem Gebiet, der Chico-Damm, der von der Weltbank finanziert werden sollte, kann nicht gebaut werden, weil Tausende in ihrer Existenz bedrohte Bauern unter Führung der Neuen Volksarmee den Regierungstruppen erbitterte Kämpfe liefern.

Noch vor Monaten hatten die Militärbulletins des Regimes immer wieder triumphierend vermeldet, daß die Neue Volksarmee seit 1974 weitgehend vernichtet worden sei und keine Gefahr mehr darstelle. Heute muß auch die Regimepresse das Gegenteil eingestehen. Die Neue Volksarmee legt im gegenwärtigen Stadium des Volkskriegs das Hauptgewicht darauf, die eigenen Kräfte zu konsolidieren und ihre Verankerung unter den Bauernmassen zu verstärken. Sie organisiert die Bauern, gibt ihnen Unterricht und führt ihren Kampf gegen die Großgrundbesitzer und die Agenten der US-Agrarmonopole. Die Massenverhaftungen, Folterungen und Morde, mit denen die Regierungstruppen die Bauern von der Unterstützung der Neuen Volksarmee abzubringen versuchen, bewirken nur das Gegenteil und machen das Marcos-Regime noch verhaßter.

Trotz Kriegsrecht kommt es auch in den Städten immer wieder zu Aktionen gegen das Marcos-Regime und den US-Imperialismus. So demonstrierten im April am Vorabend einer Wahlfarce, die das Marcos-Regime organisiert hatte, Zehntausende in Manila gegen das Kriegsrecht und das Marcos-Regime.

Unter dem Druck der Massenbewegung gegen den US-Imperialismus hat es das Marcos-Regime bis heute nicht gewagt, mit dem US-Imperialismus die schon lange abgelaufenen Verträge über die US-Stützpunkte Clark Air Base und den Marinestützpunkt Subic Bay für die US-Pazifikflotte zu erneuern. Es sah sich gezwungen, vom US-Imperialismus die volle Souveränität der Philippinen über die Stützpunkte zu fordern. Der US-Imperialismus, der das Land zu einer Plantage seiner Agrarkonzerne gemacht hat und seine Mineralien jetzt im großen Maßstab auszubeuten beginnt, braucht die Philippinen als Brückenkopf nach Südostasien und zur Beherrschung des Pazifik. Im Oktober tauchte zum ersten Mal ein hoher Vertreter des Sozialimperialismus, der Vizeaußenminister Firyubin, in Manila auf. Den Wunsch des Marcos-Regimes ausnutzend, sich etwas aus dem Würgegriff des US-Imperialismus zu befreien, lockte er mit Krediten und bot sowjetische Techniker als „Entwicklungshelfer" an. Weiter will die Sowjetunion ein Hauptabnehmer für wichtige Agrarprodukte der Philippinen wie Zucker und Kokosöl werden. Außerdem bot Firyubin moderne sowjetische Waffen an, während der US-Imperialismus an das Marcos-Regime bislang hauptsächlich ausrangierte Waffen lieferte. So versucht der SU-Imperialismus dem US-Imperialismus die Vorherrschaft über die Philippinen streitig zu machen. Die revisionistische Partei auf den Philippinen als verlängerter Arm der Sozialimperialisten hat schon längst Frieden mit dem Marcos-Regime geschlossen und unterstützt seine Kriegsrechtspolitik.

te, Zehntausende in Manila gegen das Kriegsrecht und das Marcos-Regime.

Unter dem Druck der Massenbewegung gegen den US-Imperialismus hat es das Marcos-Regime bis heute nicht gewagt, mit dem US-Imperialismus die schon lange abgelaufenen Verträge über die US-Stützpunkte Clark Air Base und den Marinestützpunkt Subic Bay für die US-Pazifikflotte zu erneuern. Es sah sich gezwungen, vom US-Imperialismus die volle Souveränität der Philippinen über die Stützpunkte zu fordern. Der US-Imperialismus, der das Land zu einer Plantage seiner Agrarkonzerne gemacht hat und seine Mineralien jetzt im großen Maßstab auszubeuten beginnt, braucht die Philippinen als Brückenkopf nach Südostasien und zur Beherrschung des Pazifik. Im Oktober tauchte zum ersten Mal ein hoher Vertreter des Sozialimperialismus, der Vizeaußenminister Firyubin, in Manila auf. Den Wunsch des Marcos-Regimes ausnutzend, sich etwas aus dem Würgegriff des US-Imperialismus zu befreien, lockte er mit Krediten und bot sowjetische Techniker als „Entwicklungshelfer" an. Weiter will die Sowjetunion ein Hauptabnehmer für wichtige Agrarprodukte der Philippinen wie Zucker und Kokosöl werden. Außerdem bot Firyubin moderne sowjetische Waffen an, während der US-Imperialismus an das Marcos-Regime bislang hauptsächlich ausrangierte Waffen lieferte.

Gleichzeitig wollte das Regime damit des bewaffneten Kampfes des Moro-Volkes, das im Süden der Philippinen lebt und für seine nationalen Rechte kämpft, Herr werden. Für diese Bürgerkriegsaufgaben wurden die Truppen verstärkt und vom Regime umhätschelt: Seit 1972 wurde die Truppenstärke verdreifacht, und zwar auf 250000 Mann. Das Militärbudget wuchs sogar um 800%, und die US-Imperialisten lieferten moderne Bürgerkriegswaffen und in der Konterrevolution erfahrene Berater. Die Soldaten bekamen erhebliche Soldaufbesserungen, Pensionsanspruch bei Verwun-

Moro-Volk, das im Gegensatz zur überwiegend katholischen Mehrheit der Bevölkerung islamisch ist, in einem Abkommen weitgehende Autonomie zugestehen müssen. Später trat das Regime dieses Abkommen mit Füßen, worauf das Moro-Volk den bewaffneten Kampf wiederaufnahm und heute etwa 20000 Kämpfer in den Reihen der Moro-Befreiungsfront kämpfen.

Im Norden der Philippinen – hauptsächlich auf den großen bevölkerungsreichen Inseln Luzon und Mindanao – operiert die Neue Volksarmee, der bewaffnete Arm der Kommunisti-

US-Bourgeois entdecken „Vorzüge" der Mehrwertsteuer

z.scc. Die „Sozialversicherungsreform" Ende '77 hatte den Anfang Carters gigantischer „Steuerreform" gemacht: innerhalb von zehn Jahren sollen die Abgaben, als Steuern erhoben, um über 20% gesteigert, die Lohnabhängigen um weitere 208 Mrd. $ geplündert werden. Es dauerte kein Jahr – inzwischen sind die Steuern auf Profit erheblich gesenkt worden –, daß sich die US-Finanzbourgeoisie nach einer neuen Ausplünderungsquelle umschaut. Tatsache ist, daß die „Sozialversicherungsreform", geschmiedet als Waffe gegen die Lohnkämpfe der amerikanischen Arbeiter, auf heftigsten Widerstand stößt und mancher Politiker um ihre Durchsetzung fürchtet. Auf der Suche nach „Ersatz" begeisterten sich verschiedene Kongreßmitglieder und hohe Finanzbeamte an westeuropäischen Steuerstatistiken: die Mehrwertsteuer! Das war's, was sie suchten: „eine schmucke kleine Einnahmequelle", effektiv, unsichtbar, weil in den Preisen der Konsumtionsmittel verborgen, fast vollständig auf „den Verbraucher" abwälzbar. Jeder Prozentpunkt, rühmen ihre US-amerikanischen Nacheiferer, könnte jährlich 12 Mrd. $ in die Taschen der Finanzbourgeoisie spülen. 4,25% brächten bereits ein Drittel der Sozialabgaben ein. 18%, der Zielpunkt der EG-Mehrwertsteuerharmonisierung, demzufolge?

Schweden: In der Steuerausplünderung Weltspitze

z.coi. Nach Angaben der OECD ist der schwedische Staat unangefochtener Weltmeister in der Steuerausplünderung der Volksmassen. 53,3% des Bruttonationalprodukts sind vom Staat 1977 in Form von Steuern eingetrieben worden, 1976 waren es noch 50,9%. Von den staatlichen Einnahmen (einschließlich Kommunen) im Jahre 1977 in Höhe von 162,1 Mrd. schwed. Kronen (1 schwed. Krone = 0,43 DM) waren 137,5 Mrd. schwed. Kronen, also 85%, Steuern. Davon allein 52,9 Mrd. schwed. Kronen, also fast 37%, indirekte Steuern. Am 1.6.1977 ist die Mehrwertsteuer auf 20,6% erhöht worden. Seit April 1978 beträgt die Benzinsteuer 68 Öre pro Liter statt 34 Öre. Hinzu kommt noch eine Energiesteuer von 34 Öre. In jeder Schnapsflasche sitzt in Schweden nicht etwa der Teufel, sondern der staatliche Steuereintreiber, der 90% des Schnapspreises kassiert. – Die direkten Steuern setzen sich aus einer progressiven Staatssteuer und einer proportionalen Kommunalsteuer zusammen. Letztere Steuer wird von den Gemeinden selbständig erhoben und betrug 1978 durchschnittlich 28,5% gegenüber 18,7% im Jahre 1967. Mit diesem System der direkten Besteuerung konnte der schwedische Staat zum Beispiel einer Fremdsprachensekretärin mit 65000 schwed. Kronen im Jahr 52% ihres Lohnes rauben. Ein Hilfsarbeiter mit nur 35000 schwed. Kronen im Jahr wird mit einer Besteuerung von 28% direkt als Almosenempfänger in die Fänge des „Sozialstaates" getrieben.

„Dauernd, friedlich und wirkungsvoll seit 1833 besetzt"

z.mat. Liverpool. Damit begründet der Informationsdienst der britischen Regierung deren Hoheitsanspruch über die Falkland-Inseln, Südgeorgien und die Südsandwich-Inseln. Die Inseln liegen nahe der Antarktis auf dem argentinischen Schelf. Im 18. Jahrhundert

Gewerkschaftseinheit ist nur auf dem Boden des Klassenkampfes möglich

Italienische Metallarbeiter beschließen Tarifforderungen

z.ulg.Rom. 1400 Delegierte haben am Donnerstag im süditalienischen Bari auf einer nationalen Delegiertenkonferenz der Metallarbeitergewerkschaft FLM die Forderungen für den Tarifkampf beschlossen. Während der vorhergegangenen zweimonatigen Beratung haben viele Arbeiter, in einzelnen Fällen auch ganze Belegschaften, gegen die klassenversöhnlerische Linie Stellung genommen. Gleichzeitig polemisierten – von rechts – die Revisionisten gegen den Forderungsvorschlag des FLM-Vorstandes. Zeitweise schien es, als geriete in den Machtkämpfen der bürgerlichen Gewerkschaftsführer selbst die mühsam erkämpfte organisatorische Einheit der FLM in Gefahr.

Ende der vierziger Jahre haben die bürgerlichen Parteien die bei Kriegsende gegründete Einheitsgewerkschaft CGIL gesprengt. Die Christdemokraten gründeten die katholische CISL, Sozialdemokraten und Republikaner die UIL. Die CGIL, von Kommunisten und Sozialisten geführt, blieb größter Gewerkschaftsbund. Die CGIL hat jetzt ungefähr 4 Millionen, die CISL knapp 3 Millionen, die UIL knapp 1 Million Mitglieder.

Die Streikbewegung seit 1969 setzte die organisatorische Einheit der Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer mußten die Forderungen der Arbeiter nach Festgelderhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen aufnehmen, die zunächst spontan gebildeten Fabrikräte als einheitliche betriebliche Vertretungskörper und Grundorganisation der Gewerkschaften anerkennen. Im November 1971 beschlossen die Generalräte der drei Gewerkschaftsbünde in Florenz, im September des folgenden Jahres die Richtungsgewerkschaften aufzulösen und im März 1973 den Gründungskongreß der neuen Einheitsgewerkschaft durchzuführen.

Der Beschluß wurde nicht eingehalten. Die Revisionisten fürchteten, die neue Einheitsgewerkschaft könnte ein wirksames Instrument des Klassenkampfes werden, die kleineren bürgerlichen Parteien zudem, durch die zahlenmäßige Übermacht der Revisionisten erdrückt zu werden. Anstelle der bereits beschlossenen Vereinigung wurde im Juli 1972 ein „Bundespakt" geschlossen, eine bloße Assoziation der Richtungsgewerkschaften.

Dabei blieb es. Zwar konnten die Arbeiter in den kampfstärksten Branchen wenigstens die Gründung einheitlicher Einzelgewerkschaften, so der FLM, durchsetzen. Aber auch dort wurden die Richtungsgewerkschaften nicht aufgelöst, und nur in der FLM kann man überhaupt Mitglied sein, ohne sich zugleich einem der Richtungsverbände anzuschließen.

Der FLM-Vorstand hatte im Oktober eine Lohnforderung von „durchschnittlich" 30000 Lire (75 DM) für die nächsten drei Jahre vorgeschlagen. Wenn man rechnet, daß die „gleitende Lohnskala" ungefähr 85% der Teuerung abdeckt, könnte das – sofort und für alle gleich gezahlt – gerade ausreichen, um weiterer absoluter Verelendung Schranken zu setzen.

Nach dem Vorschlag sollte aber nur ein Teil der 30000 Lire als Festbetrag ab 1.1.79 gezahlt werden, der Rest später und nach Lohngruppen unterschiedlich. Um Lohnsenkung durchzusetzen, versuchten die Revisionisten, den Festbetrag auf höchstens 15000 Lire zu drücken. Dagegen sind in Bari 20000 Lire für alle ab Januar beschlossen worden.

Vor allem die Führer der CISL versuchen seit einiger Zeit, die gerechte Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zu einem Rezept für Arbeitsbeschaffung zu verdrehen. In Wirklichkeit zu einem Rezept für die Kapitalisten zur Ausdehnung der Schichtarbeit. So wurde in der Plattform die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in einigen Branchen und für die Schichtarbeiter im Süden mit der Einführung des „Sechs mal sechs"-Systems verbunden, also sechs Sechsstundenschichten wöchentlich, auch samstags. Die Revisionisten fürchten, daß einige Kapitalisten das „Angebot" zur Ausdehnung der Schichtarbeit nicht sogleich nutzen könnten. Deshalb traten sie für „artikulierte", also je nach Lage der Kapitalisten betrieblich zu vereinbarende Arbeitszeitverkürzung auf. Zugleich versuchten sie, die begründete Befürchtung vieler Arbeiter, daß „Arbeitszeitverkürzung" nur mehr Überstunden bedeuten würde, auf ihre Mühlen und gegen die anderen bürgerlichen Politiker in der Führung der Gewerkschaften zu lenken.

Vor allem in Mailand, wo mehr als ein Drittel der italienischen Metallarbeiter konzentriert sind, hat die Diskussion den Wunsch der Arbeiter nach Einheit auf klassenkämpferischen Forderungen gezeigt. Im Lastwagenwerk Fiat-OM z.B. stimmten die betrieblichen Vertreter aller Einzelgewerkschaften fast einstimmig einer Resolution zu, in der 20000 Lire für alle sofort, weitere 10000 Lire ab 1. Juli und gestaffelte Erhöhungen nur über 30000 Lire hinaus ab 1.1.1980 gefordert werden. Die Arbeitszeit soll auf 38 Stunden verkürzt werden, aber ohne zusätzliche Nachtschichten und ohne Samstagsarbeit.

Bei Alfa Romeo erhielt gegen Anträge der CGIL und der CISL/UIL eine Resolution einiger Delegierter der Motorenabteilung im Hauptwerk Arese ein Drittel, im Mailänder Werk sogar die Mehrheit der Stimmen. Darin werden 30000 Lire für alle und allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden gefordert. Die Delegierten der CISL schlossen sich bei der weiteren Beratung dieser Resolution an.

Wie die verschiedenen bürgerlichen Gewerkschaftsführer den Wunsch der Arbeiter nach Einheit zu einer Karikatur verdrehen, zeigt der folgende „Kompromiß", den sie zur Frage der Arbeitszeitverkürzung bei Alfa Romeo auf der regionalen Delegiertenkonferenz der Lombardei durchsetzten. „Bei der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung muß den Abteilungen Gießerei und Schmiede Priorität eingeräumt werden in enger Verbindung damit, daß die Beschäftigungsniveaus im Norden nicht erhöht und folglich die entsprechende Menge von Arbeitsprozessen und die dazugehörigen Maschinen und Anlagen in den Süden verlegt werden, auch angesichts angekündigter Produktionssteigerungen."

„Folglich". Ein wahrhaft schlagendes Rezept für das „Recht auf Arbeit". Erst werden die Kapitalisten aufgefordert, die Folgen der Arbeitszeitverkürzung durch verschärfte Schweißauspressung mindestens zu kompensieren: keine Neueinstellungen. Wenn aus den Arbeitern in Arese und Mailand nicht noch mehr herauszuholen ist, zwar nicht „folglich", aber vielleicht „angesichts angekündigter Produktionssteigerungen", soll im Süden produziert werden. Die Einladung dazu haben die Revisionisten auf der Betriebsversammlung von Alfa Sud in Neapel bereits mit einem fast einstimmigen Beschluß für das „Sechs mal sechs"-System durchgesetzt. In vielen Fabriken des Südens ist dieses Schindersystem jedoch einmütig abgelehnt worden.

Beschlossen hat die Delegiertenversammlung in Bari dazu schließlich: 36 Stunden für die Schichtarbeiter der Stahlindustrie und des Südens, 38 Stunden für einige andere Industriezweige, ohne zusätzliche Nachtschichten und Überstunden, aber mit dem „Sechs mal sechs"-System. Auf Grundlage der Lohnforderung von Bari ist Einheit im Kampf möglich. Ob es den verschiedenen bürgerlichen Politikern, die sich in der Führung der Arbeiterorganisationen festgesetzt haben, gelingen wird, diese Einheit mit der beschriebenen Sorte „Arbeitszeitverkürzung" zunichte zu machen?

150000 Bauarbeiter demonstrieren am 15.12. in Neapel. Die Bauarbeiter fordern 25000 Lire für alle sofort.

Nach dem „Stahlplan" jetzt der „Textilplan" gegen die belgische Arbeiterklasse

z.elb.Brüssel. Mitte Dezember hat die belgische Regierung ihren Beschluß bekanntgegeben, den Kapitalisten der Textil- und Bekleidungsindustrie zu größerer Auspressung der Arbeiter und zu einer Exportoffensive zu verhelfen. Die Kapitalisten hatten es gefordert, die Regierung ist gesprungen, kaum hatte sie den „Stahlplan" gegen die belgische Arbeiterklasse durchgesetzt.

In der Textil- und Bekleidungsindustrie, dem einst größten Industriezweig Belgiens, haben die Kapitalisten die Zahl der Beschäftigten bis 1970 auf 213843 gesenkt und bis 1976 auf 153751 bei einer Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 4031000. Sie haben die Ausbeutung der Arbeiter erheblich steigern können. Während die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie von 1970 bis 1976 um 34% abnahm, sank die Produktion in diesem Bereich nur um durchschnittlich 15%. Vergleiche zwischen den EG-Ländern im Ausbeutungsgrad der Textilarbeiter zeigen, daß es die belgischen Kapitalisten trotz Nachhinker in der Automatisierung der Produktion in der Produktivität bei der Herstellung von Baumwoll- und Wollstoffen und -garnen auf einen der vorderen Plätze gebracht haben. Und den Lohn haben sie kräftig geraubt. Seit 1975 sind die Löhne nur um die amtliche Preissteigerungsrate angehoben worden, bloß 1977 gab es eine geringe Erhöhung von 2%. Der Export macht den Kapitalisten Sorgen. Mit 263304 t, wobei die BRD der Hauptabnehmer ist, stagniert er und liegt um etwa die Hälfte niedriger als der Import. Dies gilt es zu ändern, und die belgische Regierung versichert, daß sie im Rahmen des „Textilplans" Maßnahmen zur Erleichterung des Exports und zur Erschwerung des Imports durchführen werde. Der „Textilplan" sieht weiter vor, daß den Kapitalisten insgesamt 468,8 Mio. DM über einen Zeitraum von fünf Jahren u.a. für Investitionshilfen zur Modernisierung und Rationalisierung zugesteckt werden sollen. Als Stachel zur Rationalisierung sollen sie für jeden weggekürzten Arbeiter und jeden neuen Arbeitsplatz, wenn er mit Investitionen verbunden ist, 31250 DM erhalten rückwirkend ab 1.1.76.

Salik-Arbeiterinnen verkaufen die von ihnen produzierten Jeans.

Die Arbeiter kämpfen gegen jeden neuen Versuch der Rationalisierung. Nur mit Mühe konnten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in diesem Jahr eine Demonstration der Textilarbeiter gegen Entlassungen und Lohnraub verhindern. Die Salik-Arbeiter halten ihre Fabrik, in der Jeans hergestellt werden, seit dem 17. August besetzt, als der Kapitalist Konkurs anmeldete. Seit dem 30. August produzieren sie in eigener Regie, und am 11. September haben sie beschlossen, eine Kooperative zu gründen. Die große Unterstützung dieses Kampfes zeigt sich u.a. daran, daß die Arbeiter bis Mitte September Bestellungen in einem Wert von 31250 DM erhalten haben. Den benötigten Stoff kaufen sie von der Arbeiterkooperative Daphica-Ere. Der Salik-Kapitalist verlangt die Herausgabe der Jeans, weil ihm die Maschinen gehörten. Er bekommt sie nicht.

werkschaften wieder auf die Tagesordnung. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer mußten die Forderungen der Arbeiter nach Festgelderhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen aufnehmen, die zunächst spontan gebildeten Fabrikräte als einheitliche betriebliche Vertretungskörper und Grundorganisation der Gewerkschaften anerkennen. Im November 1971 beschlossen die Generalräte der drei Gewerkschaftsbünde in Florenz, im September des folgenden Jahres die Richtungsgewerkschaften aufzulösen und im März 1973 den Gründungskongreß der neuen Einheitsgewerkschaft durchzuführen.

Nach dem Vorschlag sollte aber nur ein Teil der 30000 Lire als Festbetrag ab 1.1.79 gezahlt werden, der Rest später und nach Lohngruppen unterschiedlich. Um Lohnsenkung durchzusetzen, versuchten die Revisionisten, den Festbetrag auf höchstens 15000 Lire zu drücken. Dagegen sind in Bari 20000 Lire für alle ab Januar beschlossen worden.

Vor allem die Führer der CISL versuchen seit einiger Zeit, die gerechte Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zu einem Rezept für Arbeitsbeschaffung zu verdrehen. In Wirklichkeit zu einem Rezept für die Kapi-

gestaffelte Erhöhungen nur über 30000 Lire hinaus ab 1.1.1980 gefordert werden. Die Arbeitszeit soll auf 38 Stunden verkürzt werden, aber ohne zusätzliche Nachtschichten und ohne Samstagsarbeit.

Bei Alfa Romeo erhielt gegen Anträge der CGIL und der CISL/UIL eine Resolution einiger Delegierter der Motorenabteilung im Hauptwerk Arese ein Drittel, im Mailänder Werk sogar die Mehrheit der Stimmen. Darin werden 30000 Lire für alle und allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden gefordert. Die Delegierten der CISL schlossen sich bei der weiteren Beratung dieser Resolution an.

z.elb.Brüssel. Mitte Dezember hat die belgische Regierung ihren Beschluß bekanntgegeben, den Kapitalisten der Textil- und Bekleidungsindustrie zu größerer Auspressung der Arbeiter und zu einer Exportoffensive zu verhelfen. Die Kapitalisten hatten es gefordert, die Regierung ist gesprungen, kaum hatte sie den „Stahlplan" gegen die belgische Arbeiterklasse durchgesetzt.

In der Textil- und Bekleidungsindustrie, dem einst größten Industriezweig Belgiens, haben die Kapitalisten die Zahl der Beschäftigten bis 1970 auf 213843 gesenkt und bis 1976 auf 153751 bei einer Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 4031000. Sie haben die Ausbeutung der Arbeiter erheblich steigern können. Während die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie von 1970 bis 1976 um 34% abnahm, sank die Produktion in diesem Bereich nur um durchschnittlich 15%. Vergleiche zwischen den EG-Ländern im Ausbeutungsgrad der Textilarbeiter zeigen, daß es die belgischen Kapitalisten trotz Nachhinker in der Automatisierung der Produktion in der Produktivität bei der Herstellung von Baumwoll- und Wollstoffen und -garnen auf einen der vorderen Plätze gebracht haben. Und den Lohn haben sie kräftig geraubt. Seit 1975 sind die Löhne nur um die amtliche Preissteigerungsrate angehoben worden, bloß 1977 gab es eine geringe Erhöhung von 2%. Der Export macht den Kapitalisten Sorgen. Mit 263304 t, wobei die BRD der Hauptabnehmer ist, stagniert er und liegt um etwa die Hälfte niedriger als der Import. Dies gilt es zu ändern, und die belgi-

Rationalisierung zugesteckt werden sollen. Als Stachel zur Rationalisierung sollen sie für jeden weggekürzten Arbeiter und jeden neuen Arbeitsplatz, wenn er mit Investitionen verbunden ist, 31250 DM erhalten rückwirkend ab 1.1.76.

Salik-Arbeiterinnen verkaufen die von ihnen produzierten Jeans.

FLC-MODENA

wurden sie von verschiedenen Kolonialisten besetzt und wieder verlassen. Ein britischer Kolonialhafen wurde 1774 aufgegeben, „doch der britische Souveränitätsanspruch wurde aufrechterhalten." Nachdem Argentinien 1816 seine Unabhängigkeit von Spanien erkämpft hatte, errichtete es 1826 eine Siedlung. Für die britischen Kolonialisten war das der Anlaß, 1833 ein Kriegsschiff zu schicken und durch Zerstörung der Siedlung die „dauernde, friedliche und wirkungsvolle" Besetzung aufzunehmen. Der Entkolonisierungsausschuß der UNO hat die Besetzung mehrfach verurteilt. Vom 18.12. bis zum 20.12. mußte die britische Regierung erneut in Verhandlungen mit Argentinien treten. Einer der Abgeordneten, die die Inseln besucht haben, hat in einem Rundfunk-Interview aufgezählt, worum es geht: Fischerei, Erdöl, Ansprüche auf die Antarktis... Die Zeitungen berichten nur zurückhaltend darüber und versuchen stattdessen, mit ausführlichen Berichten über Differenzen zwischen Argentinien und Chile um dem Beagle-Kanal im benachbarten Feuerland den Eindruck zu verbreiten, daß in dieser Gegend selbst der Beste nicht in Frieden leben kann. Die Differenzen zwischen den südamerikanischen Nachbarländern sind Resultat der Kolonialvergangenheit. Sie können von ihnen unter sich gelöst werden. Die britischen Kolonialisten werden mit Sicherheit *vertrieben* werden.

Italienische Imperialisten scharf auf tunesischen Fisch

z.ulg.Rom. „Dies ist schließlich kein Krieg", heulte der italienische Handelsmarineminister, nachdem ein tunesisches Küstenwachboot am 8.12. in tunesischen Gewässern ein sizilianisches Fischerboot beschossen hatte. Fünf Tage später ließ er seinen Staatssekretär nachschieben, die Regierung habe „im Einvernehmen mit der... Kriegsmarine einen Plan zur Intensivierung der Patrouillentätigkeit... in der Straße von Sizilien aufgestellt." Zu dem Zwischenfall, bei dem ein Fischer tödlich getroffen wurde, war es gekommen, als sich das Fischerboot zusammen mit vier weiteren einer Kontrolle seiner Fischerlaubnis entziehen wollte. Der Grund der Aufregung kam gleich ans Licht. Im nächsten Juli läuft der italienisch-tunesische Fischereivertrag aus. „Wahrscheinlich", dämmert dem Minister, „sind die Zeiten vorbei, in denen erlaubt wurde, in fremden Gewässern zu fischen". Aber wenigstens „joint ventures", also Beteiligung italienischer Fischmonopole an der tunesischen Fischerei, müsse Tunesien künftig eingehen, sonst sei an eine Fortsetzung der „Kooperation" mit der EG nicht zu denken. Die Patrouillen sollen der wirtschaftlichen Erpressung den nötigen militärischen Nachdruck geben. – Tunesien hatten die italienischen Kolonialisten einst zu ihrer ersten Kolonie machen wollen, bevor 1881 die französische Konkurrenz das Land unterwarf.

Friedensnobelpreisträger Begin organisiert Massensterilisierung

z.mat. Das oberste israelische Gericht hat die Enteignung von über 160 Hektar Land bestätigt, dem Besitz von 41 Bauernfamilien in Anata, einem Dorf auf den Westbanks. Zur gleichen Zeit hat die isradlische Delegation auf einer medizinischen Fachtagung in Kairo am 9. Dezember erläutert, wie die Zionisten sich den Besitz am geraubten Land endgültig sichern wollen. Sie haben von den Methoden der deutschen Faschisten und der US-Imperialisten gelernt. Hitler hat Hunderttausende in Gasöfen vernichten lassen. Die USA haben in Kolumbien und Puerto Rico hunderttausende Frauen ohne ihr Wissen sterilisieren lassen. Die Zionisten setzen „in dicht besiedelten Gebieten" dem Trinkwasser Hormone zu und wollen so die ganze Bevölkerung sterilisieren. Zionist Begin erweist sich als gelehriger Schüler seiner imperialistischen Herren. Dafür hat er von ihnen den Friedensnobelpreis bekommen. Ob es zur Durchführung seiner Völkermordpläne kommen wird, ist allerdings mehr als ungewiß. In Hebron und Halhul mußte die Armee Demonstrationen gegen den Landraub mit Tränengas auseinandertreiben. Auf der Kairoer Konferenz sah sich die Zionistendelegation dem Protest aller arabischen Ärzte gegenüber, wie die libysche Nachrichtenagentur JANA meldet. Der Vorsitzende des ägyptischen Ärzteverbandes teilte mit, daß die israelische Delegation keine Einladung erhalten hatte, sondern auf Anweisung Sadats zugelassen sei. Die Vertreter Jordaniens und Saudi-Arabiens verliessen daraufhin die Konferenz.

Weihnachten „ohne die Wiener Sängerknaben"?

z.anb.Wien. Ein Hinterwäldler, wer das uralte österreichische „Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz" von 1948 ausgegraben hat, und das nur, um Millionen Menschen zu Weihnachten den Kunstgenuß der „glockenhellen Kehlen" der Wiener Sängerknaben vorzuenthalten! Die haben nämlich Auftrittsverbot, sowohl in der Kirche als auch im Fernsehen, weil eine rachsüchtige Wienerin – ihr Bruder wurde einmal als „Niete" vom Chorleiter abgelehnt („Bild-Zeitung") – den §7 des genannten Gesetzes ausgekramt hat, welcher vorsieht: „Während der Schulferien sind die Kinder von jeder Beschäftigung freizuhalten." Willkommener Anlaß für die österreichische Finanzbourgeoisie, so ganz nebenbei die „überkommenen" Einschränkungen gegen die Kinderarbeit niederzureißen. Im Eiltempo wird jetzt die „Novellierung" dieses Paragraphen betrieben. So kann nach dem Gesetz ein zwölfjähriger Junge pro Tag einschließlich der Schulstunden bis zu 7 Stunden „beschäftigt" werden mit „leichten Arbeiten".

Die Preispolitik der OPEC dient dem Aufbau der nationalen Industrie

z.anb. Ob „Überraschung“, „Bestürzung“ oder „Entsetzen“, wie auch immer die Kommentare der Imperialisten über die Ölpreiserhöhung von 14,53%, die die OPEC in der vergangenen Woche für das Jahr 1979 beschlossen hat, ausfallen mögen, sie sind pure Heuchelei und Hetze. Belegen läßt sich das sehr einfach mit den „Untersuchungen“ ihrer eigenen Strategen: A. Johnsen, Präsident eines der großen US-Mineralöl-Konzerne, hat immerhin schon im August herausgefunden, daß die Anpassung des offiziellen Ölpreises in den vergangenen vier Jahren unter der durchschnittlichen Inflationsrate in den OECD-Ländern lag und daß, berechnet nach dem Dollarkurs von 1973, der Ölpreis um mindestens 15% gedrückt worden ist. (OPEC-Bulletin, 36/78) Der Direktor der „Forschungsstiftung der amerikanischen Erdölindustrie“, John Lichtblau, hat zur gleichen Zeit gemutmaßt, daß die OPEC den Preis für 1979 erhöhen werde, „aber nicht in demselben Maße, wie ihre Einnahmen aufgrund des Dollarkursverfalls zurückgegangen sind“. Denn eine Erhöhung von 8 bis 10%, mit der man rechnen müsse, sei im Vergleich zu den Verlusten alles andere als hoch. (ebd.) Das jetzt angestimmte Geheul begleitet Fieberträume der Imperialisten, wenn sie feststellen, daß die Länder der dritten Welt ihre „Verantwortung für den Weltmarkt“ anders verstehen, als sich Tag für Tag zu Schleuderpreisen Unmengen ihrer natürlichen Reichtümer stehlen zu lassen.

Daß über die Preispolitik, d.h. konkret über die Höhe der Preisanpassung auf der OPEC-Konferenz lange und ausführlich beraten wurde, bevor ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde, ist für die Imperialisten Ansatzpunkt für unaufhörliche und abgebrühte Spaltungspropaganda gegen die Einheit der OPEC. Daß es unterschiedliche Auffassungen gab, liegt daran, daß das Erdöl nicht einfach nur eine Exportware auf dem Weltmarkt ist, sondern einer der wichtigsten Faktoren der Energieversorgung und Entwicklung der nationalen Industrie in den Produzentenländern selbst. Wenn der saudi-arabische Erdölminister Yamani dafür plädiert, Preiserhöhungen vorsichtig zu handhaben, dann nicht etwa, weil er die Ausbeuter und ihre „Sorgen“ in der Profitschlacht „versteht“, sondern weil er ihre unverschämte Taktik der Ausbeutung und Plünderung gegenüber der dritten Welt kennt. Es ist bekannt, daß die Ölpreisanpassungen doppelt und dreifach auf die Industriegüter, die unter Verwendung von Öl als Rohstoff hergestellt werden, geschlagen werden. Das wirkt sich für die Länder der dritten Welt nachteilig aus, die von den Imperialisten gerade Industriegüter in großem Umfang importieren müssen – und entsprechend doppelt und dreifach unterbezahlt sind dann die von diesen Ländern exportierten Rohstoffe.

In ihrem jüngsten Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung konstatiert die „Commerzbank“ eine „Verbesserung der Terms of Trade“ zugunsten der westdeutschen Imperialisten. Das heißt nichts anderes, als daß diese sich Reichtümer der dritten Welt in immer größerem Umfang aneignen, ohne dafür Gegenwerte zu liefern. In der OPEC hat die dritte Welt deshalb einen konsequenten Mitstreiter im Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung gefunden, sie fordert entschieden die Gründung des integrierten Rohstoff-Fonds der UNCTAD sowie die Stärkung der Zusammenarbeit unter den Ländern der dritten Welt.

Vom 9. bis 11. September hat in Wien ein Seminar der OPEC über den Aufbau der nationalen Industrie des Erdölsektors stattgefunden. In seiner Rede sagte der Vorsitzende des Seminars, Ali Khalifa Al-Sabah: „Für die OPEC-Länder sind die Kriterien für

weil er ihre unverschämte Taktik der Ausbeutung und Plünderung gegenüber der dritten Welt kennt. Es ist bekannt, daß die Ölpreisanpassungen doppelt und dreifach auf die Industriegüter, die unter Verwendung von Öl als Rohstoff hergestellt werden, geschlagen werden. Das wirkt sich für die Länder der dritten Welt nachteilig aus, die von den Imperialisten gerade Industriegüter in großem Umfang importieren müssen – und entsprechend doppelt und dreifach unterbezahlt sind dann die von diesen Ländern exportierten Rohstoffe.

In ihrem jüngsten Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung konstatiert die „Commerzbank“ eine „Verbesserung der Terms of Trade“ zugunsten der westdeutschen Imperialisten. Das heißt nichts anderes, als daß diese sich Reichtümer der dritten Welt in immer größerem Umfang aneignen, ohne dafür Gegenwerte zu liefern. In der OPEC hat die dritte Welt deshalb einen konsequenten Mitstreiter im Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung gefunden, sie fordert entschieden die Gründung des integrierten Rohstoff-Fonds der UNCTAD sowie die Stärkung der Zusammenarbeit unter den Ländern der dritten Welt.

Vom 9. bis 11. September hat in Wien ein Seminar der OPEC über den Aufbau der nationalen Industrie des Erdölsektors stattgefunden. In seiner Rede sagte der Vorsitzende des Seminars, Ali Khalifa Al-Sabah: „Für die OPEC-Länder sind die Kriterien für

den Aufbau weiterverarbeitender Industrie vollständig andere als die der Konkurrenz und des Weltmarktes. D.h. daß die dazu notwendigen Investitionen nicht vom bloßen Standpunkt des Handels aus betrachtet werden dürfen, sondern ihr Nutzen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes, vor allem langfristig, das ist, was zählt ... Die Produzentenländer sind der Auffassung, daß das, was für die petrochemische Industrie gilt, ebenso für jede andere Maßnahme des industriellen Aufbaus gilt. Für sie liegt die entscheidende Frage vielmehr im Erwerb moderner Technologie, einem höheren Standard der Ausbildung und dem langfristigen wirtschaftlichen Gleichgewicht.“ (OPEC-Bulletin, 42/78)

Eine deutliche Absage hat die Konferenz allen Unkenrufen der Imperialisten erteilt, die in hunderten von „wissenschaftlichen Untersuchungen“ belegen lassen, daß der Aufbau eigener Raffinerien in den OPEC-Ländern eine „Fehlinvestition“ sei. Der notwendige Kapitalstock sei so hoch – wegen fehlender Infrastruktur – daß die dort hergestellten Produkte nie konkurrenzfähig sein würden. Außerdem seien die Kapazitäten im Weltmaßstab nur noch zu 2/3 ausgelastet, so daß die Kapazität der OPEC von vornherein eine „tote“ sein werde. Und nicht zuletzt forsche die US-Petrochemie bereits unter Volldampf nach „Ersatzrohstoffen“ für Öl und Erdgas, so daß die OPEC-Länder bald auf ihren Rohstoffen sitzenbleiben würden. In ihren eigenen Untersuchungen hat die OPEC belegt, daß der vielgepriesene „Innovationsschub“ der kapitalistischen Produktionsweise immer dann einsetzt, wenn es gilt, Kosten zu drücken. Seit Erdöl und -gas nicht mehr den imperialistischen Monopolen frei Haus geliefert werden, beginnen diese zu überlegen, was man denn „sonst“ als Rohstoff verwenden könnte. Zu Zeiten des niedrigen Ölpreises ist hingegen die Kohleproduktion in den westeuropäischen Ländern innerhalb von 15 Jahren um 41% gesunken auf 1973 146 Mio. t (1958: 248 Mio. t). Nach wie vor werde die Nachfrage nach Erdöl und Erdgas nicht abnehmen. Allerdings sind die Preise, die die Halsabschneider den Massen in den imperialistischen Metropolen für Öl und Benzin abknöpfen, eine pure Verhüllung dieses Zusammenhangs. Tatsächlich macht nämlich der Produzentenanteil am Endpreis gerade 10% aus, über 70% sind allein steuerliche Aufschläge der Finanzbourgeoisie.

Im Oktober erklärte der Generalsekretär der OPEC, Ali M. Jaidah: „Jetzt wo die Lebenszeit des Öls zur Neige geht, müssen die OPEC-Mitglieder auf ihre eigenen langfristigen Entwicklungsinteressen achten. Große

nur noch zu 2/3 ausgelastet, so daß die Kapazität der OPEC von vornherein eine „tote“ sein werde. Und nicht zuletzt forsche die US-Petrochemie bereits unter Volldampf nach „Ersatzrohstoffen“ für Öl und Erdgas, so daß die OPEC-Länder bald auf ihren Rohstoffen sitzenbleiben würden. In ihren eigenen Untersuchungen hat die OPEC belegt, daß der vielgepriesene „Innovationsschub“ der kapitalistischen Produktionsweise immer dann einsetzt, wenn es gilt, Kosten zu drücken. Seit Erdöl und -gas nicht mehr den imperialistischen Monopolen frei Haus geliefert werden, beginnen diese zu überlegen, was man denn „sonst“ als Rohstoff verwenden könnte. Zu Zeiten des niedrigen Ölpreises ist hingegen die Kohleproduktion in den westeuropäischen Ländern innerhalb von 15 Jahren um 41% gesunken auf 1973 146 Mio. t (1958: 248 Mio. t). Nach wie vor werde die Nachfrage nach Erdöl und Erdgas nicht abnehmen. Allerdings sind die Preise, die die Halsabschneider den Massen in den imperialistischen Metropolen für Öl und Benzin abknöpfen, eine pure Verhüllung dieses Zusammenhangs. Tatsächlich macht nämlich der Produzentenanteil am Endpreis gerade 10% aus, über 70% sind allein steuerliche Aufschläge der Finanzbourgeoisie.

Im Oktober erklärte der Generalsekretär der OPEC, Ali M. Jaidah: „Jetzt wo die Lebenszeit des Öls zur Neige geht, müssen die OPEC-Mitglieder auf ihre eigenen langfristigen Entwicklungsinteressen achten. Große

Mengen von Geld auf den Banken – Geld, das Jahr für Jahr stärker entwertet wird – entfalten unsere Wirtschaft nicht.“ (OPEC-Bulletin Supplement, 41/78) In den Jahren nach 1973 ging es darum, die Kontrolle über die Ölvorkommen den Imperialisten zu entreissen und nationale Ölgesellschaften zu gründen. Das ist nun weitgehend abgeschlossen. In den arabischen OPEC-Staaten soll die Raffineriekapazität bis 1980 auf 7,2 Mio. t pro Tag ausgebaut werden (1975: 2,5 Mio. t). Das entspricht 8% der Weltproduktion gegenüber gegenwärtig 5,6%. Zu den Drohungen der Imperialisten, die verarbeiteten Erdölprodukte der OPEC auf dem Weltmarkt zu „ignorieren“, hat diese erklärt, daß die OPEC ja immer noch ein bedeutender Rohölexporteur ist, und falls es den Imperialisten schwer fallen sollte, Raffinerieprodukte zu kaufen, werde man eben beides miteinander koppeln müssen.

Nur zu gerne würde die Monopolbourgeoisie in den USA oder in Westdeutschland in den Staaten des Arabischen Golfs z.B. Produktionsstätten der chemischen Industrie aufbauen, sozusagen gleich an der Quelle wichtiger Grundstoffe und billiger Arbeitskräfte. Jedoch, was nützen „Standortvorteile“, wenn die Verfügung über den Profit nicht gesichert ist? Und das zunächst durchaus verlockende Geschäft mit der Lieferung moderner Produktionsanlagen verliert beträchtlich an Reiz, wenn es den Kapitalexport nicht nach sich zieht. Kein Wunder, daß die OPEC-Staaten sich bei der Umsetzung ihres Programms auf die eigene Kraft verlassen. Die zahlreichen Unterstützungs- und Entwicklungsfonds legen darüberhinaus Zeugnis ab von dem Bewußtsein der OPEC-Staaten, daß sie diesen Aufbau als Teil des Kampfes der dritten Welt gegen imperialistische Ausbeutung und Plünderung leisten.

Abu Dhabi hat den Auftrag über 25 Mio. Dollar zum Bau einer Raffinerie in Ruweiss am Persischen Golf an Indien vergeben. In Pakistan wird mit der finanziellen Unterstützung des OPEC-Sonderfonds eine Düngemittelfabrik errichtet. Zu diesem Programm des industriellen Aufbaus in der dritten Welt tragen die einzelnen Mitgliedsländer in unterschiedlichem Maße bei. „Die OPEC besteht aus einer nicht gleichförmigen Gruppe von Ländern, die sich stark unterscheiden in bezug auf ihre wirtschaftliche Struktur, den Stand ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Größe der Bevölkerung und Dichte der Besiedlung, die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für Investitionen aus den Öleinnahmen etc. Es gibt Mitgliedsländer, denen große Ölreserven es erlauben, einen hohen Rohölausstoß zu halten, der an

kräfte. Jedoch, was nützen „Standortvorteile“, wenn die Verfügung über den Profit nicht gesichert ist? Und das zunächst durchaus verlockende Geschäft mit der Lieferung moderner Produktionsanlagen verliert beträchtlich an Reiz, wenn es den Kapitalexport nicht nach sich zieht. Kein Wunder, daß die OPEC-Staaten sich bei der Umsetzung ihres Programms auf die eigene Kraft verlassen. Die zahlreichen Unterstützungs- und Entwicklungsfonds legen darüberhinaus Zeugnis ab von dem Bewußtsein der OPEC-Staaten, daß sie diesen Aufbau als Teil des Kampfes der dritten Welt gegen imperialistische Ausbeutung und Plünderung leisten.

Abu Dhabi hat den Auftrag über 25 Mio. Dollar zum Bau einer Raffinerie in Ruweiss am Persischen Golf an Indien vergeben. In Pakistan wird mit der finanziellen Unterstützung des OPEC-Sonderfonds eine Düngemittelfabrik errichtet. Zu diesem Programm des industriellen Aufbaus in der dritten Welt tragen die einzelnen Mitgliedsländer in unterschiedlichem Maße bei. „Die OPEC besteht aus einer nicht gleichförmigen Gruppe von Ländern, die sich stark unterscheiden in bezug auf ihre wirtschaftliche Struktur, den Stand ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die Größe der Bevölkerung und Dichte der Besiedlung, die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für Investitionen aus den Öleinnahmen etc. Es gibt Mitgliedsländer, denen große Ölreserven es erlauben, einen hohen Rohölausstoß zu halten, der an

Einnahmen weit über das hinausgeht, was sie zur gleichen Zeit in Entwicklungsprojekte investieren können.“ (OPEC-Review, September 1978)

Während diese Mitgliedsländer hohe Beträge in die gemeinsamen Fonds entrichten, unterstützen sie die wirtschaftlich schwächeren, die ihre Öleinnahmen voll für den Aufbau der eigenen Industrie verwenden können.

Mexiko. Angesichts neuer Ölfunde im Ölfeld Chicontepec – die vermutete Ölreserve liegt damit mit über 300 Mrd. barrels doppelt so hoch wie in Saudi-Arabien – hat Präsident Portillo die USA „vor Einmischungen in mexikanische Angelegenheiten und vor der Bedrohung der mexikanischen Souveränität“ gewarnt.

NORWEGEN
• Erdölfeld
o Erdgasfeld
Erdölleitung
Erdgasleitung
Mittellinie
Bergen
Stavanger
DÄNEMARK

Norwegen. Auf der Unctad IV in Nairobi hat sich Norwegen, selbst erdölförderndes Land, als erste Industrienation verpflichtet, 25 Mio. Dollar in den geforderten Rohstoffonds einzuzahlen. Ein jetzt geschlossenes Abkommen mit der VR China sieht die Erschließung von Ölvorkommen im chinesischen Meer vor.

Stavanger
DÄNEMARK

Norwegen. Auf der Unctad IV in Nairobi hat sich Norwegen, selbst erdölförderndes Land, als erste Industrienation verpflichtet, 25 Mio. Dollar in den geforderten Rohstoffonds einzuzahlen. Ein jetzt geschlossenes Abkommen mit der VR China sieht die Erschließung von Ölvorkommen im chinesischen Meer vor.

Venezuela. Bis 1971 führender Erdölexporteuer der Welt. Initiator des Zusammenschlusses der erdölproduzierenden Länder in der OPEC. Seit 1975 ist die Erdölindustrie verstaatlicht. Um die fast ausschließliche Abhängigkeit des Landes vom Ölexport zu vermindern, wurden in den letzten Jahren vor allem die Eisenerzindustrie aufgebaut (Bild) und weitere Bodenschätze erforscht.

Alaska. Die Kämpfe der Ureinwohner – ca. 60000 Alaska-Indianer und Eskimos – gegen die Zerstörung des Landes haben sich seit der ersten fündigen Bohrung 1968 ständig verstärkt. Von 20000 Arbeitern haben die Imperialisten eine Pipeline bauen lassen, die das Land von Nord nach Süd geradewegs durchschneidet. Noch bestehende Schutzvorschriften sind am 17. Dezember ausgelaufen. Auf neue hat sich der amerikanische Kongreß bisher nicht einigen können. In einem Handstreich hat Präsident Carter jetzt ca. die Hälfte des dort vorgesehenen Gebietes unter „Denkmalschutz“ gestellt.

„Solch einen Luxus kann sich nur ein reiches Ölland leisten“, hetzt die „Süddeutsche Zeitung“ gegen den Aufbau der Landwirtschaft in Qatar. Daß die Einnahmen aus dem Export des Öls nicht im Wüstensand versickern, sondern die Wüste urbar gemacht wird, läßt die Imperialisten überschäumen. Ihre Plünderung ist genauso wenig ein „Naturgesetz“ wie die Unfruchtbarkeit der Wüsten.

Die diplomatische Anerkennung der VR China muß die US-Imperialisten wirklich schwer angekommen sein

Aus einem Memorandum von John P. Davies, US-Verbindungsoffizier in China vom 7. Nov. 1944:

„Die chinesischen Kommunisten sind zwischen der Großen Mauer und dem Jangtse so stark, daß sie sich jetzt vorbereiten können, nach dem Krieg wenigstens Nordchina zu kontrollieren. Sie können nicht nur die Teile des Jangtse-Tales in Besitz halten, die sie jetzt beherrschen, sondern auch neue Gebiete in Mittel- und Südchina hinzugewinnen. Die Kommunisten haben diese Gebiete während eines siebenjährigen Prozesses gewonnen, wobei Tschiang Kai-tschek seine Städte und die Hauptverbindungslinien an die Japaner und das Land an die Kommunisten verloren hat.

Die Kommunisten haben zehn Jahre Bürgerkrieg und sieben Jahre japani-

„Am 17. Juni 1950 kam der USA-Kriegshetzer John Forster Dulles (1.v.l.) an den 38. Breitengrad zur Planung eines Aggressionskrieges gegen Korea. Schon am 25. Juni setzten die USA-Aggressoren ihre Truppen in diesem Krieg ein. Die USA-Aggressoren wurden von der koreanischen und der chinesischen Volksarmee blutig geschlagen; sie sahen sich gezwungen, ein Waffenstillstandsabkommen in Korea zu unterzeichnen und damit ihre Niederlage einzugestehen. Mark W. Clark (Mitte), der Oberkommandierende der „UN-Truppenverbände", äußerte, er sei „der erste amerikanische Befehlshaber, der ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete, das keinen Sieg brachte." (Bilder und Text: Beilage zu China im Bild 8/1970, Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien! Mao Tsetung).

sche Offensive überstanden. Sie waren nicht nur einem stärkeren Druck des Feindes ausgesetzt als die chinesische Zentralregierung, sondern auch einer

„Am 17. Juni 1950 kam der USA-Kriegshetzer John Forster Dulles (1.v.l.) an den 38. Breitengrad zur Planung eines Aggressionskrieges gegen Korea. Schon am 25. Juni setzten die USA-Aggressoren ihre Truppen in diesem Krieg ein. Die USA-Aggressoren wurden von der koreanischen und der chinesischen Volksarmee blutig geschlagen; sie sahen sich gezwungen, ein Waffenstillstandsabkommen in Korea zu unterzeichnen und damit ihre Niederlage einzugestehen. Mark W. Clark (Mitte), der Oberkommandierende der „UN-Truppenverbände", äußerte, er sei „der erste amerikanische Befehlshaber, der ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete, das keinen Sieg brachte." (Bilder und Text: Beilage zu China im Bild 8/1970, Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien! Mao Tsetung).

sche Offensive überstanden. Sie waren nicht nur einem stärkeren Druck des Feindes ausgesetzt als die chinesische Zentralregierung, sondern auch einer
strikten Blockade durch Tschiang Kai-tschek.

Sie haben überlebt, und sie sind stärker geworden. Seit 1937 sind die Kommunisten in geometrischer Progression gewachsen. Von der Kontrolle von vielleicht 100000 qkm mit einer halben Million Bevölkerung haben sie sich auf 850000 qkm mit einer Bevölkerung von ungefähr 90 Millionen ausgedehnt. Und sie werden weiter wachsen.

Der Grund für diese erstaunliche Lebensfähigkeit und Stärke ist einfach und wesentlich. Es ist die Unterstützung der Massen und die Teilnahme der Massen am Kampf. Die kommunistischen Regierungen und Armeen sind die ersten Regierungen und Armeen in der neueren chinesischen Geschichte, die von den Volksmassen wirklich und breit unterstützt werden."

Die USA unterstützten stets die Bürgerkriegspolitik Tschiang Kai-tscheks. Um die Gründe für die Niederlagen Tschiang Kai-tscheks und Möglichkeiten für eine wirkungsvollere US-Intervention herauszufinden, schickten die USA 1947 den Generalleutnant Albert C. Wedemeyer nach China. In seinem Bericht an den Präsidenten Truman äußert er sich zur strategischen Bedeutung Chinas für die US-Imperialisten:

„Jede weitere Ausdehnung sowjetischen Einflusses und sowjetischer Macht wäre den strategischen Interessen der USA entgegengesetzt. In Kriegszeiten würde die Existenz eines nicht befreundeten Chinas dazu führen, daß uns wichtige Luftbasen für Zwischenlandungen bei Bombenangriffen wie auch wichtige Marinebasen entlang der asiatischen Küste verweigert würden. Seine Kontrolle durch die Sowjetunion oder durch ein der Sowjetunion befreundetes Regime würde eine Reihe von Warmwasserhäfen und Luftbasen für den Feind verfügbar machen. Unsere eigenen Luft- und Marinebasen in Japan, Ryukyus und auf den Philippinen wären Luftangriffen ausgesetzt, die eine relativ geringe Reichweite voraussetzen...

Auf der anderen Seite würde ein vereinigtes, mit den USA befreundetes oder verbündetes China uns nicht nur wichtige Luft- und Marinebasen verschaffen, sondern auch hinsichtlich seiner Größe und Bevölkerung ein wichtiger Verbündeter sein, wenn auch die schlechten Verkehrsbedingungen und der Mangel an moderner industrieller Entwicklung seinen Beitrag weniger wirksam machen würde als es sonst der Fall wäre."

Die USA haben sich ihre Chinapolitik etwas kosten lassen, mußten aber 1949 ihre erste Niederlage eingestehen.

Staatssekretär Dean Achesons Begleitbrief zu dem Chinaweißbuch, 30. Juli 1949:

„Die historische Politik der Freundschaft und Hilfe gegenüber dem chinesischen Volk wurde von seiten der USA im Frieden wie im Krieg aufrechterhalten. Seit dem Sieg über Japan hat die Regierung ungefähr 2 Milliarden Dollars Hilfe in Form von Schenkungen und Krediten an Nationalchina gewährt. Diese Summe beträgt dem Wert nach mehr als die Hälfte aller Geldausgaben der chinesischen Regierung und übersteigt in ihrem Anteil an dem Regierungsbudget Chinas jede Hilfe, die die USA irgendeinem Land Westeuropas seit Kriegsende gewährt hat. Neben diesen Schenkungen und Krediten hat die Regierung der USA der chinesischen Regierung große Mengen militärischer und ziviler Kriegsvorräte in einem Wert von über einer Milliarde Dollar verkauft, für die sie nur 232 Millionen Dollar verlangte. Allerdings ist ein großer Teil der militärischen Lieferungen für die chinesischen Armeen durch die militärische Unfähigkeit der nationalistischen Führer, ihre Schwäche und Kapitulation und durch die magelnde Kampfentschlossenheit ihrer Armeen in die Hände der chinesischen Kommunisten gefallen.

Es ist behauptet worden, daß die relativ niedrigen Beträge zusätzlicher militärischer und wirtschaftlicher Hilfe gereicht hätten, um den Kommunismus in China zu vernichten. Die sehr zuverlässigen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Informationen, die die Regierung hat, bestätigen diese Auffassung nicht...

Die unglückliche, aber nicht zu umgehende Tatsache ist, daß der unverständliche Ausgang des Bürgerkriegs in China durch die Regierung der USA nicht beeinflußt werden konnte. Nichts, was dieses Land innerhalb ver-

währt. Diese Summe beträgt dem Wert nach mehr als die Hälfte aller Geldausgaben der chinesischen Regierung und übersteigt in ihrem Anteil an dem Regierungsbudget Chinas jede Hilfe, die die USA irgendeinem Land Westeuropas seit Kriegsende gewährt hat. Neben diesen Schenkungen und Krediten hat die Regierung der USA der chinesischen Regierung große Mengen militärischer und ziviler Kriegsvorräte in einem Wert von über einer Milliarde Dollar verkauft, für die sie nur 232 Millionen Dollar verlangte. Allerdings ist ein großer Teil der militärischen Lieferungen für die chinesischen Armeen durch die militärische Unfähigkeit der nationalistischen Führer, ihre Schwäche und Kapitulation und durch die magelnde Kampfentschlossenheit ihrer Armeen in die Hände der chinesischen Kommunisten gefallen.

Es ist behauptet worden, daß die relativ niedrigen Beträge zusätzlicher militärischer und wirtschaftlicher Hilfe gereicht hätten, um den Kommunismus in China zu vernichten. Die sehr zuverlässigen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Informationen, die die Regierung hat, bestätigen diese Auffassung nicht...

Die unglückliche, aber nicht zu umgehende Tatsache ist, daß der unverständliche Ausgang des Bürgerkriegs in China durch die Regierung der USA nicht beeinflußt werden konnte. Nichts, was dieses Land innerhalb ver-
nünftiger Grenzen seiner Fähigkeiten tun konnte, hätte diesen Ausgang ändern können. Nichts, was dieses Land unterlassen hat, hat zu diesem Ausgang beigetragen. Er war das Ergebnis innerer chinesischer Kräfte, die dieses Land zu beeinflussen versuchte, aber nicht beeinflussen konnte. Die Entscheidung kam in China zustande, und sei es nur eine Entscheidung in Abwesenheit.

Und jetzt ist bis zum Überdruß klar, daß wir die tatsächliche Lage ins Auge fassen müssen..."

Auch nach ihrer Niederlage behielten die USA ihre Aggressionspolitik gegen China bei und nahmen ihre Intervention in Korea zum Anlaß, die 7. US-Flotte in die Straße von Taiwan zu entsenden. Keine Lüge war ihnen zur Rechtfertigung zu plump.

Erklärung Trumans zur Aufgabe der 7. US-Flotte vor Taiwan, 27. Juni 1950

„Der Angriff auf Korea beweist vollständig, daß der Kommunismus von der Subversion gegen unabhängige Länder jetzt zur bewaffneten Invasion und zum Krieg übergegangen ist. Er hat die Befehle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die Frieden und Sicherheit sichern sollten, gebrochen. Unter diesen Umständen wäre die Besetzung Formosas durch kommunistische Kräfte eine direkte Drohung für den Pazifik und für die US-Streitkräfte, die in diesem Gebiet ihre gesetzlichen und notwendigen Aufgaben wahrnehmen.

Dementsprechend habe ich der 7. US-Flotte befohlen, jeden Angriff auf Formosa zu verhindern. Zusätzlich habe ich die chinesische Regierung auf Formosa aufgefordert, alle Luft- und Seeoperationen gegen das Festland einzustellen. Die 7. Flotte wird schauen, daß dieser Aufforderung entsprochen wird. Die Klärung des zukünftigen Status von Formosa muß warten, bis die Sicherheit im Pazifik wiederhergestellt ist, ein Friedensvertrag mit Japan zustandegekommen ist oder bis die Frage in der UNO behandelt worden ist..."

1953 behauptet Eisenhower, die 7. Flotte sei zum Schutz der Volksrepublik China aufgefahren. Indem er sie abzieht, droht er direkt mit einer Landung von Taiwan aus.

Eisenhowers Erklärung zur Lage der Nation, 2. Febr. 1953

Im Juni 1950 wurde die 7. Flotte infolge des Angriffes auf die Republik von Korea damit beauftragt, sowohl einen Angriff auf Formosa zu verhindern als auch sicherzustellen, daß Formosa nicht als Basis für Operationen gegen die Kommunisten auf dem Festland genutzt würde ... Infolge (der chinesischen Politik) gibt es keinerlei logischen oder vernünftigen Grund mehr, der die Flotte der USA veranlassen könnte, Verteidigungspflichten für die chinesischen Kommunisten zu übernehmen..."

Der „Verteidigungspakt" der USA mit der Tschiang-Kai-tschek-Clique ist ein offensichtlicher Aggressionspakt, der jeder Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt.

Verteidigungsvertrag zwischen den USA und der Republik China vom 2.12.1954

Artikel II. Um den Zweck dieses Vertrages wirksamer zu erfüllen, werden die Partner, jeder für sich und gemeinsam durch Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe ihre individuelle und kollektive Fähigkeit zum Widerstand gegen bewaffneten Angriff und kommunistische Subversions-Tätigkeit, die von außen her gegen ihre territoriale Integrität und ihre politische Stabilität gerichtet sind, erhalten und entwickeln.

Artikel V. Jeder Partner erkennt an, daß ein bewaffneter Angriff im westpazifischen Raum auf die Gebiete eines der Partner eine Gefährdung für seinen eigenen Frieden und seine eigene Sicherheit darstellen würde, und erklärt, daß er der gemeinsamen Gefahr in Übereinstimmung mit seinem konstitutionellen Verfahren begegnen würde..."

Artikel VI

Für die Zwecke der Art. II und V sind unter den Bezeichnungen „territorial" und „Gebiete" im Hinblick auf die Republik China Taiwan und die Pescadoren, im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika die unter ihrer Verwaltung stehenden westpazifischen Inseln zu verstehen. Die Vorkehrungen der Art. II und V sind auf an-

Verteidigungsvertrag zwischen den USA und der Republik China vom 2.12.1954

Artikel II. Um den Zweck dieses Vertrages wirksamer zu erfüllen, werden die Partner, jeder für sich und gemeinsam durch Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe ihre individuelle und kollektive Fähigkeit zum Widerstand gegen bewaffneten Angriff und kommunistische Subversions-Tätigkeit, die von außen her gegen ihre territoriale Integrität und ihre politische Stabilität gerichtet sind, erhalten und entwickeln.

Artikel V. Jeder Partner erkennt an, daß ein bewaffneter Angriff im westpazifischen Raum auf die Gebiete eines der Partner eine Gefährdung für seinen eigenen Frieden und seine eigene Sicherheit darstellen würde, und erklärt, daß er der gemeinsamen Gefahr in Übereinstimmung mit seinem konstitutionellen Verfahren begegnen würde..."

Artikel VI

Für die Zwecke der Art. II und V sind unter den Bezeichnungen „territorial" und „Gebiete" im Hinblick auf die Republik China Taiwan und die Pescadoren, im Hinblick auf die Vereinigten Staaten von Amerika die unter ihrer Verwaltung stehenden westpazifischen Inseln zu verstehen. Die Vorkehrungen der Art. II und V sind auf an-
dere Territorien anwendbar, soweit sie durch gegenseitige Übereinkunft festgelegt werden."

Resolution des US-Kongresses vom 29.1.1955

„Der Präsident der Vereinigten Staaten wird hiermit ermächtigt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten so einzusetzen, wie er es für den bestimmten Zweck der Sicherung und des Schutzes Formosas und der Pescadoren gegen einen bewaffneten Angriff für notwendig hält; diese Ermächtigung schließt ein die Sicherung und den Schutz derjenigen damit in Beziehung stehenden Stellungen und Gebiete, die sich gegenwärtig in befreundeter Hand befinden, sowie das Ergreifen anderer Maßnahmen, die er zur Gewährleistung der Verteidigung Formosas und der Pescadoren für erforderlich oder angemessen hält."

Memorandum des amerikanischen Außenministeriums vom 11.8.1958 über die China-Politik

„Grundsätzlich geht die Politik der Vereinigten Staaten, dem kommunistischen Regime in China die diplomatische Anerkennung nicht zu gewähren, von der Überzeugung aus, daß eine solche Anerkennung den Vereinigten Staaten oder der freien Welt als Ganzes keine greifbaren Vorteile bringen und eine wesentliche Unterstützung der Versuche der chinesischen Kommunisten darstellen würde, die kommunistische Herrschaft über ganz Asien auszudehnen. Dies ist keine ‚starre' Politik, die nicht geändert werden kann, um sich den wechselnden Bedingungen anzupassen. Wenn die Situation im Fernen Osten sich in ihren Grundelementen so ändern sollte, daß sie eine radikal verschiedene Bewertung der chinesisch-kommunistischen Bedrohungspolitik erforderlich macht, dann würden die Vereinigten Staaten natürlich ihre derzeitige Politik diesen Gegebenheiten wiederum anpassen. Der Ablauf der Ereignisse im Fernen Osten hat jedoch seit der Errichtung des chinesisch-kommunistischen Regimes im Jahre 1949 insoweit die Ansicht der Vereinigten Staaten bestätigt, als den Interessen der Vereinigten Staaten und denen der freien Welt am besten damit gedient wird, wenn dem Pekinger Regime die diplomatische Anerkennung nicht zuteil wird.

Der amerikanischen Politik gegenüber China liegen zwei grundsätzliche Erwägungen zugrunde. Erstens führt der Sowjetblock, von dem das kommunistische China einen wichtigen Teil bildet, einen Kampf mit weitgesteckten Zielen, um die Lebensform der freien Länder der Welt zu zerstören und eine weltumspannende Herrschaft des Kommunismus zu errichten. Das chinesische kommunistische Regime hat weder ein Geheimnis aus seiner grundsätzlichen Feindschaft gegenüber den Vereinigten Staaten oder der freien Welt als Ganzes noch aus seiner offen zugegebenen Absicht gemacht, deren Untergang zu bewirken. Seine herausfordernde Haltung und seine Angriffe gegen die nichtkommunistische Welt haben inzwischen eine Schärfe erreicht, wie sie seit dem Krieg in Korea nicht beobachtet werden konnte. Der zweite grundsätzliche Faktor ist der, daß Ostasien besonders offen für eine kommunistische Offensive ist, weil die freien Länder dieses Gebietes in der Nähe des kommunistischen China liegen, weil diejenigen, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erlangt haben, in der selbständigen Führung der Regierungsgeschäfte unerfahren sind, weil sie ferner aus ihrer Kolonialvergangenheit ein Mißtrauen dem Westen gegenüber mit sich tragen und weil ihr Streben nach einer neuzeitlichen Lebensführung notwendigerweise von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen begleitet ist."

Erklärung des amerikanischen Außenministers, John Forster Dulles, in Newport am 4.9.1958

„7. Der Präsident und ich hoffen aufrichtig, daß das kommunistische Regime in China nicht wieder, wie im Falle Koreas, die grundlegenden Prinzipien, auf denen die Ordnung der Welt beruht – daß nämlich keine bewaffneten Streitkräfte zur Verwirklichung territorialer Ziele verwandt werden sollen –, mißachten wird. Jede derartige Anwendung nackter Gewalt würde eine Frage aufwerfen, die weit über das Problem der Küsteninseln und selbst der Sicherheit Formosas

gegen die nichtkommunistische Welt haben inzwischen eine Schärfe erreicht, wie sie seit dem Krieg in Korea nicht beobachtet werden konnte. Der zweite grundsätzliche Faktor ist der, daß Ostasien besonders offen für eine kommunistische Offensive ist, weil die freien Länder dieses Gebietes in der Nähe des kommunistischen China liegen, weil diejenigen, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erlangt haben, in der selbständigen Führung der Regierungsgeschäfte unerfahren sind, weil sie ferner aus ihrer Kolonialvergangenheit ein Mißtrauen dem Westen gegenüber mit sich tragen und weil ihr Streben nach einer neuzeitlichen Lebensführung notwendigerweise von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen begleitet ist."

Erklärung des amerikanischen Außenministers, John Forster Dulles, in Newport am 4.9.1958

„7. Der Präsident und ich hoffen aufrichtig, daß das kommunistische Regime in China nicht wieder, wie im Falle Koreas, die grundlegenden Prinzipien, auf denen die Ordnung der Welt beruht – daß nämlich keine bewaffneten Streitkräfte zur Verwirklichung territorialer Ziele verwandt werden sollen –, mißachten wird. Jede derartige Anwendung nackter Gewalt würde eine Frage aufwerfen, die weit über das Problem der Küsteninseln und selbst der Sicherheit Formosas
hinausgehen würde. Dies würde eine weitgehende Anwendung von Gewalt im Fernen Osten voraussetzen, durch die lebenswichtige Positionen der freien Welt und die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährdet würden. Ein Nachgeben an diesem Punkt würde den Frieden überall bedrohen. Wir glauben, daß die zivilisierte Weltgemeinschaft niemals eine offenkundige militärische Eroberung als ein legitimes Instrument der Politik gutheißen wird."

Die USA ziehen in der UNO die Notbremse.

Rede von US-UNO-Botschafter Adlai E. Stevenson vor der UNO, in der er beantragte, die Aufnahme der VR China zu einer Grundsatzfrage zu erheben, 1.12.1961

„Die elementarste Vorsicht fordert, daß die Generalversammlung sich vor Augen halte, daß nicht das geringste Anzeichen, nicht die kleinste Äußerung einer Absicht seitens der Herrscher des kommunistischen China vorliegt, sich in ihrer zukünftigen Verhaltensweise von den Grundsätzen der Charta leiten zu lassen. Alle Anzeichen sprechen gegen eine solche Absicht. Die Regierungsstellen von Peking haben den Vereinten Nationen gegenüber nur Verachtung an den Tag gelegt. Sie geben sich sogar besondere Mühe, die Vereinten Nationen herabzusetzen und ihre Mitglieder zu verunglimpfen. Sie weigern sich, in der Formosa-Straße auf die Anwendung von Waffengewalt zu verzichten. Sie setzen ihre Aktionen gegen die territoriale Integrität anderer Staaten fort. Nicht einmal mit der Sowjetunion scheinen sie in einem guten Verhältnis zu stehen."

Die Chinapolitik der USA

1844 Abschluß eines Handelsvertrages, der den USA die gleichen Rechte zur Ausplünderung des Landes gibt, die in dem Friedensvertrag nach Beendigung des „Opiumkrieges" den europäischen Imperialisten zugestanden werden mußten: Aufhebung von Handelsbeschränkungen, Exterritorialität für die ausländischen Besitzungen mit eigener Rechtsprechung, Polizei- und Militärmacht.

1899 (6.9.) Note des amerikanischen Außenministers John Hay, nachdem die USA durch die Okkupation der Philippinen zu einer „asiatischen Macht" geworden waren, in der eine Politik der „Offenen Tür" in China gefordert wird, die allen Imperialisten die gleichen Ausbeutungs- und Ausplünderungsmöglichkeiten gibt.

1900 Beteiligung der USA an der militärischen Niederwerfung der antiimperialistischen Yihotuan-Bewegung („Boxeraufstand").

1911/1913 Finanzielle Unterstützung der chinesischen Reaktion unter Yüan Schi-kai zum Sturz der gegründeten Republik.

1922 Washingtoner Konferenz: Neunmächteabkommen, in dem die formale Unabhängigkeit Chinas und ein Festhalten an der „Offenen-Tür-Politik" festgelegt wurden.

1925/27 Die in China auf Grund der Exterritorialität stationierten Truppen und Kanonenboote des US-Imperialismus helfen bei der Unterdrückung der nationaldemokratischen Revolution.

1937 Während der japanischen Okkupation von Teilen Chinas richtet die US-Regierung Apelle zur Einstellung der Kriegshandlungen, ohne selbst einzugreifen.

1940 Erklärt die japanische Marionettenregierung von Nanking den USA den Krieg.

1941 Nach dem Kriegseintritt der USA im Pazifik unterstützen sie zunehmend die Kuomintang, um auf dem chinesischen Festland Luftbasen für den Krieg gegen Japan zu bekommen.

1946 Nach dem Ende des 2. Weltkrieges bleiben US-Truppen in China stationiert. Sonderbotschafter Marshall „vermittelt" zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Kuomintang. Die Zeit der Verhandlungen wird genutzt, die Truppen Tschiang Kai-tscheks weiter aufzurüsten. Die Verhandlungen werden abgebrochen.

1947/48 US-Finanzhilfen für die Tschiang-Kai-tschek-Clique über 463 Millionen Dollar zum Kampf gegen die Volksbefreiungsarmee.

1949 (21.9.) Proklamation der Volksrepublik China.

1949 (29.11.) Die letzten Truppen Tschiang Kai-tscheks werden vom Festland vertrieben und fliehen nach Taiwan.

1950 (Januar) USA widersetzen sich der legitimen Übernahme des Sitzes in den Vereinten Nationen und dem Sicherheitsrat durch die VR China; nach der Beschlagnahmung des amerikanischen Besitzes in China werden alle

der Kriegshandlungen, ohne selbst einzugreifen.

1940 Erklärt die japanische Marionettenregierung von Nanking den USA den Krieg.

1941 Nach dem Kriegseintritt der USA im Pazifik unterstützen sie zunehmend die Kuomintang, um auf dem chinesischen Festland Luftbasen für den Krieg gegen Japan zu bekommen.

1946 Nach dem Ende des 2. Weltkrieges bleiben US-Truppen in China stationiert. Sonderbotschafter Marshall „vermittelt" zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Kuomintang. Die Zeit der Verhandlungen wird genutzt, die Truppen Tschiang Kai-tscheks weiter aufzurüsten. Die Verhandlungen werden abgebrochen.

1947/48 US-Finanzhilfen für die Tschiang-Kai-tschek-Clique über 463 Millionen Dollar zum Kampf gegen die Volksbefreiungsarmee.

1949 (21.9.) Proklamation der Volksrepublik China.

1949 (29.11.) Die letzten Truppen Tschiang Kai-tscheks werden vom Festland vertrieben und fliehen nach Taiwan.

1950 (Januar) USA widersetzen sich der legitimen Übernahme des Sitzes in den Vereinten Nationen und dem Sicherheitsrat durch die VR China; nach der Beschlagnahmung des amerikanischen Besitzes in China werden alle
amtlichen Vertreter zurückberufen.

1950 (Juni) US-Aggression gegen Korea, chinesisches Freiwilligenheer kämpft auf seiten des koreanischen Volkes; Präsident Truman verkündet, daß jeder Angriff auf Taiwan mit Waffengewalt von den USA beantwortet wird und ordert die 7. Flotte in die chinesischen Gewässer um Taiwan.

1950 (September) Auf der New Yorker Außenministerkonferenz weigern sich die USA, die VR China anzuerkennen.

1953 (26.7.) Waffenstillstand in Korea

1954 (8.9.) SEATO gegründet

(2.12.) Vertrag der USA mit Taiwan über militärischen Schutz

1955 (29.1.) US-Gesetz, das dem US-Präsidenten das Recht gibt, US-Truppen zum militärischen Schutz Taiwans einzusetzen.

(7.5.) Abkommen über die Stationierung von US-Atomraketeneinheiten auf Taiwan

(1.8.) Auf Vorschlag der VR China beginnen in Warschau Botschaftergespräche zwischen den USA und China

1957 (5.8.) Lockerungen im US-Handelsembargo gegenüber der VR China

1958 Ständige Verletzung der chinesischen Hoheitsrechte auf dem Wasser durch die US-Imperialisten führt zum Bombardement küstennaher Inseln, die von der Tschiang-Kai-tschek-Clique und den USA besetzt sind.

1961 Die Frage der chinesischen Vertretung in der UNO wird auf Betreiben der USA zu einer „wichtigen Frage" (important question) gemacht, die eine Zweidrittelmehrheit erfordert, da ansonsten die Zulassung Chinas nicht mehr zu verhindern war.

Tarifverhandlungen P+S ergebnislos vertagt

r.crs. Am 22.12. haben zum zweiten Mal Tarifverhandlungen für die 17000 Beschäftigten von P+S stattgefunden. Schon bei den ersten Verhandlungen hatte Adams, Vorstandsvorsitzender der P&S AG, die Frechheit besessen, kein Angebot zu machen. Die IGM fordert 5% mehr Lohn, ,,Einstieg'' in die 35-Stundenwoche und ,,Dynamisierung'' der Produktionsprämie. Adams läßt Streikbrecherproduktion fahren und hofft, jetzt einen gewaltigen Konkurrenzvorsprung zu ergattern. Vertrauensleute fordern auf mehreren Teilbetriebsversammlungen die Ausweitung der Streiks. P+S muß in die Streikfront! Als aus dem Rohrwerk bekannt wurde, daß 20 LKW-Ladungen an ein Werk im bestreikten Gebiet gegangen sind, haben die Arbeiter sofort Gegenmaßnahmen eingeleitet. Die Vertrauenskörperleitung hat einen Ausschuß eingerichtet, der Nachrichten über Streikbrecherproduktion zusammenfaßt, und dafür sorgt, daß solche Arbeiten nicht durchgeführt werden. Die Betriebsräte werden von den Arbeitern aufgefordert, Überstunden abzulehnen. Die Arbeiter gehen daran, die Streikfront aufzubauen. Organisierung des Streiks ist auch die einzig richtige Antwort auf die Ankündigung von Adams in der Nordschau am 21.12., im Frühjahr das Hochofenwerk Ilsede dichtzumachen und ein ,,Gesamtkonzept für den Konzern'' durchzuführen, das ,,Erschwernisse'' für die Arbeiter mit sich bringe.

Tarifverhandlungen für Westberliner Brauereiarbeiter gescheitert

r.güw. In Westberlin hat die Gewerkschaft NGG die Verhandlungen mit dem Wirtschaftsverband Berliner Brauereien um einen neuen Manteltarifvertrag sowie einen neuen Entgelttarifvertrag für die rund 3000 Westberliner Brauereiarbeiter für gescheitert erklärt und wollte nach Ablauf der Schlichtungsfrist am 20. Dezember für den Entgelttarifvertrag bzw. im Januar für den Manteltarifvertrag entsprechende Kampfmaßnahmen einleiten. Bis Weihnachten hat die Gewerkschaft noch keine Schritte in diese Richtung unternommen, so daß Kampfmaßnahmen wohl erst im Januar nach dem erklärten Scheitern der MTV-Verhandlungen zu erwarten sind. – Ähnlich wie im August bei den Manteltarifverhandlungen für die Brauereiarbeiter in Nordrhein-Westfalen stehen auch hier die Fronten: Die Gewerkschaft NGG fordert die 35-Stundenwoche für die Arbeiter ab 55 Jahre und 10 Jahren Betriebszugehörigkeit, ab 60 Jahren 30 Wochenstunden, bezahlte Freizeit für Wechselschichtarbeiter von 5 Arbeitstagen pro Jahr, Erhöhung des Urlaubs sowie ein zusätzliches Urlaubsgeld von 800 DM. Weitere Forderungen sind ein 13. Monatsgehalt für alle, Mitbestimmung der Betriebsräte bei personellen Besetzungen von Maschinenanlagen, Kündigungsschutz für gewerkschaftli-

Tarifverhandlungen für Westberliner Brauereiarbeiter gescheitert

r.güw. In Westberlin hat die Gewerkschaft NGG die Verhandlungen mit dem Wirtschaftsverband Berliner Brauereien um einen neuen Manteltarifvertrag sowie einen neuen Entgelttarifvertrag für die rund 3000 Westberliner Brauereiarbeiter für gescheitert erklärt und wollte nach Ablauf der Schlichtungsfrist am 20. Dezember für den Entgelttarifvertrag bzw. im Januar für den Manteltarifvertrag entsprechende Kampfmaßnahmen einleiten. Bis Weihnachten hat die Gewerkschaft noch keine Schritte in diese Richtung unternommen, so daß Kampfmaßnahmen wohl erst im Januar nach dem erklärten Scheitern der MTV-Verhandlungen zu erwarten sind. – Ähnlich wie im August bei den Manteltarifverhandlungen für die Brauereiarbeiter in Nordrhein-Westfalen stehen auch hier die Fronten: Die Gewerkschaft NGG fordert die 35-Stundenwoche für die Arbeiter ab 55 Jahre und 10 Jahren Betriebszugehörigkeit, ab 60 Jahren 30 Wochenstunden, bezahlte Freizeit für Wechselschichtarbeiter von 5 Arbeitstagen pro Jahr, Erhöhung des Urlaubs sowie ein zusätzliches Urlaubsgeld von 800 DM. Weitere Forderungen sind ein 13. Monatsgehalt für alle, Mitbestimmung der Betriebsräte bei personellen Besetzungen von Maschinenanlagen, Kündigungsschutz für gewerkschaftli-
che Vertrauensleute. Der Manteltarifvertrag soll eine Laufzeit von 4 Jahren haben.

Mehr und billigere Hilfskraftstellen

r.gör. Der Staat nutzt die elende materielle Lage der Studenten, um sich ihre Arbeitskraft billigst anzueignen. Als wissenschaftliche Hilfskräfte werden Studenten halb- oder vierteltägig für die Verrichtung wissenschaftlicher und Verwaltungsarbeiten an den Instituten angestellt. Sie erhalten kurzfristige Zeit- und Kettenarbeitsverträge, in der Regel weit unter der Bezahlung nach den Eingruppierungsmerkmalen des BAT (Angestelltentarif). Auf diese Weise können Planstellen eingespart werden, die BAT-Eingruppierungen werden brüchig gemacht und das Lohnniveau der gesamten Belegschaft gesenkt; den Professoren werden weisungsgebundene Handlanger zur Verfügung gestellt; der Kampf der Belegschaften gegen Lohnsenkung und Rationalisierung wird gespalten. – An der Universität Osnabrück werden die Haushaltsmittel hierfür von 0,68 Mio. DM 1978 auf 1,6 Mio. DM 1979 mehr als verdoppelt. – Gleichzeitig finden direkte Lohnkürzungen bei den Hilfskräften statt. Von den Beschäftigten in den öffentlichen Diensten erkämpfte Mindestlohnerhöhungen und Urlaubsgelder werden nicht einmal anteilmäßig auf die Arbeitszeit angerechnet, und Auspressung derselben Arbeitsmenge in kürzerer Zeit findet statt. Bei den Hilfskräften an der Universität Göttingen ergeben sich dadurch allein schon Lohneinbußen von rd. 100 DM monatlich 1978 gegenüber 1973. – Diese Hilfskraftstellen müssen beseitigt werden, ein höheres BAFÖG muß erkämpft werden.

Werftindustrie: Für ,,notwendigen Kapitalfluß'' wird gesorgt

r.dem. 660 Mio. DM hat die Bundesregierung als Werfthilfe beschlossen. ⅓ sollen die vier Küstenländer tragen. Berechnungsgrundlage für dieses Drittel ist ein Betrag von 510 Mio. DM. Mit diesem Werftprogramm holt die sozialliberale Koalition zum Vernichtungsschlag gegen die europäische Konkurrenz aus. 1976 wurden die Werften mit 170 Mio. DM Bundesmitteln gefördert, 1977 mit 450 Mio. DM, 1978 mit 250 Mio. DM.

In Schleswig-Holstein und Bremen ist der Haushalt 1979 beraten und verabschiedet worden. Mit großem Propagandarummel für die ,,Sicherung von Arbeitsplätzen in der krisengeschüttelten Werftindustrie'' haben beide Bundesländer die von den Werftkapitalisten geforderten Kapitalhilfen beschlossen. Schleswig-Holstein bewilligte den Werften einen Zuschuß von 90 Mio. DM.

In dem Bremer Haushalt 1979 ist vorgesehen, daß ,,die Übernahme von Bürgschaften insbesondere im Schiffbaubereich zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist, damit die Werften im Lande Bremen eine konkurrenzfähige Finanzierung... anbieten können. Um diesem Gebot ausreichend Rechnung zu tragen, sieht der Entwurf des Haushaltsgesetzes vor, daß die Ermächtigung zur Übernahme von Bürgschaften im Bereich Schiffbau, Schiffahrt, Fischerei auf 200 Mio. DM aufgestockt wird.'' (Senatsmitteilungen)

Die Kredithaie des Finanzkapitals geben den Werftkapitalisten die für den Bau eines Schiffes erforderlichen hohen Kapitalmassen auf Grund der ,,dünnen Kapitaldecke'' nur zu hohen Zinsen. Bürgt der Senat aber, gehen die Banken mit den Zinsen runter, ihr verauslagtes Kapital kommt, was immer auch passieren mag, über den Staat auf jeden Fall wieder rein.

Wie der ,,Weg in die Zukunft'' aussehen soll für die Werften im Lande Bremen, wird mit der Mehrheitsbeteiligung des Landes an der Schichau-Unterweser-Werft in Bremerhaven deutlich. Geplant ist dabei, daß die Schichau-Unterweser-Werft mit der Rickmers-Werft fusioniert. Das Kalkül der Werftkapitalisten mit der Mehrheitsbeteiligung des Bremer Senats ist es, über eine direkte Anzapfung der staatlichen Kapitalquellen sich den europäischen Markt für Fähren und RoRo-Schiffe unter den Nagel zu reißen. Hier gilt es vor allem Italien, Norwegen und Dänemark zu schlagen.

Schrieb der Weser-Kurier am 6. 12. noch ,,die geforderte Umstrukturierung läßt sich nur mit erheblichem Kapitaleinsatz vollziehen'', heißt es am 14. 12. triumphierend zur Mehrheitsbeteiligung des Bremer Senats bei Schichau ,,der notwendige Kapitalfluß ist durch Zuschüsse des Landes Bremen sichergestellt.'' Mit Hilfe von 56,4 Mio. DM Bremer Landesbürgschaft und 31,7 Mio. DM Zuschüssen (Nordsee-Zeitung) konnte die Schichau-Werft jetzt einen Großauftrag über drei Fähren im Wert vom 190 Mio. DM aus England an Land ziehen.

Sozialdemokratisch aufbereitet hat die Bremer SPD ihre Mehrheitsbeteiligung mit der Sicherung von Arbeitsplätzen begründet, und damit, daß der Senat nur in das Unternehmen einsteigt, wenn die Aktionäre den Verlust von 1978 tragen. Wie die Schichau-Kapitalisten und der Bremer Senat an die europäische Spitze kommen wollen, haben sie schon rausgelassen: Unter Beibehaltung der Kurzarbeit bei einigen Gewerken soll der Fährenauftrag voll durchgezogen werden und bei einer Fusion von Schichau und Rickmers sollen 600 Werftarbeiter der Rickmers-Werft entlassen werden.

Laut Aktiengesetz müssen die Kapitalisten, wenn der ,,Verlust'' 50% des Grundkapitals übersteigt, Konkurs anmelden. Nach Auskunft des Wertpapierberaters der Geestemünder Bank Bremerhaven bestand der ,,Verlust'' der Schichau-Kuponschneider darin, entweder Konkurs anzumelden oder aber einem Kapitalschnitt, d.h. einer Reduzierung des Grundkapitals von 12 Mio. DM auf 4 Mio. DM durch die Verlustübernahme zuzustimmen. Die Senkung des Grundkapitals ist mit einer gleichzeitigen Kapitalerhöhung von 8 Mio. DM, die der Bremer Senat zahlt, verbunden. Der Kapitalschnitt ist direkt auf den ,,notwendigen Kapitalfluß'' abgestimmt. Hätte er nicht stattgefunden, wäre folgende Rechnung aufzumachen: 12 Mio. Grundkapital der Aktionäre plus 8 Mio. des Senats hätte ein Grundkapital von 20 Mio. DM ergeben. Bei einem angenommenen Verlust von 8 Mio. DM hätte sich die Verteilung des Verlustes: 3/5 Aktionäre und 2/5 Bremer Senat ergeben. Durch den Kapitalschnitt tragen die Kuponschneider jetzt 5/5. Der Trick an der Sache ist, daß bei dem jetzigen Kapitalverhältnis von ⅓ Aktionäre und ⅔ Bremer Senat die ,,Verluste'' der kommenden Jahre, d.h. die Zeit, um ,,durch Kapitaleinsatz so umzustrukturieren'', daß die Höchstprofite wieder sprudeln, der Senat zwei Drittel zahlt und die Aktionäre nur ein Drittel. Der Vizepräses der Handelskammer Bremen will die Mehrheitsbeteiligung des Senats ,,nur als Übergangslösung verstanden wissen, bis die Werftkrise vorüber ist. In dieser Betrachtung geht er... mit der Meinung des Senats konform.'' (Weser-Kurier) Der bisherige Hauptaktionär der Schichau-Werft, Noé ,,sieht in den Hilfen des Landes Bremen keine Maßnahmen zur Verstaatlichung von Unternehmen''.

Fanggebiete und Fangmengen der westdeutschen Fischereiflotte

Bäreninsel, Barentssee, Norwegische Küste, Grönland, Island, Färöer, Labrador, Nordsee, Ostsee, Westbrit. Gewässer, Neufundland, Neuschottland, Neuengland, Südatlantik

r.kea. Die drei abgebildeten Fischereischiffe stehen jedes für eine Phase imperialistsicher Fischereiwirtschaft der letzten 20 Jahre. Links oben: Einer der ersten westdeutschen *Heckfänger* (1957). Der durch die Hecköffnung eingeholte Fang wird schon an Bord verarbeitet und im Tiefkühlraum eingelagert. 1977 besaß die westdeutsche Fischereiwirtschaft 27 *Fangfabrikschiffe* der modernsten Kategorie. Man rühmt sich ,,der leistungsfähigsten Fabriktrawlerflotte der westlichen Welt''. Die Superlative auf diesem Gebiet ist die sowjetische Fischfabrik ,,Wostok'' (Bild links unten). Das ,,Mutterschiff'' kann 14 kleine Fangschiffe aussetzen und hat zur Ortung von Fischschwärmen zwei Hubschrauber an Bord. Neben dem verstärkten Ausbau der *Frischfischfänger* (Bild unten rechts), hauptsächlich für den Fang im ,,EG-Meer'' gedacht, reagiert der BRD-Imperialismus auf die Einführung der 200-Meilen Grenze so, daß er durch Spaltung und Erpressung einzelner, teilweise abhängiger Länder, sogenannte Kooperationsverträge mit diesen Ländern durchsetzt. Mit solchen Verträgen, z.B. mit Argentinien und Neuseeland, will die Bundesregierung als ,,Gegenleistung'' für das ,,know how'' imperialistischer Fischereiwirtschaft die Preisgabe des Fischreichtums dieser Länder erzwingen.

Den ,,Geldbatzen kassieren'', um den Mietzins zu erhöhen

Stadtteilsanierung in Braunschweig / Profitliche Nutzung des Bodens wird vorbereitet

bau, Schiffahrt, Fischerei auf 200 Mio. DM aufgestockt wird.'' (Senatsmitteilungen)

Die Kredithaie des Finanzkapitals geben den Werftkapitalisten die für den Bau eines Schiffes erforderlichen hohen Kapitalmassen auf Grund der ,,dünnen Kapitaldecke'' nur zu hohen Zinsen. Bürgt der Senat aber, gehen die Banken mit den Zinsen runter, ihr verauslagtes Kapital kommt, was immer auch passieren mag, über den Staat auf jeden Fall wieder rein.

Wie der ,,Weg in die Zukunft'' aussehen soll für die Werften im Lande Bremen, wird mit der Mehrheitsbeteiligung des Landes an der Schichau-Unterweser-Werft in Bremerhaven deutlich. Geplant ist dabei, daß die Schichau-Unterweser-Werft mit der Rickmers-Werft fusioniert. Das Kalkül der Werftkapitalisten mit der Mehrheitsbeteiligung des Bremer Senats ist es, über eine direkte Anzapfung der staatlichen Kapitalquellen sich den europäischen Markt für Fähren und RoRo-Schiffe unter den Nagel zu reißen. Hier gilt es vor allem Italien, Norwegen und Dänemark zu schlagen.

Labrador, Nordsee, Ostsee, Westbrit. Gewässer, Neufundland, Neuschottland, Neuengland, Südatlantik

r.kea. Die drei abgebildeten Fischereischiffe stehen jedes für eine Phase imperialistsicher Fischereiwirtschaft der letzten 20 Jahre. Links oben: Einer der ersten westdeutschen *Heckfänger* (1957). Der durch die Hecköffnung eingeholte Fang wird schon an Bord verarbeitet und im Tiefkühlraum eingelagert. 1977 besaß die westdeutsche Fischereiwirtschaft 27 *Fangfabrikschiffe* der modernsten Kategorie. Man rühmt sich ,,der leistungsfähigsten Fabriktrawlerflotte der westlichen Welt''. Die Superlative auf diesem Gebiet ist die sowjetische Fischfabrik ,,Wostok'' (Bild links unten). Das ,,Mutterschiff'' kann 14 kleine Fangschiffe aussetzen und hat zur Ortung von Fischschwärmen zwei Hubschrauber an Bord. Neben dem verstärkten Ausbau der *Frischfischfänger* (Bild unten rechts), hauptsächlich für den Fang im ,,EG-Meer'' gedacht, reagiert der BRD-Imperialismus auf die Einführung der 200-Meilen Grenze so, daß er durch Spaltung und Erpressung einzelner, teilweise abhängiger Länder, sogenannte Kooperationsverträge mit diesen Ländern durchsetzt. Mit solchen Verträgen, z.B. mit Argentinien und Neuseeland, will die Bundesregierung als ,,Gegenleistung'' für das ,,know how'' imperialistischer Fischereiwirtschaft die Preisgabe des Fischreichtums dieser Länder erzwingen.

Den ,,Geldbatzen kassieren'', um den Mietzins zu erhöhen

Stadtteilsanierung in Braunschweig / Profitliche Nutzung des Bodens wird vorbereitet

r.kug. ,,Niemand will die helfende Hand ausschlagen, die den Geldbatzen darbietet,'' Kommentar des Ratsherrn Langerfeld vor einem Jahr im Braunschweiger Stadtrat. 480 Mio. DM werden nach dem Städtebauförderungsgesetz im nächsten Jahr für Maßnahmen ,,durch die ein Gebiet zur Behebung städtebaulicher Mißstände, insbesondere durch Beseitigung baulicher Anlagen und Nutzbebauung oder durch Neubebauung wesentlich verbessert werden.'' (§1 Städtebauförderungsgesetz) von der Bundesregierung bereitgestellt.

Die Stadt Braunschweig hat jetzt die Bereiche Innenstadt, östliches und westliches Ringgebiet sowie das Gebiet Uferstraße zur Förderung ausgewählt. ,,Braunschweig möchte auch mitkassieren'', so die ,,Braunschweiger Zeitung'' vom 14.12.78. Kassieren, das werden vor allem die großen Wohnungsbaugesellschaften und die Banken. Im Gebiet Frankfurter Straße hat die städtische ,,gemeinnützige'' Nibelungen Wohnbaugesellschaft (NiWo), die 5% aller Wohnungen in der Stadt besitzt, die Errichtung von 43 Neubauwohnungen als Bauträger übertragen bekommen. Vorher hatte die Stadt nach dem Erwerb von 12 der 32 Grundstücke in dem Gebiet eine ganze Straßenseite abreißen lassen. Die Mieter sind zum Umzug getrieben worden; §26 des Städtbauförderungsgesetzes sieht die ,,alsbaldige Beseitigung'' aus ,,städtebaulichen Gründen'' vor, die auch mit Polizeigewalt durchgesetzt werden kann. Mit zusätzlichen Grundsteuer- und Gewerbesteuerbefreiungen nach §§ 77 – 79 StBauFG haben die Kapitalisten fast umsonst gebaut. 55% der Kosten der NiWo werden durch ,,Kapitalmarktmittel'' bestritten, worüber das Finanzkapital direkten Zugriff auf die Bodenbebauung ausübt.

Die Bourgeoisie will nun den größtmöglichen Mietzins realisieren. 4,70 DM soll nun pro m² an Miete genommen werden, das ist der Höchstsatz, der nach Sanierungen genommen werden darf und orientiert sich an der Miethöhe für Sozialwohungen. Für 70 m² müssen demnach 329 DM gezahlt werden. Die Hälfte der Wohnungen soll für ,,ältere Bürger'' gedacht sein, wer kann aber bei einer Rente von 700 bis 800 Mark fast 50% alleine nur für die Miete ausgeben? Die NiWo macht aus der Mietplünderung ihr Geschäft. 1975 weist der Geschäftsbericht Einnahmen allein durch Mieterhöhungen von 2,34 Millionen aus.

Im östlichen Ringgebiet sollen durch die Sanierung Modernisierungen gefördert werden. 10% der Wohnungen in diesem Gebiet haben Bad, WC und Sammelheizung. Offiziell sind 32,8% als sogenannte ,,Schlechtwohnungen'' ausgewiesen. Nach dem Wohnungsmodernisierungsgesetz werden, über 10 Jahre gerechnet, dem Grundeigentümer 82,8% der Kosten durch Erhöhung des Mietzinses und 43,2% durch Förderungszuschüsse gezahlt, für den Wohnungsbaukapitalisten bedeutet das eine jährliche Kapitalverzinsung von 2,6%.

Im Haus Rosenstraße 31 fand die erste Sanierung vor 3 Jahren statt. Die Miete für eine 3-Zimmerwohnung betrug vor der Renovierung 130 Mark, danach 209 Mark, 61% mehr. Die Renovierung bestand in der Errichtung von Bad und Toilette. Nach dem neuen WoMoGes besteht für den Mieter die ,,Duldungspflicht'' für Mieterhöhungen von 11% der Baukosten.

Der Großteil der Häuser im östlichen Ringgebiet gehört kleinen Grund- und Hausbesitzern. Sie sind oft verschuldet und meist nicht so kapitalkräftig, daß sie mit hohen Eigenbeteiligungen Renovierungen durchführen können. Entweder müssen sie sich weiter verschulden oder die Häuser verkaufen, meist an die großen Wohnungsbaugesellschaften oder aber sie lassen die Wohnungen verrotten. Wegen der besonders für Bank- und Warenhauskapitalisten lukrativen Nähe der Grundstücke zur Innenstadt, steigt der Bodenpreis beständig. Die Kapitalisten streben eine profitliche Nutzung des Bodens an, was in den Sanierungsplänen mit millionenschwerer staatlicher Unterstützung seinen Ausdruck findet. Im Sanierungsgebiet Frankfurter Straße sind die Bodenpreise von ungefähr 60 DM pro m² auf heute 100 DM gestiegen. Diese Bodenwertsteigerung treibt die Mieten in die Höhe. Nach offizieller Statistik sind die Mieten in den letzten 12 Jahren im Durchscnitt um 29,4% stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Ristock und die Gerichte – gut eingespielt

r.pel. Am 13. Oktober hat die Zivilkammer 65 des Landgerichts Berlin den Westberliner Senat gerügt. Die Herausnahme von 108000 Altbauwohnungen ohne Bad und mit Außentoilette aus der letzten achtprozentigen Mieterhöhung sei nicht rechtens gewesen. Für 628000 Altbauwohnungen hatte Bausenator Ristock damals die Mieten erhöhen wollen; um 10%. Seit 1953 ergab das eine Erhöhung von über 200%. Mieterinitiativen, Demonstrationen, Mietstreikandrohungen hatten ihn zu Zugeständnissen gezwungen. Die Erhöhung betrug dann acht Prozent und 108000 Wohnungen wurden davon ausgenommen. ,,Bruchbuden'' hatte der ,,linke Sozialdemokrat'' diese Wohnungen der Arbeiter und Angestellten genannt und die Ausnahme als große soziale Tat feiern lassen. Er wollte die Kampffront spalten und den Hausbesitzern nahelegen, die Häuser verrotten zu lassen zwecks Erleichterung der Sanierung.

Heute *sind* die Häuser *noch mehr* verrottet, die Sanierung ist eingeleitet in verschiedenen Gebieten und die Miete soll *rückwirkend* erhöht werden. Das Gericht hat bemerkt: ,,Es kann nicht festgestellt werden, daß eine Toilette, die mehr als eine Mietpartei benutzt, ohne weiteres eine hygienisch nicht einwandfreie oder unzureichende sanitäre Einrichtung darstellt, ebensowenig wie das auf die baulich einwandfreie und saubere Toilette... in einem gepflegten Hotel zutrifft.'' (Urteil) Die Richter berufen sich auf das Siebte Bundesmietengesetz: ,,§1 gilt nicht für Wohnraum, der nach seiner Beschaffenheit den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nicht genügt.'' (GBl 1975, Nr. 13) *Allgemeine* Anforderung sei durch ,,keinen bestimmten greifbaren Tatbestand'' (Urteil) definiert. Deshalb: Die Erhöhung ist *allgemein* zulässig. Ristock kennt die Gesetze. Er hat mit dem Urteil gerechnet.

Sofortige Zurücknahme der Entlassung von Claus Voss!

b.chv. Seitdem die Landesregierung weiß, daß der KBW in allen 44 Wahlkreisen des Landes Kandidaten zur Landtagswahl aufstellt, bekämpft sie die Kandidatur, wo sie nur kann. Unfähig und zu feige, sich inhaltlich mit dem Programm des KBW und dessen Politik auseinanderzusetzen, betreibt sie eine Verleumdungskampagne und veranlaßt Kündigungsmaßnahmen gegen die Kandidaten. So geschehen bei Christiane Banning, die noch in der Probezeit beim Arbeitsamt Pinneberg als Berufsberaterin tätig war, und so geschehen bei dem Arzt Claus Voss, der seit 1973 im Kreiskrankenhaus des Kreises Plön in Preetz als Assistenzarzt arbeitet.

Infolge der Ehrenbergschen Kostendämpfung wurde die Kapazität des Kreiskrankenhauses derart gesteigert, daß auf der Station 3 der Inneren Abteilung eine Belegzahl von 83,5% im Januar bis September 1977 auf 90% im gleichen Zeitraum 1978 gesteigert wurde. Ähnliche Steigerung auf der Intensivstation von 67,1% auf 80,7%. Auf der Chirurgischen Abteilung insgesamt von 79% auf 85,1%. Gleichzeitig wurde die Liegezeit auf 10,7 Tage gesenkt. Unerträgliche Arbeitshetze und besonders während der Urlaubszeit im Sommer 1978 eine nicht mehr gewährleistete Krankenversorgung, die auf der Intensivstation nur dadurch ausgeglichen werden konnte, daß Kollegen aus dem Urlaub geholt wurden, brachte das Faß zum Überlaufen. Die in diesem Zeitraum erschienene KVZ Nr. 39 und Betriebsausgaben der KVZ griffen den Landrat samt Kreistag als die Verantwortlichen für diese Mißstände an. Die Damen und Herren Abgeordneten wurden als Schreibtischmörder bezeichnet, weil sie mit der Verabschiedung des Stellenplanes 1979, der weitere Kapazitätssteigerungen durch Ausbau eines 3. Operationsraumes und Einsparungsmaßnahmen vorsieht, der Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes im Jahre 1979 entgegenkommen.

Diese Schlußfolgerung wurde völlig zu Recht gezogen, obwohl wir wissen, daß die Beschäftigten des Kreiskrankenhauses durch intensiven Einsatz seit Jahren diese Bedingungen aufzufangen und Schlimmeres abzuwehren versuchen. Gleichzeitig entwickelte sich aber eine Bewegung wie im gesamten Öffentlichen Dienst für die Einhaltung der 40 Stunden-Woche und für die Erkämpfung der 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie gegen Rationalisierungsmaßnahmen. Am 1. Mai 1977 wurden diese Forderungen von Kollegen des Kreiskrankenhauses Preetz in der Demonstration getragen.

Eine Belegschaft, wie die im Kreiskrankenhaus Preetz, wo große Teile der Kollegen über Jahre konsequent für Festgeld gekämpft haben und zu verschiedenen politischen Fragen öffentlich Stellung bezogen haben, wie z.B. gegen den § 218, gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und für das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen, gegen das Schulgesetz der Landesregierung, ist ein großes Risiko für die Bourgeoisie, will sie ihre Ehrenbergschen Kostendämpfungsmaßnahmen durchsetzen. Dabei muß sie sich auf ihren Öffentlichen Dienst verlassen können. Der Landrat Galette, der in 18 Jahren schon verschlissen ist, muß die Lage im Kreise Plön bereinigen, bevor der neue Landrat Wolf-R. von Bismark, ein karrierebewußter Wirtschaftsjurist, im April 1979 für 9 Jahre das Amt übernimmt.

Seit 12 Wochen werden die Kollegen in oft stundenlangen Verhören mit Fangfragen und Aushorchen des Privatlebens von dem stellvertretenden Landrat Borchert skrupellos in die Zange genommen, um die Informanten der Betriebszeitung herauszufinden. Von Anfang an verfolgten sie das Ziel, Gründe für die Entlassung des Arztes C. Voss zu finden. Die Begründung der Kündigung, ausgesprochen am 15.12., besteht aus Halbwahrheiten und Verleumdungen, die nachweisen sollen, daß C. Voss der Informant für die KVZ ist und damit das Ansehen des Krankenhauses geschädigt hätte. Trotz einer Lage, wo die Kollegen sich in ihrer Existenz bedroht sehen, wenn sie gegen die Entlassung von C. Voss auftreten, haben 21 Kollegen eine Protesterklärung an den Kreis unterschrieben. Weitere Verhöre, Hausverbot für C. Voss, Redeverbot über den Fall Voss im KKH, sind die verzweifelten Versuche des Kreises, die Lage in den Griff zu kriegen. Schnell kann die Lage sich günstig entwickeln, wenn gegen die Kündigung zahlreiche Beschlüsse gefaßt werden und an den Landrat Alfons Galette in Plön, Kreishaus, und an den Personalrat des Kreiskrankenhauses Preetz abgeschickt werden.

Weihnachten ist die Zeit, wo das Gesocks von Bourgeois-Politikern und Pfaffen so tut, als wär es fromm. Was sie freilich nicht hindert, die „Geschäfte“ im Auge zu halten. Hans Wiesen, Mitglied des Landtages und der SPD ist dieses Jahr ausgezogen, beides zu verbinden. „Wirtschaft und Weihnacht“ ist sein Thema. „Warum muß immer soviel Kriegsspielzeug auf dem Gabentisch liegen? (...) Es wird die Chance vergeben, über Weihnachten *die Stimmung* für den Frieden zu vertiefen...“ Das Glockengeläut dieses Sozialdemokraten kann so ganz seinen nüchternen Kern nicht verbergen: „Deswegen glaube ich, daß jede Mark, die wir z.B. in die Entwicklungsländer geben, ein Stück Friedenshilfe ist.“ Das ist die sozialchauvinistische Propaganda der Expansion gegen die Völker der Dritten Welt, als „Friedensstiftung“ getarnt. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland haben in den letzten Jahren ihre Kampfeinheit gefestigt. „Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum endgültigen Sieg“. Unter dieser Losung führen der KBW und die SRK's die diesjährigen Musiktage in Westberlin durch; unter dieser Losung festigt sich der Zusammenschluß der westdeutschen Arbeiterklasse mit den unterdrückten Völkern.

Staatsanwalt dagegen sehr...

b.mav. Mindestens 5 Jahre muß heute jemand studieren, um das 1. juristische Staatsexamen zu machen, noch einmal 2 ½ Jahre Referendarzeit schließen sich an. Heute stammen die zukünftigen Richter und Staatsanwälte meist aus Familien der Kleinbourgeosie, von Angestellten und Beamten. Widerspruchslos passen sie sich nicht den Zielen des imperialistischen Staatsapparates an. Deshalb ist diese lange Ausbildungszeit erforderlich, um sie ideologisch einzuschwören auf die Verteidigung des Privateigentums, sie blind zu machen gegenüber ihrer konkreten unterdrückerischen Tätigkeit. – Um ihnen einen „Leitfaden“ für die tägliche Arbeit zu geben, hat ein Staatsanwalt Kunigk ein „Musterbuch“ herausgebracht, um dem „Neuling die bei der täglichen Arbeit notwendige Sicherheit“ zu geben. Anhand von Beispielen, die mittels „der statistischen Wahrscheinlichkeit der Konfrontation des jungen Staatsanwalts mit den häufigsten Schwierigkeiten“ gebildet wurden, wird „der junge Staatsanwalt“ in seine Arbeit eingewiesen. Neben Hinweisen zum Aufbau des Plädoyers – „insbesondere der Anfänger sollte sich während der Hauptverhandlung ständig Notizen machen. Hierbei ist es oft zweckmäßig, gleichzeitig mehrere Blätter (DIN A 4) zu verwenden, und in verschiedenen Farben zu schreiben. Ein besonderes Blatt ist unter Umständen den Stichworten zum Strafmaß vorzubehalten. –“ widmet Staatsanwalt Kunigk sein Augenmerk auf „Störungen der Hauptverhandlung“. Hierzu ergeht folgender Rat: „Nach Eröffnung der Hauptverhandlung wird der Angeklagte (in politischen Sachen) häufig eine allgemeine Erklärung (inhaltlich eine politische Rede) abgeben wollen. Meist ist es dann sinnlos, den Angeklagten dazu anzuhalten, sich zur Sache zu äußern. Es empfiehlt sich jedoch, mehrfach symbolisch zu beantragen, den Angeklagten zu ermahnen, sich zur Sache zu äußern. ... Hat der Angeklagte für seine Eingangserklärung ein Manuskript benutzt, sollte er gebeten werden, es zu den Akten zu geben. Tut er dies nicht, sollte unter Umständen die Beschlagnahme des Manuskripts beantragt werden“. Damit dann die nächste Anklage gleich sicher ist, wenn der Angeklagte in seiner Erklärung das Gericht und seine Funktion angreift und z.B. von Klassenjustiz spricht, was allemal als Beleidigung gilt. – Sorgen macht den Staatsanwälten, ob es ihnen gelingt, ihre Zeugen, meist Polizeibeamte, sicher über die Runden zu kriegen. Deshalb empfiehlt Herr Kunigk: „Bei der folgenden Zeugenvernehmung kann es zu größeren Unruhen kommen, insbesondere, wenn die Zeugen Polizeibeamten sind. Sowohl Angeklagte als auch Publikum versuchen – in politischen Sachen – , derartige Zeugen einzuschüchtern oder zu verwirren. Dies geschieht durch Beschimpfung und Provozieren der Zeugen. Es ist darauf hinzuwirken, daß sich die Zeugen nicht zu politischen Diskusssionen hinreißen lassen. Werden die Störungen zu stark, ist der Ausschluß der Öffentlichkeit zu beantragen“. Dabei ist oft wenig Verlaß auf die Justizwachtmeister, die dann diese Arbeit machen sollen. „In der Regel ist gleichzeitig die Hinzuziehung von Polizeischutz anzuregen, weil der Justizwachtmeister kaum in der Lage sein wird, den Saal allein zu räumen“. Was eine „Sache“ zur „politischen Sache“ macht, erfährt der junge Staatsanwalt nicht. Losgelöst von dem Zweck seiner Tätigkeit, erhält er ein Reaktionsmuster, um für alle Möglichkeiten gewappnet zu sein.

Rationalisierungsmaßnahmen im Krankenhaus Rendsburg

b.ols. Mit dem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA liegen die Rationalisierunspläne, die Bürgermeister Beisenkötter und Verwaltungsleiter Ahrens für den Neubau des Stadtkrankenhauses Rendsburg in Auftrag gegeben hat, vor.

Von vornherein wird hierin klargestellt, daß als Berechnungsmaßstäbe für den Personalbedarf die sogenannten Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft aus dem Jahre 1969 statt der bisher gültigen und für das Personal günstiger ausfallenden Zahlen von 1974 angewendet werden sollen. „Die Anhaltszahlen von 1974 wurden zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, in dem die Kostenentwicklung der Krankenhäuser die Öffentlichkeit alarmierte.“ Für die allgemeine Krankenpflege bedeutet dies, daß eine Krankenschwester statt bisher 2,57 nun 3,28 Patienten zu versorgen hat, was immerhin einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 27,6% entspricht. Konsequenterweise sind dann auch mit 233,5 Stellen nur 5,5 Pflegekräfte mehr vorgesehen als 1975, wo 228 Kräfte beschäftigt waren. Gleichzeitig soll aber die Anzahl der Planbetten um 34 gesteigert werden, von damals 566 auf 600 im neuen Krankenhaus.

Ähnlich bei den Ärzten. Für den allgemeinen Stationsbetrieb wird eine Anhaltszahl von 17,0 zu Grunde gelegt (Innere Medizin). Mit der Folge, daß für die Innere Abteilung 13 Assistenzärzte eingeplant sind. Im September 1978 sind dort 11,5 Stellen besetzt gewesen, dazu waren noch 4 Medizinalassistenten entsprechend 2 weiteren Stellen tätig. Von Mehrbesetzung für das neue Haus kann nicht die Rede sein. Aber gerade die Innere Medizin wird um über 20 Betten erweitert. Zusätzlich ist die Arbeitsbelastung durch häufigere Anwendung neuer Untersuchungsmethoden, wie der Endoskopie (z.B. Magenspiegelung) oder neuer Behandlungsmaßnahmen gestiegen. Darüberhinaus „führt auch die zu beobachtende Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer in den vergangenen Jahren zu einem höheren Untersuchungs- und Behandlungsanteil an der stationsärztlichen Tätigkeit“, stellt die WIBERA selbst fest, wobei sie diese Feststellung entsprechend auch für den Bereich des Pflegepersonals machen könnte. In der Tat. Die Verweildauer der Patienten im Stadtkrankenhaus Rendsburg ist von 15,0 Tagen 1974 über 14,15 Tage 1975 auf 12,2 Tage im Jahre 1977 gesenkt worden. Der Bundesdurchschnitt hatte 1975 17 Tage betragen.

Dies aber sind keineswegs alle vorgesehenen Rationalisierungen. Weitere Vorteile sollen sich aus den verschiedenen „Zentralisierungen“ ergeben. Z.B.: zentraler Schreibdienst. D.h., daß die Schreibkräfte aus dem Bereich der chirurgischen Ambulanz, aus der Röntgenabteilung usw. in einem zentralen Schreibzimmer zusammengefaßt werden. Daß es um nichts anderes geht, als die Schreibkräfte unter Akkordbedingungen arbeiten zu lassen, geht aus dem nebenstehend abgedruckten „globalen Leistungsvergleich“ der WIBERA hervor, in dem besonders die vierte Gruppe (Leistungsprämie) für sich spricht. Ganz ähnlich mit dem „Zentralen Reinigungsdienst“, in dem das bisher den Stationen zugeordnete Reinigungspersonal dann in Kolonnen durch die Abteilungen zu gehen haben wird. Als Druckmittel, um dies durchzusetzen, steht weiter die „Privatisierung“ des Reinigungsdienstes im Raum, d.h. Übergabe der Reinigung an Privatfirmen, wofür die WIBERA einen Mustervertrag hat ausarbeiten lassen.

Während die Personalversammlung und die Chefärzte dieses Gutachten beraten, haben in der vorletzten Woche die Schwesternschülerinnen und Pflegeschüler eine Vollversammlung mit 64 Teilnehmern durchgeführt, auf der die Wahl einer Jugendvertretung vorbereitet wurde. Gleich 14 Kandidaten fanden sich, ein Forderungskatalog wurde besprochen.

Nützliche Schritte, um nach der gescheiterten Kündigung des Arztes H. Berger Beisenkötter und Ahrens weitere Striche durch die Rechnung zu machen.

„Globaler Leistungsvergleich bei Schreibkräften“ (WIBEKA)

Organisation	Mechanische* Schreibmaschine	Elektrische* Schreibmaschine
Schreibkraft mit Stenogramm in nicht gesondertem Arbeitsraum	12000 – 18000	14000 – 22000
Schreibkraft mit Diktiergerät in nicht gesondertem Raum	20000 – 30000	23000 – 43000
Schreibkraft mit Diktiergerät im zentralen Schreibzimmer	40000 – 60000	46000 75000
Schreibkräfte mit Diktiergerät im zentralen Schreibzimmer**	50000 – 75000	60000 – 100000

* Korrespondenzanschläge bei vergleichbaren Anschlagleistungen bei verschiedenen Schreibmaschinen
** Leistungsprämie

Rationalisierungsmaßnahmen im Krankenhaus Rendsburg
b.ols. Mit dem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA liegen die Rationalisierunspläne, die Bürgermeister Beisenkötter und Verwaltungsleiter Ahrens für den Neubau des Stadtkrankenhauses Rendsburg in Auftrag gegeben hat, vor.
Von vornherein wird hierin klargestellt, daß als Berechnungsmaßstäbe für den Personalbedarf die sogenannten Anhaltszahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft aus dem Jahre 1969 statt der bisher gültigen und für das Personal günstiger ausfallenden Zahlen von 1974 angewendet werden sollen. „Die Anhaltszahlen von 1974 wurden zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, in dem die Kostenentwicklung der Krankenhäuser die Öffentlichkeit alarmierte.“ Für die allgemeine Krankenpflege bedeutet dies, daß eine
Urlaub geholt wurden, brachte das Faß zum Überlaufen. Die in diesem Zeitraum erschienene KVZ Nr. 39 und Betriebsausgaben der KVZ griffen den Landrat samt Kreistag als die Verantwortlichen für diese Mißstände an. Die Damen und Herren Abgeordneten wurden als Schreibtischmörder bezeichnet, weil sie mit der Verabschiedung des Stellenplanes 1979, der weitere Kapazitätssteigerungen durch Aus-
ärzte eingeplant sind. Im September 1978 sind dort 11,5 Stellen besetzt gewesen, dazu waren noch 4 Medizinalassistenten entsprechend 2 weiteren Stellen tätig. Von Mehrbesetzung für das neue Haus kann nicht die Rede sein. Aber gerade die Innere Medizin wird um über 20 Betten erweitert. Zusätzlich ist die Arbeitsbelastung durch häufigere Anwendung neuer Untersuchungsmethoden, wie der Endoskopie (z.B. Magenspiegelung) oder neuer Behandlungsmaßnahmen gestiegen. Darüberhinaus „führt auch die zu beobachtende Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer in den vergangenen Jahren zu einem höheren Untersuchungs- und Behandlungsanteil an der stationsärztlichen Tätigkeit“, stellt die WIBERA selbst fest, wobei sie diese Feststellung ent-
verlassen können. Der Landrat Galette, der in 18 Jahren schon verschlissen ist, muß die Lage im Kreise Plön bereinigen, bevor der neue Landrat Wolf-R. von Bismark, ein karrierebewußter Wirtschaftsjurist, im April 1979 für 9 Jahre das Amt übernimmt.
Seit 12 Wochen werden die Kollegen in oft stundenlangen Verhören mit Fangfragen und Aushorchen des Privatlebens von dem stellvertretenden
tralen Schreibzimmer zusammengefaßt werden. Daß es um nichts anderes geht, als die Schreibkräfte unter Akkordbedingungen arbeiten zu lassen, geht aus dem nebenstehend abgedruckten „globalen Leistungsvergleich“ der WIBERA hervor, in dem besonders die vierte Gruppe (Leistungsprämie) für sich spricht. Ganz ähnlich mit dem „Zentralen Reinigungsdienst“, in dem das bisher den Stationen zugeordnete Reinigungspersonal dann in Kolonnen durch die Abteilungen zu gehen haben wird. Als Druckmittel, um dies durchzusetzen, steht weiter die „Privatisierung“ des Reinigungsdienstes im Raum, d.h. Übergabe der Reinigung an Privatfirmen, wofür die WIBERA einen Mustervertrag hat ausarbeiten lassen.
Während die Personalversammlung und die Chefärzte dieses Gutachten beraten, haben in der vorletzten Woche die Schwesternschülerinnen und Pflegeschüler eine Vollversammlung mit 64 Teilnehmern durchgeführt, auf der die Wahl einer Jugendvertretung vorbereitet wurde. Gleich 14 Kandidaten fanden sich, ein Forderungskatalog wurde besprochen.
Nützliche Schritte, um nach der gescheiterten Kündigung des Arztes H. Berger Beisenkötter und Ahrens weitere Striche durch die Rechnung zu machen.
„Globaler Leistungsvergleich bei Schreibkräften“ (WIBEKA)
wird die Chance vergeben, über Weihnachten die Stimmung für den Frieden zu vertiefen...“ Das Glockengeläut dieses Sozialdemokraten kann so ganz seinen nüchternen Kern nicht verbergen: „Deswegen glaube ich, daß jede Mark, die wir z.B. in die Entwicklungsländer geben, ein Stück Friedenshilfe ist.“ Das ist die sozialchauvinistische Propaganda der Expansion gegen die Völker der Dritten Welt, als „Friedensstiftung“ getarnt. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen in Westdeutschland haben in den letzten Jahren ihre Kampfeinheit gefestigt. „Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum endgültigen Sieg“. Unter dieser Losung führen der KBW und die SRK's die diesjährigen Musiktage in Westberlin durch; unter dieser Losung festigt sich der Zusammenschluß der westdeutschen Arbeiterklasse mit den unterdrückten Völkern.
Augenmerk auf „Störungen der Hauptverhandlung“. Hierzu ergeht folgender Rat: „Nach Eröffnung der Hauptverhandlung wird der Angeklagte (in politischen Sachen) häufig eine allgemeine Erklärung (inhaltlich eine politische Rede) abgeben wollen. Meist ist es dann sinnlos, den Angeklagten dazu anzuhalten, sich zur Sache zu äußern. Es empfiehlt sich jedoch, mehrfach symbolisch zu beantragen, den Angeklagten zu ermahnen, sich zur Sache zu äußern. ... Hat der Angeklagte für seine Eingangserklärung ein Manuskript benutzt, sollte er gebeten werden, es zu den Akten zu geben. Tut er dies nicht, sollte unter Umständen die Beschlagnahme des Manuskripts beantragt werden“. Damit dann die nächste Anklage gleich sicher ist, wenn der Angeklagte in seiner Erklärung das Gericht und seine Funktion angreift und z.B. von Klassenjustiz spricht, was allemal als Beleidigung gilt. – Sorgen macht den Staatsanwälten, ob es ihnen gelingt, ihre Zeugen, meist Polizeibeamte, sicher über die Runden zu kriegen. Deshalb empfiehlt Herr Kunigk: „Bei der folgenden Zeugenvernehmung kann es zu größeren Unruhen kommen, insbesondere, wenn die Zeugen Polizeibeamten sind. Sowohl Angeklagte als auch Publikum versuchen – in politischen Sachen – , derartige Zeugen einzuschüchtern oder zu verwirren. Dies geschieht durch Beschimpfung und Provozieren der Zeugen. Es ist darauf hinzuwirken, daß sich die Zeugen nicht zu politischen

Termine und Veranstaltungen

Dienstag, den 26.12. bis Freitag, den 29.12.78

Musiktage in Westberlin

26.12. 3.30 Uhr Abfahrt Kiel Wilhelmsplatz
16 Uhr Kundgebung und Demonstration in Westberlin, Kurfürstendamm

Sonntag, den 31.12.78

Aufführung des Theaterstücks „Panzerzug 14-69“
Kiel, 20 Uhr, Waidmannsruh, Eckernförderstraße 309

24 Uhr Demonstration zur Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum vollständigen Sieg
Kiel-Gaarden, Vineta-Platz

Montag, den 1.1. bis Freitag, den 5.1.79

Lenin: Staat und Revolution
Rendsburg, 20 Uhr, Kleine Kneipe Fockbecker Allee 108

Reihe zur Kritik am Reformismus

a) Lassalles „ehernes Lohngesetz“ und seine „gerechte Verteilung des Arbeitsertrages“ unter „alle Gesellschaftsmitglieder“ – Reformistische Theorie zur Verewigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung
b) Über den „demokratischen Kapitalismus‘ zum „demokratischen Sozialismus“ – Bernsteins Revision des Marxismus
c) „Wirtschaftsdemokratie“ und „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen“ – Naphtalis Programm zur „Mitwirkung“ der Arbeiteraristokratie an der Ausbeuterordnung der Monopole
d) „Gerechter Anteil an der gesamten Leistung des Menschen“ – Der „demokratische Sozialismus“ entpuppte sich als humanistischer Imperialismus – Das Godesberger Programm der SPD
Lübeck, 20 Uhr, Pizzeria Rimini
Pinneberg, 20 Uhr

Montag, den 8.1. bis Freitag, den 12.1. 79

Reihe zur Kritik der christliche Soziallehre
Itzehoe, 20 Uhr

Lenin: Staat und Revolution
Kiel-Ost, 20 Uhr, Gaststätte „Ellerbecker Kegelbahnen“
Lübeck, 20 Uhr, Pizzeria Rimini
Eutin, 20 Uhr, Hotel „Fissaubrück“, Fissaubrück 1

Mittwoch, den 10.1.1979

Verfahren gegen Lechner und Fröhlich wegen Verklebens des „So- oder so-“ Plakates und wegen Beleidigung des Norderstedter Magistrats und seines Polizeihauptkomissars Buchholz
Norderstedt, 9 Uhr, Amtsgericht Zi. 20

Donnerstag, den 11.1.1979

Prozeß gegen B. Balzer. Sie soll Minister Ehrenberg und Stadtrat Lütgens als Schreibtischmörder beleidigt haben, indem sie presserechtlich verantwortlich zeichnete für ein Flugblatt für die MaK-Kollegen, denen die Auswirkungen des Ehrenbergprogramms anhand der Erfahrungen des Rentners Willi Mahler aufgezeigt wurden.

Verkaufsstände der Kommunistischen Volkszeitung

Montag und Dienstag, 16 bis 18 Uhr
Kiel-Ost, Elisabethstraße
Kiel-West, Holstenstraße
Neumünster, Großflecken
Plön, am Marktplatz
Preetz, Langebrückstraße/Markt
Segeberg, Kaufhalle
Norderstedt, Herold Center
Itzehoe, Feldschmiede
Rendsburg, Altstätter Markt
Eckernförde, vor COOP
Montag und Dienstag 16.45 bis 18 Uhr
Lübeck, Breite Straße

Montag, 17 bis 18 Uhr
Ahrensburg, Am Rondeel
Montag und Dienstag, 16.30 bis 18 Uhr
Pinneberg, vor Kepa
Eutin, Fußgängerzone am alten Markt

Regelsätze für Sozialhilfeempfänger

b.Kiel. Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein hat zum 1.1.1979 die Regelsätze für Sozialhilfeempfänger erhöht. Das letzte Mal geschah dies vor zwei Jahren, 1977. – Die Sozialhilfesätze sind: Für Haushaltsvorstände und Alleinstehende 288 DM (1977), 300 DM (1979), Steigerung 4,1%, für Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des 7.Lebensjahres: 130 DM (1977), 135 DM (1979), Steigerung 3,8%, vom Beginn des 8. bis zur Vollendung des 11. Lebensjahres: 187 DM (1977), 195 DM (1979), Steigerung 4,2%, 12. bis 15. Lebensjahr: 216 DM (1977), 225 DM (1979), Steigerung 4,1%, 16. bis 21. Lebensjahr: 259 DM (1977), 270 DM (1979), Steigerung 4,2%; über 22 Lebensjahre: 230 DM (1977), 240 DM (1979), Steigerung 4,3%. – Im Durchschnitt 4,1% Erhöhung der Sozialhilfe in 2 Jahren sind eine Unverschämtheit und treibt die davon Betroffenen direkt zum Hungern. 4% Erhöhung gleichen noch nicht einmal die Preissteigerungen von einem Jahr aus. Sozialhilfeempfänger sollen zu jeder Lohndrückertätigkeit gezwungen werden, um nicht verhungern zu müssen. Bei den Rentnern greift diese Maßnahme direkt dem Ehrenberg-Mordprogramm unter die Arme.

Personalversammlung des Rehabilitationszentrums

b.Bad Segeberg. Die Personalversammlung im Rehabilitationszentrum Bad Segeberg wurde genutzt zum Zusammenschluß gegen den Dienstherrn. Die Versammlung war mit 100 bis 120 Teilnehmern außerordentlich gut besucht. 25% der Belegschaft hatten schon vorher durch ihre Unterschrift dokumentiert, daß die Punkte Tarifvertrag, personelle Besetzung und Kündigungen auf die Tagesordnung gehören. Die Steigerung der Arbeitshetze in den letzten Monaten belegte der Betriebsrat in seinem Bericht: im Mai 78 bei 228 Mitarbeitern im Schnitt 240 Patienten; im Dezember bei 229 Beschäftigten durchschnittlich 271 Patienten. Die Assistenzärzte hatten in einer von ihnen einstimmig gefaßten Entschließung festgehalten, daß die Versorgung der Patienten medizinisch und pflegerisch öfters als nicht ausreichend bezeichnet werden kann. Die Personalversammlung faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, daß der Betriebsrat einen verbindlichen Personalschlüssel erarbeiten muß. Insbesondere wurde angegriffen, daß ständig Schwestern zur Nachtwache abgezogen werden und nachmittags einige Stationen ohne Schwester sind. Ebenfalls mit großer Mehrheit verabschiedet wurde der Beschluß, daß der Betriebsrat beauftragt wird, einen Tarifvertrag abzuschließen, auf Grundlage der von der ÖtV verabschiedeten Verträge. – Zur Zeit gilt im Reha-

b.Bad Segeberg. Die Personalversammlung im Rehabilitationszentrum Bad Segeberg wurde genutzt zum Zusammenschluß gegen den Dienstherrn. Die Versammlung war mit 100 bis 120 Teilnehmern außerordentlich gut besucht. 25% der Belegschaft hatten schon vorher durch ihre Unterschrift dokumentiert, daß die Punkte Tarifvertrag, personelle Besetzung und Kündigungen auf die Tagesordnung gehören. Die Steigerung der Arbeitshetze in den letzten Monaten belegte der Betriebsrat in seinem Bericht: im Mai 78 bei 228 Mitarbeitern im Schnitt 240 Patienten; im Dezember bei 229 Beschäftigten durchschnittlich 271 Patienten. Die Assistenzärzte hatten in einer von ihnen einstimmig gefaßten Entschließung festgehalten, daß die Versorgung der Patienten medizinisch und pflegerisch öfters als nicht ausreichend bezeichnet werden kann. Die Personalversammlung faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, daß der Betriebsrat einen verbindlichen Personalschlüssel erarbeiten muß. Insbesondere wurde angegriffen, daß ständig Schwestern zur Nachtwache abgezogen werden und nachmittags einige Stationen ohne Schwester sind. Ebenfalls mit großer Mehrheit verabschiedet wurde der Beschluß, daß der Betriebsrat beauftragt wird, einen Tarifvertrag abzuschließen, auf Grundlage der von der ÖtV verabschiedeten Verträge. – Zur Zeit gilt im Reha-
Zentrum eine für niemanden überprüfbare Regelung, die Bezahlung ist nicht tariflich abgesichert. Geeinigt hat sich die Versammlung auch darauf, die Geschäftsleitung aufzufordern, die Kündigung des Arztes M. Lohnstein zurückzunehmen. – Geschäftsführer Pahl hat es bei allen Punkten vorgezogen, zu schweigen. Offensichtlich hatte er noch keine Order, wie diesen Forderungen entgegenzutreten sei. In seinem Geschäftsbericht kündigte er lediglich an, daß er noch im Dezember zur zuständigen Bank nach Baden-Württhemberg müsse, um neue Order zu holen.

Öffentliches Gelöbnis von 230 Soldaten

b.hew. Am 7.12. fand in Preetz auf dem Marktplatz eine Vereidigung von 230 Rekruten des Pionierbatallions 6 aus Plön und des Flugabwehrregiments 6 aus Lütjenburg statt. Insgesamt 1000 Soldaten mußten bei eisiger Kälte stramm stehen und sich die Reden von Lütjenborg, Oberstleutnant und Batallionskommandeur des Pionierbatallions 6 aus Plön, und des Preetzer Bürgervorstehers Girnus (CDU) anhören. – Girnus hielt u.a. die 14-jährige Patenschaft der Stadt Preetz mit den Plöner Pionieren hoch , die jedoch nur darin besteht, daß die Stadt Preetz die Soldaten beim Papiersammeln und Brückenbauen als kostenlose Arbeitskräfte einsetzt. – In einer Rede des KBW an die vorbeimarschierenden Soldaten wurde diese reaktionäre Propagandaschau angegriffen. Innerhalb von 10 Minuten waren 150 Volksmiliz verteilt.

Die Werft-Kapitalisten sind steinreich und können zahlen

HDW kauft Hagenuk / Aufbau des „2. Beines“ der Werft

Einen Tag nach den ersten Tarifverhandlungen im Nordverbund gibt die Landesregierung bekannt, daß sie dem Subventionsprogramm der Bundesregierung mit dem Volumen von 660 Mio DM zustimmt wegen der „dramatischen“ Lage in der Werftindustrie. Gleichzeitig eröffnet ein Landtagsabgeordneter, daß die Umsätze der Flender-Werft in Lübeck um die Hälfte gesunken seien. Wenige Tage vorher wurde bekannt, daß die HDW-Kapitalisten Hagenuk kaufen wollen, was denn auch Wirtschaftsminister Westphal mit „Genugtuung“ begrüßte und N.Gansel dazu veranlaßte, die Leistung staatlicher Betriebe bei dem Erhalt der Arbeitsplätze hervorzuheben. (s. KN v.14.12.78)

Die Garde der geschmierten Politiker überschlägt sich vor Weihnachten bei ihrer Sorge um die Lage in der Werftindustrie. Schien es vor Wochen noch so, als ob die Bundesregierung sich Zeit lassen würde mit ihrem Werfthilfeprogramm, so ist es jetzt beschlossene Sache.

Dabei ließen es Regierungen und Parlamentarier an dramatischem Schauspiel nicht fehlen. Schmidt schickt ein Fernschreiben an Stoltenberg mit der Aufforderung zur Zustimmung binnen weniger Tage. Stoltenbergs Kabinett beschließt trotz „Widersprüchen“. Einigkeit der Küstenländer, des „Linken“ Klose und des Reaktionärs Stoltenberg, Weihnachtsgeschenke an die Kapitalisten müssen sein. Diese als Weihnachtsgeschenke an die Arbeiter zu verkaufen, erfordert Schauspiel- und Betrugskünste. Also wehrt sich Niedersachsens Albrecht erst mal gegen die „enge Terminierung“, macht Krach, schlägt sich mit dem Oppositionsführer Ravens im Fernsehen, um dann zu guter Letzt doch dafür zu sein. Ein Aufatmen des Publikums? Das Gute hat gesiegt?

Mitnichten, die Kapitalisten treiben ihre Politiker und Journalistenbagage zu solch Orgien des Betruges, um Kampfmaßnahmen der Metallarbeiter durch ideologische Verkleisterung im Keim zu ersticken.

Der Stahlarbeiterstreik sitzt ihnen tief in den Knochen. Es ist ihnen nicht gelungen, die Arbeiter zu verschlichten. Sie wissen, welche Bedeutung das für die Tarifauseinandersetzungen insgesamt hat. War es nicht die ganzen letzten Jahre so, daß die Stahlarbeiter eins über die Rübe gekriegt haben und jeder wußte, daß dann bei Metallverarbeitung auch nicht mehr viel drin war. Das *kann* sich jetzt wenden, wenn einmal die Unterstützung des Streiks nicht abreißt, sondern entschieden verstärkt wird, und wenn die Lohnfront gegen die Metallkapitalisten aufgebaut wird.

Die Metallkapitalisten fanden die Forderung der IGM-Funktionäre „überzogen“. Sie hätten gleich sagen sollen, sie wollen keinen Pfennig zahlen. Das Peinliche ist nur, sie können zahlen: Die Schichau und Rickmers Werft in Bremen haben einen Auftrag von 191,7 Mio DM über drei Fähren bekommen und wollen 400 Arbeiter entlassen. Blohm und Voß hat aus Argentinien Aufträge für zwei Fregatten des Typs MEKO 360 bekommen, die „eine Million Fertigungsstunden Beschäftigung bringen“. HDW und Nobiskrug kriegen Aufträge über Fähren von der Stena Line. In der „Wirtschaftswoche“ Nr.50/78 wird Salzgitter-Chef Birnbaum zitiert, der für dieses Jahr bei der HDW ein „ausgeglichenes Ergebnis“ sieht. Und zu guter Letzt kaufen die HDW-Kapitalisten noch Hagenuk.

90 Mio DM Umsatz machte Hagenuk in diesem Jahr. Während sie im letzten Jahr noch Verluste von 5,4 Mio DM machten, prophezeien die Kapitalisten der Goldschmidt AG Essen, der Hagenuk zu 100% gehört, ein „zumindest ausgeglichenes Ergebnis“. Bei Hagenuk wird vorwiegend Schiffselektronik und Fernmeldetechnik produziert. Das paßt ins Produktionsprogramm der Werft, wo schon letztes Geschäftsjahr im Bereich der Elektronik, Maschinenbau etc. ein Umsatz von 261 Mio DM erzielt wurde; immerhin sind das 21,5% des Gesamtumsatzes.

Im Geschäftsbericht der Goldschmidt AG vom Juni 1978 heißt es: „Eine Umstrukturierung mit Schwerpunktbildung bei den längerfristig ertragssicheren Erzeugnissen... wurde eingeleitet. Dabei war auch eine Senkung des Belegschaftsstandes unvermeidlich“. Heute wird die Belegschaftszahl mit 1250 offiziell angegeben, während sie vor einem Jahr noch 1364 betrug. Der Umsatz ist zumindest gleichgeblieben.

Wenn jetzt HDW diesen Betrieb schluckt, dann müssen sie einiges auf den Tisch legen. 16 Mio DM beträgt das Aktienkapital der Hagenuk. Geht man davon aus, daß die Goldschmidt-Kapitalisten sich die wachsenden Profitaussichten ebenfalls bezahlen lassen, so wird der Kaufpreis kaum unter 20 Mio DM liegen. Die HDW-Kapitalisten werden zahlen, denn ihre Profitaussichten sind günstig, können sie doch Profite, die sich Schiffsausrüstungskapitalisten einstecken, selbst unter den Nagel reißen, und so richtig interessant wirds dann bei der nächsten Fregattenvergabe.

In der „Wirtschaftswoche 50/78“ wird der Salzgitterchef Birnenbaum als Meister der Diversifikation gepriesen. Er stellte in dieser Ausgabe das Jahresergebnis des Salzgitterkonzern dar, das die „Verluste“ um 25 Mio DM verringert hätte. Auf Grund des umfangreichen Produktionsprogramms des Konzerns, von der Stahlerzeugung bis zum Maschinenbau, würden die Profite gesichert werden, stellt eben diese Zeitschrift fest. Es geht den Salzgitter-Kapitalisten darum, ein „autarkes“ Produktionsprogramm zu entwickeln. Der Kauf von Hagenuk paßt haargenau in dieses Konzept. Bei HDW wird außer den Schiffen, der Schiffsreperatur und der Offshore-Technik produziert: Stevenrohrabdichtung SIMPLEX, worauf die HDW-Kapitalisten ein weltweites Monopol haben, ein Elektronikprogramm, welches der Ausrüstung der Bundespost dient, sowie Schiffselektronik und außerdem Maschinen und kleinere Motoren. Hagenuk hat in den letzten zwei Jahren die Schwerpunkte der Produktion verlegt auf: Kommunikationstechnik, das heißt Telefone und Funkgeräte für die Schiffe, Schiffselektronik, sowie Computer für die Schiffsführung. Den HDW-Kapitalisten geht es daraum, bei der Vergabe der nächsten Fregattenaufträge möglichst viele Produktionszweige selbst zu bekommen. Immerhin fallen nämlich nur knapp 50% der Umsätze und entsprechend auch der Profite an die Werftkapitalisten, die diese Schiffe bauen. Der Rest geht an die Ausrüstung im Bereich der Waffentechnik und der Elektronik.

Wenn jetzt die HDW-Kapitalisten, nachdem sie Elac im Kampf gegen die Honeywell-Kapitalisten aus den USA nicht bekommen haben, sich Hagenuk unter den Nagel reißen, versprechen sie sich, mit der Ausweitung des Programms der Schiffelektronik mehr Anteile des Schiffsausrüstungsmarktes für den Kriegsschiffbau zu ergattern.

Mit Malthus und dem Coale-Hoover Modell gegen die Völker der Dritten Welt

b.eyg. Malthus ist wieder im Kommen. In der Geographie wird die bürgerliche Theorie der „Überbevölkerung“ als Kampftheorie gegen die Völker der Dritten Welt verhandelt, die behauptet, daß die Bevölkerung schneller wächst als die zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel, und daß das die Grundlage für das gesellschaftliche Elend sei. K. Marx hat bereits vor 100 Jahren diese Theorien geschlagen, indem er nachgewiesen hat, daß es die Produktionsweise des Kapitalismus ist, die eine „relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß – Arbeiterbevölkerung

dens. Jeder Pfennig, den sie an Lohn zahlen, schmälert diesen Profit.

Das Dogma, mit dem die Bourgeoisie diese Gier der Imperialisten nach Höchstprofit verschleiern will, ist niedergelegt in These eins des Coale-Hoover-Modells: „Reduzierte Fruchtbarkeit führt zu einem verminderten Bevölkerungswachstum. Weniger Leute teilen sich ins Volkseinkommen, was für den einzelnen ein höheres Einkommen bedeutet“ (zitiert nach: Hauser, Bevölkerungsprobleme der Dritten Welt, S. 154). Vorstellen soll man sich einen großen Topf mit Lohngeldern, dessen Inhalt wahrscheinlich unter der

des Lohns einzig und allein abhängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen die Absichten der Kapitalisten, den Lohn ständig zu senken.

Das Ziel der Lohnsenkung über die Reduzierung der Geburtenrate formulieren die bürgerlichen Professoren selber offen: „ ...ist der Zwang, den größten Teil des Volkseinkommens für Konsumzwecke auszugeben, in der Bevölkerung mit hoher Fruchtbarkeit natürlich größer... ist die Nur-Konsumbevölkerung (vor allem Kinder und Greise), die von der Erwerbsbevölkerung getragen werden muß, ohne direkt etwas zum Produktionsprozeß

der Gesamtbevölkerung es erlaubt, die Investitionsgelder produktiven Zwecken, zuzuleiten“ (S.161). Also mehr „Fabriken, Bewässerungsanlagen, Kraftwerke“ für den Höchstprofit.

Die Politik der Imperialisten gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist Landraub, Plünderung der natürlichen Ressourcen und Hineinpressen der Menschen in die kapitalistische Profitproduktion über schärfste Unterdrückung. Verbreiten jetzt die bürgerlichen Wissenschaftler diese Bevölkerungstheorien, dann zu dem Zweck, die umfassende Einmischung und Un-

dersprüchen“. Einigkeit der Küstenländer, des „Linken“ Klose und des Reaktionärs Stoltenberg, Weihnachtsgeschenke an die Kapitalisten müssen sein. Diese als Weihnachtsgeschenke an die Arbeiter zu verkaufen, erfordert Schauspiel- und Betrugskünste. Also wehrt sich Niedersachsens Albrecht erst mal gegen die „enge Terminierung“, macht Krach, schlägt sich mit dem Oppositionsführer Ravens im Fernsehen, um dann zu guter Letzt doch dafür zu sein. Ein Aufatmen des Publikums? Das Gute hat gesiegt?

tigung bringen“. HDW und Nobiskrug kriegen Aufträge über Fähren von der Stena Line. In der „Wirtschaftswoche“ Nr.50/78 wird Salzgitter-Chef Birnbaum zitiert, der für dieses Jahr bei der HDW ein „ausgeglichenes Ergebnis“ sieht. Und zu guter Letzt kaufen die HDW-Kapitalisten noch Hagenuk.

90 Mio DM Umsatz machte Hagenuk in diesem Jahr. Während sie im letzten Jahr noch Verluste von 5,4 Mio DM machten, prophezeien die Kapita-

um, ein „autarkes“ Produktionsprogramm zu entwickeln. Der Kauf von Hagenuk paßt haargenau in dieses Konzept. Bei HDW wird außer den Schiffen, der Schiffsreperatur und der Offshore-Technik produziert: Stevenrohrabdichtung SIMPLEX, worauf die HDW-Kapitalisten ein weltweites Monopol haben, ein Elektronikprogramm, welches der Ausrüstung der Bundespost dient, sowie Schiffselektronik und außerdem Maschinen und kleinere Motoren. Hagenuk hat in den letzten zwei Jahren die

bauen. Der Rest geht an die Ausrüstung im Bereich der Waffentechnik und der Elektronik.

Wenn jetzt die HDW-Kapitalisten, nachdem sie Elac im Kampf gegen die Honeywell-Kapitalisten aus den USA nicht bekommen haben, sich Hagenuk unter den Nagel reißen, versprechen sie sich, mit der Ausweitung des Programms der Schiffelektronik mehr Anteile des Schiffsausrüstungsmarktes für den Kriegsschiffbau zu ergattern.

Mit Malthus und dem Coale-Hoover Modell gegen die Völker der Dritten Welt

b.eyg. Malthus ist wieder im Kommen. In der Geographie wird die bürgerliche Theorie der „Überbevölkerung“ als Kampftheorie gegen die Völker der Dritten Welt verhandelt, die behauptet, daß die Bevölkerung schneller wächst als die zu ihrer Reproduktion notwendigen Lebensmittel, und daß das die Grundlage für das gesellschaftliche Elend sei. K. Marx hat bereits vor 100 Jahren diese Theorien geschlagen, indem er nachgewiesen hat, daß es die Produktionsweise des Kapitalismus ist, die eine „relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß – Arbeiterbevölkerung hervorbringt (K. Marx, Kapital, S. 658). „Mit der Größe des bereits funktionierenden Gesellschaftskapitals und dem Grad seines Wachstums, mit der Ausdehnung... der Masse der in Bewegung gesetzten Arbeiter ...dehnt sich auch die Stufenleiter, worin größere Attraktion der Arbeiter durch das Kapital mit größerer Repulsion verbunden ist. (...) Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produtionsweise eigentümliches Populationsgesetz, wie in der Tat jede besondere Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Populationsgesetze hat“ (K. Marx, Kapital, S. 659).

Besonders propagiert und den Studenten vorgesetzt wird das Coale-Hoover-Modell, das vorgibt, daß in den Ländern der Dritten Welt der Wandel vom „Elend zur Menschenwürde in Armut“ erreicht werden könnte über die Reduzierung der Bevölkerungszuwachsrate und dadurch über die Erhöhung des Prokopfeinkommens der Bevölkerung. Daß diese Erhöhung des Prokopfeinkommens überhaupt nicht das Ziel der Imperialisten ist, zeigt ihre Politik gegenüber den Völkern der Dritten Welt. 1976 wurden 59600 schwarze Arbeiter in den Bergwerken Zimbabwes ausgebeutet. Der Jahresdurchschnittslohn eines Arbeiters betrug/1976 574 Rhod. Dollar, der Verdienst eines der 4100 weißen Antreiber 7585 Rhod. Dollar. Die Profite in den Ländern der Dritten Welt stammen aus zwei Quellen: aus der Ausbeutung der Arbeiter und aus dem Raub des Bodens. Jeder Pfennig, den sie an Lohn zahlen, schmälert diesen Profit.

Das Dogma, mit dem die Bourgeoisie diese Gier der Imperialisten nach Höchstprofit verschleiern will, ist niedergelegt in These eins des Coale-Hoover-Modells: „Reduzierte Fruchtbarkeit führt zu einem verminderten Bevölkerungswachstum. Weniger Leute teilen sich ins Volkseinkommen, was für den einzelnen ein höheres Einkommen bedeutet“ (zitiert nach: Hauser, Bevölkerungsprobleme der Dritten Welt, S. 154). Vorstellen soll man sich einen großen Topf mit Lohngeldern, dessen Inhalt wahrscheinlich unter der Regie von Coale und Hoover verteilt wird. Viele Arbeiter bekämen danach wenig Geld und wenige Arbeiter entsprechend viel. Leugnen soll dieses platte Rechenexempel, daß die Höhe des Lohns einzig und allein abhängt von der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen die Absichten der Kapitalisten, den Lohn ständig zu senken.

Das Ziel der Lohnsenkung über die Reduzierung der Geburtenrate formulieren die bürgerlichen Professoren selber offen: „ ...ist der Zwang, den größten Teil des Volkseinkommens für Konsumzwecke auszugeben, in der Bevölkerung mit hoher Fruchtbarkeit natürlich größer... ist die Nur-Konsumbevölkerung (vor allem Kinder und Greise), die von der Erwerbsbevölkerung getragen werden muß, ohne direkt etwas zum Produktionsprozeß beizusteuern, ...wesentlich größer“ (a.a.O., S. 159f). „Niedrige Fruchtbarkeit bringt zudem noch den Vorteil, daß der dank ihr gesunkene Anteil der jungen und jüngsten Altersklassen an der Gesamtbevölkerung es erlaubt, die Investitionsgelder produktiven Zwecken, zuzuleiten“ (S.161). Also mehr „Fabriken, Bewässerungsanlagen, Kraftwerke“ für den Höchstprofit.

Die Politik der Imperialisten gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist Landraub, Plünderung der natürlichen Ressourcen und Hineinpressen der Menschen in die kapitalistische Profitproduktion über schärfste Unterdrückung. Verbreiten jetzt die bürgerlichen Wissenschaftler diese Bevölkerungstheorien, dann zu dem Zweck, die umfassende Einmischung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt noch zu verschärfen.

Die Entwicklung des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika beweist, daß das ein sinnloses Unterfangen ist.

„Lausige“ Zeiten

b.ulh. 4500 Kinder mit Läusen haben der Kieler Gesundheitsaufseher und die Schulärzte in diesem Jahr „besichtigt“, wie die „Kieler Nachrichten“ am 21.12. berichten. „Ausmaße wie in den Nachkriegsjahren“ habe die „Läusewelle“ angenommen, bedauerlicherweise hat die Bourgeoisie den „Lausbefall“ aus der Meldepflicht genommen, weil sie die Laus für besiegt hielt, jetzt kann die Gesundheitspolizei nicht so recht zum Zuge kommen. Ursache für die „Läusewelle“ ist demnach auch, daß ihr Auftauchen nicht rechtzeitig gemeldet wird, so daß die Bourgeoisie befürchten muß, auch von der Juckerei befallen zu werden. Es ist den Läusen egal, an wen sie geraten, Hauptsache Mensch. Von den Freßgewohnheiten der Laus aus betrachtet, mag das stimmen, von ihren Möglichkeiten, sich auszubreiten, sicher nicht.

Daß die Ausbreitung dieser Seuche mit der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen in unmittelbarem Zusammenhang steht, muß die Bourgeoisie verwischen, um die Kontrolle der Massen als deren ureigenstes Interesse darzustellen und durchzusetzen. Die Massen wissen, daß schlechte hygienische Verhältnissse unmittelbar zu derartigen Folgen wie „Läusewellen“ führen, nicht ohne Grund hat es überall Kämpfe gegen die Beseitigung der täglichen Schulreinigung gegeben. Unter anderem mit dieser Maßnahme hatte die Bourgeosie die Voraussetzungen geschaffen, daß die Laus wieder gute Verbreitungsmöglichkeiten vorfinden. Dadurch, daß zunehmend beide Elternteile in die Fabrik gepreßt werden, weil der Mann alleine nicht mehr für die Reproduktion der Familie aufkommen kann, zusätzlich der Arbeitstag ausgedehnt wird, wachsen die Probleme in den Arbeiterhaushalten, solche hygienischen Bedingungen zu schaffen, die das Aufkommen dieser Seuche von vornherein verhindern. Ganz abgesehen davon, daß ein Gang zum Arzt mit den Kindern, wie ihn die „Kieler Nachrichten“ als „oberstes Gebot“ vorschreiben, unter diesen Bedingungen immer mit riesigen Problemen verbunden ist.

Unwissenheit der Massen soll verantwortlich sein für die Ausbreitung der Laus, die Bourgeoisie kündigt „Merkblätter“ an. Tauchen die Viecher dann trotz des gehobenen Kenntnisstandes immer noch auf, muß es daran liegen, daß sich die Massen den gebotenen Maßnahmen widersetzen. Gesetzliche Grundlagen für dann zu erfolgende Maßnahmen sind bisher noch nicht vorgesehen, doch werden solche mit Sicherheit zur Zeit ausgebrütet, denn „nicht nur ungepflegte, schmutzige Kinder oder Erwachsene werden von Läusen befallen!“ (Kieler Nachrichten, 21.12,)

Gegenwärtige Praxis ist noch, daß nicht jeder, der sich beim Arzt meldet, damit rechnen muß, einen Sozialarbeiter zur Kontrolle auf den Hals gehetzt zu bekommen. Bekannt ist uns jedoch, daß die Familien, die sich sowieso schon der „Betreuung“ durch das Jugendamt und ähnlichen Institutionen erfreuen, sofort mit einem Sozialarbeiter rechnen können, wenn die Laus bei ihnen auftaucht.

„Eine spezifische alleinige Ursache für das erneute Ausbrechen dieser schon totgeglaubten Seuche kann nicht genannt werden“, schreiben die „Kieler Nachrichten“. Wir halten als Ausgangspunkt der „Läusewelle“ Leute wie Kiels Oberbürgermeister Bantzer und Stadtschulrat Lohmann, verantwortlich für oben genannte Maßnahmen für erwiesen.

Um die Kopflaus zu vernichten, muß man dieser Quelle habhaft werden. leicht zu erkennen sind sie sicherlich anhand der Definition des Prof. Dr.med. Bohnstedt im Dermatologie-Lehrbuch: „Typische ‚Weichselköpfe‘ findet man nur bei starken verwahrlosten Individuen!“

Das US-Marine-Corps und Europa

b.san. ,,Die in den vergangenen Jahren erfolgte Neuorientierung des strategischen Denkens der USA, die eine Abwendung vom Pazifischen Bereich und eine Hinwendung zur NATO und Europa, besonders zur mitteleuropäischen Front, gebracht hat, führte erneut zu einer Debatte über die Existenzberechtigung des US-Marine-Corps und Europa.'' (Aus Marine-Rundschau 1978/11)

,,Neuorientierung'' nennen die US-Imperialisten es, daß sie jetzt Maßnahmen für den imperialistischen Krieg um Europa treffen. Die NATO-Manöver ,,Bold Guard'' 1978 und ,,Bondet Item'' 1976 dienten keinem anderem Ziel, als die US-imperialistischen Truppen als Stoßtruppen für den imperialistischen Krieg entsprechend zu trimmen. Es scheint sinnlos, die US-Marines, die ,,Ledernacken'', vonFehmarn aus den Einfall üben zu lassen; aber man braucht nur hundert Kilometer nach Südosten zu gehen, dann weiß man, daß die US-Imperialisten den Überfall lieber gleich vor Ort ,,proben'' wollen, nämlich in der DDR und Polen.

Das US-imperialistische Marine-Corps ist seit seinem Bestehen eine Freiwilligentruppe, die als Interventionstruppe den US-Imperialisten bei ihren schmutzigen Kolonialabenteuern dient. Es ist bei allen dreckigen und blutigen Geschäften und Raubzügen als ,,speziell für die Inbesitznahme und Verteidigung vorgeschobener Stützpunkte'' vorgeschickt worden. Die ,,Marines'' sind Landungstruppen, die nur mit leichten Panzern ausgerüstet sind, und nur dann fähig sind zu operieren, wenn sie stärkere Verbände im Rücken haben. Um ihren imperialistischen Überfall auch erfolgreich durchzusetzen, müssen die US-Imperialisten vorher alles niedermähen und metzeln, bevor sie dann mit ihren Landungstruppen das Gebiet einnehmen können. ,,Überraschungseffekt'' nennen sie das nun.

Im 2. Weltkrieg, im Krieg gegen Japan, wandten diese Banditen den ,,Überraschungseffekt'' entsprechend an: Nachdem die US-Imperialisten mit Bombenangriffen und Beschuß des Küstengebiets die Insel Betio völlig zerstört hatten, war es ihnen ein Leichtes, mit ihren Landungsbooten das Land in ihren Besitz zu rauben, da 17 von 5000 japanischen Soldaten diesen ,,Überraschungseffekt'' überlebt hatten.

Für die US-Imperialisten ist entscheidend, die europäische Arbeiterklasse unter ihre Knute der Ausbeutung und Unterdrückung zu kriegen. Vor allem Westdeutschland ist für sie ein gefundenes Fressen, da den BRD-Imperialisten es gelungen ist, bei einem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte die Ausbeutung und Unterdrückung enorm zu verschärfen. Um für diese Schlacht entsprechend gerüstet zu sein, bereiten sie jetzt schon ideologisch vor, die Truppen nach Europa abzuziehen.

,,Die ‚Marines' sind aber überzeugt, daß sie an anderer Stelle einen weit wichtigeren Beitrag leisten könnten, vielleicht an der Nord- oder Südflanke der NATO... '' und ,,wo ihre amphibischen Fähigkeiten genützt werden''. (Marine-Rundschau 1978/11) ,,Fähigkeiten nutzen'' nennen es also die US-Imperialisten, wenn sie überlegen, die ,,Marines'' an der Nordflanke als Vorstoß- und Landungstruppe im Ostseeraum gegen Dänemark, Norwegen, Schweden, Polen und die DDR einzusetzen. Die BRD-Imperialisten wollen natürlich im Windschatten der US-Imperialisten entsprechend absahnen.

See und Luftstreitkräfte haben die Aufgabe, Angriffe auf das NATO-Territorium über See, insbesondere amphibische Landüngen zu verhindern, wobei Operationen gegen Landungsverbände so weit ostwärts wie möglich zu führen sind.'' (,,Die Nordflanke der NATO'', Marine-Rundschau 1978/3)

So der Fregattenkapitän Wolfgang Engelmann, der beim NATO-Kommando AFNORTH seine Sporen verdient hat.

Über die Südflanke wollen sich die US-Imperialisten im Mittelmeerraum unmittelbaren Zugang zum Nahen Osten und der Türkei verschaffen.

Die SU-Imperialisten als zweite aggressive Supermacht rüsten sich ebenfalls für die Schlacht um Europa. Die US-Imperialisten macht das ganz nervös, müssen sie doch befürchten, daß sie ihnen bei der Durchsetzung ihrer Expansionsbestrebungen einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Die US-Imperialisten können deshalb so dreist und und unverschämt ihre räuberischen expansionistischen Ziele planen, weil sie als Besatzermacht bereits riesige Truppen- und Panzerverbände in Westdeutschland stationiert haben. Dieses starke Aufgebot soll es ihnen ermöglichen, ihren imperialistischen Überfall mit einem raschen Vorstoß nach Osten beginnen zu können. Ganz begeistert sind die US-Imperialisten von ihren amphibischen Mehrzweck- und Angriffsschiffen (LHA's) von denen z.B. die fünf 40000 t großen LHA's u.a. je eine Landungsabteilung von 1900 Marineinfantristen aufnehmen, sowie mehr als eine Hubschrauberstaffel und etliche ,,Harrier''.

Die Propanganda, die die Imperialisten zur Zeit massiv betreiben, ist Teil der verschäften Kriegsvorbereitungen der Supermächte. Nachdem sie dazu praktische Übungen, wie die Manöver ,,Boald Guard'' und Bonded Item'' durchgeführt haben, kommt es ihnen jetzt darauf an, ihr Offizierspack ideologisch darauf auszurichten. Diesen Auftrag hat die Fachzeitschrift ,,Die Marine-Rundschau'', die für den internen Gebrauch bestimmt ist, durchzuführen. Diese Zeitung wird von bestimmten Generälen, die in den verschiedensten NATO-Stäben hocken, und von den Herren, die sich für die westdeutsche Bourgeoisie verdient gemacht haben, herausgegeben.

Die Antwort der Arbeiterklasse auf die Absichten der Imperialisten ist der Zusammenschluß und der Kampf um die Forderungen ,,Raus aus der NATO'', ,,Abzug aller fremden Truppen'' und ,,Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges''.

Nachdem die Insel Betio durch Luftangriffe zerstört war, konnte der ,,Landgang'' erfolgen.

Freiwillige Feuerwehr

dient. Es ist bei allen dreckigen und blutigen Geschäften und Raubzügen als ,,speziell für die Inbesitznahme und Verteidigung vorgeschobener Stützpunkte'' vorgeschickt worden. Die ,,Marines'' sind Landungstruppen, die nur mit leichten Panzern ausgerüstet sind, und nur dann fähig sind zu operieren, wenn sie stärkere Verbände im Rücken haben. Um ihren imperialistischen Überfall auch erfolgreich durchzusetzen, müssen die US-Imperialisten vorher alles niedermähen und metzeln, bevor sie dann mit ihren Landungstruppen das Gebiet einnehmen können. ,,Überraschungseffekt'' nennen sie das nun.

Imperialisten, wenn sie überlegen, die ,,Marines'' an der Nordflanke als Vorstoß- und Landungstruppe im Ostseeraum gegen Dänemark, Norwegen, Schweden, Polen und die DDR einzusetzen. Die BRD-Imperialisten wollen natürlich im Windschatten der US-Imperialisten entsprechend absahnen.

See und Luftstreitkräfte haben die Aufgabe, Angriffe auf das NATO-Territorium über See, insbesondere amphibische Landüngen zu verhindern, wobei Operationen gegen Landungsverbände so weit ostwärts wie möglich zu führen sind.'' (,,Die Nordflanke der NATO'', Marine-Rundschau 1978/3)

unmittelbaren Zugang zum Nahen Osten und der Türkei verschaffen.

Die SU-Imperialisten als zweite aggressive Supermacht rüsten sich ebenfalls für die Schlacht um Europa. Die US-Imperialisten macht das ganz nervös, müssen sie doch befürchten, daß sie ihnen bei der Durchsetzung ihrer Expansionsbestrebungen einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Die US-Imperialisten können deshalb so dreist und und unverschämt ihre räuberischen expansionistischen Ziele planen, weil sie als Besatzermacht bereits riesige Truppen- und Panzerverbände in Westdeutschland stationiert haben. Dieses starke Aufgebot soll es ihnen ermöglichen, ihren imperialistischen Überfall mit einem raschen Vorstoß nach Osten beginnen zu können. Ganz begeistert sind die US-Imperialisten von ihren amphibischen Mehrzweck- und Angriffsschiffen (LHA's) von denen z.B. die fünf

sten zur Zeit massiv betreiben, ist Teil der verschäften Kriegsvorbereitungen der Supermächte. Nachdem sie dazu praktische Übungen, wie die Manöver ,,Boald Guard'' und Bonded Item'' durchgeführt haben, kommt es ihnen jetzt darauf an, ihr Offizierspack ideologisch darauf auszurichten. Diesen Auftrag hat die Fachzeitschrift ,,Die Marine-Rundschau'', die für den internen Gebrauch bestimmt ist, durchzuführen. Diese Zeitung wird von bestimmten Generälen, die in den verschiedensten NATO-Stäben hocken, und von den Herren, die sich für die westdeutsche Bourgeoisie verdient gemacht haben, herausgegeben.

Die Antwort der Arbeiterklasse auf die Absichten der Imperialisten ist der Zusammenschluß und der Kampf um die Forderungen ,,Raus aus der NATO'', ,,Abzug aller fremden Truppen'' und ,,Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges''.

Nachdem die Insel Betio durch Luftangriffe zerstört war, konnte der ,,Landgang'' erfolgen.

Wendt ist CDU-Bürgermeister von Kosel bei Eckernförde und persönlicher Freund von Dr. Stoltenberg (Direktkandidat der CDU für Eckernförde).

Betriebsversammlung bei VAW

b.Neumünster. Am 20.12. fand bei VAW eine Betriebsversammlung statt. Werksleiter Müller-Busse vermeldete wie üblich hohe Verluste der VAW für das Geschäftsjahr 1978. Schuld sei der Verfall des Dollar. Der Betriebsrat meinte dazu, daß wir ja bald den ,,Eurodollar'' hätten und man somit wieder optimistisch in die Zukunft blicken könne. Zur Tarifsituation erklärte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Neumünster, Sepp Hienstorfer, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine stahlspezifische Angelegenheit sei wegen der Schichtarbeit in der Stahlindustrie und daß für die Metallarbeiter eher mehr Urlaub angebracht sei. Zur Forderung im Nordverbund sagte er, daß sie zwar niedrig sei, aber daß die Metallarbeiter im Nordverbund nicht die Kampfkraft hätten, mehr durchzusetzen. Die Werftarbeiter würden am liebsten gar nichts fordern, behauptete er. Die Kollegen waren da anderer Meinung. Die Sozialdemokraten konnten nicht verhindern, daß eine Solidaritätsadresse an die Stahlarbeiter beschlossen wurde und die Vertrauensleute beauftragt wurden, eine Geldsammlung zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks durchzuführen.

Geschäftsleitung kündigt Entlassungen bei MaK an

Freiwillige Feuerwehr

Schon Kinder unter das System von Befehl und Gehorsam pressen

b. ulh. Am 3. Dezember führte die CDU Schleswig-Holstein einen ,,Sicherheitspolitischen Kongreß '78'' in Neumünster durch. Nach dem Willen der CDU sollen ,,Zivilverteidigung'' und ,,Zivilschutz'' besser als bisher für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie ausgerichtet werden. Was spielt Innenminister Titzck für Sorgen vor: ,,Wer glaubt im Ernst an die volle Einsatzbereitschaft eines Soldaten, der fürchten muß, daß seine Angehörigen zu Hause den Gefahren des Krieges ungeschützt ausgesetzt sind?''. Die Armee außer Landes, fürchtet die Bourgeosie in der Tat verstärkt Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand ,,zu Hause'', weshalb sie versucht, rechtzeitig Bürgerkriegsreserven aufzubauen. Unter dem Ruf, den Menschen zu helfen, ,, Mut zum Opfer – Bereitschaft zur Tat'', ist es ihr gelungen, in Schleswig-Holstein 55000 Mann in ,,Katastrophenschutz- und Hilfeleistungsorganisationen'' zusammenzufassen. Titzcks Ziel: ,,In Schweden sind alle Staatsbürger zwischen 16 und 65 Jahren zivilschutzpflichtig'', wie er in Neumünster neidvoll mitteilte.

Im Falle des ,,äußeren oder inneren Notstands'' sind die Zivilschutzorganisationen'' unmittelbar der Bundesregierung unterstellt, für die Aufstellung und Ausbildung der Verbände sind die Länder verantwortlich. Im ,,Gesetz über den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein'' vom 9.Dezember 1974 sind die Regelungen für den Aufbau dieser Formationen festgelegt. Hauptanliegen ist, daß wie in der Armee selbst das Prinzip von Befehl und Gehorsam gilt und ein Offizierskorps ausgebildet wird, das für die Durchsetzung dieses Prinzips sorgt. § 4.2: ,,Die Beauftragung, Bestellung und Abberufung der Führungskräfte in den Fachdiensten obliegt den Trägern der Einheiten und Einrichtungen, zum Führer oder Unterführer soll nur bestellt werden, wer seine Befähigung durch den erfolgreichen Besuch entsprechender Lehrgänge nachgewiesen hat oder sich zum Besuch derartiger Lehrgänge bereit erklärt hat. Bei Führern ist die Bestätigung der unteren Katastrophenschutzbehörde erforderlich. Aus wichtigem Grund kann sie die Entbindung eines Führers oder Unterführers von seinen Aufgaben innerhalb des Fachdienstes (Abberufung) verlangen...''. gen...''.

Die Feuerwehren gehören zu den ,,öffentlichen Einrichtungen'', Träger ist unmittelbar das entsprechende Staatsorgan. Große Anstrengungen unternimmt die Bourgeoisie, um von den eigentlichen Aufgaben der Feuerwehr abzulenken. Kein Volksfest vergeht, auf dem nicht eine der 100 Feuerwehrkapellen oder 20 Spielmannszüge auftritt, bei dem nicht die Geräte der Feuerwehr zum Einsatz kommen, um die Jugendlichen über ihr technisches Interesse zu gewinnen. Gelegentlich tauchen dann auch Berichte über die militärische Ausbildung der Jugendlichen auf: ,,80 Gruppen im Kreisgebiet Herzogtum Lauenburg einschließlich ihrer Jugendwehren führten eine Marschübung über 10 Kilometer mit Helm, Gurt und Einsatz- oder Feuerwehranzug durch'' (Lauenburger Nachrichten, 26.9.1978).

46976 freiwillige Feuerwehrleute soll es in Schleswig-Holstein geben (,,Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein''), doch es gibt Nachwuchssorgen trotz aller Bemühungen der Bourgeoisie. So macht sie sich jetzt verstärkt an den Aufbau von Kindergruppen, in Prasdorf bei Plön stieg die Mitgliederzahl durch die Aufnahme von 22 Kindern auf 63. Hauptproblem ist jedoch die ideologische Ausrichtung dieser Truppe, weiß die Bourgeoisie doch aus der jüngsten Geschichte, daß die Feuerwehren leicht zu nützlichen Instrumenten der Massen werden können: Am Kaiserstuhl um den Bauplatz des KKW Wyhl stellten sie ein lückenloses Alarmsystem gegen aufmarschierende Polizeitruppen dar, das sich mehrfach bewährte.

Solidaritätserklärung von Bauarbeitern

b.Eckernförde. 54 Kollegen der Jahreshauptversammlung der IG Bau Steine Erden Eckernförde haben ihre Unterstützung und Sympathie für die Forderungen der Stahlarbeiter, 35-Stundenwoche, 5%, bekundet. Mit der Resolution wurden 76 DM zur Unterstützung der Streikkasse an die streikenden Stahlarbeiter geschickt.

Baufirma Reiß muß Entlassungen zurücknehmen

b.Eckernförde. Nachdem vor rund 3 Wochen bereits 4 Kollegen der Firma auf der Baustelle in der Marinefernmeldeschule wegen ,,Arbeitsmangel'' entlassen wurden, meinte die Firma, wieder 4 Kollegen entlassen zu können, diesmal mit der Begründung: das Ansehen der Firma in der Öffentlichkeit ließe zu wünschen übrig, andauernde Trunkenheit der Kollegen, Beschwerden der Offiziere über ungebührliches Verhalten einiger Kollegen innerhalb des Kasernengeländes, womit die Chance sinke, weitere Bundeswehraufträge zu erhalten. Das unverschämte Kündigungsschreiben vom 15. 12., in dem es hieß: ,,... als Kündigungsgrund nehmen wir an: für unseren Betrieb nicht geeignet ...'' wurde trotz Protests des Betriebsrats an die Kollegen abgeschickt. Am darauffolgenden Montag, dem 18.12. mußten die Kündigungen dann vom Firmenchef W.Wendt aufgrund des Protests der Kollegen und des Betriebsrats persönlich zurückgenommen werden. W. Wendt ist CDU-Bürgermeister von Kosel bei Eckernförde und persönlicher Freund von Dr. Stoltenberg (Direktkandidat der CDU für Eckernförde).

Betriebsversammlung bei VAW

b.Neumünster. Am 20.12. fand bei VAW eine Betriebsversammlung statt. Werksleiter Müller-Busse vermeldete wie üblich hohe Verluste der VAW für das Geschäftsjahr 1978. Schuld sei der Verfall des Dollar. Der Betriebsrat meinte dazu, daß wir ja bald den ,,Eurodollar'' hätten und man somit wieder optimistisch in die Zukunft blicken könne. Zur Tarifsituation erklärte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Neumünster, Sepp Hienstorfer, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine stahlspezifische Angelegenheit sei wegen der Schichtarbeit in der Stahlindustrie und daß für die Metallarbeiter eher mehr Urlaub angebracht sei. Zur Forderung im Nordverbund sagte er, daß sie zwar niedrig sei, aber daß die Metallarbeiter im Nordverbund nicht die Kampfkraft hätten, mehr durchzusetzen. Die Werftarbeiter würden am liebsten gar nichts fordern, behauptete er. Die Kollegen waren da anderer Meinung. Die Sozialdemokraten konnten nicht verhindern, daß eine Solidaritätsadresse an die Stahlarbeiter beschlossen wurde und die Vertrauensleute beauftragt wurden, eine Geldsammlung zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks durchzuführen.

Geschäftsleitung kündigt Entlassungen bei MaK an

b.Kiel Am 15.12. fand bei MaK Betriebsversammlung statt. Die Geschäftsleitung kündigte 170 Entlassungen für das Jahr 1979 an. Sie sollen aus allen Bereichen erfolgen. Bei den Angestellten ergeben sich Entlassungsgründe für die Kapitalisten durch den Neubau eines zusammengefaßten Verwaltungstrakts. Ansonsten, so die Geschäftsleitung, sollen die Entlassungen ,,durch natürliche Abgänge geregelt werden''. Die sozialdemokratische Betriebsratsmehrheit, die ohne Veröffentlichung dieser Pläne seit Tagen davon wußte, trat für vorzeitige Rente bei Zahlung einer MaK-Betriebsrente und für die Aufstellung eines Sozialplans ein. Die Vertreter der DAG sahen sich gezwungen, prinzipiell gegen Entlassungen und Sozialpläne aufzutreten.

Werfthilfeprogramm - Kurzarbeit und Lohnsenkung

b.sal. Die Büsumer Werft, Besitz der Harmstorff-Gruppe, hat für das erste Quartal 1979 Kurzarbeit für 269 der rund 360 Arbeiter beantragt. ,,Mit Bedauern nemen die Fraktionen des Dithmarscher Kreistages von CDU, SPD und FDP den Antrag der Büsumer Werft auf Genehmigung von Kurzarbeit zur Kenntnis. Damit werden auch in Dithmarschen die Arbeitnehmer und ihre Familien, die vom Schiffbau leben, von der schlechten Auftragslage im Werftbereich betroffen,'' vermeldet am 22.12.78 die DLZ. Mit der Kurzarbeit wollen die Werftkapitalisten Arbeiter für ihr expansionistisches Werftprogramm gewinnen und die Front gegen die ständigen Lohnsenkung zersetzen.

Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg!

Zum Jahr des Volkes hatten die ZANU und Präsident Mugabe das Jahr 1978 erklärt. Das Ergebnis dieses Jahres ist: 85% des Landes sind der Kontrolle des Feindes entrissen, die Hälfte davon ist befreit und in die andere Hälfte kann der Feind zwar noch eindringen, muß dann aber schnell schauen, wie er wieder herauskommt. Um die Städte zieht sich der Ring der Befreiungskräfte immer enger, und einige Städte sind praktisch eingeschlossen. Die Basen der Befreiungsstreitkräfte, der ZANLA, sind jetzt ganz in das Innere des Landes verlegt. In den befreiten Gebieten kann mit dem Wiederaufbau begonnen werden. Die Teile des Volkes, die vor dem Terror der Kolonialisten nach Mocambique fliehen mußten, können mit ihrer Rückkehr beginnen. Das Jahr des Volkes hat die strategische Offensive der Befreiungsstreitkräfte eingeleitet. Das Volk von Zimbabwe, geeint durch die Patriotische Front und geführt durch die ZANU, befindet sich auf dem Weg zum Sieg.

Noch nie haben sich die Imperialisten, Kolonialisten und Hegemonisten mit dem Fortschritt der Geschichte abgefunden. Noch ist das Kolonialregime nicht gestürzt. Noch haben die Imperialisten und Hegemonisten zahlreiche Reserven, noch können sie sowohl um sich schlagen wie auch manövrieren. Nicht umsonst versucht die Bundesregierung mit allen Mitteln, Einreiseverboten und wachsendem Druck, die Verbindung zwischen der ZANU und den revolutionären Massen in Westdeutschland und Westberlin zu zerschlagen. Diese Bemühungen sind vergeblich.

Genosse Robert Mugabe, Präsident der ZANU, schickt an die Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees und an die Demonstrationen und Kundgebungen am 31.12. folgende Grußbotschaft:

„Im Namen des Zentralen Komitee der ZANU, im Namen seiner siegreichen Befreiungskämpfer und im Namen des kämpfenden Volkes von Zimbabwe wünsche ich euch einen vollen Erfolg in eurer revolutionären Kampagne und in euren Anstrengungen, Mittel aufzubringen für die Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg.

Die ZANU ist stolz darauf, einen so unerschrocken kämpfenden Freund und Verbündeten zu haben wie den KBW. Wir verurteilen und widersetzen uns entschieden jedem unverschämten und faschistischen Druck, der uns dazu bringen will, die Beziehungen mit euch abzubrechen, von welcher Macht er auch ausgeht.

Angesichts der unerschütterlichen revolutionären Prinzipien, auf denen die ZANU und der KBW beruhen, kann es keinen Zweifel geben, daß wir gemeinsam dem Sieg über die Kräfte

deutschland und Westberlin zu zerschlagen. Diese Bemühungen sind vergeblich.

Genosse Robert Mugabe, Präsident der ZANU, schickt an die Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees und an die Demonstrationen und Kundgebungen am 31.12. folgende Grußbotschaft:

„Im Namen des Zentralen Komitee der ZANU, im Namen seiner siegreichen Befreiungskämpfer und im Namen des kämpfenden Volkes von Zimbabwe wünsche ich euch einen vollen Erfolg in eurer revolutionären Kampagne und in euren Anstrengungen, Mittel aufzubringen für die Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg.

Die ZANU ist stolz darauf, einen so unerschrocken kämpfenden Freund und Verbündeten zu haben wie den KBW. Wir verurteilen und widersetzen uns entschieden jedem unverschämten und faschistischen Druck, der uns dazu bringen will, die Beziehungen mit euch abzubrechen, von welcher Macht er auch ausgeht.

Angesichts der unerschütterlichen revolutionären Prinzipien, auf denen die ZANU und der KBW beruhen, kann es keinen Zweifel geben, daß wir gemeinsam den Sieg über die Kräfte
des Imperialismus, des Kolonialismus und des von Natur aus räuberischen Kapitalismus entgegengehen.

Führt die Kampagne zur Ausrüstung einer Druckerei der ZANU entschlossen durch!

Lang lebe die Freundschaft unserer beider Parteien und unser gemeinsamer antiimperialistischer, antifaschistischer Kampf!

Zimbabwe wird frei sein.
Pamberi ne chimurenga!"

Die Zukunft gehört den Völkern und dem internationalen Proletariat.

ZK des KBW
Sekretariat

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

– Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten. –

Ein entscheidender Sieg über den US-Imperialismus

Mit der Gründung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik fand das koreanische Volk eine noch mächtigere Waffe im Kampf für die konsequente Verwirklichung der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus in Korea. Da es seinen souveränen, unabhängigen und sozialistischen Staat hatte, war unser Volk in der Lage, die entscheidende Überlegenheit der revolutionären Kräfte im gesamtnationalen Maßstab zu sichern, die Anschläge der Imperialisten und aller Reaktionäre entschieden zum Scheitern zu bringen sowie seinen revolutionären Kampf und seine Aufbauarbeit erfolgreich weiterzuführen.

Der dreijährige Krieg, der uns vom USA-Imperialismus aufgezwungen wurde, war eine Entscheidungsschlacht, von der das Schicksal des Vaterlandes abhängig war, und die härteste Bewährungsprobe für unsere Republik und unser Volk. Die USA-Imperialisten unternahmen verzweifelte Anstrengungen, unsere Republik schon bei ihrem Entstehen zu vernichten. Die Feinde konnten jedoch unser heldenhaftes Volk, das sich mit glühendem Haß gegen die Aggressoren wie ein Mann zum gerechten Widerstandskrieg erhob, nicht bezwingen.

Durch die Erringung des großen Sieges im Vaterländischen Befreiungskrieg trieb unser Volk den USA-Imperialisten den Hochmut aus, sich für die „Allmächtigsten" der Welt auszugeben, schlug den Mythos ihrer „Stärke" kurz und klein und leitete den Beginn des Niedergangs des USA-Imperialismus ein. Im Vaterländischen Befreiungskrieg vereitelte das koreanische Volk die aggressive Absicht der USA-Imperialisten, die Länder des sozialistischen Lagers zu bedrohen, verteidigte fest den östlichen Vorposten des sozialistischen Lagers und leistete einen großen Beitrag zum Schutz des Friedens und der Sicherheit in der Welt."

Adenauer am 3.12.1949: *„In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland bin."*

Adenauer am 7.8.1950: *„Bis jetzt hat das deutsche Volk seine Haltung gegen die Drohung des Kommunismus durch sein Vertrauen auf die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten bewahrt. Die Ereignisse in Korea haben aber eine unheimliche Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ... Wir müssen die Notwendigkeit einer Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen."*

Kommunistische Volkszeitung

1945 Nach der Niederlage des japanischen Imperialismus besetzen die US-Imperialisten Südkorea bis zum 38. Breitengrad und errichten ein Marionettenregime. In Nordkorea übergibt die Rote Armee die Macht an das Volk. Die Sowjetunion verlangt den Abzug aller Besatzertruppen aus Korea. Die englischen und amerikanischen Imperialisten fordern die Bildung einer gemeinsamen Kommission, die die „Unabhängigkeit Koreas" innerhalb von 5 Jahren „einleiten" soll. In Südkorea versuchen die US-Imperialisten mittels ihres Marionettenregimes durch zügellosen Terror, die nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen.

„Ich wünsche dem koreanischen Volk, das heldenhaft die Unabhängigkeit seines Landes verteidigt, eine erfolgreiche Beendigung seines langjährigen Kampfes für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Koreas." (Stalin)

„Die chinesischen Genossen müssen sich mit den koreanischen Genossen eng zusammenschließen, Freude und Leid mit ihnen teilen und solange kämpfen, bis der gemeinsame Feind endgültig besiegt ist." (Mao Tsetung)

1948 Die Imperialisten besiegeln die Spaltung Koreas, indem sie mittels der UNO eine Wahlfarce in Südkorea durchziehen. In Pjöngjang rufen gewählte Abgeordnete des ganzen Landes – im Süden unter den Bedingungen der Illegalität gewählt – die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) aus. Die Sowjetunion unterstützt dies, erkennt die DVRK diplomatisch an, verlangt erneut den Abzug aller Besatzertruppen aus Korea und zieht ihre Truppen ab. Südkoreanische Marionettentruppen greifen die DVRK an. Die US-Imperialisten, die ihre Besatzertruppen offiziell abziehen mußten, führen mit Hilfe ihrer Militärberater das Kommando.

1950 Südkorea greift erneut an und verkündet, es werde Pjöngjang innerhalb von 14 Tagen einnehmen. Der Angriff wird zurückgeschlagen, innerhalb von 6 Wochen werden 90% des Landes von der Volksarmee befreit. Die US-Imperialisten entsenden eine gewaltige Invasionsarmee nach Korea in der Absicht, nach der Niederschlagung der Revolution in Korea zum Angriff auf die VR China übergehen zu können. Sie besorgen sich dafür ein Mandat der UNO, die damals fast vollständig unter ihrer Kontrolle standen.

Chinesische Freiwillige unterstützen den Kampf des koreanischen Volkes gegen die imperialistische Aggression.

1951-53 Während ihrer Aggression richten die US-Imperialisten gewaltige Verwüstungen an. 90% aller Häuser, fast alle Bewässerungsanlagen und Reisfelder im Norden des Landes werden zerstört. Aber die US-Imperialisten werden geschlagen. Sie werden gezwungen, am 27.5.1953 einen Waffenstillstand abzuschließen.

Am Korea-Krieg haben die aufsteigenden BRD-Imperialisten einen gehörigen Schnitt gemacht. „Großbritannien verliert durch Deutschlands Exporteure täglich eine Schlacht", schrieb damals eine britische Zeitung. Der „Spiegel" schrieb dazu: „Der Deutsche ... arbeitet jedoch härter und für weniger Geld."

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Illustrierte Blätter
Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten
"Die Freiheit Westberlins wird in Vietnam verteidigt!" (Schütz)
22. 1. 73 Brandt: "Die unglücklichen Menschen in Vietnam, die fast eine Generation lang unter dem Krieg leiden mußten, haben Anspruch auf Unterstützung."
Entwicklungshelfer - Memorandum zum Hospitalschiff 'Helgoland': "Hier wurden nur Leute behandelt, die entweder Schmiergelder bezahlt hatten oder von US-Hubschraubern eingeflogen worden waren. Ärzte und andere Helfer die nicht nur ausgewählten Patienten sondern dem Volk und damit auch Angehörigen der Volksbefreiungsstreitkräfte helfen wollten, wurden von der Thieu-Clique gefoltert
aggressive Absicht der USA-Imperialisten, die Länder des sozialistischen Lagers zu bedrohen, verteidigte fest den östlichen Vorposten des sozialistischen Lagers und leistete einen großen Beitrag zum Schutz des Friedens und der Sicherheit in der Welt."
Adenauer am 7.8.1950: „Bis jetzt hat das deutsche Volk seine Haltung gegen die Drohung des Kommunismus durch sein Vertrauen auf die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten bewahrt. Die Ereignisse in Korea haben aber eine unheimliche Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilflosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ... Wir müssen die Notwendigkeit einer Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen."
Kommunistische Volkszeitung
Die Aggression der US-Imperialisten wurde durch den selbständigen Kampf der Völker Kampucheas, Laos und Vietnams zerschlagen
Am Korea-Krieg haben die aufsteigenden BRD-Imperialisten einen gehörigen Schnitt gemacht. „Großbritannien verliert durch Deutschlands Exporteure täglich eine Schlacht", schrieb damals eine britische Zeitung. Der „Spiegel" schrieb dazu: „Der Deutsche ... arbeitet jedoch härter und für weniger Geld."
KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten

"Die Freiheit Westberlins wird in Vietnam verteidigt!" (Schütz)

22. 1. 73 Brandt: "Die unglücklichen Menschen in Vietnam, die fast eine Generation lang unter dem Krieg leiden mußten, haben Anspruch auf Unterstützung."

Entwicklungshelfer - Memorandum zum Hospitalschiff 'Helgoland': "Hier wurden nur Leute behandelt, die entweder Schmiergelder bezahlt hatten oder von US-Hubschraubern eingeflogen worden waren. Ärzte und andere Helfer die nicht nur ausgewählten Patienten sondern dem Volk und damit auch Angehörigen der Volksbefreiungsstreitkräfte helfen wollten, wurden von der Thieu-Clique gefoltert und umgebracht."

In jeder Phase der Aggression der US-Imperialisten gegen die Völker Vietnam, Laos und Kampuchea hat der BRD-Imperialismus diesen imperialistischen Krieg politisch unterstützt, propagiert und mitfinanziert.

v. Haase, Pressesprecher der Bundesregierung erklärte nach dem Luftangriff der US-Imperialisten auf Hanoi am 29. Juni 1966:
„Bundeskanzler Erhard und das gesamte Bundeskabinett sind sich der Bedeutung des amerikanischen Einsatzes in Vietnam voll bewußt."
Heinrich Lübke schrieb wenige Tage darauf in einem Telegramm an Johnson:
„Möge auch der gegenwärtige Kampf, den Ihr Land in Südostasien führt, von Erfolg gekrönt sein."
Scheel erklärte am 18. Mai 1970:
„Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Amerikaner ihre Kampfhandlungen in Indochina auf Kambodscha ausgedehnt haben."

„Die Welt" schrieb am 12.2.1971:
„Die Laos-Expedition ist die logische Ergänzung der Invasion Kambodschas."

In der Finanzierung des Saigoner Marionettenregimes stand der BRD-Imperialismus nach den USA an zweiter Stelle. An der Finanzierung der strategischen Dörfer während des Regimes von Ngho dinh Diem beteiligte sich die BRD bereits mit 15 Mio. DM. 1968 erklärte der Regierungsdirektor im Innenministerium:

„Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung stehen bis 1971 jährlich 30 Millionen DM für Südvietnam zur Verfügung."

Insgesamt betrugen die Kredite der BRD an Südvietnam bis 1971 850 Mio. DM.

„Vor unterrichteter Stelle hieß es, daß an der deutschen Bereitschaft, den Devisenausgleich voll zu erfüllen, schon im Hinblick auf die Lage in Vietnam kein Zweifel bestehen könne", schrieb die „Süddeutsche Zeitung" am 30.12.1965. Während der Großen Koalition hat die BRD Ausgleichszahlungen in Höhe von 8 Mrd. DM an die USA überwiesen. In den folgenden 4 Jahren unter Willy Brandt waren es 12,7 Mrd. DM.

Zahlreiche westdeutsche Monopole haben an dem Aggressionskrieg der US-Imperialisten einen kräftigen Schnitt gemacht. Über Tochtergesellschaften in den USA, und auf direktem Weg verkauften Höchst und BASF Giftgase für die chemische Kriegsführung der US-Imperialisten. Thyssen verkaufte 39 „German Liberty"-Schiffe, die für den Transport von Kriegsmaterialien nach Südostasien eingesetzt wurden.

Kommunistische Volkszeitung

Die Aggression der US-Imperialisten wurde durch den selbständigen Kampf der Völker Kampucheas, Laos und Vietnams zerschlagen

„Seit 15 Jahren versucht der US-Imperialismus, zur Verwirklichung seines Traums von Welthegemonie die Länder Indochinas zu Kolonien und Militärbasen neuen Typs zu machen, um die Völker Indochinas auszubeuten, die nationale Befreiungsbewegung in Indochina und Südostasien abzuwürgen und den sozialistischen Staaten Asiens und anderen unabhängigen Ländern Asiens entgegenzuarbeiten.

Der US-Imperialismus hat in barbarischer Weise einen „Lokalkrieg" gegen das vietnamesische Volk vom Zaun gebrochen, einen grausamen Spezialkrieg gegen das laotische Volk entfesselt und zügellos gegen Kambodscha gemeine, heimtückische Aktionen wie Einkreisung, Provokation und Subversion unternommen. Er hat auf der Halbinsel Indochina Verbrechen von unerhörter Grausamkeit begangen.

Diesem gemeinsamen Feind gegenüber haben die Völker Indochinas zur Verteidigung ihrer heiligen nationalen Rechte Schulter an Schulter gekämpft.

Die glänzenden Siege der drei Völker Indochinas haben der Arroganz des US-Imperialismus – des Häuptlings des Imperialismus und des bösesten Feindes der ganzen Menschheit – einen bedeutenden Dämpfer aufgesetzt und ihm im Inland wie im Ausland vielfache Schwierigkeiten bereitet. Diese Siege zeugen davon, daß der US-Imperialismus, wie grausam und tückisch er auch bei der Verletzung der heiligen Lebensrechte eines Volkes vorgehen möge, geschlagen werden kann, wenn dieses Volk einig zusammensteht und entschlossen ist, um die Unabhängigkeit und Freiheit seines Vaterlandes bis zum Ende zu kämpfen. Diese Siege sind ein wichtiger Beitrag und ein gewaltiger Ansporn für den Kampf der Völker der Welt um Unabhängigkeit und Frieden.

Nach der Nixon-Doktrin versuchen die USA, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen, die drei Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam zu entzweien und chauvinistischen Haß zu schüren. Angesichts dieser tückischen Verschwörung ruft die Konferenz die Völker der drei Länder auf, ihre Wachsamkeit zu erhöhen, ihre Geschlossenheit zu stärken, und ihren Kampf gegen den gemeinsamen Feind – den US-Imperialismus und dessen Lakaien in den drei Ländern – zu intensivieren, bis der Endsieg errungen ist.

Nach dem Prinzip, daß Befreiung und Verteidigung eines Landes die Sache des betreffenden Volkes sind, gewährleisten alle Konferenzpartner, entsprechend dem Wunsch der betreffenden Seite, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung alle Anstrengungen zur gegenseitigen Unterstützung zu machen.

Alle Konferenzpartner bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die brüderliche Freundschaft und gutnachbarlichen Beziehungen der drei Länder zu wahren und zu entwickeln, sich in ihrem Kampf gegen den gemeinsamen Feind gegenseitig zu unterstützen und auch in Zukunft, wenn jede Seite auf ihre eigene Weise ihr Land aufbaut, auf lange Sicht zusammenzuarbeiten.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Lage für den Kampf der Völker Indochinas gegen die US-Aggressoren und zur Rettung des Vaterlandes günstiger denn je ist. Niemals haben die US-imperialistischen Aggressoren so viele Niederlagen einstecken müssen, so viele Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, noch niemals sind sie derart geschwächt und isoliert gewesen wie heute. Die Völker Indochinas kämpfen für eine gerechte Sache. Sie haben eine richtige Linie und sind von unerschütterlicher Entschlossenheit beseelt, sie haben eine unverbrüchliche Solidarität geschmiedet; außerdem verfügen sie über beträchtlichere Kräfte denn je und erfreuen sich stärkerer Sympathie und Unterstützung von seiten der Völker der Welt als jemals zuvor. Die Konferenz gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck, daß die drei Völker Indochinas auf ihrem siegreichen Vormarsch ihre Position der Initiative vollauf ausnutzen, auf allen Gebieten den Kampf beharrlich fortsetzen und verstärken und so unvermeidlich den endgültigen Sieg erringen werden."

(Aus: Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker", 27. April 1970)

US-Söldner im Einsatz

Solidaritätsdemonstration in Bonn

US-Botschafter verläßt Pnom-Penh

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt: